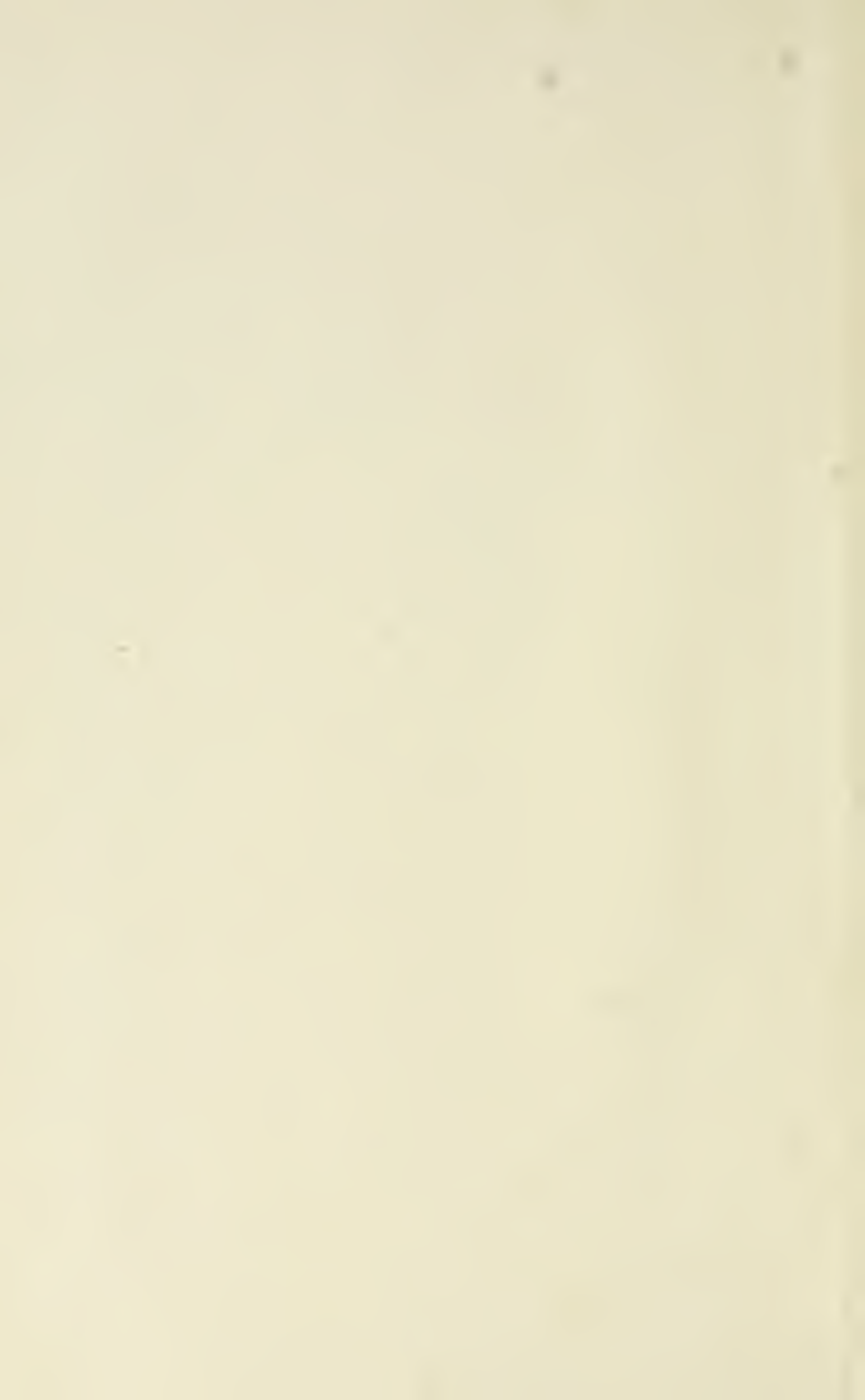
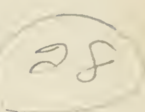




Baierns Friedenspolitik



von

1645 bis 1647.

Ein Beitrag zur Geschichte der westfälischen Friedensverhandlungen.

Von

Hermann Freiherrn von Egloffstein.

..... Le Duc de Bavière .... désire passionnément la paix et par conséquent la satisfaction des deux Couronnes, parce qu'il voit, que c'est le seul moien d'y parvenir.
..... Ses fins vont au bien public.
MAZARIN.

Leipzig
Verlag von S. Hirzel
1898.



Seiner Königlichen Hoheit

dem Grossherzoge von Sachsen

Carl Alexander

in tiefster Ehrfurcht

gewidmet.



Vorrede.

Einen entscheidenden Wendepunkt im Verlaufe der Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück bildet der Abfall des Kurfürsten Maximilian I. von Baiern vom Hause Österreich und seine Verständigung mit dessen Feinden, den Kronen Frankreich und Schweden, im Vertrage von Ulm am 14. März 1647. Unter den wissenschaftlichen Grundlagen für die Geschichte des westfälischen Friedenskongresses muss daher die quellenmässige Darstellung der Politik Maximilians, die zu jenem folgenschweren Ereignisse führte, als eine der wichtigsten bezeichnet werden.

Schon wiederholt ist die Lösung dieser Aufgabe versucht worden, bis jetzt aber noch nicht gelungen: von den uns vorliegenden Werken, die sich näher mit der Vorgeschichte des Ulmer Vertrages beschäftigt haben, besitzt keines irgend welchen Anspruch auf wissenschaftlichen Wert, weder die „Geschichte des deutschen Reiches unter der Regierung Ferdinands III." von M. Koch, Wien 1865/66, noch das Buch von Fr. A. W. Schreiber, „Maximilian I. der Katholische, Kurfürst von Baiern, und der dreissigjährige Krieg", München 1868, noch auch die zum grossen Teile auf diesen beiden völlig unbrauchbaren Arbeiten beruhende Schrift von F. Katt, „Beiträge zur Geschichte des dreissigjährigen Krieges I: die bairisch-französischen Verhandlungen 1639—1647", Göttingen 1875.

Durch meinen hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Felix Stieve in München, angeregt, habe ich es vor einer Reihe von Jahren unternommen, die Politik Baierns vom Beginne der westfälischen Friedensverhandlungen bis zum Bruche mit Kaiser Ferdinand III. genauer zu durchforschen. Wenn meine Schrift erst jetzt zum Abschlusse gelangt ist, so erklärt sich dies teils aus persönlichen Verhältnissen, teils aus der Schwierigkeit, das umfangreiche und weitverstreute Quellenmaterial, das meiner Darstellung zu Grunde liegt, zu sammeln und zu verarbeiten.

Unter den von mir benutzten Archivalien ist an erster Stelle zu nennen der im Königlich Bairischen Geheimen Staatsarchive zu München befindliche überaus reichhaltige Briefwechsel Kurfürst Maximilians mit seinen Bevollmächtigten

in Münster[1]) und Osnabrück sowie mit seinen Abgeordneten bei den Ulmer Waffenstillstandsverhandlungen nebst einer Fülle mehr oder minder wichtiger verwandter Schriftstücke. Abgesehen von dem dortigen Materiale boten zunächst die entsprechenden Akten des K. u. K. Geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien reiche Ausbeute. Zur willkommenen Ergänzung[2]) diente ihnen das Material des Fürstlich Trauttmansdorffischen Archivs zu Bischofteinitz in Böhmen. Dank der Fürsprache meines inzwischen verstorbenen teueren Gönners, des Ritters von Arneth, wurde mir dessen Benutzung von seinem Eigentümer, Seiner Durchlaucht dem Fürsten Karl zu Trauttmansdorff, im weitesten Umfange gestattet, ein Beweis von Güte und Vertrauen, den ich, ebenso wie die mir gewährte gastliche Aufnahme in dem altehrwürdigen, erinnerungsreichen fürstlichen Schlosse, nicht genug rühmen kann. Unter den dort befindlichen Akten aus dem Besitze des Vorfahren Seiner Durchlaucht des Fürsten, des Grafen Maximilian von Trauttmansdorff, Kaiserlichen Obersthofmeisters und ersten Vertreters bei den westfälischen Friedensverhandlungen, sind, ausser dessen Briefwechsel mit dem Kurfürsten von Baiern, dem Erzherzoge Leopold Wilhelm von Österreich, dem Reichsvicekanzler Grafen Kurtz und anderen Zeitgenossen, vor allem die Originalerlasse Kaiser Ferdinands III. an seinen vertrauten Ratgeber für die ganze Zeit seiner Thätigkeit in Münster und Osnabrück, mit zahlreichen, zum Teile sehr interessanten und wichtigen Beilagen hervorzuheben. Neben den drei genannten von mir benutzten Archiven habe ich noch zu erwähnen das Archivo di Stato in Venedig, wo ich die bereits von Odhner[3]) berück-

---

1) Eine Inhaltsangabe der Berichte der bairischen Gesandten Haslang und Krebs an ihren Herrn und seiner Antworten darauf vom Dezember 1644 bis zum August 1645 findet sich bei Söltl, der Religionskrieg in Deutschland Bd. III, Hamburg 1850, S. 378 flg., doch ist sie so ungenau und unvollständig, dass ich in den Anmerkungen nicht Bezug darauf genommen habe.

2) Über eine auch von mir empfundene Lücke in den Beständen des Wiener Staatsarchivs siehe Odhner, die Politik Schwedens im westfälischen Friedenskongress, Gotha, 1877, Vorrede, S. VII.

3) A. a. O.

sichtigten Depeschen des venetianischen Gesandten in Münster, Alvise Contarini, an den Dogen von Venedig und an seinen Kollegen Nani in Paris einsehen durfte — die Originalberichte Giustinianis, des damaligen venetianischen Gesandten am kaiserlichen Hofe, befinden sich seit 1866 in Wien und wurden dort von mir benutzt — ferner das Königliche Staatsarchiv in Hannover und das Herzogliche Hauptstaatsarchiv in Wolfenbüttel. In dem ersteren dieser beiden Archive befinden sich die auch für meine Zwecke nicht unwichtigen, übrigens schon in Meierns Sammlung „Acta Pacis Westphalicae" vielfach verwerteten Gesandtschaftsberichte des braunschweigisch-lüneburgischen Vicekanzlers Jacob Lampadius, eines der hervorragendsten unter den Vertretern der protestantischen Reichsstände bei den Friedensverhandlungen, für die Zeit vom November 1644 bis zum April 1646, in dem letzteren hingegen eine Abschrift der täglichen Aufzeichnungen desselben Gesandten für die ganze Dauer seines Aufenthaltes auf dem Kongress.

Dass neben dem genannten ungedruckten Quellenmaterial auch die verschiedenen gedruckten in- und ausländischen Sammlungen diplomatischer Aktenstücke zur Geschichte des westfälischen Friedens sowie die vorhandene Litteratur in meiner Arbeit nicht unberücksichtigt geblieben sind, dürfte sich aus den Anmerkungen dazu ergeben. Die Übergehung der Schriften von Koch, Schreiber und Katt wird nach dem oben Gesagten kaum überraschen.

Für die gütige Unterstützung und Förderung meiner Studien, deren ich mich, wie von den Vorstehern und Beamten der benutzten Archive und Bibliotheken, so auch von anderer Seite in reichem Masse erfreuen durfte, fühle ich mich zum wärmsten Danke verpflichtet und will nicht unterlassen, denselben hierdurch auch öffentlich geziemend zum Ausdrucke zu bringen.

Weimar, den 17. Februar 1898.

Der Verfasser.

Wichtigste Abkürzungen:

B. A. = Fürstliches Archiv in Bischofteinitz.
H. A. = Königliches Staatsarchiv in Hannover.
M. A. schw. = Königliches Geh. Staatsarchiv in München, bairische (schwarze) Abteilung.
V. A. = Archivo di Stato in Venedig.
W. A. Fr. A. = K. u. K. Geh. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien, Friedensakten.
Wb. A. = Herzogliches Hauptstaatsarchiv in Wolfenbüttel.
Kf. = Kurfürst.
Ksr. = Kaiser.
Ksl. = Kaiserliche Gesandte.
Ksl. i. M. = Kaiserliche Gesandte in Münster.
Hsl. u. Kr. = Haslang und Krebs (bairische Gesandte in Münster).

Nb. Dieser Ausdruck ist für die Zeit vom November 1645 ab von mir gewählt worden an Stelle der bis dahin angewendeten Bezeichnung „Ges." = Gesandten, zum Unterschiede von dem dritten bairischen Bevollmächtigten Dr. Ernst, der seit jener Zeit den Kurfürsten in Osnabrück vertrat und mit diesem, ebenso wie seine Kollegen in Münster, einen regelmässigen Briefwechsel unterhielt.

Berichtigungen:

Seite	17	Zeile 33	lies:	an, und
„	21	„ 5	„	Abordnung
„	21	„ 22	„	lehnte Mazarin
„	23	„ 16	„	des Jesuiten.
„	23 Note	„ 8	„	Ogl. W. A. Disp.
„	57	„ 28	„	die Stimmenmehrheit.
„	57 Note	„ 10	„	Bd. VI. S. 338 flg.)
„	83	„ 21	„	Friedensverhandlungen
„	88	„ 10	„	setzte,
„	113	„ 8	„	seine Thätigkeit
„	139	„ 14	„	gegenüber den
„	142	„ 1	„	Feinde zu
„	148	„ 14	„	vom 14. Dezember
„	151	„ 20	„	am 15. Januar.

Einleitung.

Für die Vorgeschichte des westfälischen Friedens bezeichnen die Jahre 1640 und 1641 einen wichtigen Abschnitt. Schon lange vorher begonnen, wurden in dieser Zeit die allgemeinen Friedensverhandlungen zunächst auf dem Kurfürstentage zu Nürnberg im Jahre 1640, dann auf dem Reichstage zu Regensburg, der sich unmittelbar an jene Versammlung anschloss und bis zum Herbst des folgenden Jahres dauerte, durch die Einwirkung der deutschen Reichsstände wesentlich gefördert. Auf ihr Verlangen hin wurde, um die inneren Zwistigkeiten im Reiche beizulegen, denjenigen Ständen, die sich mit dem Kaiser noch nicht ausgesöhnt hatten, von diesem eine — allerdings nicht uneingeschränkte — allgemeine Amnestie angeboten, ein Beweis des Entgegenkommens, der vor allem dazu dienen sollte, die kriegerischen Kräfte des Reiches, die sich bis dahin selbst unter einander bekämpft hatten, zum Widerstande gegen dessen auswärtige Feinde, die verbündeten Kronen Frankreich und Schweden, zusammenzufassen. Auch den letzteren wünschte man übrigens zugleich einen Beweis versöhnlicher Gesinnung zu geben und beschloss daher, mit den beiden Bundesgenossen zu derselben Zeit über einen Ausgleich zu verhandeln.

Die Seele dieser auf die Wiederherstellung des äusseren und inneren Friedens gerichteten reichsständischen Bewegung war Kurfürst Maximilian I. von Baiern. Gerade er hatte sich bis dahin durch besonderen Eifer in der Kriegführung hervorgethan, gerade in ihm erblickte die kaiserliche und katholische Partei, seitdem 1619 das hartbedrängte Haus Österreich seinen Beistand angerufen hatte, ihre festeste Stütze im Reiche, und thatsächlich war er auch zwei Jahrzehnte hindurch recht eigentlich der Vorkämpfer der kaiserlich-katholischen Sache gewesen.

Vom Jahre 1639 an macht sich jedoch in seiner Politik ein entschiedener Umschwung bemerkbar: mehr und mehr geriet sie mit der des kaiserlichen Hofes in Widerspruch.

Es war vor allem der ungünstige Verlauf der letzten Feldzüge, der diese Sinnesänderung in Maximilian bewirkte. Die Misserfolge der Waffen entmutigten ihn um so mehr, als das kaiserliche Heer- und Geldwesen sich in der grössten Unordnung befand und Ferdinand III. weder den Willen noch die Kraft bekundete, diesem durch seinen Vater geschaffenen Übel abzuhelfen. Nur von einem baldigen Frieden mit den inneren und äusseren Feinden glaubte er noch für sich und seine Verbündeten das drohende Verderben abwenden zu können.

Das Verhalten des kaiserlichen Hofes aber musste ihn in dieser Überzeugung bestärken und seinen Gegensatz zu dessen Politik noch verschärfen. In dem Wunsche, den Frieden nach aussen hin durch eine angemessene Gebietsentschädigung der Krone Schweden, nach innen aber durch Zugeständnisse an die protestantische Partei im Reiche zu erkaufen, war allerdings der Kaiser mit Maximilian vollkommen einig; gänzlich unberücksichtigt liess er hingegen dessen Verlangen, im Kriegswesen den entsetzlichen Ausschreitungen der kaiserlichen Truppen und der Habgier ihrer Führer kräftig entgegenzutreten, und wie er überhaupt den Ernst der Lage trotz der Vorstellungen des Kurfürsten völlig unterschätzte, so war er vor allem auch durch nichts zu bewegen, sich von dem durch die Bande der Blutsfreundschaft mit ihm verbundenen spanischen Königshause zu trennen. Das Bündnis mit diesem aber trug bei dessen schroffem Gegensatze zu Frankreich mehr als alles andere dazu bei, den Krieg in die Länge zu ziehen, es stand daher ebenso sehr im Widerspruche mit dem Interesse der besiegten katholischen Partei wie mit dem des gesamten Reiches.

Auch sonst trug das Verhalten des kaiserlichen Hofes reichlich dazu bei, Maximilian mit Unwillen zu erfüllen.[1] So machte er sich denn immer mehr mit dem Gedanken vertraut, dass die Reichsstände, wenn die Rücksichten auf sie noch länger ausser acht gesetzt würden, dem Kaiser durch eine That der

---

1) Brockhaus, Der Kurfürstentag zu Nürnberg 1640, S. 149 ff.

Notwehr entgegentreten und ihn, soweit es ihre Pflichten gestatteten, zwingen müssten, die unerlässlichen Reformen im Heerwesen vorzunehmen und sein Reichsregiment zu bessern, vor allem aber dem Bunde mit Spanien zu entsagen: „Denn wo es am haupt mangelt“, schrieb er im Jahre 1639, „miessen die glieder sich selbs erhalten, wann sie nit den ganzen laib in die gruben komen lassen, sonst wird es dismembration abgeben“ [1]).

Wie Maximilian, empfanden auch seine Standesgenossen ohne Ausnahme ihr eigenes Elend und die Not des ganzen Reiches; wie er, waren auch sie ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Parteirichtung über das Verhalten des kaiserlichen Hofes erbittert [2]).

Infolgedessen fiel es dem Kurfürsten auch nicht schwer, auf den Gang der Verhandlungen in Nürnberg und Regensburg sowie auf die dort gefassten Beschlüsse massgebenden Einfluss zu gewinnen [3]).

Die weitere Entwicklung der Verhältnisse im Reiche konnte nur dazu dienen, ihn in der einmal eingeschlagenen Richtung seiner Politik zu befestigen. Durch die Bewilligung einer auf dem Reichstage geforderten beträchtlichen Kriegssteuer [4]) sowie durch neue Erfolge im Felde ermutigt, überliess sich Ferdinand III. auch in der nächsten Zeit, anstatt die auf Beschleunigung des Friedens hinzielenden Reichstagsbeschlüsse zu berücksichtigen, wieder völlig dem spanischen Einflusse. Zum Zwecke der Verbesserung der Reichsjustiz sollte einer in Regensburg getroffenen Anordnung zufolge in Frankfurt ein Reichsdeputationstag zusammentreten. Dem kaiserlichen Hofe war aber an einer solchen Versammlung sehr wenig gelegen, denn schon auf den beiden letzten Tagfahrten war die Unzufriedenheit der Reichsstände mit seiner Politik deutlich zum Ausdrucke

1) Brockhaus, a. a. O. Beilage, S. 276, vgl. Stieve, M. I. in der allg. d. Biogr.

2) Siehe hierüber Brockhaus, S. 51 ff.

3) Über den Umschwung in M.s Politik und über sein Verhalten auf den Tagfahrten von 1640 und 1641 siehe Brockhaus, Inhaltsverzeichnis, Londorp, acta publica V., Inh.-Verz., Urkunden u. Akten zur Gesch. des Grossen Kurfürsten, Bd. I, S. 692 ff., vgl. Stieve, M. I, allg. d. Biogr.

4) Urkunden u. Akten a. a. O. S. 696.

gekommen, und auch für künftige ähnliche Anlässe hatte man alle Ursache, ernste Schwierigkeiten von ihnen zu befürchten. Man zog deshalb die Eröffnung der Versammlung so sehr als möglich in die Länge [1]), und ebenso entsprechend behandelte man in der Hoffnung auf neue kriegerische Vorteile die in Hamburg begonnenen Vorverhandlungen über den Frieden mit den auswärtigen Mächten. Erst durch neue Niederlagen der kaiserlichen Waffen sah man sich im Frühjahr 1643 zum Abschlusse dieser Verhandlungen veranlasst, worauf dann, nachdem im Februar des Jahres der Deputationstag eröffnet worden war, im folgenden Sommer endlich der eigentliche Friedenskongress in Osnabrück und Münster seinen Anfang nehmen konnte [2]).

Welche Wirkung dieses Verhalten auf den Kurfürsten von Baiern ausüben würde, war leicht vorauszusehen. Zunächst liess es sich Maximilian mit Rücksicht auf den grossen Einfluss, den Ferdinand den Spaniern einräumte, ernstlich angelegen sein, die Verteidigung Westdeutschlands in die Hände der Stände zu legen, um das Reich von den kaiserlichen Truppen und der kaiserlichen Politik unabhängig zu machen. Er brachte es auch dahin, dass sich der bairische, schwäbische und fränkische Kreis zur Unterhaltung seines Heeres vereinigten [3]). Gemeinsam mit den Kurfürsten von Mainz und Köln verabredete er ferner im Mai 1642 zwar die Fortsetzung des Krieges, aber zugleich auch eine Gesandtschaft an den Papst, um durch diesen auf die Krone Frankreich und für die Beschleunigung des Friedenswerkes zu wirken [4]).

Zu dem nämlichen Zwecke wurde auch kurz darauf von ihm und den Kurfürsten von Mainz und Köln dem Kaiser der Vorschlag gemacht, mit Frankreich unter Vermittlung Baierns und Kursachsens in eine Sonderverhandlung einzutreten [5]).

1) A. a. O. S. 794 ff.

2) Odhner, Die Politik Schwedens beim westfäl. Friedenskongress, Gotha 1877. S. 87.

3) Stieve, A. d. B. Mentz, Johann Philipp von Schönborn, Kurfürst von Mainz, Jena 1896, S. 24 flg.

4) Urkunden u. Akten I, S. 795.

5) A. a. O., Mentz, S. 18 flg.

Wesentlich auf sein und seiner beiden geistlichen Kollegen Betreiben wurde sodann im folgenden Winter trotz des Widerwillens der Kaiserlichen der Deputationstag in Frankfurt endlich eröffnet.

Die Besorgnisse, mit denen der kaiserliche Hof der Versammlung entgegengesehen hatte, schienen sich thatsächlich gleich zu Anfang in vollem Masse rechtfertigen zu sollen, denn während seine Vertreter in ihrer Proposition einfach die Verbesserung der Rechtspflege im Reiche als Aufgabe der Versammlung hinstellten, verlangten die Gesandten der Reichsstände fast einstimmig mit der grössten Entschiedenheit, dass vor allem über die Wiederherstellung des äusseren und inneren Friedens beraten werden müsse, und nahmen, als die Kaiserlichen dagegen Einspruch erhoben, die Verhandlungen über diese Frage alsbald eigenmächtig in die Hand [1]).

Im weiteren Verlaufe der Tagfahrt gestaltete sich allerdings die Lage der Kaiserlichen wieder günstiger, denn als die Frage nach der Beteiligung der Reichsstände an den Friedensverhandlungen zur Erörterung kam, erhob sich unter ihren Bevollmächtigten ein ernster Zwist, indem die Mitglieder des Kurfürstenrates mit Ausnahme des brandenburgischen Gesandten für sich allein das Recht in Anspruch nahmen, den Friedenskongress selbständig zu beschicken, während sie das Verlangen der anderen Stände, sich gleichfalls thätig daran zu beteiligen, auf das heftigste bekämpften.

Einer der entschiedensten Gegner jener Forderungen war der Kurfürst von Baiern, und gerade dies kam natürlich den in der ersten Zeit so hart bedrängten Kaiserlichen trefflich zu statten [2]).

Bald darauf trat auch im Kriege wieder eine Wendung ein, die ihnen wie ihrem Herrn nur willkommen sein konnte. Am 24. November 1643 gelang es den bairischen Truppen, durch den Sieg bei Tuttlingen Südwestdeutschland von den Franzosen zu befreien, und da sich im folgenden Monat der schwedische Feldherr Torstenson durch den Ausbruch des Krieges zwischen Schweden und Dänemark genötigt sah, aus Mähren,

1) A. a. O.
2) A. a. O.

seinem augenblicklichen Standorte, eilends nach Holstein abzuziehen, so ward das Uebergewicht der katholischen Waffen im Reiche wiederhergestellt. Sogar Maximilian glaubte jetzt von neuem die Aussicht eröffnet, dass er den gemeinsamen Kampf der katholischen Parteigenossen erfolgreich fortsetzen und mit den äusseren Feinden einen ehrenvollen Frieden abschliessen könne.

Der Kurfürst war entschlossen, den günstigen Augenblick nicht ungenützt vorübergehen zu lassen. Im Februar 1644 liess er durch zwei Bevollmächtigte in Passau mit den Kaiserlichen und den Spaniern einen neuen Vertrag abschliessen, worin verabredet wurde, die feindlichen Heere durch kräftige Angriffe ganz vom Reichsboden zu vertreiben [1]).

Zu dem geplanten Unternehmen gelang es, wesentlich auf Maximilians Betreiben hin, eine neue beträchtliche Geldbewilligung von den Ständen durchzusetzen [2]).

Die Hoffnung des Kurfürsten, auf diese Weise zu einem raschen Frieden zu gelangen, ging indes nicht in Erfüllung, denn nicht lange blieb das Glück den Waffen des Kaisers und seiner Verbündeten treu. Der Feldzug, den die Kaiserlichen, den in Passau gefassten Plänen entsprechend, gegen die Schweden nach Holstein unternahmen, verlief nicht weniger unglücklich als der Kampf des bairischen Heeres am Ober- und Mittelrhein mit den französischen Feldherren Condé und Turenne.

In seinen Erwartungen getäuscht, säumte Maximilian von Baiern keinen Augenblick, seine frühere Politik wieder aufzunehmen. Deutlich trat die Wirkung der jüngsten Ereignisse zu Tage in der entgegenkommenden Haltung, die seine Gesandten in Frankfurt vom Herbst 1644 an wieder beobachteten [3]). In vollem Einklange damit stand auch des Kurfürsten eigenes

---

1) Droysen, Preuss. Politik III, 1. S. 279; Stöckert, Die Admission der deutschen Reichsstände zum westfäl. Friedenskongresse. Kiel 1869. S. 10; Chemnitz, Schwedischer in Deutschland geführter Krieg IV, S. 24 flg., vgl. Urkunden u. Akten I, S. 838.

2) Stöckert, S. 11. Vgl. Urkunden u. Akten I, S. 838, Droysen, a. a. O. flg.

3) Urkunden u. Akten I, S. 860.

Benehmen. Unter den schwerbedrängten Ständen der südwestlichen Reichskreise, besonders an den geistlichen Höfen von Würzburg und Bamberg war, wie schon mehrmals früher, so auch jetzt wieder der Plan erwogen worden, sich unter Baierns Leitung zu einem Bunde zusammenzuschliessen und selbständig, über den Kaiser hinweg, mit den beiden Kronen zu verhandeln, ein Plan, dessen Ausführung augenblicklich um so wünschenswerter erschien, da man befürchtete, Baiern werde nach der erlittenen Niederlage nicht abgeneigt sein, mit Frankreich für sich allein sich zu verständigen [1]. Als man jetzt, im Herbst 1644, versuchte, Maximilian für dieses Vorhaben zu gewinnen, zeigte er sich in der That nicht abgeneigt. Einer bindenden Zusage ging er allerdings vorsichtig aus dem Wege [2], dagegen liess er zu der nämlichen Zeit unter Hinweis auf die schweren Misserfolge im Felde durch seinen Hofkammerpräsidenten Johann Mändl an den Kaiser in ernstem, drohendem Tone die Mahnung ergehen, den Frieden mit den siegreichen Gegnern endlich mit dem gebührenden Eifer zu fördern, und säumte nicht, sein lebhaftes Verlangen danach zugleich den Bevollmächtigten Frankreichs in Münster durch den dort anwesenden Nuntius Fabio Chigi zu erkennen zu geben. Ihre Antwort an den Kurfürsten lautete so entgegenkommend, dass sich dieser in der Sehnsucht nach dem Ziele seines Strebens nur bestärkt fühlen konnte [3].

Noch vor Ablauf des Jahres 1644 that er einen weiteren wichtigen Schritt in der einmal eingeschlagenen Richtung: unbekümmert um die tiefe Abneigung, die Ferdinand gegen die Teilnahme der Reichsstände überhaupt und sogar gegen die der Kurfürsten an den Friedensverhandlungen hegte [4], schickte er Anfang Dezember eine Gesandtschaft nach Münster [5].

---

1) Stöckert, S. 18 flg. Vgl. Mentz, S. 23.

2) Stöckert, S. 19 flg. Vgl. Mentz, S. 23.

3) Négotiations secrètes II, S. 159, 165, 173, 176, 186.

4) Volmar, Diarium S. 110, 122.

5) Am 2. Dezember 1644 fordern die französischen Bevollmächtigten den Kurfürsten zur Beschickung des Kongresses auf (M. A. schw. 324/2 cop.), worauf ihnen dieser am 18. d. M. (a. a. O. cop.) antwortet, er habe seine Gesandten schon vor vierzehn Tagen abgehen lassen.

Wie schon auf den Versammlungen von 1640 und 1641, war auch bei dem im Jahre 1643 eröffneten Kongress die Verständigung mit den fremden Mächten das Ziel, das er vor allem anderen, als Grundbedingung für die Lösung aller übrigen schwebenden Fragen, erstrebte. Auf welchem Wege er schliesslich zu diesem Ziele gelangte, dies darzulegen, sei die Aufgabe der folgenden Erörterung.

Erster Abschnitt.

Die beiden Männer, denen der Kurfürst die Leitung seiner Politik beim Friedenskongress anvertraute, waren der Geheime Rat, Hofmarschall, Kämmerer und Pfleger zu Pfaffenhofen, Georg Christoph von Haslang zu Hohenkammer und der Hofrat Dr. iur. Johann Adolf Krebs. Ueber ihre frühere Thätigkeit sind wir nicht unterrichtet, doch setzt die Aufgabe, die ihnen von ihrem Herrn übertragen worden war, voraus, dass sie zu seinen bewährten Räten gehörten und sein Vertrauen in vollstem Masse genossen.

Ihre Instruktion ist uns nicht erhalten, indes lässt sich die Richtung von Maximilians Politik aus seinem Briefwechsel mit ihnen ebenso wie auch aus den zahlreichen anderen verwandten Schriftstücken im allgemeinen wie im einzelnen deutlich erkennen.

Der Würde ihres Herrn entsprechend für ihren Aufenthalt in Münster ausgestattet und mit dem erforderlichen Gefolge umgeben [1]), brachen Haslang und Krebs am 4. Dezember 1644 [2]) von München auf.

Infolge der schlechten Wege vermochten sie ihre Reise nur langsam zurückzulegen [3]). Erst am 24. Dezember war ihr nächstes Ziel, Würzburg, erreicht [4]). Dem Wunsche ihres Herrn entsprechend, sollten sie sich dort zum Bischofe Johann Philipp [5]) begeben und ihn zum rückhaltlosen Anschlusse an des

---

1) Angaben hierüber in den Aktenstücken M. A. schw. 327/1.

2) Über den Tag ihrer Abreise M. an die französischen Bevollmächtigten in Münster 18. XII. 44 cpt. M. A. schw. 324/2.

3) Ges. an M. 21. XII. 44 cpt. M. A. schw. 324/2 d. Feuchtwangen bei Ansbach.

4) Ges. an M. 27. XII. 44 cpt. a. a. O. D. Wzbg.

5) Joh. Ph. v. Schönborn, von 1647 an Kurfürst von Mainz. Siehe über ihn weiter unten.

Kurfürsten politische Richtung zu bewegen suchen [1]), ein Zweck, der, wie nach des Bischofs Verhalten in der letzten Zeit vorauszusehen, ohne Mühe erreicht wurde. Bereitwillig ging Johann Philipp auf Maximilians Vorschläge ein, und unumwunden erklärte er dessen Vertretern, er wisse in der augenblicklichen Notlage keine andere Rettung, „als das alle Churfürsten und ständ coniunctim die hispanische artificia abwenden und durch alle mensch- und mügliche mittel den so hoch desiderirten friden zu erlangen sich bemühen“ [2]).

Wie der Bischof von Würzburg, erklärte sich auch der Kurfürst Anselm Casimir von Mainz, der im Herbst aus seiner Hauptstadt vor den Franzosen nach Sachsenhausen bei Frankfurt am Main geflüchtet war, als ihn die bairischen Gesandten in den ersten Tagen des Jahres 1645 auf ihrer Durchreise aufsuchten, durchaus mit Maximilian einverstanden. Ebenso that dies dessen Bruder, der Kurfürst Ferdinand von Köln, als ihm Haslang und Krebs einige Tage später in Bonn ihre Aufwartung machten [3]). Am 22. Januar 1645 trafen darauf diese in Münster ein [4]).

Dort wurde der Beginn ihrer Thätigkeit noch einige Wochen verzögert, da die Vertreter Frankreichs, Spaniens und Venedigs sich nicht dazu verstehen wollten, ihnen und den übrigen kurfürstlichen Gesandten die von ihren Höfen beanspruchten Ehrenbezeigungen zu teil werden zu lassen.

Die Baiern sahen sich dadurch veranlasst, ihren Aufenthalt einstweilen nach dem unfernen Hamm zu verlegen. Erst nachdem diese Frage, der gemäss den Auffassungen der Zeit grosses Gewicht beigelegt wurde [5]), zu ihrer Zufriedenheit ausgetragen war, kehrten sie am 22. Februar nach Münster zurück [6]).

---

1) Eine Andeutung über den Gegenstand ihrer Werbung s. w. u.

2) Ges. an M. 27. XII. 44.

3) Ges. an M. 7. I. 45 cpt. M. A. schw. 324/2. Vgl. über die Bemühungen bei Kurmainz auch nég. secr. II, 2, S. 25.

4) Ges. an M. 24. I. 45 cpt. M. A. schw. 324/2.

5) M. an Ges. 25. I. 45, vgl. M. A. schw. 324/2.

6) Über ihren Einzug und ihre Aufnahme bei den verschiedenen Vertretern berichten sie an ihren Herrn am 23. II. 45, am 2. III. 45 und am 9. III. 45 M. A. schw. 327/1, Auszüge. Vgl. Meiern I, S. 358. Volmar S. 136.

Damals waren seit der Eröffnung des Kongresses schon reichlich anderthalb Jahre vergangen. Gleichwohl hatte dessen Thätigkeit noch immer nicht begonnen. Das vornehmste Hindernis bildete der Streit über die Teilnahme der Reichsstände an den Verhandlungen.

Was die beiden auswärtigen Mächte betraf, so fühlten sie sich als natürliche Beschützer und Verbündete der Stände und konnten daher ihr Erscheinen nur dringend wünschen. Wiederholt richteten ihre Kongressgesandten an dieselben die Aufforderung, sich an den Verhandlungsorten einzufinden, und wenn auch die Stände aus verschiedenen gewichtigen Gründen ihr fürs erste noch nicht Folge leisteten [1]), so blieben die Bemühungen der Schweden und Franzosen doch auf die Dauer nicht ohne Erfolg. Vor allem trug der Verlauf des Feldzugs von 1644 das seinige dazu bei, um die Bedenken gegen die Beschickung des Kongresses zu überwinden. Durch die ermunternde Haltung der beiden Kronen wie durch ihre eigene schwere Bedrängnis bewogen, beschlossen im Herbst 1644 mehrere Kreise des Reiches, den Friedenskongress durch Kreisgesandte zu beschicken [2]).

Der eine von diesen Kreisen, der fränkische, setzte seinerseits am 9. November 1644 den Kaiser von seiner Absicht in Kenntnis und erbat sich dafür dessen Genehmigung [3]). Welchen entschiedenen Widerwillen Ferdinand gegen die Beteiligung der Reichsstände an den Friedensverhandlungen hegte, wie hartnäckig er darauf bestand, allein im Namen des Reiches mit dem Auslande Frieden zu schliessen, ist bereits angedeutet worden. Seinem Anspruche zu entsagen, hatten ihn selbst die Unglücksfälle des letzten Jahres nicht bewegen können.

Um so lebhafter empfahl der Kurfürst von Baiern die Gewährung des geforderten Zugeständnisses, als Ferdinand nach dem Eintreffen des Schreibens der fränkischen Kreisstände sein Gutachten darüber einholte, wie die von ihnen geplante

---

1) Stöckert, S. 12 flg., vgl. Odhner, S. 93.

2) Stöckert, S. 18 flg. Odhner, S. 94.

3) Das Schreiben ist abgedruckt bei Meiern I. S. 288, vgl. Stöckert, S. 23 und Wild, Johann Philipp v. Schönborn, Heidelberg 1896. S. 21.

Vertretung beim Kongress abgewandt werden könne. Die letzten Kriegsereignisse hatten ihre Wirkung auf Maximilian nicht verfehlt, und je weniger er wünschte, dass die Forderungen der niederen Stände in vollem Umfange erfüllt würden [1]), um so entschiedener war er der Ansicht, dass man sie, um dieselben nicht den Feinden in die Arme zu treiben, bis zu einem gewissen Grade berücksichtigen müsse. Beredten Ausdruck lieh er dieser Ueberzeugung bei den Werbungen, die er durch seine Kongressgesandten in Würzburg, Sachsenhausen und Bonn anbringen liess [2]), und auf das eifrigste vertrat er sie auch beim Kaiser in einem sehr eindringlichen Mahnschreiben vom 22. Dezember 1644, durch welches er dessen Anfrage beantwortete [3]).

Die Erwägung, dass man der Begehrlichkeit der siegreichen Gegner durch verständiges Einlenken die Spitze abbrechen müsse, bestimmte, neben anderen gewichtigen Bedenken, den Kurfürsten auch, einige Zeit später, in einem Schreiben vom 24. Februar 1645 [4]), dem Kaiser dringend anzuraten, dass er nicht länger auf der Fortsetzung des ins Stocken geratenen und verödeten Deputationstages in Frankfurt bestehen, sondern dessen Verlegung nach Münster anordnen möge. Nach eingehender Begründung dieses Vorschlages, für den er bereits bei seinen Mitständen eifrig gewirkt hatte [5]), schloss er sein Schreiben mit den drohenden Worten: „Solte es noch bei denen bishero erschienenen verlängerungen, unrichtigkeiten, confusiones und verwirrungen verbleiben, werde ich verhoffentlich nicht zu verdenken sein, wan ich meine zu Frankfurt ohne allen nutzen und frucht mit merklicher aber ganz vergeblicher spesen bisher entretenirten abgeordneten von dannen avociren und dasjenige, was ich zu beforderung des friedens mit rath und that cooperiren und helfen kann, durch meine zu Münster habende gesandten mit viel bessern nachtruck ersetzen werde“.

1) Siehe Einleitung S. 5.

2) Deren Berichte von den genannten Orten M. A. schw. 324/2, vgl. S. 10.

3) Cop. M. A. schw. 324/2. Erwähnt bei Meiern I, S. 412.

4) Cop. Beilage zum Berichte v. Lampadius v. 2. V. 45. H. A.

5) Dies ergiebt sich aus der Corr. des Kf. mit s. Ges. aus der ersten Zeit nach ihrer Abreise von München.

Sein Wunsch ward durch den Sieg, den Torstenson am 6. März 1645 bei Jankau erfocht, nachdrücklich gefördert. Wie im Verlaufe des ganzen dreissigjährigen Krieges jede einigermassen bedeutende Waffenthat den streitenden Parteien als ein Fingerzeig der Vorsehung erschien, so glaubten sie auch in dem Ausgange dieser Schlacht ein Gottesgericht erblicken zu müssen.

Am deutlichsten trat seine Wirkung auf die Gemüter beim Friedenskongress zu Tage [1]. Bis zu diesem Zeitpunkte hatten wenige Reichsstände gewagt, ihn zu beschicken; auf die Kunde von der neuen kriegerischen Entscheidung jedoch verloren selbst die zaghaftesten ihre Scheu und entsandten, unbekümmert um die Ungnade des Kaisers, ihre Vertreter an die Verhandlungsorte [2].

Wie die Nachricht von der Katastrophe in Böhmen auf den Kurfürsten Maximilian wirkte, ist leicht zu ermessen. In ihrer ganzen Grösse erkannte er die neuen Gefahren, die aus diesem jüngsten Misserfolge der kaiserlichen Waffen für die katholische Sache erwachsen waren [3], und wie er einerseits nicht säumte, den übertriebenen Schilderungen von der letzten Niederlage entgegenzutreten und seinen Parteigenossen wieder Mut einzuflössen [4], so richtete er anderseits sein hauptsächliches

---

1) Als ein interessantes Zeugnis für die Beurteilung des Ereignisses und seiner Folgen bei den in Münster und Osnabrück versammelten Gesandten sei hier die folgende Stelle aus einem Schreiben des Gesandten der Republik Venedig, Alvise Contarini, vom 17. März 1645 an seinen Kollegen Nani in Paris angeführt: „In somma (Torstenson) potrà volgiersi dove vorrà, perchè non haverà ostacolo, credendosi, che possa piegar contro Bavari, per levarsi anche quella picciola oppositione, quando non voglia lasciar à francesi quell' osso a rodere et in tanto assecurarsi meglio altrove: Che in ristretto è il contenuto de gl'avisi, che in tal materia sono quà fin hora capitati. V. A. Ogl. Senato III Secreta Fa No. 3. Vgl. Meiern I, S. 376, sowie Lampadius, Bericht an Hz. Christian Ludwig v. Braunschweig-Lüneburg, von demselben Datum (a. St.): Sollte die Nachricht von der Niederlage der Kaiserlichen wahr sein, „so hette man abermal Gottes Gericht wahrzunehmen"; siehe ferner: Stöckert, S. 29.

2) Stöckert a. a. O. Odhner, S. 97.

3) M. an Ges. 15. III. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2, siehe auch weiter unten. Vgl. auch über den Eindruck der Schlacht auf den Kf. Nég. secr. II, 2, S. 73.

4) Volmar, S. 142, vgl. M. an Ges. a. a. O.

Augenmerk auf die Förderung des Friedens. Um ihn zu beschleunigen, hatte er, einem längst gehegten Wunsche entsprechend [1]), schon vor der Schlacht bei Jankau eine Vertrauensperson, seinen Beichtvater, den Jesuiten P. Johann Vervaux, zu unmittelbaren geheimen Verhandlungen an den französischen Hof entsendet [2]). Jetzt betrieb er nicht nur mit gesteigertem Nachdrucke die Verlegung des Frankfurter Deputationstages nach Münster [3]), sondern beauftragte auch seine dortigen Gesandten [4]) und den Bischof von Osnabrück, als Hauptbevollmächtigten von Kurköln und nicht minder als Seitenspross des Hauses Wittelsbach [5]), die Kongressverhandlungen nach allen Kräften zu fördern und, falls der Frieden nicht gleich zu stande kommen sollte, doch wenigstens für die baldige Vereinbarung eines vier- bis fünfmonatlichen Waffenstillstands „quovis modo et quibuscum conditionibus" zu wirken, „ehe der Kaiser vollends sein land räumen müsse" [6]). Gleich darauf sandte der Kaiser an ihn zwei vertraute Räte, den Reichsvicekanzler Grafen Kurtz und den Grafen Martinitz, um von ihm eine Unterstützung durch Truppen zu erbitten und Vereinbarungen über die Massregeln, die zur Abwehr der drohenden Gefahr dienen könnten, zu treffen. Um den Kurfürsten zu gewinnen, liess er dabei anzeigen, dass er den Deputationstag verlegen wolle. Maximilian liess sich nur zu dem bedeutungslosen Versprechen herbei, dass er dem Kaiser „bei sich anderst erzaigender coniunctur am Rhein" nicht nur mit einem Teile der unter seinem Oberbefehle stehenden Reichs-

---

1) Nég. Secr. II, S. 176. Jacob, Die Erwerbung des Elsass durch Frankreich im westfälischen Frieden, Strassburg 1897, S. 45 flg.

2) Nach der den Abgesandten des Kaisers, Kurtz und Martinitz, (s. weiter unten) in München gemachten' Angabe erfolgte V.s Abreise am 3. März (K. u. M. an Ksr. 17. III. 45 Ogl. BA. Z. 1, 12). Vgl. hiermit den von Jacob, a. a. O., S. 48, angegebenen Zeitpunkt. Siehe weiter unten eingehende Darstellung der Verhandlungen.

3) M. an Ernst 15. III. 45 Ogl. M. A. schw. 324/2. M. an Kurmainz und Kurköln 15. III. 45 cop. M. A. schw. 324/2. In betr. seiner früheren Bemühungen um die Verlegung vgl. oben. Aufschluss darüber giebt auch der Bericht der bair. Ges. an M. v. 27. XII. 44 cpt. M. A. schw. 3 24/2

4) M. an Ges. 15. III. 45 Ogl. M. A. schw. 324/2.

5) Odhner, S. 121, Urkunden IV, S. 399.

6) M. an B. v. Osn. 5. IV. 45 cop. M. A. schw. 324/2.

völker, sondern auch mit seinem eigenen ganzen Heere beistehen wolle [1]). Hingegen drang er ernstlich darauf, dass weiteres Unheil verhütet und der äussere wie der innere Friede mit allen Mitteln angestrebt werden möchte, und er hatte auch den Erfolg, dass Ferdinand, der sich noch kurz zuvor in einem eigenhändigen Briefe vom 26. Dezember 1644 [2]) auf sein dringendes Zureden zum Abschlusse eines Waffenstillstands nur zu einer sehr gewundenen und allgemeinen Zusage herbeigelassen hatte [3]), die Verlegung des Deputationstages nach Münster verfügte [4]).

Die Schlacht bei Jankau kam jedoch der Politik Maximilians nicht nur bei den Besiegten zu statten; auch bei den Siegern, den Vertretern Schwedens am Friedenskongress, rief der Erfolg der schwedischen Waffen, wie man dem Kurfürsten aus Münster berichtete, keine Begierde nach Fortsetzung des

---

1) Wenigstens sagt der Kaiser Maximilian dafür unter dem 3. April seinen Dank. Cop. B. A. Dd 2, No. 5. Aus dem einen der drei Berichte von Kurtz und Martinitz vom 17. März geht freilich hervor, dass sie sich noch mehr von Maximilian erwartet hatten, Ogl. B. A. Z. 1, No. 12.

2) Ogl. M. A. schw. 359/92.

3) „. . . Und ob schon das armistitium als ein weg, der die so hoch nothwendige beruhigung facilitirn und befirdern sollte, meinerseits bei den feindlichen cronen zu suchen billiche bedenken, und die E. Lbd. selbst wol erwegen kinden, firstelle, so begehre mich doch weder von eines gesamten churfirstlichen collegii, weder von E. Lbd. getreuem rath zu separirn, sundern will mich, wan zu Münster etwas hiervon an die meinigen wirdet kummen, dergestalt erklären, dass von mir mit billikeit mehrers nicht sollte desiderirt werden“. Inzwischen fährt der Kaiser fort, müsse man „steif und fest zusamen halten, auch coniunctis viribus et animis dem feind resistirn, auf das nicht in widrigen dieselbe gar alle gedenken so wol zum frid als armistitio fallen lassen und allein auf oppression des hl. römischen reichs und dessen glieder gedenken“. Bezeichnend ist am Schlusse Ferdinands Bitte: „das sie dises mein briefl, absunderlich aber, was ich mich in puncto armistitii erklere, in geheim und bei ihnen selbst behalten wollten“.

4) Stöckert, S. 30. Odhner, S. 97. Die Zeitangaben des letzteren sind im wesentlichen nach dem julianischen Kalender gemacht. Siehe hierüber seine Vorrede. Ueber die Nachgiebigkeit des Kaisers angesichts der Niederlagen bei Jankau siehe Peñaranda an Philipp IV. 1. VI. 45. Coleccion de documentos inéditos, tom. 82 flg., sowie im übrigen die Berichte des allerdings nicht sehr zuverlässigen und gut unterrichteten venetianischen Gesandten Giustiniani am kaiserlichen Hofe. Ogl. W. A. Disp. Senato III., 90.

Kampfes, sondern im Gegenteil den Wunsch nach kräftiger Förderung des Friedenswerkes hervor [1]).

Ohne Einwirkung blieb dagegen das Ereignis auf zwei andere in den Krieg verwickelte europäische Mächte. Zunächst betrachtete es der damalige Hauptvertreter Spaniens in Münster, Don Diego Saavedra [2]) als seine Aufgabe, der Politik Maximilians nach allen Kräften entgegenzuarbeiten. Das Erscheinen einer neuen Silberflotte hatte seine Hoffnung auf einen günstigen Verlauf des Kampfes wieder belebt [3]); überdies konnte er sich aber auch, ebenso wie alle übrigen am Kongress anwesenden Gesandten, nicht verhehlen, dass die Franzosen nur dann auf einen Waffenstillstand mit Kaiser und Reich sich einlassen würden, wenn die Krone Spanien davon ausgeschlossen bleibe. Dieser Möglichkeit suchte er vorzubeugen und bot daher alles auf, um den bestürzten Gesandten des Kaisers, der katholischen Kurfürsten und der fränkischen Kreisstände neuen Mut einzuflössen, wobei er nicht unterliess, für den unglücklichen Feldzug am Oberrhein vor allem die lässige Kriegführung des Kurfürsten Maximilian verantwortlich zu machen [4]).

Bei seinem Bemühen konnte dem Spanier das Verhalten des französischen Hofes und des einen seiner Gesandten in Münster, des Grafen Servien, nur willkommen sein. Wünschte die französische Regierung dort ohnehin aus der augenblicklichen Notlage des kaiserlichen Hofes nach Möglichkeit Nutzen zu ziehen, so wurde sie in diesem Vorhaben noch bestärkt durch Servien, der bei dem Kardinal Mazarin, Frankreichs leitendem Staatsmanne, besonders in Gnaden stand [5]). Mit den

---

1) Odhner, S. 98, dann Schreiben aus Münster, wahrscheinlich vom Bischof von Osnabrück, an Maximilian, 17. III. 45 cop. M. A. schw. 324/2. Vgl. Lamp. 14. IV. a. St., Ogl. H. A.

2) Nach Nég. Secr. I, S. 378, hätte S. schon im April 1645 Münster verlassen. Dies ist jedoch nach doc. inéd. 82, S. 543 flg. zu berichtigen.

3) Stöckert, S. 29. Vgl. Meiern I, S. 361. Lamp. 8. III. 45 a. St. H. A. Über den Gegensatz der Spanier zu Baiern siehe auch Nég. secr. II, 2, S. 6.

4) Meiern I, S. 375 flg. Erklärung auf das Gesuch der Vertreter des fränkischen Kreises um Beschleunigung des Friedenswerkes. Siehe ferner über S.s Benehmen seine Berichte vom Kongress doc. inéd. tom. 82. S. 529. Vgl. auch Volmar, S. 142.

5) Odhner, S. 118.

Vertretern des Kurfürsten von Baiern hatte dieser in der ersten Zeit ihrer Anwesenheit in Münster ebenso wie sein Amtsgenosse, der Graf d'Avaux, sehr freundliche Beziehungen gepflogen [1]. Allmählich aber entzweite er sich mit dem letzteren, und da bei dessen eifrig katholischer Gesinnung sein Verkehr mit Haslang und Krebs nach und nach recht vertraulich wurde, liess Servien seine Feindschaft gegen d'Avaux auch die Baiern entgelten und verfehlte nicht, ihrer Politik wie am Kongress, so auch bei Mazarin kräftig entgegenzuarbeiten [2].

Der Gesinnung des Pariser Hofes und Serviens entsprach vollkommen der Nachdruck, mit dem der französische Feldherr Turenne den Sieg des verbündeten schwedischen Heeres dazu ausnützte, um den Kampf in Oberdeutschland gegen Maximilians Truppen fortzusetzen [3].

Durch diese Haltung der Franzosen wurde das Vorgehen Saavedras gegen die Baiern wesentlich erleichtert. Die Bevollmächtigten des Kaisers hielten in allen Angelegenheiten fest mit ihm zusammen. Ihre Abneigung gegen Maximilians Wünsche trat offen zu Tage, als am 27. März die Baiern nach einer Unterredung mit den Franzosen, die ihnen ihre Friedensliebe versichert hatten [4], mit diesen, den Kaiserlichen und den Vertretern des Kurfürsten von Köln zur Beratung über den Abschluss eines Waffenstillstandes zusammenkamen. Unter Hinweis auf das wenig versöhnliche Benehmen der beiden feindlichen Kronen rieten die Kaiserlichen entschieden, mit der von Maximilian vorgeschlagenen Waffenstillstandshandlung fürs erste noch innezuhalten, „bis man wiederum in postur gefasst; alsdan möchte, ob dubium martis eventum, besser davon zu reden sein".

Diese ablehnende Erklärung verfehlte ihren Eindruck auf die Anwesenden nicht. Auch der Bischof von Osnabrück, der sonst ein eifriger Parteigänger Maximilians war, schloss sich ihr an und sogar die bairischen Gesandten wagten nicht, die Schwierigkeiten in Abrede zu stellen, die den Plänen ihres

1) Siehe hierüber z. B. Meiern I, S. 376 flg.
2) Volmar, S. 143.
3) M. an Ges. 5. IV. 45 und 26. IV. 45, No. 2. Ogl. M. A. schw. 324/2.
4) Volmar, S. 143.

Herrn im Wege waren, wenn sie auch dessen Befehlen entsprechend nicht unterliessen, deren Verwirklichung den Parteigenossen zur Berücksichtigung zu empfehlen [1]).

Der Kurfürst liess sich jedoch durch diesen Misserfolg nicht beirren. Wie er auf die Unterstützung seiner Gesandten durch die beiden Friedensvermittler, den päpstlichen Nuntius Chigi und den Gesandten der Republik Venedig, Alvise Contarini, grosses Gewicht legte [2]), so schärfte er Haslang und Krebs aufs neue ein [3]), auch mit den Franzosen, und insbesondere mit d'Avaux, persönlich zu verhandeln und ihn wie Servien dahin zu bringen, sich endlich über die Entschädigungsforderungen ihres Hofes offen auszusprechen.

So fuhren denn die Baiern fort, auf die Vermittler und auf die Franzosen im Sinne des Kurfürsten einzuwirken und erreichten wenigstens so viel, dass d'Avaux schon in der ersten Hälfte April ihrem Wunsche entsprechend mit ihnen in Verhandlung trat [4]).

Gleich bei der ersten Besprechung, die am 10. April zwischen ihm und Haslang stattfand, zeigte es sich, was Maximilian für sich selbst wie für das Reich von Seiten Frankreichs zu erwarten hatte [5]). Nachdem sich d'Avaux zunächst dafür ausgesprochen hatte, dass die Krone Schweden ihrem Wunsche gemäss vom Reiche durch das Herzogtum Pommern entschädigt werden solle, teilte er im weiteren Verlaufe des Gespräches dem bairischen Bevollmächtigten über

1) Volmar, S. 142.

2) M. an Ges. 5. IV. 45, 12. IV. 45, 19. IV. 45, 26. IV. 45 (2), Ogl. M. A. schw. 324/2. Über Contarinis friedliche Gesinnung berichtet Lampadius 28. II. 45. Ogl. H. A.

3) Siehe die Erlasse an sie aus der ersten Zeit nach ihrer Abreise. Vgl. Jacob, S. 54.

4) Über die Bemühungen der Baiern bei den Vermittlern berichtet Contarini an den Dogen 24. III. 45 Ogl. V. A. Senato III Secreta Fa No. 3 nebst Antwort 7. IV. 45 cop. V. A. Sen. I. R. 16 Secr. Ds. an Nani 7. IV. 45 a. a. O. — Rechtes Vertrauen brachte Contarini, wie aus seinen Berichten hervorgeht, den Gesinnungen des Kf. v. Baiern nicht entgegen.

5) Über diese Zusammenkunft giebt der Bericht der bair. Ges. an Maximilian Rechenschaft v. 13. IV. 45. Cpt. M. A. schw. 324/2. Vgl. Jacob, S. 56, sowie ferner inbetr. der Weisungen des französischen Hofes an seine Vertreter beim Kongress für die Vhdl. mit den Baiern. Nég. secr. II, 2, S. 69, 74 flg.

die Wünsche seines eigenen Hofes mit, „das er dasienige zu behalten begere, was er an iezo inhanden und in dero gewalt hette“. Die Erzstifter Mainz und Trier allerdings, fuhr d'Avaux fort, sowie die Orte, die die Franzosen in der Rheinpfalz inne hätten, würden sie zurückgeben; der König von Frankreich wolle aber auch ein Fürst des Reiches sein, wie der König von Spanien, und deshalb wolle er die Landgrafschaft Elsass behalten, zumal es nur durch dieses Gebiet Frankreich möglich sei, sich auf die Dauer in der Festung Breisach [1]) zu behaupten. Ausserdem verlange er noch die Festung Philippsburg [2]), um den Pfalzgrafen in Zaum halten zu können.

An ernsten Einwänden gegen diese Forderungen liess es Haslang nicht fehlen, indes wagte er doch nicht, deren Befürwortung bei Kaiser und Reich einfach von der Hand zu weisen, denn wie d'Avaux mit aller Entschiedenheit auf der verlangten Gebietsentschädigung bestand, so stellte er Haslang auch als Preis seiner Hilfeleistung den Schutz der bairischen Hausinteressen in Aussicht [3]).

Zum Lohne für seine Unterstützung im böhmisch-pfälzischen Kriege und zur Entschädigung für die während desselben aufgewendeten Kriegskosten, die sich im ganzen auf dreizehn Millionen Gulden beliefen, war Maximilian nach dessen glücklicher Beendigung die pfälzische Kurwürde verliehen und ein Teil des pfälzischen Hausbesitzes, die an Baiern grenzende Oberpfalz, von Ferdinand II. übertragen worden. Die Rechtmässigkeit dieser Standeserhöhung und Gebietsvergrösserung wurde von dem Sohne des Winterkönigs, dem Pfalzgrafen Karl Ludwig, auf das lebhafteste bestritten, und die Schweden standen, wie d'Avaux dem bairischen Gesandten in der Unterredung vom 10. April versicherte, unbedingt auf der Seite des jungen Fürsten. Ihnen gegenüber bedurfte Baiern der Unterstützung Frankreichs, die d'Avaux mit dem Bemerken erbat, dass zur Abfindung des Pfälzers eine achte Kur geschaffen

1) Seit 1638 befand sich dieser wichtige Platz am Oberrhein in ihrem Besitze.

2) Im September 1644 vom Herzog von Enghien eingenommen. Chéruel, Histoire de France pendant la minorité de Louis XIV. Bd. II, S. 325 flg.

3) Ges. an M. 13. IV. 45.

werden könne. Haslang musste sich also trotz allem Widerstreben herbeilassen, die Vertretung der französischen Wünsche in Aussicht zu stellen.

Diese Notlage hatte sein Herr vorausgesehen, und er hatte auch in Berechnung gezogen, dass ihm, wie schon sein nachdrückliches Eintreten für den Frieden, so und in noch weit höherem Masse seine Begünstigung der französischen Forderungen, der er sich um des allgemeinen Friedens und um seiner Interessen willen nicht entziehen konnte, von Österreich und Spanien aufs höchste verübelt werden würde. Seit lange fühlte er sich durch seine von den Gesichtspunkten eines Reichsstandes bestimmte Politik zu den Spaniern und den von ihnen geleiteten Österreichern in schroffen Gegensatz gestellt, und seit lange beobachtete er jene und diese mit Misstrauen und Besorgnis. Jetzt schien es ihm geboten, sich auf alle Fälle gegen sie Frankreichs Schutz zu sichern.

Zu diesem Zwecke vornehmlich hatte er seinen Beichtvater Vervaux nach Paris entsendet. Er hatte ihn beauftragt, einen Waffenstillstand zwischen den französischen und bairischen Truppen vorzuschlagen, zugleich aber auf einen allgemeinen Frieden zu dringen und den Kardinal mit Hinweis auf die katholischen Interessen dafür zu gewinnen, dass die Streitigkeiten der deutschen Glaubensparteien unter einander „in dise Fridenstractaten nit gemischt,“ sondern „bei dem im reich herkommen und zu Regensburg und Frankfurt durch einen gemeinen reichsschluss albereit verglichenen modo amicabilis compositionis gelassen werden möchten“.

Daneben aber hatte Vervaux noch eine weitere, streng vertrauliche Sendung. Sie bestand darin, zwischen Baiern und der Krone Frankreich einen Sondervertrag „auf künftige eventus und zu dem end“ in Anregung zu bringen, damit der Kurfürst Gewissheit erlange, ob er auf den Schutz des französischen Hofes rechnen dürfe, falls ihm wegen seines Eintretens für die französischen Wünsche bei den Friedensverhandlungen künftig vom Kaiser und den Spaniern „einiger Schaden und verfolgungen begegnen sollten“ [1]).

1) Eine übersichtliche Darstellung seiner Gründe für die Absendung seines Beichtvaters nach Paris giebt M. in dem Erlasse an s. Gesandten

Am 3. April traf Vervaux, mit Briefen des Kurfürsten und der Kurfürstin an die Königin von Frankreich versehen [1]), in der französischen Hauptstadt ein und säumte nicht, Mazarin von seiner Ankunft zu benachrichtigen.

Der französische Hof hatte der Akordnung des Jesuiten von Anfang an kein Entgegenkommen gezeigt. Er hatte darauf bestanden, dass Vervaux nur mit wenigen Personen und unter fremdem Namen reisen und dass er sich während der Reise nur dem französischen Gesandten zu Solothurn in der Schweiz zu erkennen geben solle, nach seiner Ankunft in Paris aber nur dem Marquis de Noirmoutier, „welcher den pass procurirt", um sich durch diesen dann auch bei Mazarin anmelden zu lassen [2]).

Nach seinem Eintreffen fand Vervaux noch ungünstigere Aufnahme. Zunächst liess ihm der Kardinal eröffnen, man habe Maximilian vor kurzem gebeten, seinen Gesandten, falls dieser noch nicht abgereist sei, noch vierzehn Tage zurückzuhalten. Dann erklärte er bei einer geheimen Unterredung, die er am 5. April Abends dem Jesuiten gewährte, von vornherein, dessen Sendung werde die Schweden, wenn sie davon erführen, verstimmen, und er müsse bald wieder abreisen [3]). Ueber irgend einen seiner Aufträge aber in nähere Besprechung einzutreten, lehnte Maximilian trotz allen Bemühungen Vervauxs unter nichtigen Vorwänden ab. Auch bei einer zweiten Unterredung, wozu sich der Kardinal nach längerem Sträuben eine Woche später herbeiliess, konnte der Gesandte nicht das mindeste erreichen, und Mazarin gab ihm aufs neue zu verstehen, dass

---

v. 10. V. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2. Vgl. die von der meinigen abweichende Darstellung des Zweckes dieser Werbung bei Jacob, S. 45 flg., der neben jenem Schreiben auch die bekanntlich sehr unzuverlässigen Angaben von Koch und Schreiber — siehe hierüber meine Vorrede — zu Grunde liegen.

1) Maximilians Gemahlin, Maria Anna von Österreich war die Schwester Ferdinand III. und mithin eine nahe Verwandte der Königin von Frankreich.

2) M. an Ges. 10. V. 45. Über Noirmoutier siehe Mazarin an d'Avaux u. Servien 19. XI. 44. Nég. secr. II, S. 176, sowie ferner Jacob, S. 45 und Chéruel, a. a. O., S. 51.

3) Über ein schon längere Zeit vorher an die schwedischen Bevollmächtigten in Münster gelangtes Gerücht von dem Erscheinen eines bairischen Abgesandten in Paris und über deren Besorgnis deswegen siehe Nég. secr. II, S. 182 vgl. a. a. O. II, 2, S. 20. Jacob, S. 46.

er sein ferneres Bleiben nicht wünsche, ja er widerrief sogar — angeblich, damit über Vervauxs Sendung nichts in die Oeffentlichkeit dringe — die am 7. April bereits erteilte Erlaubnis, dass dieser auch der Königin in einer besonderen Audienz die Wünsche seines Herrn vortragen möge. Vervaux sah sich genötigt, ihr die für sie bestimmten Briefe durch den Kardinal zu übermitteln [1]). Auch ein Besuch bei dem zum Hauptvertreter Frankreichs in Münster bestimmten Herzoge von Longueville wurde ihm durch Mazarin verwehrt [2]).

Daher entschied er sich denn nach einigem Schwanken, obwohl ihm der Kurfürst befohlen hatte, bis zum Eintreffen fernerer Weisungen in Paris auszuharren [3]), für sofortige Abreise und kehrte nach' München zurück.

Seine Sendung erzielte indes nicht nur keinen Gewinn für Baiern [4]), sondern wurde auch von Mazarin in treuloser Weise ausgebeutet, um den Kurfürsten bei den Habsburgern und der ganzen katholischen Partei zu verdächtigen. Musste es doch auch der Politik Frankreichs überaus förderlich sein, wenn der Zusammenhalt der Gegner gelockert und Baiern isolirt wurde. Eine Eigenmächtigkeit Vervauxs erleichterte dem Kardinal sein Werk. Der Jesuit hatte nämlich vorgeschlagen, dass der Sondervertrag zwischen Frankreich und Baiern auch auf den Kurfürsten von Köln und andere Stände und Kreise ausgedehnt werden solle [5]). Mithin schien es, als wolle Maximilian das ganze Reich oder doch dessen katholische Stände vom Kaiser abziehen und zu einem Bündnisse mit Frankreich führen.

1) Über seine Werbung in Paris berichtet V. eingehend dem Kf. am 5. und 12. April 1645. Cop. M. A. schw. 324/2. Vgl. die Darstellung Mazarins bei Jacob, S. 49 flg. Als Datum seiner Ankunft in Paris giebt V. in dem ersten seiner beiden Briefe den 3. April an; wenn daher Ferdinand III. an demselben Tage dem Kurfürsten inbetr. der Werbung am französischen Hofe schreibt, er habe gern vernommen, „das derohalben abgeordneter daselbst (d. h. in Paris) angelangt", so liegt hier wohl ein Irrtum des Kaisers vor.

2) M. an Ges. 7. VI. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2.

3) V. an M. 12 IV. 45.

4) Vgl. abweichende Auffassung v. Jacob, S. 52.

5) M. an Ges. 10. V. 45. Nach Versicherung des Kurfürsten hatte V. dies „allein vor sich selbst und aus guter obsorg gethon". Vgl. Jacob, S. 59.

Gleich nach der letzten Besprechung mit Vervaux setzte Mazarin am 15. April die französischen Kongressgesandten von den Anträgen des Jesuiten in Kenntnis und beauftragte sie, auch die Schweden davon zu benachrichtigen, um ihnen einen Beweis seiner Offenheit zu geben und zugleich ihren eigenen Argwohn gegen Frankreich zu beschwichtigen [1]. Er bemerkte dabei, diese Mitteilung solle nicht in weitere Kreise verbreitet, sondern dem Wunsche Maximilians entsprechend von den Schweden als vertraulich behandelt werden [2].

Wie wenig ernst jedoch diese Weisung war, zeigt die Thatsache, dass etwa zu derselben Zeit der Secretär des Kardinals, de Lionne, dem Gesandten der Generalstaaten in Paris, Willem de Lier, Vervauxs Anträge in vollem Umfange hinterbrachte.

Es liess sich kein besseres Mittel als dieses erdenken, um die Werbung der Jesuiten bekannt zu machen, denn die Generalstaaten mussten als Gönner des pfalzgräflichen Hauses und als eifrige Vertreter der protestantischen Sache jeden Anlass, Maximilian entgegenzuarbeiten, mit Freuden begrüssen. In der That erzählte man sich denn auch von dieser alsbald in Münster und Osnabrück [3], und bald sprach man sogar in Wien „von wunderlichen dingen, die Baiern machinire".

Welches Misstrauen die französische Hinterlist bei den Schweden und den deutschen Protestanten gegen Maximilian wachrufen musste, bedarf keiner Ausführung [4]. Zu seinen Ungunsten mochte auch die Thatsache sprechen, dass er schon seit langen Jahren geheime Verhandlungen mit Frankreich gepflogen hatte [5] und dass schon gegen Ende des Jahres 1644

---

1) Nég. secr. II, 2, S. 249 flg.

2) A. a. O. S. 250.

3) Lamp. Rel. 30. V. 45 a. St. H. A. Die französische Uebersetzung des Berichtes a. a. O., als Beilage, die italienische in den dispacci V. A. senato III., Secreta Fa. No. 3. Vgl. Jacob, S. 59.

4) Über die Stimmung der Schweden siehe Nég. secr. II, S. 252, vgl. auch weiter oben, über die der Protestanten z. B. Volmar, S. 168, ferner Lamp. a. a. O., vgl. Giustiniani an den Dogen 1. IV. 45, Ogl. V. A. Disp. Senato III., Secr. 90.

5) Näheres bei Brockhaus, S. 157 flg., vgl. Jacob, S. 42 flg.

durch das falsche Gerücht von der Anwesenheit eines bairischen Agenten in Paris der Argwohn der Schweden erweckt worden war [1]).

Der Plan der jetzigen Werbung war allerdings dem letzteren seit geraumer Zeit bekannt gewesen, und da er von des Kurfürsten geheimen Nebenabsichten nichts ahnte, hatte er dessen Ausführung nicht nur gebilligt, sondern sogar geglaubt, im eigenen Interesse entschieden darauf dringen zu müssen. Noch im März war dies durch Kurtz und Martinitz geschehen [2]), und am 3. April hatte Ferdinand dem Kurfürsten noch Briefe von sich und seiner Gattin an die Königin von Frankreich zugehen lassen, mit der Bitte, sie dieser durch Vervaux zu übermitteln [3]).

Um so mehr musste man nun durch die Pariser Enthüllungen mit Misstrauen erfüllt und erbittert werden. In seinem Erlasse vom 31. Mai ermahnte Ferdinand seine Gesandten in Münster mit Hindeutung auf Maximilians Waffenstillstandsbemühungen, „dahin zu sehen, das damit hinterrücks nichts eingegangen werde" [4]). Ebenso gab der Kaiser auch am 14. Juni seinem Misstrauen über die Werbung des Kurfürsten von Baiern in Paris unverhohlen Ausdruck. „An der kaiserlichen autorität," ermahnte er sie, wie Volmar in seinem Tagebuche bemerkt [5]), „nichts zu begeben, sodan oblique angedeut, wan der baierschen negotiation halber zu Paris was vonnöthen sei, was darauf bericht zu geben; ad marginem aber," fährt Volmar fort, „Caesaris manu befohlen, gute aufsicht auf solche actiones zu haben, und was uns vorkommen zu berichten".

1) Jacob, S. 47.

2) K. u. M. an Ksr. 17. III. 45, Ogl. B. A. Z. 1, No. 12. Vgl. im übrigen M. an Ges. 26. IV. 45, Jacob, S. 45 flg.

3) Cop. B. A. Dd. 2, No. 5. Nach dem Zeugnisse Giustinianis hätte man dort die Reise des Jesuiten in Paris von Anfang an mit argwöhnischen Blicken betrachtet. Giu. an Dogen 8. IV. 45, Ogl. W. A. Disp. Senato III., 90. Das soeben angezogene Schreiben des Kaisers an Maximilian ebenso wie auch die ihm vorhergehende Werbung der kaiserlichen Bevollmächtigten in München lassen jedoch die Angabe des Venetianers nicht als glaubwürdig erscheinen.

4) S. 179.

5) A. a. O.

Maximilian suchte, sobald er von dem Bekanntwerden der Werbung Vervauxs Nachricht erhielt, dem nachteiligen Einflusse derselben zu begegnen. Seine Gesandten in Münster wies er am 10. Mai an, den Vertretern Frankreichs die Ursache der Absendung seines Beichtvaters mitzuteilen, dessen geheimen Auftrag jedoch nur auf Anregung der Franzosen zu erwähnen und dann zu erklären, dass er darüber in Münster keine Verhandlungen pflegen lassen möge, weil sie dort nicht so geheim bleiben könnten, „das dieselbige under so vil anwesenden gesandten, deren principales zum thail uns vorhin in verdacht haben, als weren wir albereit mit Frankreich ainer neutralitet oder protection halber in particularhandlung begriffen, nit etliche in erfahrung bringen". In ihrer Sorge aber, dass die Verhandlungen in Paris „dem gemainen fridenwerk praeiudicirlich und hinderlich sein", würden diese „allerhand odia und unwillen" auf ihn werfen.

War der Zweck dieser Andeutungen ohne Zweifel der, die Franzosen zu vorsichtigem Schweigen zu veranlassen, so suchte er dem Argwohn der Habsburger und der Katholiken dadurch zu begegnen, dass er seine Gesandten beauftragte, dem Bischofe von Osnabrück, dem Nuntius Chigi und anderen, die sie etwa wegen der Sache zur Rede stellen würden, zu eröffnen, „das wir mit solchem anbringen allein einen versuch bei dem cardinal Marzarino thun und vernemen wollen, ob auf kunftigen fal, den gott genedig verhieten wolle, da die fridenstractaten entweder sich ganz zerschlagen oder doch so lang verweilen solten, das man diser seits mit den waffen aus abgang und mangl der mitl, wie es das ansehen schon darzu hat, weiter nit continuiren könde, und also in die eüsseriste noth und gleichsam desperation aller anderer hilfsmitl gerathen wurde, wir und andere stend uns alsdan in solchen extremiteten von der cron Frankreich einiger protection wieder die Schweden und andere, welche die catholische im reich geistliche wie weltliche um der religion willen weiter feindlich verfolgen wurden, zu getrösten und zu versichern haben könden. Von diser intention aber den franzosen etwas zu sagen, sei darum nit ratsam, weil sie daraus etwan erst ursach nemen möchten, die fridenstractaten zu abrumpiren, oder allein darum desto weiter hinaus zu protrahirn,

damit wir und andere necessitirt werden möchten, die französische protection zu suchen und anzunemen".

Derartige Erklärungen konnten freilich nicht hinreichen, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die Maximilian für das Friedenswerk erwachsen mussten. Nichtsdestoweniger behielt er dieses unausgesetzt im Auge. In der Antwort, die er am 26. April auf den Bericht Haslangs über dessen Unterredung mit d'Avaux erteilte, zeigte er sich bei aller Entschiedenheit, womit er auf seinen Ansprüchen beharrte, nicht abgeneigt gegen die Errichtung einer achten Kurwürde, vorausgesetzt, dass ihm der Vorrang im Kurkolleg verbleibe [1]). Ebenso versprach er auch in der Entschädigungsangelegenheit der Krone Frankreich deren Forderungen so viel als möglich zu unterstützen, nur erklärte er, nicht in der Lage zu sein, d'Avauxs Ansinnen entsprechend seinerseits zu deren Erfüllung den ersten Schritt zu thun; vielmehr stellte er den französischen Bevollmächtigten anheim, sie „in ein ordentliche proposition zu bringen und den mediatoribus zu übergeben" [2]). Dass jene sich bald hierzu entschliessen möchten, lag ihm dringend am Herzen, und er war bereit, zur Förderung des Beginnes der Friedensverhandlungen selbst beträchtliche Zugeständnisse zu machen.

Um die protestantischen Reichsstände dem Einflusse der Schweden zu entziehen, hatte er anfangs grossen Wert darauf gelegt, dass die Friedensverhandlungen nicht an beiden Kongressorten, sondern allein in Münster, dem Sitze der katholischen Partei, stattfänden. Die entschiedene Abneigung jedoch, welche die Schweden gegen diese Anordnung bekundeten und die Gefahr, die infolge dessen für das rasche Fortschreiten des Friedenswerkes erwuchs, stimmten den Kurfürsten mit der Zeit nachgiebiger. Schon am 26. April wies er [3]) Haslang und Krebs an, dahin zu wirken, dass man erst nach der Uebergabe der Friedensvorschläge sich bemühen solle, die Schweden zum Zusammenziehen der Verhandlungen zu bewegen, und am 26. Mai befahl er den Gesandten, dafür zu sorgen, dass zur Beschleuni-

1) A. a. O.

2) A. a. O. In den folgenden Erlassen ist auf diesen Befehl Bezug genommen.

3) Im zweiten Erlasse, Ogl. M. A. schw. 324/2.

gung des Friedenswerkes die Vereinigung des Kongresses nicht weiter gefordert werde [1]).

Ebenso begünstigte er anfangs den von den Schweden gebilligten Vorschlag, dass mit ihnen und den anderen Protestanten nur der eine der beiden Friedensvermittler, der Vertreter Venedigs, Contarini, verhandeln solle, weil der andere, Nuntius Chigi, sich des Verkehrs mit den Ketzern weigerte und dadurch jede Verständigung unmöglich machte [2]). Später änderte Maximilian dann allerdings seine Haltung, da Dänemark mit der Vermittlung in Osnabrück betraut worden war, und er dieses durch die Vorschiebung Contarinis um so weniger verletzen wollte, als es mit Schweden im Kriege lag und mithin der natürliche Bundesgenosse des Kaisers und der Katholiken war [3]). Dafür unterstützte er jedoch die Forderung der Schweden, dass Stralsund zu den Verhandlungen zugelassen werde [4]).

Die Zugeständnisse an die deutschen Protestanten wollte er freilich noch immer möglichst einschränken. Daher widerstrebte er dem Verlangen derselben, dass die Reichsgravamina gleichzeitig mit den Verhandlungen über die Entschädigung der auswärtigen Mächte ins Reine gebracht werden sollten, und meinte, man solle sie an ihren „angezeigten ort remittiren“ und sich „ihrethalben nicht praecipitiren“. Sie sollten sich, befahl er seinen Gesandten, nicht irre machen lassen, wenn etwa Kurbrandenburg und andere Mitglieder der protestantischen Partei sich bemühen würden, die Reichsbeschwerden zu den allgemeinen Friedensverhandlungen zu

1) M. an Ges. 26. IV. 45 (2), wiederholt am 10. V. 45 (2).

2) M. an Ges. 26. IV. 45 (2).

3) M. an Kurköln 14. VI. 45 cop. M. A. schw. 324/2. Über M.s Bedenken siehe im übrigen: M. an Ges. 31. V. 45, 7. VI. 45, 14. VI. 45, sämmtlich Ogl. M. A. schw. 324/2. Über die spätere Änderung seiner Ansicht inbetr. Dänemarks geben die Erlasse an s. Ges. v. 5. VII. 45 u. 12. VII. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2, Auskunft.

4) Odhner, S. 98. Über die gemeinsamen Bemühungen der katholischen kurfürstlichen Gesandten, die Teilnahme der Mediatstände zu verhindern, siehe Urkunden u. Akten IV., S. 381 flg. Vgl. auch Volmar, S. 171 (23. Mai) über die Bemühungen der Baiern bei den Kaiserlichen um einen salvus conductus für Stralsund. Siehe ferner über die Thätigkeit von Maximilians Vertretern in dieser Sache Urkunden u. Akten a. a. O. u. Meiern I, S. 409.

ziehen [1]), weil sie hofften, auf diesem Wege mit Hilfe der beiden Kronen auf dem Kongress grösseren Vorteil als bei einer Reichsdeputation zu erzielen [2]).

Diese letzte Weisung mochte wohl mit bedingt sein durch eine Nachricht vom Kriegsschauplatze, die Maximilian kurz zuvor erhalten hatte und von der er gleichzeitig seine Kongressgesandten in Kenntnis setzte. Am 7. Mai war es nämlich den bairischen Truppen gelungen, dem vereinigten französisch-weimarischen Heere, das im Laufe des vergangenen Jahres in Südwestdeutschland das Uebergewicht erlangt hatte, bei Mergentheim an der Tauber ein siegreiches Gefecht zu liefern; das war endlich wieder ein Erfolg, der den Kurfürsten ermutigen konnte [3]).

Zur Fortsetzung des Krieges machte er ihn indes nicht geneigter. Ohne Rücksicht auf den Sieg, schrieb er am 31. Mai an seine Gesandten, sollten sie sich ihrem früheren Befehle entsprechend „annoch mit allem eifer dahin bemiehen, ob und wie das so hoch nothwendige armistitium bei beeden cronen um mehreren befürderung des lieben fridens willen zu erhalten sein möchte". Weil ferner die Franzosen Zweifel daran geäussert hätten, ob auch der Kaiser und die Krone Spanien sich zum Waffenstillstand bequemen würden, so sollten die Gesandten sie „dessen bestendig ... versichern" und zum Beweise dessen die Abschrift eines eigenhändigen Schreibens des Kaisers vom 16. Mai, das kürzlich dem Kurfürsten zugegangen war, den Franzosen vorzeigen [4]). In jenem Schreiben äusserte der Kaiser, er hoffe zu Gott, der Sieg bei Mergentheim werde „bessere dispositiones" der Gegner „zum friden verursachen; meinerseits aber," fuhr er fort, „kinde ich e. Lbd. wol versichern, dass einige glückliche verenderung mich von der einmal gefassten resolution, den friden zu befirdern und ehist

1) Über deren Bemühungen in dieser Richtung und die Gegenbemühungen des Bischofs von Osnabrück sowie der bairischen Gesandten siehe Urkunden u. Akten IV, S. 379.

2) M. an Ges. 26. V. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2. Vgl. M. an B. v. O. 21. VI. 45, cop. M. A. schw. 324/2.

3) M. an Ges. 31. V. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2.

4) M. an Ges. 31. V. 45. Ksr. an M. 16. V. 45 cop. M. A. schw. 324/2.

zu schliessen, nicht abwendig machen werde". Der König von Spanien, bemerkte Ferdinand ausserdem, habe ihm ebenfalls in einem eigenhändigen Schreiben versichert, dass er nicht unterlassen habe, seine Gesandten in Rom, in Münster, in Brüssel und auch seinen neuernannten Hauptbevollmächtigten beim Friedenskongress, den Grafen Peñaranda, in gleichem Sinne wie dies von ihm, dem Kaiser selbst, geschehen sei, anzuweisen.

Die Anschauungen des Kaisers wurden indes von seinen Vertretern in Münster, dem Grafen Ludwig von Nassau und Isaak Volmar, nicht geteilt. Auch ihnen hatte er auf ihren Bericht über die früher erwähnte, am 27. März gehaltene Besprechung wegen des Waffenstillstands [1]) am 18. April befohlen, „in puncto armistitii mit denen churfürstlichen deputatis zu deliberiren, auch wann darzu einige Hoffnung erschiene, einige zeit und gelegenheit nicht . . . zu verabsaumen" [2]), zumal er versichert sei, dass der König von Spanien ebenfalls darein willigen werde [3]). Die Gesandten, die diesen Befehl am 3. Mai erhielten, erwiderten jedoch darauf am 5ten, dass der gegenwärtige Zeitpunkt für den Abschluss eines Waffenstillstandes nicht geeignet erscheine. Schon am Tage vorher hatten sie sich ihrer Gewohnheit nach mit dem Vertreter Spaniens benommen [4]). Saavedra gestand ihnen, einen ähnlichen Befehl von seinem Hofe erhalten zu haben, erklärte jedoch dessen Ausführung im Hinblick auf den neuerdings errungenen Waffenerfolg für dem Interesse des Königs von Spanien durchaus zuwider und forderte aufs entschiedenste, dass die gebührende Rücksicht auf diesen, der ebenfalls ein Reichsfürst und ein Mitglied des Hauses Österreich sei, vom Kaiser nicht ausser acht gelassen werde; ja er brach sogar, erregt wie er war, in die für sein ganzes Verhältnis zu den Kaiserlichen bezeichnende Drohung aus: wenn diese nur einen Fuss breit von den Spaniern wichen,

---

1) Siehe oben Seite 17.

2) Vgl. hierzu auch sein oben angeführtes Schreiben an M. vom 3. IV. 45 B. A.

3) Volmar, S. 159.

4) A. a. O.

würden sich die letzteren ihrerseits hunderttausend Schritte von ihnen entfernen [1]).

Wie zu erwarten, erreichte Saavedra bei den Kaiserlichen auch diesmal ohne grosse Mühe seinen Zweck und brachte sie dahin, bei den Verhandlungen mit den Bevollmächtigten von Köln und Baiern am folgenden Tage, dem 5. Mai [2]), nach seinen Vorschriften anstatt nach dem Gebote des Kaisers zu Werke zu gehen. Ihrer eigentlichen Aufträge thaten Nassau und Volmar gegenüber den kurfürstlichen Gesandten mit keinem Worte Erwähnung, sondern sie begnügten sich damit, nachdem sie ausführlich von verschiedenen anderen mit dem Waffenstillstande gar nicht zusammenhängenden Angelegenheiten gesprochen hatten, schliesslich zu fragen, ob die kurfürstlichen Vertreter seit der Besprechung vom 27. März die Waffenstillstandshandlung weiter in Erwägung gezogen oder vielleicht von ihren Herren darüber bestimmte Aufträge erhalten hätten. Ihre Frage wurde sowohl von dem Bischofe von Osnabrück im Namen Kurkölns, wie von Dr. Krebs im Namen des Kurfürsten Maximilian entschieden bejaht, und der bairische Bevollmächtigte bemerkte, dass er und sein Kollege fast regelmässig jede Woche von ihrem Herrn die Weisung zu eifrigster Förderung des Waffenstillstandes erhalten hätten. Da aber weder Krebs noch der Bischof in Abrede stellen konnte, wie wenig bei den Vermittlern und den französischen Bevollmächtigten der Erfolg ihren Bemühungen entsprochen hätte, nahmen die Kaiserlichen hiervon Anlass, mit dem Ausrufe: „ergo pugnandum aut moriendum, dann das messer ist uns an die gurgel gesetzt“ — die Unterredung abzubrechen [3]).

Trotz einem weiteren Befehle des Kaisers vom 26. April [4]) hielten sie in der Folge ihren Standpunkt fest, und wie sie die Nachricht von dem Siege bei Mergentheim in ihrer Auffassung bestärkte, so bot der Umstand, dass ihnen der Bericht Liers an die Generalstaaten über Vervauxs Werbung zuhanden kam, Volmar dann willkommenen Anlass, um am 15. Mai in einer

1) Volmar, S. 160, vgl. Meiern I, S. 391.
2) Volmar, S. 161.
3) Volmar, S. 162, Meiern I, S. 396.
4) Volmar, S. 166.

neuen Besprechung mit den Baiern eine Einwirkung auf deren Politik zu versuchen [1]), indem er ihnen die Treulosigkeit der Franzosen und zugleich eine ungünstige Aeusserung Chigis über Baierns Verhandlungen mit jenen vorhielt [2]).

Trotz alledem fuhren die Baiern in ihren Unterredungen mit den Bevollmächtigten Frankreichs fort. Diese hatten indes auch jetzt nicht das gewünschte Ergebnis, sondern riefen zu allen übrigen Anfeindungen nach und nach auch die Eifersucht der Friedensvermittler hervor, die ihren eigenen Einfluss beim Kongress durch die bairischen Gesandten gefährdet glaubten. Mit wachsender Missgunst verfolgten sie deren Thätigkeit, und indem sie den Kaiserlichen gegenüber aus ihrer Stimmung kein Hehl machten [3]), ermutigten sie diese, am 27. Mai auf Anraten der Spanier, die ihrerseits zur nämlichen Zeit unmittelbar bei den Franzosen gegen die Baiern arbeiteten [4]), bei ihnen darüber Beschwerde zu führen, dass sie sich bei ihren Bemühungen in der Waffenstillstandsfrage nur an die Franzosen und die Vermittler gewendet, sie, die Kaiserlichen, dagegen übergangen hätten [5]). Bei dieser Gelegenheit gaben sie dann ihren Bedenken gegen die Zweckmässigkeit der bairischen Waffenstillstandspolitik überhaupt unumwunden Ausdruck, und Volmar verfehlte nicht, einige überaus ungünstige Urteile über Maximilians Werbung am französischen Hofe, die ihm, wie er angab, zu Ohren gekommen waren, mitzuteilen [6]).

Es gelang den Kaiserlichen indes auch jetzt nicht, eine Änderung der Politik Baierns zu erzielen. Wie Maximilian seine Gesandten aufs neue zu entgegenkommendem Verhalten

1) Volmar, S. 168.

2) Volmar, a. a. O.

3) Volmar, S. 172.

4) Zur Kennzeichnung des Standpunktes der Spanier in der Waffenstillstandsfrage sei auf zwei Schreiben Saavedras an K. Philipp IV. und an den Statthalter der spanischen Niederlande, Marquis Castelrodrigo, verwiesen (Doc. inéd. tom. 82, S. 543 flg.) Dem letzteren hatte Saavedra bereits einige Tage zuvor, am 26. Mai 1645, über die letzte Unterredung mit den Kaiserlichen berichtet a. a. O. S. 535. Vgl. ds. an ds. 18. März 1645, weiter oben.

5) Volmar, S. 173 ff.

6) Volmar, S. 176.

gegen die Schweden anwies [1]), so fuhr er insbesondere fort, sich um ein gutes Verhältnis zu den Franzosen zu bemühen [2]). Er beauftragte seine Gesandten, dem Grafen d'Avaux, der sich in der pfälzischen Angelegenheit fortdauernd willfährig äusserte, für sein „confidentes und wohl affectionirtes" Verhalten zu danken und ihn um Fortsetzung desselben zu bitten, sowie ihn anzugehen, dass er die Abneigung Serviens gegen Baiern bekämpfen und falls er, wie verlaute, wieder nach Frankreich zurückhehren würde, dort bei der Königin und bei Mazarin für jenes eintreten möge [3]). Für Servien, dessen Gewinnung, wenn d'Avaux wirklich abreiste, doppelt notwendig schien, schickte der Kurfürst seinen Gesandten ein Beglaubigungsschreiben, womit sie dem Grafen seine Hausinteressen angelegentlich empfehlen sollten. Zugleich wies er sie an, „sowohl bei den herrn mediatorn, als auch anderer dienlicher orten sotto mano zu penetrirn", was denn eigentlich die Ursache seiner Abneigung sei, „welcher gestalt derselben zu remediren und durch was mitel er mehrers zu gewinnen sein möchte". Auch zu einem Geschenke erklärte er sich bereit, falls es Servien um ein solches zu thun sei. Ebenso wurden die Gesandten beauftragt, Longueville nach dessen Ankunft mit allen Mitteln einzunehmen und ihm die Pfälzer Sache zu empfehlen [4]).

Über die wahre Gesinnung des französischen Hofes gab sich Maximilian freilich keiner Täuschung hin, obgleich Mazarin es um diese Zeit gutfand, ihm durch den Pariser Nuntius Bagni, mit dem der Kurfürst in regem Briefwechsel stand, versichern zu lassen, dass das Treffen bei Mergentheim das Wohlwollen der Krone Frankreich für ihn nicht erschüttert habe [5]). Teilte doch auch Nuntius Chigi den Baiern in Münster mit, dass von den Franzosen „üble und gefährliche intentionen" gegen ihn gefasst seien. Offen liess er sein Urteil über

1) 14. VI. 45, vgl. M. A. schw. 324/2.

2) Siehe hierüber Doc. inéd. tom. 82, S. 79. Über das ängstliche Bemühen der bairischen Gesandten, nach dem Eintreffen der Nachricht vom letzten Siege die französische Empfindlichkeit nicht zu verletzen, siehe Vlmr. S. 168.

3) M. an Ges. 31. V. 45, 7. VI. 45, 14. VI. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2.

4) M. an Ges. 7. VI. 45.

5) M. an Ges. 14. VI. 45 P. S.

Mazarins zweideutiges Spiel dem Nuntius Chigi durch seine Gesandten aussprechen. Dabei nahm er jedoch alsbald wieder Gelegenheit, die guten Dienste Chigis für sich zu erbitten, da Frankreich ihn nur wegen seines Eifers für den Katholicismus anfeinde; insbesondere auf Longueville sollte der Nuntius einwirken, damit sich dieser nicht gegen den Kurfürsten einnehmen und sich sowohl dessen Sonderangelegenheiten wie das gemeine Wesen bestens empfohlen sein lasse.

Bei der habsburgischen Partei erregte Baierns Verhalten gegen die Franzosen grossen Unwillen [1]). Der Kurfürst war indes überzeugt, dass nur Frankreich ihm gegenüber Schweden einerseits und den Habsburgern andererseits die Wahrung seiner Hausinteressen ermöglichen könne.

Nicht minder als diese lag ihm aber auch nach wie vor der allgemeine Friede am Herzen, und immer wieder mahnte er seine Freunde und Gesandten zu neuen Anstrengungen in dieser Richtung oder machte neue dafür dienliche Vorschläge [2]).

Endlich kam es denn auch zu seiner grossen Befriedigung durch die Bemühungen der Schweden dahin, dass am 11. Juni 1645 der erste Schritt zum ernstlichen Beginne des Friedenswerkes, die Uebergabe der schwedischen und französischen Friedensvorschläge an die Bevollmächtigten des Kaisers erfolgte [3]).

Der Friedensvorschlag der Krone Schweden forderte zunächst eine allgemeine unbeschränkte Amnestie und die Wiederherstellung der Verhältnisse im Reiche vom Jahre 1618 für sämtliche Stände und Unterthanen; sie begehrte ferner, neben anderen weitgehenden Zugeständnissen an ihre Glaubensgenossen und Anhänger im Reiche, dass die Reformierten in den Religionsfrieden mit einbegriffen werden sollten, und endlich verlangte sie, dass fortan der Kaiser in Reichsangelegenheiten nichts ohne Genehmigung der Stände verfügen dürfe. Die Krone

1) Volmar, S. 168, 171 flg.

2) M. an Ges. 10. V. 45 (2), 26. V. 45, 7. VI. 45, 14. VI. 45; M. an B. v. O. 14. VI. 45, cop. M. A. schw. 324/2.

3) Über die Bemühungen der Schweden siehe Odhner, S. 98.

Frankreich hatte in ihrer Proposition die kirchlichen Fragen gänzlich übergangen [1]), in politischer Hinsicht stimmten ihre Forderungen mit denen der Schweden vollkommen überein [2]).

Selbstverständlich mussten die Vertreter der Gegenpartei zunächst Weisungen ihrer Herren einholen, und so trat denn ein völliger Stillstand in den Verhandlungen ein, obgleich am 30. Juni das Haupt der französischen Gesandtschaft, der Herzog von Longueville, in Münster eintraf und bald nach diesem, am 5. Juli, auch der Prinzipalbevollmächtigte des Königs von Spanien, Peñaranda, dort erschien [3]).

Die Pause wurde zunächst ausgefüllt, indem man, wie einer der Kongressgesandten an seinen Hof berichtet, „von vanitatibus tractiret, nemlich von excellentiis, praecedentiis und altessen“ [4]). Dann erfolgte ein neues Zerwürfnis zwischen dem Kaiser und den evangelischen Ständen über die Anordnung der Verhandlungen.

Wir erinnern uns, welche heftigen Kämpfe schon früher um die Zulassung sämtlicher Reichsstände zum Friedenskongress geführt worden waren und wie sich der Kaiser schliesslich unter dem Eindrucke der Schlacht bei Jankau herbeigelassen hatte, in die Verlegung des Deputationstages zu willigen. Dies halbe Zugeständnis ermutigte jedoch seine Gegner nur, umso ungestümer auf ihrem früheren Begehren zu bestehen. Die Gesandten des Kaisers dagegen widerstrebten ihm nach wie vor mit aller Entschiedenheit, und auch jetzt bestärkte sie

---

1) M. an B. v. O. 28. VI. 45, cop. M. A. schw. 324/2, über Äusserungen von d'Avaux inbetr. der Reformierten.

2) Vgl. Odhner, S. 98 flg. Wie Maximilian erfahren hatte, sollten von den Franzosen zwei verschiedene Propositionen aufgesetzt worden sein; in der ersten von beiden hätten bei Punkt VII. sehr nachteilige Sachen wider die katholische Religion gestanden, „weshalb die mediatores dieselbe nicht annehmen wollen“. Von dieser Stelle befahl der Kurfürst seinen Gesandten, ihm eine Abschrift zu verschaffen. M. an Ges. 28. VI. 45.

3) Meiern I., S. 501. Den 5. Juli giebt auch Volmar in seinem Tagebuche, S. 189. als Datum seiner Ankunft an. Bei seinem vertraulichen Verkehr mit den Spaniern verdient er jedenfalls mehr Glauben als die kurbrandenburgischen Gesandten in Münster, die den 9. (19.) Juni als Tag der Ankunft Peñarandas bezeichnen. Urkunden u. Akten IV, S. 383.

4) Lamp. an Chr. Ludw. 21. VII. 45 a. St. Vgl. Odhner, S. 100.

hierin Saavedra, weil die Erfüllung der reichsständischen Forderungen den Frieden beschleunigen musste, während er dessen Zustandekommen mindestens bis zu einem Umschwunge des Waffenglückes hinzuhalten suchte und mit Sorge die wachsende Neigung der vornehmsten Reichsstände für den Frieden wahrnahm. Voll Entrüstung hatte er an Castelrodrigo berichtet, die anwesenden kurfürstlichen Bevollmächtigten hätten sich so weit erniedrigt, den Franzosen noch an demselben Tage, an dem diese ihre Vorschläge übergeben, dafür in aller Form ihren Dank auszusprechen [1]), woraus sich schliessen lasse, was für eine Antwort man auf jene erteilen würde.

Von Saavedra angespornt, brachte es denn auch Volmar [2]) bei einer Zusammenkunft mit den kurfürstlichen Vertretern in Lengerich, einem Orte zwischen Osnabrück und Münster, zu dem Beschlusse, dass die Reichsstände insgesamt nur zu den Verhandlungen in Münster zugelassen werden dürften. Bis zu ihrer Ankunft sollte dort eine verstärkte Reichsdeputation daran teilnehmen. Wie vorauszusehen, rief dieser Beschluss bei den Schweden lebhaften Widerspruch hervor. Sie drohten, wenn man darauf beharre, vom Kongress hinwegzuziehen und einen Sonderfrieden ohne den Kaiser abzuschliessen. Ihre Parteigänger im Reiche schlossen sich ihrem Widerspruche mit Eifer an. Sie forderten, dass die Reichsstände sämtlich in der auf den Reichstagen gebräuchlichen Einteilung nach Kollegien zugelassen werden sollten, und zwar sollte ein jedes Kollegium teilweise in Osnabrück, teilweise in Münster vertreten sein, aber dennoch als ein Ganzes betrachtet werden. Die üblichen Relationen und Korrelationen sollten dann sowohl zwischen den beiden Teilen eines jeden Reichsrates als auch zwischen den verschiedenen Räten abwechselnd an dem einen und dem naderen Kongressorte stattfinden, um auf diese Weise nach Reichstagssitte einen gemeinsamen Beschluss zu stande zu bringen.

---

1) S. an Castelrodr. 17. VI. 45 doc. inéd. tom. 82, S. 549. Wenn S. kurzweg von der „bajeza de los electorales" spricht, so ist zu berücksichtigen, dass die kursächsischen und kurtrierischen Gesandten noch nicht auf dem Kongress eingetroffen waren.

2) A. a. O. Über seine Thätigkeit siehe Saavedra an Phil. IV. 20. VI. 45. Doc. inéd. tom. 82, S. 551 flg. Vgl. Volmar, S. 181 flg.

Die kaiserlichen und die katholischen Stände sahen sich nach heftigem Widerstande schliesslich genötigt, nachzugeben, zumal es Schweden gelang, mit Dänemark Frieden, mit Kursachsen aber einen Waffenstillstand abzuschliessen. Am 29. August erliess darauf der Kaiser eine allgemeine Einladung an alle Reichsstände [1]), und bald danach wurde in Münster die von den Protestanten verlangte Beratungsordnung angenommen [2]).

Kurfürst Maximilian hatte unter diesen Streitigkeiten unentwegt und emsig sein Ziel, den schleunigen Abschluss des Friedens zu bewirken, verfolgt. Den Rang- und Etikettefragen wandte auch er grosse Aufmerksamkeit zu [3]), da die Bedeutung, die sie nach den Anschauungen der Zeit besassen, für ihn durch den Umstand gesteigert wurde, dass seine Kurwürde noch keineswegs allseitig anerkannt war [4]). Indes wollte er nicht, dass der Friede durch diese Dinge erschwert werde, und wies daher seine Gesandten an, dahin zu wirken, dass die Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien, anstatt durch die Hauptgesandten, durch die „secundarios“ geführt, die Besuche und Gegenbesuche aber gänzlich vermieden würden [5]).

In dem Zwiste über den modus procedendi waren es vor allem Maximilians Gesandte, die bei der Zusammenkunft in Lengerich die Kaiserlichen unterstützten [6]), und auch hier wurde der Standpunkt des Kurfürsten, ebenso wie einstmals auf dem Deputationstage in Frankfurt, zum Teil durch die Rücksicht auf seine Kurwürde beeinflusst, weil das Verlangen nach Zu-

---

1) Über einzelne davon Ausgeschlossene siehe weiter unten.

2) Über die Streitigkeiten inbetr. der Etikettefragen und des modus procedendi siehe die übersichtliche Darstellung bei Odhner, S. 100 flg.

3) Der Briefwechsel mit seinen Gesandten bietet hierfür zahlreiche Belege, doch darf ich mich wohl darauf beschränken, ganz im allgemeinen darauf hinzuweisen.

4) Vgl. Urkunden u. Akten IV, S. 397 und weiter unten.

5) M. an B. v. O. 28. VI. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2. M. an Ges. 12. VII. 45. Ogl. M. A. schw. 324/2.

6) Siehe über das Verhalten der Baiern bei dieser Gelegenheit den Bericht der kurbrandenburgischen Gesandten in Osnabrück, 14. VII. 45, Urkunden u. Akten IV, S. 396, ferner Volmar, S. 191, Meiern I, S. 510. Vgl. inbetr. der späteren Haltung der Baiern in dieser Frage a. a. O., S. 542 flg., 551, 572.

lassung aller Reichsstände bezweckte, das Uebergewicht des kurfürstlichen Kollegs in den Reichsangelegenheiten zu mindern. Der Wunsch, dessen Interessen und das bestehende Herkommen im Reiche zu wahren, bestimmte ihn auch, gegen die Verschmelzung des Kurfürsten- und Fürstenrats zu einem einzigen Kollegium Einspruch zu erheben und sich ferner gegen die von protestantischer Seite aufgestellte Forderung zu erklären, dass die Gesandten, die der Reichsdeputation nicht angehörten, zu deren Sitzungen Zutritt erhalten sollten [1]. Vor allem aber verfolgte er bei seinem Verhalten in dieser Frage das Ziel, den protestantischen Ständen die Möglichkeit vorzuenthalten, ihre Forderungen mit Nachdruck zu vertreten. Er begrüsste es daher mit Freude, dass die Uebersiedlung des vom Kaiser schon am 11. April verlegten Deputationstages nach Münster so langsam erfolgte, dass noch im Juni an eine Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht zu denken war [2]. Maximilian hoffte diesen Umstand ausbeuten zu können, um seinem alten Plane gemäss die Entschädigungsansprüche Frankreichs und Schwedens zu erledigen, denn er hielt an der Ansicht fest, dass den beiden Kronen „an dem puncto ihrer privatsatisfaction fast am maisten gelegen sei“ [3], und meinte, dass sie nach ihrer Abfindung ihre Anhänger im Reiche weniger eifrig unterstützen [4], und dass diese dann zur Ermässigung ihrer Ansprüche zu bewegen sein würden. Die gegnerischen Reichsstände herauszufordern, lag durchaus nicht in seiner Absicht, und er billigte daher den Vermittlungsvorschlag, dass diejenigen von ihnen, die der Deputationsversammlung angehörten, „iedesmals uber die in deliberation gebrachte puncten zuvor ehe sy votirn, ein ieder mit seinen kraisstenden and condeputatis berathschlagen und sich eines voti, so der deputatus alsdan vorzubringen hat, vergleichen möchten“ [5].

---

1) M. an Ges. 5. VII. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2.

2) M. an Kf. Köln 21. VI. 45, cop. M. A. schw. 324/2.

3) M. an Ges. 19. VII. 45 No. 2, Ogl. M. A. schw. 324/2.

4) Wie er aus den Protokollen der Kongressverhandlungen ersah, hatte Servien ausdrücklich erklärt, er und seine Kollegen würden sich in die Streitigkeiten wegen der Reichsdeputation nicht einmischen. M. an Kf. Köln 21. VI. 45 siehe oben.

5) M. an Ges. 21. VI. 45, 12. VII. 45. Vgl. M. an Kf. Köln 21. VI. 45.

Die Hauptaufgabe seiner Politik schien ihm indes nach wie vor die Verständigung mit den fremden Mächten zu bilden [1]).

Eine gewisse Unterstützung für seine Absichten hoffte er aus dem Umstande, dass der Kaiser im August mit einem sehr unbequemen Gegner im Osten, dem Woiwoden Franz Rákóczy von Siebenbürgen, Frieden schloss [2]), und aus der Gestaltung der Verhältnisse auf dem Kriegschauplatze zu gewinnen. Zwar hatten nämlich Franzosen und die mit ihnen verbündeten deutschen Truppen unter der Führung des jungen Prinzen von Condé [3]) am 3. August bei Allersheim im Ries über die Baiern einen neuen Sieg erfochten, doch wurde dieses Missgeschick einigermassen aufgewogen durch die grossen Verluste, die der Sieger selbst erlitten hatte, sowie durch die Thatsache, dass die bairischen Truppen allmählich wieder „sowohl mit der remontirung als andern notwendigen requisiten" fast gänzlich ausgerüstet worden waren [4]). Mit Hilfe „eines ziemlich starken succurs", den er von den Kaiserlichen erwartete, gedachte Maximilian „nach gelegenheit der sachen weitere operationes vornehmen zu lassen" [5]).

Um so eifriger betrieb er die Verhandlungen über den Frieden. Da die Bevollmächtigten Frankreichs und Schwedens dem Nuntius Chigi in Aussicht gestellt hatten, ihre Wünsche zu erläutern, und Maximilian vermutete, dass dies nicht eher geschehen werde, als bis auf ihre am 11. Juni übergebenen Propositionen eine Erklärung erfolgt sei, dadurch aber viel Zeit verloren werden musste, so befahl er seinen Gesandten,

1) Inbetr. der Bemühungen seiner Gesandten um eine Annäherung an die französischen in jener Zeit siehe Nég. secr. II, 2, S. 106. Ebenda S. 109, siehe neue Weisungen des französischen Hofes an die letzteren für ihren Verkehr mit den Baiern. Vgl. a. a. O. S. 127.

2) M. an Ges. 30. VIII. 45 (1), Ogl. M. A. schw. 324/2.

3) Ludwig von Bourbon, Herzog von Enghien, genannt „der grosse Condé", geb. 1621. S. w. o.

4) A. a. O. Über die Verstärkung des bairischen Heeres siehe auch Nég. secr. II, 2, S. 113.

5) A. a. O. Über die Kriegsläufte siehe ferner M. an Ges. 26. VII. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2. M. an Ges. 13. IX. 45 a. a. O. sowie Doc. inéd. tom. 82, S. 119 flg., Bericht des Grafen v. Nassau an seinen Bruder, den kaiserlichen Kongressgesandten. Vgl. a. a. O. Peñaranda an Phil. IV. 26. VIII. 45. Doc. inéd. tom. 82, S. 132 flg.

mit den kölnischen und anderen kurfürstlichen Vertretern sowie auch mit sämtlichen Bevollmächtigten des Kaisers zu beraten, ob man nicht die Franzosen und Schweden durch die Vermittler ersuchen solle, die Erläuterungen sofort herauszugeben [1]). Am 19. Juli beauftragte er dann seine Gesandten, ihre Bemühungen in der angedeuteten Richtung zu erneuern und, zur Verhütung ferneren Aufschubes, zuerst mit den Kurkölnern und dann mit den Kaiserlichen zu beraten, ob man den Vermittlern nicht vorschlagen solle, die Friedensbedingungen beider feindlicher Parteien in Erwägung zu ziehen und ihrer Vermittlerrolle gemäss zu überlegen, was für „media" zwischen ihnen getroffen werden könnten. Er versprach sich von einem solchen Verfahren um so mehr Erfolg, als er von zuverlässiger Seite gehört hatte, dass dem venetianischen Gesandten die endgültige Meinung des französischen Hofes nicht unbekannt sei.

Die Nachricht von einem Angriffe der türkischen Flotte auf die im Besitze Venedigs befindliche Insel Candia und von „einer starken diversion, welche die Türken zu land gegen Friaul unternehmen", bot dem Kurfürsten die erwünschte Gelegenheit, bei Contarini zu wiederholten Malen auf dessen eifrige Mitwirkung am Friedenswerke zu dringen [2]), wie er sich denn daneben auch geneigt zeigte, einen von dem Venetianer ausgehenden Vorschlag, der zur Beschleunigung des Friedensschlusses dienen sollte, nach Gebühr zu berücksichtigen [3]).

1) M. an Ges. 5. VII. 45 siehe S. 37 Anm. 1. Befehl in betr. dieser Erläuterungen nochmals wiederholt in den beiden Erlassen v. 16. VIII. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2. Wie auf deren baldige Herausgabe, legte der Kurfürst im Interesse der Förderung des Friedenswerkes auch hohen Wert auf die Widerlegung gewisser auch jetzt wieder gegen ihn in Umlauf gesetzter gehässiger Beschuldigungen. [M. an Ges. 12. VII. 45, 16. VIII. 45 (1)]. Infolge ihrer Verbreitung von Seiten der Gegner war es nicht zu verwundern, dass M., als in der Postverbindung seines Hofes mit Köln und Münster neuerdings mehrfach Störungen eintraten, den Verdacht schöpfte, dieselben seien von jenen durch das Auffangen von Briefen verursacht worden. Für den Fall, dass seine Vermutung sich als richtig erweisen sollte, befahl er am 26. Juli seinen Gesandten, mit aller Entschiedenheit Einspruch zu erheben.

2) M. an Ges. 26. VII. 45, 16. VIII. 45 (2).

3) M. an Ges. 2. VIII. 45 (2). Der Vorschlag Contarinis bestand darin, dass der Beginn der den protestantischen Ständen im Prager Frieden

Neben der Unterstützung dieses Gesandten sollten Haslang und Krebs auch die des Nuntius in gewohnter Weise in Anspruch nehmen [1]). Weiterhin sollten sie auch darauf hinwirken, dass man, da der im Ausschreiben für den Beginn des Deputationstages bezeichnete Zeitpunkt, der 15. Mai, bereits verstrichen sei, ohne auf die noch nicht Erschienenen zu warten, mit den Verhandlungen einen Anfang mache, sobald nur der grössere Theil der Abgeordneten eingetroffen sein würde. Er selbst ermahnte den Kurfürsten von Sachsen, dessen Bevollmächtigte sich noch immer nicht eingefunden hatten, zu deren baldiger Absendung [2]). Auf ihr Erscheinen legte er wegen des hohen Ansehens und der friedlichen und gemässigten Gesinnung des Dresdener Hofes grossen Wert und liess es deshalb, als man dort seinen Wünschen nicht gleich nachkam, bei jenem ersten Mahnschreiben nicht bewenden [3]).

Ausser den Gesandten dieses mächtigsten unter den Vertretern der protestantischen Partei vermisste Maximilian auch diejenigen zweier katholischer Stände, deren thatkräftige Mitwirkung bei den Verhandlungen ihm für seine Zwecke sehr notwendig schien, des Kurfürsten von Trier und des Erzbischofs von Salzburg, welch' letzterer unter den geistlichen Mitgliedern des Fürstenrates den Vorsitz führte. Auch diese suchte er deshalb zur baldigen Absendung ihrer Bevollmächtigten nach Münster anzuspornen [4]).

Ebenso eifrig war er beim Kaiser für die Beschleunigung des Friedenswerkes thätig. Schon früher hatte er wiederholt, zum letzten Male am 23. Juni, um Absendung eines Gesandten

---

1635 gewährten Frist von vierzig Jahren zur Rückgabe der von ihnen in Besitz genommenen geistlichen Güter vom Abschlusse dieses Friedens bis zu dem der westfälischen Friedensverhandlungen verlängert werden solle.

Über die Verrichtung wegen des Einfalls auf Candia giebt das Schreiben Contarinis an den Dogen 11. VIII. 45 Auskunft. Ogl. V. A. Sen. III, Secreta Fa. No. 3.

1) M. an Ges. 16. VIII. 45 (2).

2) A. a. O.

3) Über seine späteren Bemühungen siehe M. an Ges. 30. VIII. 45 (2), (6. IX. 45, Ogl. M. A. schw. 324/4, sowie weiter unten.

4) M. an Ges. 30. VIII. 45 (2) u. folg. Erlasse.

nach München zur Beratung über die Antwort auf die französisch-schwedischen Friedensvorschläge gebeten und war auch von Ferdinand zweimal, am 5. und 19. Juli, auf das baldige Kommen des Reichsvicekanzlers Grafen Kurtz vertröstet worden [1]. Am 28. Juli erneuerte er in der Antwort auf das letzte Schreiben in dringender Weise seine früheren Vorstellungen, indem er eingehend darlegte, wie notwendig es sei, den fremden Mächten sobald als möglich zu antworten. Angesichts der jammervollen Lage, in der das Reich überhaupt, das Haus Österreich aber und seine Verbündeten im besonderen sich befänden, schien es ihm allzu spät, dass Kurtz erst Anfang August bei ihm eintreffen sollte, und er sprach die Erwartung aus, der Graf werde solche Weisungen erhalten, „das man alhie sich desto bälder darin mit einander werde entschliessen und also die verlengerte zeit wieder hereinbringen könden“ [2].

Schon jetzt nahm er auch von einem Berichte seiner Gesandten in Münster, die ihre erste Besprechung mit d'Avaux über die Entschädigung Frankreichs vom 10. April in der Folgezeit öfters wiederholt hatten [3], Anlass, mit Hinweis auf gewisse ihnen gemachte vertrauliche Mitteilungen des Franzosen, dem Kaiser Nachgiebigkeit gegen Frankreich zu empfehlen, da dessen Forderungen allerdings sehr gross seien, es indes immerhin besser erscheine, „einen particl, wie schwer er auch ankömt, nachzusechen, dan das universale selbsten zugleich damit in augenscheinliche gefahr zu sezen“ [4].

In gleichem Sinne schrieb er an den Kurfürsten von Köln, und wenn er auch seinen Friedensgesandten befahl, sich d'Avaux gegenüber weder zustimmend noch ablehnend über die französischen Forderungen zu äussern, so schärfte er ihnen doch ein, denselben aufs neue seines Vertrauens und seines Beistandes zu versichern [5].

---

1) Cpte W. A. Bavarica 1e.

2) M. an Ksr. 28. VII. 45.

3) Jacob, S. 59 ff.

4) M. an Ges. 2. VIII. 45 (1), vgl. Jacob, S. 62.

5) A. a. O. In dem Erlasse vom 2. VIII. 45 (1) erbot er sich auch, in einem Etikettestreit zwischen Longueville und den Bevollmächtigten des Kaisers die Vermittlung zu übernehmen und ihn zu des ersteren Zufriedenheit schlichten zu helfen.

Sein Verlangen nach dem Erscheinen des kaiserlichen Gesandten wurde durch beunruhigende Nachrichten, die aus Münster an ihn gelangten, gesteigert. Zunächst vernahm er, dass die kurbrandenburgischen Kongressgesandten vorgeschlagen hätten, die Schweden zu den Beratungen der Reichskollegien zuzulassen, ein Gedanke, der seinen lebhaftesten Widerspruch hervorrief. Er befahl seinen Gesandten in Münster am 16. August[1]), inzwischen sowohl den venetianischen Bevollmächtigten, als auch andere katholische und protestantische Abgeordnete, „welche an berührtem der churbrandenburgischen procedere ein müssfallen tragen", hierin zu bestärken. Ebenso sollten sie gegebenen Falles auch in den Verhandlungen der Reichsräte, vor allem bei den Protestanten, bei Zeiten auf die bedenklichen Folgen der Annahme jenes Antrages hinweisen, im besonderen auch darauf, dass eine solche Rücksicht auf die Schweden die Reichsstände auch zu einem entsprechenden Zugeständnisse an deren Verbündete zwingen werde, „daraus anderster nichts als eine grausame zerrittung und totalis eversio status imperii entspringen würde"[2]).

Der Vorschlag der Brandenburger liess zwischen ihrem jungen Kurfürsten und Schweden so enge Beziehungen vermuten, dass Maximilian auch den Gerüchten von einer bevorstehenden Heirat desselben mit der jungen Königin von Schweden seine Aufmerksamkeit widmete[3]). Nicht minder wurde diese in Anspruch genommen durch eine Nachricht von französischen Werbungen in Westfalen sowie von Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über einen Waffenstillstand zur See[4]).

Ganz besonders schärfte er seinen Gesandten auch ein, näheres zu ergründen über die Verabredungen, die zwischen den französischen und schwedischen Bevollmächtigten „wegen mehrerer special erläuterung ihrer propositionen, sonderlich in puncto satisfactionis", getroffen worden sein sollten[5]).

---

1) Im ersten Schreiben.

2) A. a. O. Befehl im zweiten Schreiben wiederholt.

3) M. an Ges. 16. VIII. 45 (1).

4) A. a. O. Weiter unten darüber ausführlich.

5) M. an Ges. 16. VIII. 45 (1) u. (2).

Über all' diese Angelegenheiten wünschte Maximilian sich mit dem Kaiser zu benehmen. Da man jedoch am kaiserlichen Hofe wenig Eifer für die Fortführung des Friedenswerkes besass [1]), traf Kurtz erst am 21. August, nachdem Maximilian inzwischen um Mitte des Monats noch einen besonderen Gesandten, den Grafen Maximilian Törring, nach Wien geschickt hatte [2]), in München ein [3]), und wie sehr man es sich dort auch jetzt angelegen sein liess, das Schriftstück, das er mitbrachte, zu prüfen und in die für seine Übergabe an die beiden Kronen geeignete Form zu bringen [4]), so war man doch nicht im stande, es eher als am 30. August nach Münster abzuschicken.

Unterdessen war der Kampf um die Anordnung der Friedensverhandlungen auf dem Kongress bereits zu Gunsten der beiden Kronen und ihres Anhanges unter den Reichsständen entschieden worden. Umsonst hatte sich der Kurfürst noch bei der Durchsicht des Schriftstückes bemüht, den Wünschen der verbündeten Mächte, vor allem Frankreichs, durch geeignete Zusätze und Weglassungen soweit als möglich Rechnung zu tragen [5]): als die Antwort an ihrem Bestimmungsorte eintraf, konnte auf die von Maximilian gehoffte Wirkung schon längst nicht mehr gerechnet werden. Sein Plan, die auswärtigen Feinde durch eine rechtzeitige Befriedigung ihrer Wünsche von ihren Parteigängern im Reiche zu trennen und so die drohende völlige Niederlage in der Frage des modus procedendi von seiner Partei abzuwenden, war an der Lässigkeit und dem Widerstreben des kaiserlichen Hofes gescheitert.

---

1) Ferdinands Widerwille gegen die Beantwortung der Propositionen giebt sich kund in seiner Weisung an Kurtz, d. St.-Pölten, 15. VIII. 45. Cop. B. A. Z. 1, No. 12.

2) Empfehlungsschreiben für ihn an Trauttmansdorff 14. VII. 45. Ogl. B. A. Dd. 2, No. 5.

3) M. an Ges. 23. VIII. 45 (2).

4) In der Form, in der sie ihnen schliesslich durch die Vermittler übergeben wurden, sind die kaiserlichen Erklärungen abgedruckt bei Meiern 1, S. 618 flg. Antwort an Frankreich siehe ausserdem Nég. secr. I, S. 400 flg., die an Schweden a. a. O. S. 428. Vgl. Odhner, S. 102.

5) Die mit seinen Randbemerkungen versehenen Entwürfe der kaiserlichen Erwiderungen an Frankreich und Schweden finden sich M. A. schw. 326/1 fol. 35 flg., 54 flg.

Nur nach heftigem Sträuben fügte sich der Kurfürst endlich in das Unvermeidliche. Solange er irgend konnte, hielt er an der Hoffnung fest, dass es vielleicht doch noch gelingen werde, jene Streitfrage seinen Wünschen entsprechend zu entscheiden [1]. Erst in dem einen seiner Erlasse an Haslang und Krebs vom 4. Oktober [2]) gab er seinen so hartnäckig verteidigten Standpunkt auf und bequemte sich, die inzwischen beschlossene Teilung der drei Reichsräte „als eine geschehene sach“ anzuerkennen.

Gleichzeitig mit dieser so ungünstigen Entscheidung der Frage des modus procedendi erlitt der Kurfürst auch in einer anderen Frage eine schwere Niederlage. Wir erinnern uns, wie eifrig er sich früher um einen Waffenstillstand zwischen dem Reiche und Frankreich bemüht hatte. Ermutigt durch den Fortschritt, welcher in den Friedensverhandlungen mit der Übergabe der französisch-schwedischen Vorschläge erzielt zu sein schien, befahl er seinen Gesandten, die früheren Besprechungen mit d'Avaux wieder aufzunehmen [3]), und in jedem seiner Schreiben aus den folgenden Wochen wiederholte er die dringliche Weisung, jenen zu bearbeiten [4]), sowie die Unterstützung der Kurkölner und der Kaiserlichen zu gewinnen [5]). Auch den Bischof von Osnabrück, der aus einer Besprechung mit den Franzosen den Eindruck, dass sie dem Waffenstillstande nicht abgeneigt seien, gewonnen hatte, mahnte er, mit den Vermittlern für dessen Abschluss zu wirken [6]).

---

1) M.s Erlasse an seine Gesandten vom 30. August ab.

2) Ogl. M. A. schw. 324/4.

3) M. an Ges. 28. VI. 45.

4) M.s Erlasse vom Monat Juli an, Ogle. M. A. schw. 324/2.

5) M. an Ges. 12. VII. 45.

6) M. an B. v. O. 28. VI. 45 in Antwort auf ein Schreiben vom 16. VI., worin es hiess, dass die französischen Bevollmächtigten das armistitium „nit weit geworfen, sonder sich blos auf die schwedische und das sie mit ihnen daruber conferirn müssen, ausgezogen“. Die Bemühungen der Vermittler nahm er auch späterhin noch durch Haslang und Krebs für die Förderung seiner Zwecke in Anspruch. M. an Ges. 30. VIII. 45 (1), 13. IX. 45, 27. IX. 45 (2). Ogle. M. A. schw. 324/4. (Letzterer Befehl bezieht sich auf den Nuntius allein.)

Um so notwendiger erschien ihm dieser, als er durch Bagni erfuhr, zwischen Spanien und Frankreich werde neuerdings über einen Waffenstillstand zur See verhandelt, denn dessen Abschluss musste Frankreich in den Stand setzen, mit vermehrter Kraft gegen das „gleichsam in den letzten zigen liegende reich" vorzugehen [1]), und ebenso beeilte er sich, seinen Kongressgesandten zur Vorlage an die französischen [2]) ein Schreiben des Marschalls Turenne an den Grafen Mercy vom 22. Juli [3]) zu senden, worin jener den feindlichen Befehlshaber glänzend rechtfertigte gegen die Verleumdung, als habe er kurz zuvor nach einem Gefechte 1500 französische Gefangene umbringen lassen, eine Verleumdung, die, wie man behauptet hatte, von der französischen Heeresleitung ausgegangen war [4]). Auch liess er den Franzosen mitteilen, dass er den bei Mergentheim gefangenen Marschall Grammont als Gast an sein Hoflager geladen und ehrenvoll behandelt, sowie seiner friedliebenden Gesinnung gegen Frankreich versichert habe [5]).

Von einem Sondervertrage, der nur zwischen Baiern und Frankreich Waffenruhe hergestellt haben würde, wollte er nichts wissen. Als seine Gesandten ihm am 6. Juli meldeten, nicht nur d'Avaux, sondern auch Servien hätte einen solchen angeregt, antwortete er ihnen mit der Weisung, bei günstiger

1) M. an Ges. 12. VII. 45. Nochmalige Hinweise auf die Verhandlungen über den Waffenstillstand zur See M. an Ksr. 28. VIII. 45, M. an Ges. 30. VIII. 45 (1). Anderseits bemühte er sich auch, durch seine Gesandten den Vertretern Frankreichs gegenüber die Verdächtigungen zu entkräften, welche um diese Zeit gegen ihn verbreitet wurden, als rüste er zu kriegerischen Unternehmungen gegen Frankreich. M. an Ges. 28. VI. 45, 19. VII. 45 (1), 19. VII. 45 (2). Auch in einem späteren Schreiben (M. an Ges. 4. X. 45, No. 3) erhebt M. gegen ein ähnliches Gerücht entschiedenen Widerspruch.

2) M. an Ges. 23. VIII. 45 (1), 23. VIII. 45 (2).

3) (Cop. M. A. schw. 324/2 d. „au camp de Rottenburg". Antwort auf ein Schreiben Mercys vom Tage zuvor. Cop. a. a. O.

4) ... „je .. vous asseure" schreibt der Marschall darin, que je n'ay point écrit ny a la court, ny en aucun lieu, que l'on ait faict un traitement extraordinaire aux prisonniers ... il faut que ce soient de bruicts qui se sement sans fondement".

5) M. an Ges. 23. VIII. 45 (2) P. S. Vgl. Gr.s Bericht an den Pariser Hof sowie den folgenden Erlass der Königin von Frankreich an die Gesandten in Münster Nég. secr. II, 2, S. 138.

Gelegenheit d'Avaux und dem Herzoge von Longueville zu erklären, dass er ihnen allerdings — ohne Zweifel wegen der ablehnenden Haltung Mazarins gegen Vervaux — keine Weisungen erteilt habe, sie aber gern dessen Bescheid einholen würden, wenn die Franzosen sich über ihre Absichten näher aussprächen; ihr Herr wünsche nichts mehr, als Frankreich „alle gute satisfaction zu geben", soweit es mit seinen reichsfürstlichen Pflichten vereinbar sei, gegen welche ihm niemals etwas zumuten zu wollen, Mazarin selbst seinem Beichtvater erklärt habe.

Freilich war auch das Verhalten der Franzosen nicht Vertrauen erweckend. Bei einer neuen Besprechung, die am 16. Juli stattfand, liessen sie sich zu keiner Zusicherung in Bezug auf den allgemeinen oder den besonderen Waffenstillstand herbei, und Servien machte sogar den letzteren von der ungeheuerlichen Bedingung abhängig, dass die Franzosen ihre Quartiere auf dem rechten Rheinufer nehmen, die bairischen Truppen aber ihnen Platz machen und sich nach Baiern zurückziehen sollten [1]). Ebenso blieben dann die weiteren Versuche der bairischen Gesandten um deutlicheren Bescheid erfolglos.

Nichtsdestoweniger setzte der Kurfürst seine Bemühungen um eine Verständigung mit den Franzosen fort und äusserte sich sehr missvergnügt, als er erfuhr, dass die Kaiserlichen — wie er vermutete, auf Anstiften der Spanier — „die quaestion wegen zusammenlegung der tractaten an einen ort auf die bahn gebracht" und die Kurmainzer sie darin unterstützten. Er befahl seinen Gesandten, im Verein mit den anderen kurfürstlichen Vertretern eifrig dagegen zu wirken [2]). Sein Verlangen, die deutschen Angelegenheiten baldigst und abgesondert von den ausländischen zu erledigen, wuchs, als er erfuhr, dass Peñaranda sich dem Nuntius gegenüber gerühmt habe, „er sei mit Frankreich friden zu schliessen gefast und darauf also instruirt, dass selbiger zwischen beeden cronen Spanien und Frankreich geschwinde zu erhöben; allain wolte er damit solang nit fortschreiten, bis man zuvor in Teutschland, alda vil mehrer praetensiones seind, dieselbige an ein ort bringen und also den

1) Ges. an M. 19. VII. 45 cpt. M. A. schw. 324/1.
2) M. an Ges. 2. VIII. 45 (2).

friden pari passu schliessen könde" [1]. Am 23. August befahl er seinen Vertretern, angelegentlichst auf „eine gewise aigentliche gegenerclärung der franzosen zu dringen" [2].

Demgemäss setzte er es auch bei den Verhandlungen mit Kurtz durch, dass an die Spitze der kaiserlichen Antwort auf den französischen Friedensvorschlag das Verlangen nach dem Waffenstillstande gesetzt wurde, „damit," wie er am 27. September schrieb, „nicht allein die gegentheil, das i. ksl. Mt. recht ernst damit sein, daraus verspüren, sondern auch die mediatores desto füglicher Gelegenheit haben mögen, solches nothwendige Werk bei den französischen und schwedischen desto eiferiger und instendiger zu treiben [3]."

Inzwischen begann man sich in Paris für einen Sondervertrag mit Baiern zu erwärmen und in Betracht zu ziehen, dass ein solcher die Trennung der Reichsstände vom Kaiser herbeiführen und den Habsburgern schweren Nachteil bereiten müsse [4].

---

1) M. an Ges. 9. VIII. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2.

2) M. an Ges. 23. VIII. 45 (1). In betr. der Besprechungen zwischen den französischen und den bairischen Gesandten über die Waffenstillstandsfrage siehe auch Nég. secr. II, 2, S. 130 ff. „Mémoire ... envoyé à la cour", bestehend aus Fragen der Baiern und Antworten der französischen Gesandten, sowie den folgenden ausführlichen Bericht der letzteren an Mazarin vom 30. VIII. 45.

3) Ogl. M. A. schw. 324/2. Schon vier Wochen früher, am 30. August, bei der Uebersendung der Antwort, hatte er Haslang und Krebs mit Hinweis auf diesen Artikel befohlen, in der Stille darauf hinzuwirken, dass der darin vorkommende Name des Königs von Spanien weggelassen werde, da seiner Ansicht nach die Franzosen sonst argwöhnen könnten, man wolle die Spanier in die Angelegenheiten des Reiches mit hineinziehen und ohne sie keinen Sonderfrieden abschliessen. M. an Ges. 30. VIII. 45 (2).

4) M. an Ges. 27. IX. 45 (1). Vgl. Weisung an die französischen Gesandten vom 31. VIII. 45, Nég. secr. II, 2, S. 137 (s. oben).

Denselben Gegenstand wie diese betrifft auch der folgende Erlass vom französischen Hofe, d. 1. IX. 45, sowie der erste Teil des Erlasses vom 9. IX. 45 a. a. O. S. 139 flg. Zu beachten auch a. a. O. S. 147, Bericht der Kongressgesandten an die Königin in betr. der Waffenstillstandshandlung mit Haslang 16. IX. 45, und (v. gl. Datum) an Brienne. Aus dem ersteren Berichte geht hervor, dass der Pariser Hof die Verständigung mit Maximilian im Interesse Frankreichs für sehr vorteilhaft hält (a. a. O. S. 151). Am 30. IX. 45 (a. a. O. S. 158) dringt er bei seinen

Am 15. September konnten die bairischen Gesandten ihrem Herrn melden, dass die Franzosen nunmehr von ihrem Hofe die Vollmacht, die sie angeblich längst erwarteten [1]), erhalten hätten, „von einem particular armistitio handlung zu pflegen und auch ohne ferneres hinder sich bringen zu schliessen und darüber dem duca d'anguion [2]) die in handen habende königliche ordonnanz zuzuschicken [3]).“ Maximilian verharrte jedoch in seiner alten Zurückhaltung. Hatte doch auch Servien soeben aufs neue das Versprechen, die französich-bairischen Verhandlungen geheim zu halten, in der übermütigsten und rücksichtslosesten Weise verletzt, und hierdurch den Kurfürsten wiederum vor Kaiser und Reich öffentlich blossgestellt [4]).

Maximilian gab daher seinen Gesandten nur Auftrag, den Franzosen mitzuteilen, dass er sogleich „das werk in nothwendige consideration gezogen habe und darmit noch beschäftigt sei“, indes bei der grossen Wichtigkeit der Sache und der gebotenen Vorsicht halber es bedenklich finde, seine Antwort in gewohnter Weise durch seine Bevollmächigten an die Franzosen gelangen zu lassen und daher seinen ehemaligen Vertreter an dem inzwischen aufgelösten Deputationstage in Frankfurt, Dr. Johann Ernst, der ohnedies im Begriffe sei, sich zum Kongresse zu begeben, sowohl mündlich als schriftlich die nötigen Befehle in der Waffenstillstands-Angelegenheit erteilen werde [5]).

Offenbar war es ihm darum zu thun, eine Erklärung über seine Absichten hinauszuschieben, und es mochte ihm daher — wie heftig er sich auch darüber beklagte — keineswegs unlieb

---

Vertretern auf Beschleunigung des Vertrages mit Baiern. Die letzteren teilen nicht den Standpunkt ihrer Auftraggeber.

1) M. an Ges. 20. IX. 45.

2) Herzog v. Enghien.

3) M. an Ges. 27. IX. 45 (1). Über diese „ordonanz“ s. Anm. 4, S. 47.

4) M. an Ges. 20. IX. 45, Ogl. M. A. schw. 324/2, grösstenteils in Geheimschrift: „Sonsten haben wir sehr ungern vernommen, dass auch der Conte Servient die auch vertrestete geheimhaltung nicht besser in acht genomen, sondern von einer neutralitet, so wür bei Frankreich suchen, da ihr doch hiervon bei den französischen plenipotentiarien nie nichts angebracht, oder dergleichen anzubringen von uns kein befelch gehabt, so gar bei offentlicher taffel discurirt hat“.

5) M. an Ges. 27. IX. 45.

sein, dass Condé dem Gesuche, für Ernst einen Pass auszustellen [1]), nicht entsprach [2]). Erst Ende Oktober liess er Ernst — ohne nun auf den Pass zu warten — nach Münster aufbrechen [3]), nachdem dort der Abschluss des allgemeinen Waffenstillstandes durch das Zusammenwirken der Spanier und der Kaiserlichen vereitelt worden war.

Wie entschieden die Vertreter des Hauses Österreich auf dem Kongress auch in diesem Punkte seiner Politik widerstrebten, war dem Kurfürsten hinlänglich bekannt, und unter bitteren Beschwerden über das eigenmächtige Benehmen der kaiserlichen Gesandten hatte er daher in seinem schon erwähnten Schreiben an den Kaiser vom 28. Juli diesen unter Hinweis auf die Versicherungen, die er ihm für seine Person, ebenso wie auch im Namen des Königs von Spanien gegeben, ersucht, seinen Bevollmächtigten für ihr Verhalten die erforderlichen Vorschriften zu erteilen [4]);

Ferdinands Antwort lautete, wie es scheint, auch diesmal willfährig; wenigstens wurde bald danach von seinem Abgesandten in der mit Maximilian vereinbarten Antwort auf die französischen Friedensvorschläge das Verlangen des Kurfürsten nach einem Waffenstillstande, wie wir gesehen haben, ganz besonders berücksichtigt.

Gleichwohl blieb der spanische Einfluss am kaiserlichen Hofe nach wie vor in ungeminderter Kraft wirksam. Vor allem arbeitete der dortige Botschafter Spaniens, der Herzog von Terranova, Maximilians Plänen mit Eifer entgegen [5]), und

---

1) Veranlasst war dieses dadurch, dass Ernst kürzlich bei seiner Heimkehr von Frankfurt nach München von französischem Kriegsvolke angehalten, und da er keinen Pass besass, nur gegen Lösegeld wieder freigelassen worden war, obwohl er sich als Rat und Abgeordneter des Kurfürsten bezeichnet hatte. M. an Ges. a. a. O.

2) M. an Ges. 4. X. 45 (2).

3) M. an Ges. 1. XI. 45, Ogl. M. A. schw. 324/4. Vgl. Frz. Ges. an Brienne 4. X. 45. Nég. secr. 2, S. 166.

4) Den Beschwerden des Kurfürsten gegenüber scheint Lampadius falsch berichtet, wenn er am 4. Juli a. St. an seinen Herrn schreibt: „die Kaiserlichen und die Baiern dringen auf einen Waffenstillstand".

5) Ueber seine Thätigkeit äussert sich Giust. an Dogen 26. VIII. 45, und ebenso auch M. an Ges. 16. VIII. 45 (2), vgl. Peñ. an Phil. IV. 26. VIII. 45, 17. IX. 45. Doc. inéd. tom. 82, S. 132 flg.

wie er, suchten auch die kaiserlichen Kongressgesandten auf ihren Herrn zu wirken [1]).

Der Erfolg dieser Bemühungen blieb nicht aus, zumal das Misstrauen, welches das Bekanntwerden der „abseitigen Handlung“ Baierns mit Frankreich im Mai erweckt hatte, am kaiserlichen Hofe nicht beseitigt worden war [2]) und auch manche katholische Reichsstände, wie insbesondere Mainz, sich davon erfüllt zeigten [3]). Obendrein gelang es den kaiserlichen Gesandten in Münster, auch die Vermittler, die den vertraulichen Verkehr der Baiern mit den Franzosen bereits seit längerer Zeit mit Eifersucht betrachteten, gegen die Politik des Kurfürsten mit Argwohn zu erfüllen. Von ihnen aber erhielten sie neue Handhaben zur Bekämpfung Baierns [4]).

Dem Leiter der kaiserlichen Politik in Münster, Volmar, wurde mitgeteilt, d'Avaux sei vom Bischof von Osnabrück stark gedrängt worden, „den punctus armistitii, neutralitatis und protectionis in effect zu bringen,“ und endlich hätten sich beide dahin geeinigt „Frankreich solte churbaiern bei der Pfalz und chur manuteniren, hingegen wolte sich Baiern mit aller seiner

---

1) Volmar, S. 177. Giust. a. a. O.

2) Die argwöhnische Stimmung des Kaisers gegen Baiern findet auch in den folgenden Erlassen an seine Bevollmächtigten deutlichen Ausdruck (Volmar, S. 189, 194, 196), wenn er sie auch ermahnte, bei aller Aufmerksamkeit auf etwaige fernere „abseitige Handlungen“ der Baiern mit den Franzosen sich doch „gegen ihnen, auch anderen chfl. abgesandten mit ahndung nichts vermerken zu lassen, es wäre dann summum periculum in mora“. (A. a. O. S. 194).

3) Siehe zur Kennzeichnung der Stimmung der katholischen Stände gegen Baiern eine Stelle in dem Berichte Peñarandas an Philipp IV. vom 7. VIII. 45, doc. inéd. tom. 82, S. 107; zu beachten ist auch eine Bemerkung in Lampadius' Berichte vom 1. VIII. 45 a. St., nebst einem in Abschrift beigefügten, an den mecklenburgischen Gesandten in Osnabrück gerichteten anonymen Schreiben aus Münster. H. A.

4) Siehe vorigen Abschnitt. Über die Bemühungen der Kaiserlichen, sie gegen Baiern zu verhetzen, siehe Volmar, S. 192, vgl. Peñ. an Phil. IV. 7. VIII. 45. Was Contarini betrifft, so versprach er sich im übrigen auch neuerdings von dem Zustandekommen eines Waffenstillstandes gar keinen Nutzen für die katholische Partei: „Pure questo è certo“, schreibt er am 15. Juli an Nani. Ogl. V. A. Sen. III. Secr. Fa. No. 3, „che la tregua non e utile, che per quelli, che sono superiori, che tengono in mano e che vivono sopra paesi altri“.

macht verpflichtet haben, dass der cron Frankreich Breisach, samt dem ganzen obern und untern Elsass in händen bleiben soll, sie auch dabei contra quemvis manuteniren helfen."

Bekanntlich bildete die von d'Avaux verlangte Entschädigung einen Bestandteil der sogenannten vorder- und oberösterreichischen Lande, des Eigentums der jüngeren, tirolischen Linie des Erzhauses, die ihren Wohnsitz in Innsbruck hatte. Als Präsident der dortigen Hofkammer bekleidete Volmar seit langer Zeit eines der ersten Ämter in diesem Teile des deutsch-habsburgischen Ländergebietes, und die Interessen des Innsbrucker Hofes auf dem Kongress zu vertreten, war ihm beim Beginn seiner Thätigkeit in Münster noch besonders zur Pflicht gemacht worden [1]).

Er unterliess daher um so weniger, über jene Nachricht bei Contarini nähere Erkundigungen einzuziehen, und in der That wurde ihm von diesem auch versichert, dass sie auf Wahrheit beruhten [2]).

Contarini bemerkte dabei zugleich, auch er sei von der Republik zur Verteidigung der Interessen der Tiroler Erzherzöge angewiesen und empfahl, erbittert, wie er über Maximilians heimliche Umtriebe war, Volmar geradezu, den Abgesandten des vertriebenen Pfalzgrafen davon in Kenntnis zu setzen, ein Vorschlag, den der kaiserliche Bevollmächtigte, wie sich aus seinem Tagebuche ergiebt, ohne Zögern befolgte [3]).

In dieser Stimmung gegen Baiern mussten nun die kaiserlichen Gesandten umsomehr geneigt sein, dessen Waffenstillstandsvorschlag mit Argwohn aufzunehmen und ihren eigenen Anschauungen sowie dem Einflusse der Spanier zu folgen.

Der Kaiser hatte am 22. August seinen Gesandten den ursprünglichen Entwurf zur Antwort auf den Friedensvorschlag der Gegner überschickt [4]). Kurtz hatte ihnen dann auch den in

1) Siehe hierüber den Aufsatz des Verfassers in der allg. d. Biogr.

2) Volmar, S. 199, ebenso wie Cont. auch Peñaranda heimlich davon in Kenntnis setzte. P. an Phil. IV. 7. VIII. 45, auch über P.s Unterredung in dieser Sache mit den Kaiserlichen.

3) A. a. O. S. 200. Allerdings machte Volmar den Pfälzern die Mitteilung vorsichtshalber, wie er bemerkt, „nulla ... mei facta mentione", durch eine dritte Person.

4) A. a. O. S. 202.

München abgeänderten Entwurf, worein er — die ihm erteilte Vollmacht überschreitend — die Forderung des Waffenstillstandes aufgenommen hatte [1]), mitgeteilt und sie angewiesen, keinen der beiden Entwürfe „denen ständen hinauszugeben," ehe nicht der Kaiser sich gegen sie über die Münchener Änderungen erklärt hätte.

Dem zuwider beriefen nun die Kaiserlichen am 13. September die Vertreter der katholischen Kurfürsten zu sich und eröffneten diesen, was ihnen der Kaiser befohlen und was Kurtz geschrieben hatte. Der Mahnung des letzteren entsprechend erklärten sie die weiteren Entschliessungen des Kaisers abwarten zu müssen. Inzwischen äusserten sie gegen gewisse in München getroffene Vereinbarung ihre ernsten Bedenken, und zwar ganz besonders gegen die Forderung eines Waffenstillstandes. Schon dreimal, bemerkten sie, hätten die Gegner die darauf abzielenden Vorschläge zurückgewiesen, und es werde daher dem Kaiser und den Reichsständen „sehr verkleinerlich fallen," wenn man noch einen weiteren Versuch machen wolle, „und gleichsam selbiges vom Gegentheil mit gebogenen Knien erbeten soll, da doch von demselben in seinen propositionibus das geringste hiervon nicht angeregt worden." Als einen „mehr reputirlichen und minder verkleinerlichen" Ausweg empfahlen sie, den von den Baiern gewünschten Zusatz in der Erwiderung ganz wegzulassen und nur bei Gelegenheit ihrer Übergabe an die Vermittler zur Sprache zu bringen.

Diesen Antrag suchten sie durch weitere Ausführungen den

---

1) Dem Befehle seines Herrn entsprechend sollte er den Kurfürsten, wenn irgend möglich, zur Einwilligung in seine Vorschläge an die beiden Kronen bewegen und, wenn eine Einigung mit ihm nicht zu erzielen sei, eine andere von ihm abweichende Ansicht „ad referendum annehmen" und seiner ferneren Entschliessung anheimstellen. (Instruktion an Kurtz 15. VIII. 45, Cop. B. A. Z. 1, No. 12). Der Reichsvicekanzler hatte sich statt dessen bei den Verhandlungen in München, wie wir gesehen haben, in allen wesentlichen Punkten (M. an Ges. 30. VIII. 45 No. 2) und unter anderm auch in betr. des Waffenstillstands mit Maximilians Zusatze — er lautete: „ad hunc finem (sc. pacem) assequendam(!) ante omnia de armistitio conveniatur" — einverstanden erklärt, was ihn freilich nicht abhielt, sie dem Kaiser nochmals zur Prüfung vorzulegen (Volmar, S. 203).

Anwesenden genehm zu machen, und in der That brachten sie es dahin, die Zustimmung der Mehrheit zu erlangen [1]).

Ihren Erfolg benutzten sie dann, um schon am 25. die kaiserliche Schrift den Reichsständen zu übergeben, der sie durchgehends die ursprüngliche Fassung belassen hatten, während die Erinnerungen Maximilians sowie die der Kurfürsten von Mainz und Köln, deren Gutachten der Kaiser ebenfalls erbeten hatte, fast nirgends berücksichtigt waren [2]).

Damit hatten die Gesandten alle die Zugeständnisse, die Maximilian dem Kaiser und dem Grafen Kurtz abgerungen hatte, wieder nichtig gemacht und dem Abschlusse des allgemeinen Waffenstillstandes neue schwere Hindernisse bereitet.

---

1) Volmar, S. 203 flg. In den folgenden Tagen fanden zwischen den Kaiserlichen und Spaniern Besprechungen statt, worin die völlige Einigkeit zwischen beiden zum Ausdrucke kam. A. a. O. S. 204. Vgl. Peñ. an Phil. IV. 17. IX. 45, 26. IX. 45. Doc. inéd. tom. 82, S. 136 flg.

2) M. an Ges. 11. X. 45, Ogl. M. A. schw. 324/4. Nach Volmars Aufzeichnungen (S. 206) versicherte übrigens Haslang am 16. September den kaiserlichen Bevollmächtigten in betr. der „münchischen correcturen“, er habe „in puncto armistitii et satisfactionis nichts dagegen, wann mans schon praeteriren solte“.

Nach dem soeben Dargelegten ist die Angabe Jacobs, S. 35, dass die kaiserliche Antwort auf die Vorschläge der beiden Kronen in der von Maximilian gewünschten Fassung den Ständen an beiden Kongressorten zur Beratung mitgeteilt worden sei, zu berichtigen.

Zweiter Abschnitt.

Maximilian wurde durch das Vorgehen der kaiserlichen Gesandten, worüber ihm Haslang am 28. September berichtete, mit tiefem Unwillen erfüllt [1]). Er beschwerte sich über sie beim Kaiser [2]), wies seine Vertreter in Münster an, in Gemeinschaft mit den kurkölnischen Gesandten das Gebaren der Kaiserlichen nachdrücklich zu ahnden und sich für die Zukunft gegen ähnliche Übergriffe sicherzustellen [3]). Vor allem aber befahl er Haslang und Krebs, bei den Verhandlungen der Reichsstände darauf hinzuwirken, dass nicht allein der Entwurf der Schrift in jeder Hinsicht auf die in München verglichene und von den Kurfürsten von Mainz und Köln im wesentlichen gebilligte Fassung gerichtet [4]), sondern dass darin auch seine ferneren „particular erinnerungen,“ über die er sich mit dem Grafen Kurtz nicht völlig habe einigen können, gebührende Beachtung

---

1) Nach den Zusagen, die er vom Kaiser wie vom Reichsvicekanzler erhalten hatte, war er auf ein so eigenmächtiges Vorgehen der kaiserlichen Bevollmächtigten nicht gefasst gewesen, wiewohl ihm deren ablehnendes Verhalten in der Beratung mit den kurfürstlichen Gesandten am 13. September nicht unbekannt geblieben war. Noch am 27. IX. hatte er in seiner Antwort auf Haslangs Bericht über deren Verlauf bemerkt, er halte dafür, „wan i. Mt. selbsten ihro dise und andere von uns beschehene wohlmeinende additiones aus erhöblichen ursachen also gefallen lassen, dass es dero commissarii propria auctoritate nicht endern werden“. M. an Ges. 27. IX. 45, Ogl. M. A. schw. 324/4).

2) M. an Ges. 18. X. 45, Ogl. a. a. O.

3) Ausführliche Weisung an Ges. 11. X. 45. Antwort auf Bericht v. 28. September.

4) „Abgesehen von etlich wenigen erinnerungen“ des Kurfürsten von Mainz, die, wie Maximilian schrieb, „wir uns auch nit missfallen lassen“. A. a. O.

fänden. Zugleich drang er darauf, dass die Replik ohne längeren Aufschub den beiden Kronen übergeben werden solle [1]).

Dieser Wunsch wurde schon am 16. Oktober erfüllt [2]), denn auch die gesamten Reichsstände vertraten ihn und behielten sich, um die Verzögerung der Friedensverhandlungen zu verhüten, ihr Gutachten über die kaiserliche Erklärung für spätere Zeit vor [3]). Auf ihr Andringen war überdies das Verlangen nach einem Waffenstillstande der Replik wieder eingefügt worden [4]).

Schon aber waren dem Kurfürsten von anderer Seite wieder ernste Besorgnisse erweckt worden, indem ihm der Nuntius Bagni aus Paris gemeldet hatte, trete man der Krone Frankreich die von ihr gewünschten Gebiete nicht ab, so sei sie fest entschlossen, den Krieg gegen das Reich und das Haus Österreich noch eifriger als je zuvor fortzusetzen, um nicht nur die bisherigen Eroberungen festzuhalten, sondern ihre Macht noch viel weiter auszudehnen. An der Ausführung dieses Vorhabens aber würde sich die Krone Frankreich durch „einigen respect der katholischen religion, ihrer aigenen gefahr und vergiessung so viler christen, ia ihrer selbst angehorigen und underthonen bluts nicht abhalten lassen [5])."

Diese Ankündigung übersandte Maximilian seinen Vertretern mit dem Befehle, sie unter den Ständen zu verbreiten [6]) und sie insbesondere den Kaiserlichen zur Kenntnis zu bringen. die, wie er zu seinem grossen Missvergnügen erfuhr, trotz der fortwährend wachsenden Bedrängnis der katholischen Partei noch immer an der Einbildung festhielten, dass es einer Land-

---

1) M. an Ges. 18. X. 45, 25. X. 45. Ogl. M. A. schw. 324/4. Seinem Unwillen über den schon ohnehin durch das Verhalten der Kaiserlichen verursachten Zeitverlust giebt er in seinem Schreiben vom 11. Oktober Ausdruck.

2) M. an Ges. 1. XI. 45 (2), Ogl. M. A. schw. 324/4.

3) Volmar, S. 219.

4) Meiern I, S. 629 u. Nég. secr. I, S. 400.

5) A. a. O.

6) Durch eine Abschrift des Briefes von Bagni, die er seinem Erlasse vom 1. XI. 45 (2) beilegte.

abtretung an Frankreich zur Erlangung des Friedens gar nicht bedürfe [1]).

Ihren Irrtum zu bekämpfen, setzte Maximilian alle Hebel in Bewegung. Während er mit dem Nuntius in Paris dauernd in Briefwechsel blieb [2]), wiederholte er den oben erwähnten Befehl an seine Gesandten immer wieder mit dem grössten Nachdrucke [3]), und ebenso wandte er sich mit dringenden Vorstellungen an den Kaiser.

Schon einige Zeit früher, im September 1645, hatte er eine Persönlichkeit, die sein besonderes Vertrauen besass, den Kammerpräsidenten Dr Johann Mändl, an den kaiserlichen Hof entsandt, um durch ihn die Abneigung Ferdinands gegen die von Frankreich geforderten Zugeständnisse zu überwinden [4]). Am 29. Oktober erneuerte er in einem ausführlichen Schreiben an den Kaiser unter Hinweis auf Bagnis Eröffnungen, die er in Abschrift beifügte, seine Mahnungen zur Nachgiebigkeit gegen die Franzosen auf das dringendste, ja sogar mit drohenden Worten [5]).

---

1) A. a. O.

2) M. an Ges. 15. XI. 45 p. s., 22. XI. 45. Ogl. M. A. schw. 324/4.

3) M. an Ges. 8. XI. 45, 15. XI. 45 (2), 22. XI. 45, 29. XI. 45, sämtlich Ogle. M. A. schw. 324/4. M. an Ges. 6. XII. 45 (2), 12. XII. 45, Ogl. M. A. schw. 324/5.

4) Seiner Gewohnheit gemäss schickte er eine Abschrift der dem Kammerpräsidenten erteilten ausführlichen Weisung an seine Kongressgesandten mit dem Befehl „wann die ksl. commissarii bei abhandlung dises punctens gar zu vil und lang an sich halten würden, gegen ihnen deren darinen angefiehrten rationen zu gebrauchen“ etc. Beilage zu dem Erlasse M.s an Ges. 20. IX. 45. Ogl. M. A. schw. 324/4.

5) Sein teilweise chiffriertes Schreiben an Ferdinand kennzeichnet deutlich die Lage und Stimmung der katholischen Partei. Der Kaiser wisse, schreibt er unter anderm, „wie ire und des reichs mittel, sonderlich auch die meinige beschaffen und das dieselbige einer so grossen Kriegsmacht“, wie die der beiden Kronen, „notorie nit bastant seind“. Dass Kurfürsten und Stände, heisst es im weiteren Verlaufe des Schreibens, „um derjenigen privat interesse willen, derentwegen solche satisfaction difficultirt und cum tanto periculo et praeiudicio totius imperii aufgezogen wird, dise extremiteten werden erwecken und sich ganz und gar von land und leuten tringen oder in der fremden cronen dienstbarkeit zwingen lassen, ist nit wol glaublich“, vielmehr nachgerade zu besorgen, „damit E. ksl. Mt. ich meine sorgfeltige gedanken, wie ichs vor gott schuldig bin, er-

Die Befriedigung der Franzosen erschien ihm um so notwendiger, als er, wie er dem Kaiser und seinen Gesandten gegenüber betonte, die Hoffnung hegte, dass jene sich, wenn man ihnen noch zur rechten Zeit die gewünschten Zugeständnisse mache, damit begnügen und auch ihre Verbündeten zur Ermässigung ihrer Forderungen bewegen würden [1]).

Deshalb und zugleich seiner Hausinteressen wegen mahnte er auch seine Gesandten fortgesetzt zur Unterhaltung freundlicher Beziehungen zu den Vertretern Frankreichs in Münster [2]).

Anderseits hielt er unverrückt das Ziel im Auge, den Protestanten im Reiche möglichst geringe Zugeständnisse zu gewähren. Deshalb bekämpfte er aufs nachdrücklichste die Zulassung von vier Mitgliedern derselben, die der Kaiser und die katholische Partei von der allgemeinen Einladung zu den Verhandlungen ausgeschlossen hatten. Es waren dies zunächst drei mit dem Kaiser noch nicht ausgesöhnte weltliche Stände, nämlich Hessen-Kassel, Baden-Durlach und Nassau-Saarbrücken. ausser diesen aber der protestantische Administrator des Erzstiftes Magdeburg, der den Vorsitz auf der geistlichen Fürstenbank forderte.

Schon die Teilnahme der drei erstgenannten Fürsten fand Maximilian „unerhört“, denn er betrachtete sie als „öffentliche Reichsfeinde“: vollends unleidlich aber erschien ihm seinen kirchlichen und rechtlichen Anschauungen nach die Zulassung Magdeburgs, zumal er fürchtete, dass, wenn sie erfolge, die anderen protestantischen Inhaber geistlicher Stifter im Reiche alsbald ebenfalls Sitz und Stimme im Fürstenrate beanspruchen und hierdurch dis Stimmenmehrheit auf ihre Seite bringen würden: womit es ihnen dann möglich sein werde, nicht allein

---

öffne, sie werden es dahin nit komen lassen, sondern eher vorgreifen und publicam salutem et conservationem imperii allen anderen considerationen vorziehen und sehen, wie sie aus dem krieg quocumque modo komen mögen“. M. an Ksr. 29. X. 45, cpt. M. A. schw. 359/92.

1) A. a. O.

2) Für seine Weisungen bilden M.s verschiedene Erlasse aus jener Zeit, für deren gewissenhafte Befolgung auch die betreffenden Berichte der französischen Bevollmächtigten in den Nég. secr. (von II, 2, 162 an) eine wichtige Quelle. (Vgl. Gärtner, Westphälische Friedenscanzley, Leipzig 1731—38, Bd. VI flg.) S. hierüber auch w. u.

den geistlichen Vorbehalt und zugleich den „statum ecclesiasticum genzlich aufzuheben, sondern auch in weltlichen sachen die freistellung zu suchen“ und die katholische Religion ganz aus dem Reiche auszutilgen [1]).

Aus diesem Grunde drang Maximilian auch fortgesetzt auf die Absendung der Bevollmächtigten des Erzbischofs von Salzburg, dem nach Ansicht der katholischen Stände der Vorsitz unter den geistlichen Mitgliedern des Fürstenrates gebührte [2]). Maximilien zweifelte nicht, dass die Protestanten und ihre Beschützer, die französischen und vor allem die schwedischen Bevollmächtigten, schliesslich nachgeben würden, wenn nur die Katholiken fest zusammenhielten [3]), und er rechnete um so sicherer auf nachdrückliche Unterstützung bei seinen Glaubensgenossen, als sich die beiden Kurfürsten von Mainz und Köln völlig übereinstimmend mit ihm dahin erklärt hatten, „dass man an seiten der catholischen auf der exclusion besagter stend vestiglich verharren solle [4]).“

Seine Erwartung erfüllte sich indessen nicht. Nach allen bisherigen Erfolgen waren die Protestanten ganz und gar nicht gewillt, auf die Teilnahme der ausgeschlossenen Stände am Kongress zu verzichten, und katholischerseits sah man sich durch ihre Hartnäckigkeit allmählich bewogen, einzulenken. Zunächst entschied sich Kurmainz dafür, wenigstens in die Zulassung der drei weltlichen Stände zu willigen [5]), und wenn es auch Maximilian gelang, den Mainzer wieder umzustimmen [6]), so liess sich doch mit der Zeit neben anderen Mitgliedern der katholischen Partei selbst der Kurfürst von Köln, Maximilians Bruder und engster Verbündeter, bewegen, unter gewissen

---

1) M. an Ges. 6. IX. 45.

2) Siehe vorigen Abschnitt, sowie das Schreiben von M. an s. Ges. 11. X. 45; ebendaselbst auch Befehl wiederholt, „die erinnerung schreiben an chur Trier und Sachsen wegen ihrer abordnung zu den general tractaten . . . mit sonderbarem vleiss zu urgiren“. Freude über die Ankunft der Trierer Nov. 1 (2).

3) M. an Ges. 4. X. 45 (3), 11. X. 45.

4) M. an Ges. 18. X. 45.

5) Mit der Begründung, „weilen es ohne perdirendes praeiudicium beschehen könte“. M. an Ges. 25. X. 45.

6) M. an Ges. 15. XI. 45 (2). Ogl. M. A. schw. 324/4.

Bedingungen nicht allein in die Zulassung der weltlichen Stände, sondern sogar in die des Administrators von Magdeburg einzuwilligen [1]).

Seine Schwenkung zeigte Maximilian, was, wie es scheint, gleich den übrigen Vertretern der katholischen Stände auch seine Gesandten schon längst eingesehen hatten [2]), dass nämlich weiterer Widerstand vergeblich sei. So entschloss er sich denn [3]) in tiefem Grolle über den Kleinmut seiner Parteigenossen [4]), sich in das Unabänderliche zu fügen [5]) und sich damit zu begnügen, dass die Protestanten sich erboten, schriftlich zu versprechen, das ihnen gemachte Zugeständnis solle im übrigen dem Herkommen und den Satzungen im Reiche keinen Abbruch thun.

Eine noch schwerere Enttäuschung als durch seine Parteigenossen erfuhr jedoch der Kurfürst durch den Kaiser. Während am Kongress die Vertreter Ferdinands der bairischen Politik, wo sie nur konnten, entgegenarbeiteten und zu ihrer Bekämpfung selbst vor gewissenlosen Verleumdungen nicht zurückschreckten [6]), schien es am kaiserlichen Hofe eine Zeit lang, als seien die von Maximilian durch Mändl dem Kaiser gemachten Vorstellungen nicht vergeblich gewesen. Mit Befriedigung vernahm der Kurfürst von jenem, dass Ferdinand sich auf sein dringendes Zureden hin entschlossen habe, seinen vertrautesten Ratgeber, den Grafen Maximilian von Trauttmansdorff, zum Hauptgesandten in Münster zu ernennen und mit den weitesten Vollmachten zum Abschlusse des Friedens auszustatten [7]), denn

---

1) A. a. O. In betr. der Haltung des Kaisers ist dessen Erlass an die Kongressgesandten v. 27. X. 45, cop. B. A. Bb 1, zu berücksichtigen. Geben die Stände nach, befiehlt er ihnen darin, so habt ihr euch von ihnen nicht zu trennen, vorläufig aber tiefes Schweigen und strenge Zurückhaltung zu beobachten. (Wiederholung des Befehls vom 24. X. 45.)

2) Volmar, S. 211.

3) M. an Haslang u. Krebs 1. XI. 45, S. XI. 45. Ogle. M. A. schw. 324/4.

4) M. an Hsl. u. Kr. 6. XII. 45 (2). Ogl. M. A. schw. 324/5.

5) A. a. O.

6) Doc. inéd. 82, S. 195, Urkunden u. Akten S. 402, 404.

7) M. an Hsl. u. Kr. 4. X. 45 (1) P. S., sowie Briefe des Kf. an Ksr. v. 5. X. 45 (cop. B. A. Z. 1, No. 7), und an Tr. v. gl. Datum (cpt. M. A. 326/7). Wenn Jacob, S. 95, die Frage, ob in der That M.s Einfluss für die Wahl

der Graf galt als ein entschiedener Gegner der spanischen Partei am kaiserlichen Hofe, stand mit Maximilian seit vielen Jahren in vertraulichen Beziehungen und wurde infolgedessen von den Spaniern geradezu als dessen Anhänger betrachtet [1]).

Maximilian durfte sich infolgedessen von Trauttmansdorff eines anderen Verhaltens als von Nassau und Volmar versehen. Um so grösser musste daher seine Bestürzung sein, als er von zuverlässiger Seite erfuhr, dass der Graf den Auftrag habe, in Münster sein Augenmerk nicht zunächst auf die Abfindung der auswärtigen Feinde, sondern vielmehr vor allem auf die Versöhnung mit den protestantischen Ständen zu richten, um sie von ihren Beschützern, Frankreich und Schweden, zu trennen und dann für den Frieden mit diesen letzteren desto günstigere Bedingungen zu erlangen [2]). Hatte doch auch der Graf dem Kurfürsten von Köln nach einer Mitteilung, die Maximilian von diesem erhielt, ausdrücklich erklärt, der Kaiser denke gar nicht daran, von seinen Landen auch das Geringste an Frankreich abzutreten [3]).

Alsbald traf der Kurfürst alle Anstalten, um die neue Gefahr, die dem Gelingen seiner Pläne drohte, abzuwenden. Ohne Säumen liess er seinen Gesandten die hierfür erforderlichen

---

Trauttmansdorffs ausschlaggebend gewesen sei, unentschieden lässt, so ist immerhin nicht ausser acht zu lassen, dass der Kf. doch schon früher oft genug auf andere, nicht minder wichtige Entscheidungen des kaiserlichen Hofes bestimmend eingewirkt hatte.

Die Urschrift der Generalvollmacht des Kaisers für Tr., d. Linz, 4. X. 45, — auf Pergament mit dem grossen ksl. Insiegel versehen — befindet sich im B. A. Vgl. Odhner, S. 128, Jacob, a. a. O. Die nach Annahme des letzteren ebenfalls dort vorhandene geheime ksl. Instruktion vom 16. X. 45 habe ich trotz sorgfältigster Nachforschungen nicht ermitteln können.

Von den weitgehenden Vollmachten Trauttmansdorffs setzt auch Ferdinand III. den Kurfürsten Maximilian in Kenntnis und knüpft an seine Mitteilung die Hoffnung auf gute Erfolge eines weiteren Zusammenwirkens der kaiserlichen und bairischen Bevollmächtigten. 10. XI. 45. Cop. B. A. Bb 1.

1) Peñ. an Phil. IV. 22. X. 45, 29. X. 45, Doc. inéd. 82, S. 176 flg. In betr. der Beziehungen Tr.s zu Maximilian sind zu beachten des letzteren Originalbriefe an den Grafen v. 1626—45, B. A. Dd. 1, No. 4, Dd. 2, No. 5, X 9, No. 149.

2) M. an Hsl. u. Kr. 29. XI. 45 (2), 12. XII. 45 (2).

3) M. an Hsl. u. Kr. 6. XII. 45, (2). Vgl. Volmar, S. 218.

Vorschriften zugehen [1]), und ebenso suchte er auch unmittelbar nach allen Kräften auf den Grafen einzuwirken.

Am 27. Oktober erschien zu diesem Zwecke Mändl bei Trauttmansdorff, als dieser, auf seiner Reise nach Münster begriffen, zu Schiff in der Nähe von Passau angelangt war [2]).

Der Bescheid, den er vom Grafen erhielt, lautete durchaus günstig. Trauttmansdorff versprach, Maximilians Sonderinteressen in der pfälzischen Frage zu wahren und machte sich überdies auch anheischig, für die Förderung des Friedenswerkes im allgemeinen nach allen Kräften zu wirken [3]).

Nach seiner Begegnung mit dem Abgesandten des Kurfürsten von Baiern setzte Trauttmansdorff ohne Zögern seine Reise weiter fort [4]). Seinen Bestimmungsort vermochte er allerdings, da er täglich nur kurze Strecken zurücklegte und überdies durch Anlässe verschiedener Art aufgehalten wurde [5]), erst am 29. November 1645 zu erreichen.

Dass er in der That seine Pflichten sehr ernsthaft auffasste, gab er gleich nach seiner Ankunft in Münster deutlich zu erkennen. Um Zeit zu ersparen [6]), verzichtete er bei seinem Eintreffen auf alle sonst am Kongress üblichen Empfangsfeierlichkeiten [7]), ging, keineswegs zur Zufriedenheit der spanischen Bevollmächtigten [8]), ohne Säumen an sein Werk und gab sich ihm von Anfang an mit unermüdlicher Thatkraft hin [9]).

An Eifer für den Frieden stand er dem Kurfürsten Maxi-

---

1) M. an Hsl. u. Kr. 15. XI. 45 (1), 15. XI. 45 (2).

2) Tr. an Ksr. 28. X. 45. Ogl. W. A. Fr. A. 50/a.

3) A. a. O., sowie das Schreiben Tr.s an M. 28. X. 45. Cop. W. A. Fr. A. 50/a.

4) Tr. an den Kaiser 28. X. 45, Ogl. W. A. Fr. A. 50/b.

5) Siehe hierüber seine Berichte an den Ksr., Ogl. W. A. Fr. A. 50/b.

6) Tr. an Ksr. 28. XI. 45.

7) Odhner, S. 105.

8) Peñaranda an Pedro Coloma 2. XII. 45. Siehe über die Verstimmung der Spanier gegen Tr. auch in den folgenden Berichten vom Friedenskongress Doc. inéd. tom. 82.

9) Über seinen Eifer siehe Odhner, a. a. O. Lamp. Rel. 16. I. 46 a. St., 23. I. 46 a. St., 30. I. 46 a. St.

milian kaum nach; über die Mittel und Wege freilich gingen die Ansichten der beiden sehr weit auseinander.

In Maximilians Erlassen wurde nach wie vor entschieden auf die Notwendigkeit hingewiesen, vor allem die Forderungen der auswärtigen Mächte, im besonderen der Krone Frankreich, soweit als irgend möglich, zu erfüllen [1]), und seine Bevollmächtigten sollten diesem Verlangen im Notfalle selbst durch die Androhung eines Sonderfriedens mit den beiden Kronen Nachdruck geben [2]).

Besorgnis erregende Nachrichten vom Kongress [3]) und die Kunde von neuen Kriegsplänen der Osmanen gegen die Republik Venedig und die abendländische Christenheit überhaupt [4]) bestärkten den Kurfürsten in seinem Eifer, zumal er die durchaus unzureichenden Streitkräfte des Kaisers und der katholischen Reichsstände [5]), sowie auch der Unlust und Unfähigkeit der letzteren zur Fortsetzung des Krieges in Erwägung zog [6]).

Trauttmansdorff dagegen wollte Frankreich möglichst geringe Zugeständnisse gewähren, da solche ja auf Kosten Österreichs erfolgen mussten, und wenn er auch nicht die Zuversicht Volmars teilen mochte, so hoffte er doch durch den Ausgleich mit den protestantischen Reichsständen und allenfalls auch mit Schweden sein Ziel in ausgedehntem Masse erreichen zu können. In diesem Sinne äusserte er sich schon bei Beginn seiner Reise [7]),

1) Weisungen an die bairischen Kongressgesandten im Dezember 1645. Ogle. M. A. schw. 324/5.

2) M. an Hsl. u. Kr. 17. I. 46, 31. I. 46 P. S.

3) M. an Ges. 20. XII. 45, Besorgnis über die Nachricht von einer Reise Serviens zu den schwedischen Bevollmächtigten nach Osnabrück, sowie von einer Annäherung der Kronen Frankreich und Spanien an einander.

4) M. an Hsl. u. Kr. 13. XII. 45 p. s., 20. XII. 45, 10. I. 46 (1). Ogle. M. A. schw. 324/5.

5) M. an Hsl. u. Kr. 27. XII. 45 p. s., 3. I. 46 a. a. O.

6) M. an Hsl. u. Kr. 3. I. 46, 10. I. 46 (2) a. a. O.

7) Eine briefliche Äusserung Volmars, „man könne die fremden Kronen ohne land und leut contentiren", erwähnt Trauttmansdorff in einem Schreiben an den Kaiser d. Regensburg, 1. XI. 45. „Got gebs", setzt er, offenbar etwas zweifelnd, hinzu; in keinem Falle glaubt er jedoch darauf hoffen zu dürfen, „es seie dan das reich völig mit E. ksl. Mt. vereinigt; daran", fährt er allerdings fort, „non neglegendo tractatus cum coronis izo am maisten zu arbeiten". Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Vgl. Jacob über Tr.s Politik S. 98 flg.

und während derselben wurde er durch protestantische und katholische Stände in seiner Auffassung befestigt [1]). In Münster setzte er es denn auch gleich in den ersten Tagen durch, dass den Städten Erfurt und Stralsund die von den Schweden für sie verlangten Geleitsbriefe [2]) gewährt wurden, und brachte den Streit um die Zulassung der vier ausgeschlossenen Stände durch die endgültige Bewilligung der protestantischen Forderungen zum Abschlusse [3]). Den Bevollmächtigten der Krone Frankreich dagegen bot er nur die drei Bistümer Metz, Toul und Verdun, die Frankreich schon seit beinahe hundert Jahren innehatte, nebst zwei festen Plätzen in Piemont und Lothringen [4]) und liess sich durch den Unwillen und die Zurückweisung der Franzosen [5]) nicht beirren, denn wie sein Angebot von den Vermittlern, vor allem von Contarini, entschieden gebilligt wurde [6]), so konnte auch die Haltung der kurkölnischen und sogar der bairischen Gesandten, die an einer Verständigung mit Frankreich verzweifelten [7]), nur dazu dienen, ihn zum zähen Fest-

---

1) In Nürnberg, berichtet er von dort aus am 5. Nov. an Ferdinand III., „haben sich zwei der vornehmsten Bürger, die bei mir zur tafel gewesen sind, vor und nachher klar vernehmen lassen, der friede müsse eher mit den reichsstenden als mit den beiden kronen geschlossen werden". Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Der Kurfürst von Mainz, schreibt er ferner am 13. November an den Kaiser, „inclinat, dass man sich mit den stenden erstlich vergleiche".

2) Vgl. Abschnitt I.

3) Odhner, S. 105.

4) Jacob, S. 102. Vgl. Odhner, S. 130. „Wegen Elsass", schreibt Tr. am 5. XII. 45 an seinen Herrn „hab ich vorgestellt, denen mediatoribus die unbilligkeit dieser französischen praetension ausgeführt". Ogl. W. A. Fr. A. 50b. In betr. seines Widerwillens gegen diese Abtretung ist auch Lampadius Rel. 29. XII. 45 a. St. zu beachten.

5) Tr. an Ksr. 12. XII. 45, Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Die Franzosen sind übel mit mir zufrieden, „sagen, ich mach ihnen die ständ abtrienig". Vgl. Jacob, S. 104, Odhner, a. a. O. Zu berücksichtigen ist auch Tr. an Ksr. 14. XII. 45, Ogl. W. A. Fr. A. 50b, dann M. an Hsl. u. Kr. 20. XII. 45.

6) Tr. an Ksr. 12. XI. 45. In betr. Chigis ist Näheres im Erlasse M.s an Hsl. u. Kr. v. 3. I. 46 zu finden.

7) Ihre Äusserung gegenüber Volmar am 6. Dezember, dass es am besten sei, sich mit den Protestanten zu vergleichen und mit vereinten Kräften gegen die Kronen zu gehen, bezeichnet Jacob, S. 100, als unehrlich. Dieser Vorwurf ist nicht zutreffend. Ihre Bemerkung entsprach

halten an seinen Vorsätzen zu ermutigen. Die einen wie die anderen erboten sich, Frankreichs Bevollmächtigte zur Annahme der kaiserlichen Vorschläge zu bestimmen[1]), ja, Haslang und Krebs erteilten ihm sogar die Zusicherung, ihr Herr sei jetzt ebenfalls zu der Überzeugung gelangt, dass man die Versöhnung der Reichsstände unter einander als nächstes Ziel ins Auge fassen müsse und dass, habe man dieses erreicht, die beiden Kronen sich schon in ihren Ansprüchen mässigen würden[2]).

Unter solchen Umständen machte sich Trauttmansdorff wegen der Entrüstung der Franzosen über seine Vorschläge weiter keine Sorgen; in der Hoffnung, auch sie mit der Zeit zum Nachgeben zu bewegen, entschloss er sich, am 15. Dezember 1645, von Münster nach Osnabrück überzusiedeln, um dort seine Bemühungen gegenüber den Protestanten fortzusetzen, zugleich aber auch die Entschädigung der Krone Schweden ins Reine zu bringen und sie dadurch von den Franzosen zu trennen[3]).

Kurfürst Maximilian war mit Trauttmansdorffs Verhalten keineswegs einverstanden. Er wünschte ja die Abfindung der Fremden nicht nur um des Friedens willen, sondern ebenso sehr deshalb, weil er hoffte, jene würden sich dann um die protestantischen Reichsstände mit geringerem Eifer annehmen und die Abweisung ihrer dem Reiche und der katholischen Kirche nachteiligen Forderungen eher gestatten[4]). Diese lag ihm nach wie vor am Herzen und wie früher, so schärfte er seinen Gesandten auch am 27. Dezember 1645 unter heftigen Ausfällen gegen den Kleinmut seiner Glaubensgenossen wieder ein, sich der Aufhebung des geistlichen Vorbehaltes und der Freistellung

---

vielmehr vollkommen ihrer Überzeugung. Wie aus einem vertraulichen Briefe von Krebs an den Kanzler Richel hervorgeht, waren sie über das Vorgehen beim Friedenskongress ganz anderer Ansicht als ihr Kurfürst und setzten auf die Erfüllung seiner Wünsche in betr. der Entschädigung Frankreichs wenig Hoffnung. Krebs an Richel 16. II. 46. Ogl. M. A. schw. 327/8. (Siehe weiter unten über die Meinungsverschiedenheit der bairischen Gesandten mit dem Kurfürsten).

1) Tr. an Ksr. 8. XII. 45, Ogl. W. A. Fr. A. 50b.

2) Tr. an Ksr. 12. XII. 45. Auf diese Zusicherung werden wir im weiteren Verlaufe der Darstellung zurückkommen.

3) Odhner a. a. O. Vgl. Jacob, S. 103 flg.

4) Siehe hierüber Absch. I.

der Religion mit Entschiedenheit entgegenzustellen und den Besitz der dem Prager Frieden zufolge herauszugebenden Kirchengüter ihren Inhabern höchstens auf achtzig weitere Jahre zuzugestehen [1]).

Heftig zürnte er deshalb über das Verhalten seiner Gesandten, das allerdings, wenn auch ein gewisser Gegensatz zwischen ihnen und den Kaiserlichen immer bestehen blieb [2]), seinen Weisungen völlig widersprach, und durch immer wiederholte Befehle [3]) veranlasste er sie, wenn auch nicht zur Änderung ihrer Anschauungen [4]), so doch zu einer kräftigeren Haltung gegenüber den Kaiserlichen, die besonders bei einer mündlichen Besprechung mit Trauttmansdorff am 11. Februar zu Tage trat [5]). In gleicher Richtung wirkte Dr. Johann Ernst, der seit dem November 1645 den Kurfürsten zu Osnabrück in der Versammlung der Reichsstände vertrat [6]).

Bei den meisten Bevollmächtigten derselben fand indessen Maximilians Politik keinen Anklang, vielmehr liessen sie, wie die bairischen Gesandten aus Münster am 18. Januar 1646 be-

---

1) M. an Hsl. u. Kr. 27. XII. 45, Ogl. M. A. schw. 324/5. Wiederholt in M.s Erlasse vom 3. I. 46, Ogl. a. a. O. Diesen Weisungen entsprechend befahl der Kurfürst auch am 17. Januar seinen Gesandten, Contarini zu danken für seinen kräftigen Widerstand gegen Oxenstierna in betr. der protestantischen Religionsbeschwerden. Seine früheren Befehle hinsichtlich dieser wiederholt er in dem Erlasse an Hsl. u. Kr. vom 24. I. 46, Ogl. M. A. schw. 324/5.

2) Jacob, S. 107. M. an Hsl. u. Kr. 10. I. 46 (2). Über ihre Zurückhaltung in den ersten Wochen nach Tr.s Ankunft vgl. Jacob a. a. O. Dass, wie Tr. die Baiern verstanden hatte, die Versöhnung der Glaubensparteien im Reiche unter einander der Entschädigung der auswärtigen Mächte bei den Verhandlungen vorangesetzt werden müsse, war von M. nirgends verlangt worden, er hatte sich vielmehr nur dahin ausgesprochen, „das . . die vereinigung der stend um willen die widerwertige cronen ad extradendas replicas und specificirung ihrer praetensionen destomehr zu vermögen . . . . ., procurirt und eingerathen werde“. M. an Hsl. u. Kr. 10. I. 46 (2), Ogl. M. A. schw. 324/5, unter Bezugnahme auf den Befehl vom 29. XI. 45. Inbetr. des eigenmächtigen Vorgehens der bairischen Gesandten ist auch zu beachten Meiern II., S. 217 flg.

3) In den auf das Schreiben vom 10. I. 45 (2) folgenden Erlassen.

4) Siehe hierüber noch weiter unten.

5) Jacob, S. 111 flg.

6) Siehe Abschn. I. Von seiner Thätigkeit wird weiter unten die Rede sein. Vgl. hins. derselben Meiern, II. flg.

richteten, „allerhand desperate discurse und reden vernemen,“ und der Kurfürst gewann den Eindruck, dass sie „bereits von denen, welche nicht gern an den satisfactionspuncten kommen, praeoccupirt und beredt sein müssen [1]).“

Der Kurfürst verharrte jedoch um so mehr auf seinem Wege, als er eben damals sehr bedrohliche Nachrichten über die Lage auf dem Kriegsschauplatze und über erweiterte Angriffspläne der Franzosen erhielt [2]). Er richtete eindringliche Mahnschreiben an die Kurfürsten von Mainz und Köln [3]), schickte seinen Kriegsrat Küttner an die Bischöfe von Bamberg und Würzburg [4]) und verlangte von seinen Gesandten die Bezeichnung ihrer Gegner unter den reichsständischen Vertretern, damit er sich auch an deren Herren wenden könne [5]).

Sein Eifer wurde gespornt, indem sich die Franzosen seinen Gesandten gegenüber, wie diese am 1. Februar 1646 berichteten, nun wieder sehr entgegenkommend äusserten und ihren Beistand in der pfälzischen Angelegenheit anboten [6]).

Diese Nachricht bestimmte ihn, Mitte Februar seinen Kammerpräsidenten Mändl nochmals nach Linz zum Kaiser zu senden, damit er diesen zur Beschleunigung des Friedensschlusses

---

1) M. an Hsl. u. Kr. 31. I. 46. Ogl. M. A. schw. 324/5.

2) M. an Hsl. u. Kr. 7. II. 46, 14. II. 46. Ogle. M. A. schw. 324/5.

3) M. an Hsl. u. Kr. 31. I. 45.

4) M. an Hsl. u. Kr. 17. I. 46. Ogle. M. A. schw. 324/5. Der Bescheid der beiden Fürsten an K. lautete günstig. A. a. O. Vgl. Mentz, S. 35. Inbetr. dieser Werbung auch M. an Hsl. u. Kr. 14. II. 46. Über Küttner siehe noch weiter unten.

5) M. an Hsl. u. Kr. 31. I. 46.

6) M. an Hsl. u. Kr. 14. II. 46. Als ein Beispiel seines ohnehin schon rastlosen Eifers für die Förderung des Friedenswerkes sei u. a. der Befehl angeführt, den er seinen Gesandten am 7. II. 46 auf die Kunde von einer Stockung der Verhandlungen infolge einer Unpässlichkeit des kränklichen kurmainzischen Kanzlers Reigersperger erteilte. „Weilen . . . sehr beschwärlich“, schreibt er, „dass ein so hochnöthiges und wichtiges werk allein aines mans indisposition halber, dem ganzen heil. röm. reich zu höchster gefahr, noch länger also aufgeschoben verpleibe, als werdet ihr mit andern chfl. gesandten daraus zu reden und neben denselbigen bei den churmainzischen die erinnerung zu thun wissen, ... dass sie under ihnen selbsten die bestellung also machen wolten, damit auf begebenden fall . . . ihm (Reigersperger) ein anderer hierin secundiren mög“ etc.

und zur Abtretung des Elsasses an Frankreich ermahne[1]). Seinen Gesandten in Münster befahl der Kurfürst, die Vertreter Frankreichs von diesem Schritte in Kenntnis zu setzen[2]), und wie er in der letzten Zeit ohne Unterlass und geradezu ängstlich bemüht gewesen war, sie seinem Hause günstig zu stimmen und sie sich so zu Danke zu verpflichten[3]), so beauftragte er auch jetzt Haslang und Krebs, sie für die Zukunft seines treuen Beistandes zu versichern[4]). Erreicht wurde freilich durch seine Bemühungen ebenso wenig als zuvor: wie es seinen Gesandten am Friedenskongress und dem Vertreter seiner Politik am kaiserlichen Hofe nicht möglich war, seinen Wünschen und Vorschlägen Eingang zu verschaffen, so bewirkten auch die gleichzeitigen Bemühungen des Kurfürsten bei dem kaiserlichen Hauptbevollmächtigten nur das Gegenteil von dem, was Maximilian bezweckte.

In den Briefen, die er seit Trauttmansdorffs Ankunft in Münster an diesen richtete, unterliess er nicht, ihm neben den Rücksichten auf seine anderen Wünsche vor allem auch eine ihm günstige Lösung der pfälzischen Frage dringend ans Herz zu legen, und sein Interesse an dieser Angelegenheit veranlasste ihn, sich trotz alles Unwillens über das Vorgehen des Grafen in seinen Äusserungen die grösste Mässigung aufzuerlegen. Er musste dies um so mehr für ratsam halten, als Trauttmansdorff im Gegensatze zu der geradezu feindseligen Gesinnung, die sein Mitbevollmächtigter Volmar in der pfälzischen Angelegenheit gegen Maximilian an den Tag legte[5]), in seinen Briefen an den

1) M. an Hsl. u. Kr. 14. II. 46. Die Briefe, die der Kf. in Gemeinschaft mit seiner Gemahlin an den Kaiser gerichtet hatte, sind vom 12. II. 46 datiert. Cop. B. A. B 2. Ebenda befinden sich auch, gleichfalls in Abschrift, die schriftlichen Vorstellungen Mändls im Namen seines Herrn an den Kaiser v. 18. II. 46 u. 22. II. 46, sowie der Bericht der ksl. geheimen Räte über die Verhandlung mit dem bairischen Abgesandten v. 21. II. 46. Als Datum von Mändls Ankunft in Linz giebt Giustiniani in einem Berichte an den Dogen vom 24. II. 46 (W. A. Disp. Sen. III, 90) irrtümlich den 22. Februar an.

2) M. an Hsl. u. Kr. a. a. O.

3) Hierüber siehe zahlreiche Stellen in seinen Erlassen an die Kongressgesandten.

4) A. a. O.

5) Näheres hierüber bei Volmar, S. 231 flg., ferner M. an Hsl. u. Kr. 6. XII. 45 (2), dann die Erlasse des Kaisers an seine Kongressgesandten

Kurfürsten wie auch sonst ein grosses Entgegenkommen gegen seine Wünsche beobachtete.

So sehr sich aber auch beide, der kaiserliche Gesandte wie Maximilian, der Mässigung befleissigten und ein Zerwürfnis abzuwenden suchten, so war es dennoch auf die Dauer nicht zu vermeiden, dass in ihren Briefen der tiefe Gegensatz ihrer politischen Richtung mehr und mehr zum Ausdrucke kam und der anfangs so verbindliche Ton in ihrem schriftlichen Verkehre allmählich recht gereizt und bitter wurde [1]).

Der Briefwechsel Maximilians mit Trauttmansdorff giebt im Verein mit einigen Briefen des letzteren an seine Mitgesandten und an den Kaiser über die Stellung des Grafen gegenüber Baiern wichtige und interessante Aufschlüsse. Trauttmansdorff widerstand trotz seiner steigenden, durch körperliche Leiden [2]) und häusliche Sorgen [3]) wohl noch erhöhten Bitterkeit gegen den Kurfürsten in Erinnerung an dessen Verdienste um das Haus Österreich besonnen und ehrenhaft der Versuchung, an dem langjährigen, treuen Verbündeten für sein gegenwärtiges Verhalten eine kleinliche Vergeltung zu üben, ja er nahm sogar, unberührt von den baiernfeindlichen Ein-

---

Nassau u. Volmar, wie auch an Tr. allein, v. 13. XI. 45 BA. Bb 1 u. Z. 3. Ebenda Korr. zw. M. u. Ksr. in d pf. Sache, 3. XI. 45 u. 24. XI. 45. Cop., u. die Originalbriefe v. Kurtz an Tr. 19. XII. 45, 26. XII. 45, 30. XII. 45. endlich Briefwechsel Tr.s mit Hsl. u. Kr. Febr. bis Mai 1646 M. A. schw. 326/2.

1) Der Briefwechsel zwischen Maximilian und Trauttmansdorff befindet sich 1) W. A. Fr. A. 50b; die Schreiben des Kurfürsten sind hier im Ogl., die des Grafen in Kopien enthalten; 2) M. A. schw. 327/7, und zwar befinden sich hier von den Briefen Maximilians die Konzepte, von denen Tr.s die Originale. Siehe im übrigen in betr. des Gegensatzes zwischen beiden W. A. Fr. A. 50a, 50b u. 50c die Korr. Tr.s mit seinen Kollegen, die der letzteren mit dem Kaiser und die Tr.s mit dem Kaiser.

2) Tr. an Kaiser 1. II. 46, Tr. an M. 12. II. 46.

3) Infolge der Besetzung seiner Herrschaft Bischofteinitz im westlichen Böhmen durch kaiserliche Truppen. Die Bemühungen des Kurfürsten von Baiern um die Verschonung v. Tr.s Gütern mit Einquartierung waren fruchtlos geblieben. Von diesen Bemühungen handelt auch der Briefwechsel zwischen Hsl. u. Kr. u. Tr. 2. II.—8. II. 46, Cpt. Ogl. 326/2 Näheres darüber in dem Briefwechsel M.s mit Tr. M. A. schw. 327/7. (M. an Tr. 31. I. 46 Cpt., Tr. an M. 12. II. 46 Ogl.), ferner in dem Erlasse M.s an Hsl. u. Kr. 14. II. 46, endlich in dem Briefwechsel von Hsl. u. Kr. mit Tr. 2. II.—8. II. 46. Cpt. Ogl. M. A. schw. 326/2.

wirkungen der Spanier[1]), mehrfach mit allem Nachdruck für Maximilian Partei[2]). Den Mahnungen des letzteren in betreff seines Vorgehens bei den Friedensverhandlungen gab er allerdings, wie schon angedeutet, kein Gehör, sondern hielt hartnäckig an der Ansicht fest, dass der Weg, den er eingeschlagen, der richtige sei. In der That gewann es auch immer mehr den Anschein, als solle der Eifer, mit dem er seit Mitte Dezember in Osnabrück seine Pläne verfolgte, nicht unbelohnt bleiben.

Den Ausgleich zwischen den Glaubensparteien im Reiche, den er sich zur nächsten Aufgabe gestellt hatte, brachte er allerdings trotz aller Bemühungen fürs erste nicht zu stande[3]).

---

1) Von Tr.s Abneigung, sich von diesen beherrschen zu lassen, giebt sein Schreiben an den Kaiser 5. XII. 45 ogl. W. A. Fr. A. 50b Zeugnis. Vgl. Jacob, S. 99. Die Behauptungen Maximilians (M. an Hsl. u. Kr. 10. I. 46, No. 2), dass der Graf ausser vom Innsbrucker Hofe auch von dem spanischen eine Pension beziehe, ist insoweit nicht zutreffend, als ihm eine solche zwar ausgesetzt, über das Jahr 1640 hinaus jedoch nicht ausgezahlt worden war. Nähere Angaben hierüber B. A. A 1. No. 18, in der Aufstellung von Tr.s Nachlass.

2) Über die Versuchung zur Rache an Maximilian und ihre Zurückweisung schreibt Tr. an Volmar, Osn. 4. I. 46, W. A. Fr. A. 50b Cop.: „man muss churbairischer seits |: wie ich auch nit hoffe, dass es beschehen soll :| in puncto satisfactionis nicht wider Oesterreich zu hinderlassung land und leut votiren, dan ich hab so vil gelegenheit in handen, dass sich der protestirenden stände samt der cron Schweden vota |: wan ichs nur lauffen lasse :| dahin würden eröffnen, man seie Chur Baiern pro expensis belli nichts schuldig zu geben, sondern es soll alles gleich aufgehen, und dises wurden sy armis manutenirn nobiscum iunctis, aber gott behuet mich, was solches zu verstatten, viel weniger zu practiciren, sed non cogamur ad extrema“. In demselben Sinne äussert sich Tr. gegenüber dem Grafen Wolkenstein, dem Vertreter des Hauses Österreich im Fürstenrate zu Münster, Osn. 3. I. 46 P. S. Cop. W. A. Fr. A. 50b fol. 3 und gegenüber dem Kaiser, Osn. 4. I. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 50a. Vgl. Jacob, S. 97 flg., S. 108. Das Interesse Baierns nahm Trauttmansdorff am 20. Dez. 1645 bei der Verhandlung mit den Bevollmächtigten von Schweden wahr, als Salvius die Berechtigung Maximilians auf die Oberpfalz bestritt. Tr. an Ksr. Osn. 20. XII. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 50a. Ebenso verteidigte er Baiern in einem Schreiben an den Kaiser gegen die Verdächtigung, die Entschädigung des Pfalzgrafen Karl Ludwig durch die böhmische Kurwürde angeregt zu haben. Tr. an Ksr. Münster 5. XII. 45. Ogl. W. A. Fr. A. 50a.

3) Odhner, S. 130 flg. Über seine Schwierigkeiten mit der protestantischen Partei äussert sich Tr. in seinem Schreiben an Hsl. u. Kr. vom 8. II. 46, Ogl. M. A. schw. 326/2.

Dagegen eröffnete sich ihm die Aussicht, das andere Ziel seiner Politik, die Trennung der Franzosen von den Schweden und die Verständigung mit den letzteren, zu erreichen. Ein endgültiges Ergebnis wurde zwar auch nach dieser Richtung hin nicht erzielt, doch führten die Verhandlungen mit den schwedischen Bevollmächtigten wenigstens im Februar 1646 zu einer bedeutenden Annäherung der beiden Parteien an einander, und als sich Trauttmansdorff am 24. Februar von den Vertretern Schwedens verabschiedete, sprachen diese die Hoffnung aus, dass der Friede noch vor Ostern zum Abschluss kommen würde.

Beruhigt und ermutigt kehrte der Graf am folgenden Tage nach Münster zurück [1]. Kurz zuvor, am 19. Februar, hatte er ein neues Schreiben Maximilians, vom 7. dieses Monats [2], erhalten, worin der Kurfürst seinem Unwillen noch deutlicher als in seinen früheren Zuschriften Ausdruck gab. Er erging sich in bitteren Klagen über Trauttmansdorffs bisheriges Vorgehen, sein Fernbleiben von Münster und die Bevorzugung der Protestanten und Schweden vor den Franzosen. Werde das Friedenswerk noch länger in der bisherigen Weise verzögert, so drohte der Kurfürst geradezu, sich ernstlich angelegen sein zu lassen, wie er sich, „deren eines aus diser noth und gefahr aufs beste als m̃öglich eluctiren könde [3].“

Auf dieses Schreiben blieb Trauttmansdorff die Antwort nicht schuldig. Noch an dem Tage, wo er es empfing, dem 19. Februar, verfasste er eine Erwiderung, die der Zuschrift des Kurfürsten an Schärfe nicht viel nachgab. Unter eingehender Rechtfertigung seines Vorgehens gab er aufs neue seinen Vorsatz zu erkennen, auch fernerhin unbekümmert um Dank und Undank in der bisherigen Richtung zu beharren.

1) Ernst an Hsl. u. Kr. 25. II. 46. Cpt. M. A. schw. 324/11. Vgl. Odhner, S. 130 u. 134. (Daten nach dem alten Stil). Als Tag von Tr.s Wiedereintreffen bezeichnet Volmar, S. 272, den 26. II. (vgl. Jacob, S. 118). Möglicherweise übernachtete der Graf am 25. in Lengerich.

2) Gleichzeitig war auch an die ksl. Ges. in M. ein Ermahnungsschreiben von M. eingegangen. Ksl. i. M. an Ksr. 20. II. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 52a.

3) M. an Tr. 7. II. 46. M. A. schw. 327/7. Jacob, S. 112. Vgl. die gereizte Stimmung in M.s Schreiben an Haslang u. Krebs vom gl. Datum.

Zum Schlusse bemerkte er, die günstigen Folgen seines langen Aufenthaltes in Osnabrück würden bald zu Tage treten, eine Äusserung, die deutlich genug beweist, mit welchem Vertrauen er nach dem Ergebnisse der Verhandlungen mit den Schweden seiner weiteren Thätigkeit entgegenblickte [1]).

Die Erwartungen, mit denen der Graf nach Münster zurückkehrte, gingen freilich nicht in Erfüllung. Waren schon die soeben von ihm gepflogenen Verhandlungen mit den Schweden mühevoll genug gewesen, so sollte sich der weitere Verlauf seiner Thätigkeit noch weit schwieriger gestalten.

Die Franzosen hatten in der Gegenerklärung, die sie am 7. Januar 1646 auf die kaiserliche Replik übergeben hatten [2]), ihre Forderungen in vollem Umfang aufrecht erhalten. Trauttmansdorffs Widerwillen gegen deren Erfüllung konnte indessen durch das Ergebnis seines Aufenthaltes in Osnabrück nicht geschwächt worden sein, und er wurde, wie wir wissen, nicht nur von den Spaniern, sondern auch von der Mehrheit der Reichsstände, der protestantischen wie der katholischen, entschieden geteilt. Was die letzteren betrifft, so kam ihre Gesinnung, wie schon vorher, so auch nach Trauttmansdorffs Wiedereintreffen in Münster unzweideutig zum Ausdruck, indem die dort versammelten Mitglieder des Fürstenrates bei der Beratung der Duplik in der Sitzung vom 2. März fast einstimmig die Erklärung abgaben, dass man den Franzosen eine Gebietsentschädigung nicht schuldig sei.

Diese liessen sich freilich dadurch von ihren Ansprüchen nicht abbringen und fanden doch auch eifrige Förderer ihrer Wünsche in den beiden Friedensvermittlern und vor allem in dem Kurfürsten von Baiern [3]).

---

1) Über die gereizte Stimmung, in die Tr. durch M.s Brief vom 7. II. 46 versetzt wurde, äussert sich auch Ernst in dem Schreiben an Hsl. u. Kr. vom 25. II. 46, Cpt. M. A. schw. 324/11. Ebenso ist auch das Schreiben Tr.s an Kurtz vom 22. II. 46 zu beachten. . . . „sie (d. h. i. chfl. Dt.) tractiren mich so ubel“, heisst es darin, „ich bin kein Richel noch Mändl“. Extract. M. A. schw. 327/7 .

2) Abgedr. b. Meiern II, S. 200 flg.

3) Odhner, S. 146 flg.

Wohl war auch er mit dem günstigen Ergebnisse von Trauttmansdorffs bisheriger Thätigkeit zufrieden, so wenig er auch anfangs dessen Vorgehen gebilligt hatte [1]). In der Richtung seiner Politik liess er sich indessen dadurch keinen Augenblick beirren, denn er war nun einmal überzeugt, dass ohne die Entschädigung Frankreichs der Friede nicht erreichbar sei und auch seine Sonderinteressen nur mit ihr gewahrt werden könnten. Deshalb hoffte er, wenn man mit den Verhandlungen über die Wünsche der Krone Frankreich wenigstens einen Anfang mache und diese gleichzeitig mit den Religionsbeschwerden in Erwägung ziehe, würden sich die etwa noch vorhandenen Schwierigkeiten wohl überwinden lassen und, wenn auch nicht ein völliger Frieden, so doch zum mindesten bis zu dessen Abschlusse ein Waffenstillstand zu erzielen sein [2]).

Was die Entschädigung im einzelnen betraf, so befahl der Kurfürst seinen Gesandten, „in terminis des Elsäss zu verbleiben“, denn nach allem, was er neuerdings über die Wünsche der Franzosen erfahren hatte, hoffte er, sie würden sich mit diesem Gebiete zufrieden geben [3]). Vor einer weiteren Verschleppung der Verhandlungen hegte er um so grössere Besorgnis, als er mit dem Frühjahre dem Wiederausbruche der Feindseligkeiten entgegensah [4]).

Sehr verstimmt war er daher, als der Beginn der Verhandlungen mit den Franzosen auf sich warten liess [5]), und um dieselben in Fluss zu bringen, hielt er dafür, dass in seinem Namen und von seinen Vertretern ein entscheidender Schritt geschehen müsse, „weil doch niemand anderer das eis brechen... will [6]).“

Deshalb übersandte er, während er fortfuhr, auf Kurköln und Kurmainz in seinem Sinne einzuwirken [7]), seinen Vertretern

1) M. an Hsl. u. Kr. 7. III. 46. Ogl. M. A. schw. 324/6.

2) A. a. O.

3) A. a. O., sowie M an Tr. v. gl. D. Cop. W. A. Fr. A. 50b. Vgl. Jacob, S. 119 flg.

4) M. an Ksr. 11. III. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 50c. (Antw. auf dessen Schreiben v. 7. III. 46). Vgl. Jacob a. a. O.

5) M. an Hsl. u. Kr. 14. III. 46 (1). Ogl. M. A. schw. 324/6.

6) A. a. O.

7) M. an Hsl. u. Kr. 7. III. 46, 14. III. 46 (2). Jacob, S. 121.

in Münster am 14. März eine Erklärung, worin die Gründe seiner Ansicht näher erörtert waren, und befahl ihnen, dieses Schriftstück zunächst den Gesandten der katholischen Reichsstände ohne Zuziehung der Kaiserlichen, dann aber auch diesen vorzutragen [1]). Zur Unterstützung seiner Erklärung aber legte er einen Brief des kaiserlichen Oberbefehlshabers, Erzherzog Leopold Wilhelms, bei, der sich hinsichtlich der Entschädigung der beiden Kronen vollkommen übereinstimmend mit ihm aussprach [2]).

Im Augenblicke, wo diese Schriftstücke ausgefertigt werden sollten, erhielt indessen Maximilian von seinem noch immer am kaiserlichen Hofe weilenden Kammerpräsidenten Mändl [3]) die Nachricht, dass der Kaiser Trauttmansdorff den gemessenen Befehl erteilt habe, die Verhandlungen mit den Franzosen über die von ihnen geforderte Entschädigung „ohne verlierung einiger zeit“ wieder aufzunehmen und so lange fortzusetzen, bis die Krone Frankreich „ein billigmessiges contento“ erlangt habe.

Maximilian eilte, diese Kunde den Erlassen an die Kongressgesandten in einer Nachschrift hinzuzufügen [4]), und befahl ihnen, die Ausführung der kaiserlichen Weisung sorgfältig zu überwachen und nötigen Falles Trauttmansdorff unter Hinweis auf seine schwere Verantwortung zur Eile anzuspornen. Es schien ihm dies um so notwendiger, als er soeben erfuhr, dass in Paris umfassende Vorbereitungen für den nächsten Feldzug getroffen würden [5]) und auch Schweden mit Eifer rüste [6]).

Das Misstrauen, womit Maximilian die Kaiserlichen betrachtete, erwies sich indessen als sehr berechtigt. Wie ungern er sich zu seinem Zugeständnisse herbeigelassen, schrieb Fer-

---

1) Vgl. hierüber auch Jacob, a. a. O.

2) Cop. Beilage zu den Erlassen vom 14. III. 46.

3) In betr. seiner Thätigkeit in Linz und ihrer Ergebnisse von Aktenstücken W. A. Fr. A. 50c, B. A. Bb 2, ferner W. A. Dispacci III. Senato 91: Giust. an Dogen 3. III. 46, 10. III. 46, vgl. endlich Jacob, S. 120 flg.

4) M. an Hsl. u. Kr. 14. III. 46 P. S.

5) A. a. O.

6) M. an Hsl. u. Kr. 21. III. 46. Ogl. M. A. schw. 324/6.

dinand dem Grafen Trauttmansdorff am 2. März [1]), werde sich dieser leicht denken können [2]). Die ihm vorgestellten Gründe jedoch, „mit welchen auch der herr bruder concurriret“, hätten ihn schliesslich zum Einlenken bewogen. Trauttmansdorff solle nun den Franzosen selbst seinen Entschluss eröffnen, ausser ihnen aber auch die schwedischen Bevollmächtigten entweder beide oder Salvius allein, vorläufig unter dem Siegel der Verschwiegenheit, davon in Kenntnis setzen und ihn damit begründen, nach seinen Zugeständnissen an Schweden habe er geglaubt, auch Frankreich eine Entschädigung schuldig zu sein und habe befohlen, dass dessen Bevollmächtigten neben den schon früher gemachten Anerbietungen noch das ganze österreichische Unterelsass [3]) angetragen werden solle. Zur Annahme dieses durchaus billigen Vorschlages möchten die Schweden ihre Bundesgenossen „persuadirn, dazu halten oder in eventum contrarietatis etiam operibus et vi dazu bringen“ [4]).

Seine Gegenforderungen hatte Ferdinand diesem Anerbieten an die Franzosen in Ziffern hinzugefügt. Bei den meisten, derselben, sogar bei der Lösung der pfälzischen Frage stellte er der „discretion“ Trauttmansdorffs anheim, „wie weit sie zu bringen sein mechten.“ Nur in einem Punkte zeigte er sich unnachgiebig: unter dem Einflusse der spanischen Partei an seinem Hofe bestand er darauf, dass auf alle Fälle die Krone Spanien in den Frieden aufgenommen werden müsse. Gerade in diesem Punkte war jedoch, wie Trauttmansdorff nicht verkannte, der Wille der Kaiserlichen nicht durchzusetzen, sondern es musste, wenn man nicht auf diese Bedingung verzichtete, eine Verständigung mit Frankreich als ausgeschlossen erscheinen [5]).

Da aber der Kaiser so nachdrücklich auf diese Forderung drang, so kam es seinem Hauptbevollmächtigten sehr gelegen, als sich ihm durch ein Zusammentreffen verschiedener Umstände

1) Cpt. W. A. Fr. A. 50b.

2) Zu beachten ist auch der Bericht v. Giust. 17. III. 46.

3) A. a. O. Hiernach ist die bezügliche Angabe bei Odhner, S. 147, zu berichtigen.

4) A. a. O.

5) Odhner, S. 147.

die Aussicht eröffnete, den Verhandlungen mit den Franzosen über die neuen Anerbietungen des Kaisers, die ihm ohnedies so zuwider waren, ganz und gar aus dem Wege zu gehen.

Zunächst war es die Haltung der Reichsstände, die den Grafen hoffen liess, die Feinde zur Ermässigung ihrer Ansprüche zu bewegen, während sie ihm anderseits dem Kurfürsten von Baiern gegenüber zur willkommenen Rechtfertigung seines Verhaltens diente[1]). Allerdings fiel dann die Abstimmung des Fürstenrates in Osnabrück über die französische Entschädigung trotz aller Anstrengungen der dortigen Vertreter des Kaisers schliesslich doch entschieden zu seinen Ungunsten aus[2]). Dafür wurde aber Trauttmansdorff in seiner Erwartung, dass die Schweden dem Kaiser eine Stütze gegen Frankreich bieten könnten, dadurch bestärkt, dass er vernahm, Oxenstierna habe auf das Gerücht von geheimen bairisch-französischen Sonderverhandlungen hin damit gedroht, dass, wenn dieselben zum Ziele führten, die Schweden und Protestanten sich ihrerseits mit dem Kaiser vergleichen und auf seine Seite treten würden; dann sollte sich's zeigen, „auf welcher seiten die wag vorschlagen würde“[3]). Ja, Salvius stellte dem Grafen sogar Schwedens Abfall von dem Bündnis mit Frankreich in Aussicht, wenn man ihm die versprochene Gebietsabtretung als Reichslehen übertrage und ausserdem den Beschwerden der protestantischen Reichsstände abhelfe[4]).

---

1) Tr. an M. 16. III. 46. Ogl. M. A. schw. 327/7.

2) Tr. an M. a. a. O. P. S. Zu beachten sind auch die Berichte von Dr. Ernst an seine Kollegen in Münster im Monat März 1646. Cpte. M. A. schw. 324/11, worin dieser sich am 26. III. 46 unter anderem ausspricht über die vergeblichen Bemühungen der Vertreter des Hauses Österreich, nach erfolgter Abstimmung „die vota in negativam zu detorquiren oder wenigstens die hiesigen den fürstlichen münsterischen votis so weit zu conformiren, dass es bei den 3 stiftern sein bewenden habe“. In Betracht kommen auch Tagebuch und Berichte des Lampadius, Wb. A. u. H. A., sowie Meiern, Bd. II.

3) Tr. an Ksr. 6. IV. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Vgl. Protokoll über eine Unterredung zwischen dem Grafen Lamberg und Oxenstierna, wonach sich der letztere sehr gereizt über Maximilian äussert. W. A. Fr. A. 51b.

4) Tr. an Ksr. 3. IV. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 50b.

Trauttmansdorff nahm diese Erklärungen für aufrichtig und glaubte, durch ein gewisses Gerücht bestärkt, nicht anders, als dass „ein grosser unwill zwischen Frankreich und Schweden sich eräugen thue [1]." Überdies nahm er auf Grund einer ihm zuverlässig dünkenden Mitteilung an, der Pariser Hof denke gar nicht daran, im laufenden Jahre ein Heer über den Rhein zu senden, und könne ausserdem auch nicht darauf rechnen, dass ihm die Holländer etwa durch einen Angriff auf Spanien zu Hilfe kommen würden [2].

Erhöht wurde Trauttmansdorffs Zuversicht noch dadurch, dass es seinem Drängen gelang, Peñaranda zu dem Versprechen zu bewegen, im Namen des Gesamthauses Habsburg den Franzosen eine Entschädigung aus Spaniens Länderbesitze anzubieten, ein Vorgehen, das ihn hoffen liess, das Elsass zu retten [3]. Dem Kurfürsten von Baiern musste es daher unter allen Umständen schwer fallen, den Widerstand des Grafen gegen seine Forderungen zu überwinden. Obendrein standen aber der Lösung der pfälzischen Frage im Sinne Maximilians sehr erhebliche Hindernisse im Wege, zu deren Bekämpfung er der guten Dienste des Grafen dringend bedurfte [4]. Eine sehr entschiedene Sprache diesem gegenüber zu führen, schien daher um so weniger ratsam, als er sich schon durch die Vorwürfe des Kurfürsten in dessen Schreiben vom 7. Februar tief gekränkt gefühlt hatte [5].

Maximilian sollte sich aber dennoch im Drange neuer Sorgen bald genug genötigt sehen, die Ansprüche seiner Politik dem kaiserlichen Hofe ebenso wie dessen Kongressgesandten gegenüber mit aller Schroffheit geltend zu machen. Seine Friedenssehnsucht entsprang nicht zum wenigsten aus den

1) Volmar, S. 284.

2) A. a. O. S. 283.

3) Jacob, S. 118, 122.

4) Hierüber finden sich eine Menge verstreuter näherer Angaben in den Wiener und Münchener Akten.

5) Siehe oben. Die folgenden Briefe Maximilians (W. A. u. M. A.) an den Grafen waren infolgedessen auch viel massvoller. Beachtenswert auch Bericht der Ksl. geh. Räte an Ksr. über Konferenz mit Mändl d. Linz, 21. II. 46, cop. B. A. Bb 2.

überaus misslichen Quartier- und Ernährungs-Verhältnissen in den vom kaiserlichen und Reichsheere besetzten, räumlich sehr beschränkten und dabei völlig verwüsteten und ausgesogenen Landstrichen. Nun kamen gerade jetzt Berichte von wahrhaft schaudererregenden Ausschreitungen, die das verwilderte kaiserliche Kriegsvolk in der ohnedies schon auf das schwerste heimgesuchten Oberpfalz verübt hatte, und trotz Maximilians nachdrücklichen Beschwerden traf weder der Kaiser noch Erzherzog Leopold Wilhelm Anstalten, dem Übel abzuhelfen[1]).

Seiner Erbitterung über jene Ausschreitungen und diese Lässigkeit gab der Kurfürst dem Kaiser wie dessen Bruder gegenüber rückhaltlosen Ausdruck[2]), und unter Mitteilung der an sie gerichteten Briefe mahnte er am 28. März Trauttmansdorff aufs dringendste, die französische Entschädigungs-An-

---

1) M. an Ksr. 16. III. 46, 23. III. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 50b. M. an Leop. Wilh. 26. III. 46, Cop. W. A. Fr. A. 50b. Das letztere Schreiben enthält ganz unglaubliche Einzelheiten über die vom kaiserlichen Kriegsvolke begangenen Greuelthaten. Wie Maximilian darin auf Grund eines Berichtes seines Statthalters in Amberg erzählt, war nicht allein trotz seiner Vorstellungen die Einquartierung ganz überflüssiger Weise noch verstärkt worden, sondern es hatte auch die „Tyrannei" der ksl. Soldateska gegen die Bevölkerung so überhand genommen, „das es von dem erbfeind der Tirkgen selbst vast nit erhört ist, indem sy, sonderlich auch die im amt Viechtach gelegene 8 compagnien, den armen vorhin aufs blut ersaigerten und betriebten leuten auf allerlei weg greuliche marter angelegt, ihnen das maul aufgerissen, schwedische trünck aus koth und mistlaken, ia andern orten, so ehrenhalb nit zu nennen, eingegossen, ihrer gar viel bis auf den tod geraitelt, theils in pach- und andere öffen geschoben, feuer darvor angeschürt, theils bei hand und fuessen aufgehenkt, als dan mit mässern gestopft, andern die strick zwischen die finger gelegt und mit den pixen schrauffen so lang hien und wieder gezogen, bies ihnen das plut hernachgegangen, einem pauern beede ohren abgeschnitten, selbige im schmalz gebraten, ihne genötiget, dass ers essen muessen, andern arm und füess abgeschlagen, dass sie uber solche marter sterben miessen, andere mit hauen und stöcken ubel verwundet, theils gar dadurch ums leben gebracht, andere an armen, rücken, länden, fiessen und fuessollen bis auf den tod gepriegelt; in specie haben 9 im dorfe Kemnath amts Nabburg gelegene ksl. reiter einen underthan daselbst vast in die 12 stund mit allerhand unerhörter marter gequelt, ihne endlich in einem wald an einen paum gehenkt, doch dass er die erde mit den zehen berühren konden" etc.

2) A. a. O. Die Schweden, schreibt er dem letzteren, hätten es, obwohl sie Feinde seien, nicht schlimmer treiben können.

gelegenheit nicht länger in der bisherigen Weise zu verschleppen [1]). An demselben Tage befahl er seinen Gesandten, die er schon eine Woche vorher [2]) beauftragt hatte, vor der Hereinziehung der Spanier in die Verhandlungen mit Frankreich ernstlich zu warnen, den Kaiserlichen darzulegen, wie aussichtslos es bei dem elenden, verwilderten Zustande der verbündeten Heere sein würde, sich gegen die auswärtigen Feinde noch länger zur Wehr zu setzen, und er wies sie an, ihren Mahnungen zu einem rascheren Vorgehen aufs neue durch die Drohung eines Sondervertrages mit Frankreich Nachdruck zu geben [3]).

Ehe noch diese Briefe in Münster eintrafen, hatten sich am 21. März die Spanier nach langem Widerstreben endlich herbeigelassen, den Franzosen durch die Vermittler statt des Elsasses eine Entschädigung aus dem spanischen Länderbesitze anzubieten [4]). Die Franzosen hatten jedoch diesen Vorschlag entschieden zurückgewiesen, und zwar mit der Begründung, dass sie durch die bairischen Gesandten — die sich noch unmittelbar vorher den Kaiserlichen gegenüber zu tiefem Schweigen über die Entschliessungen des Kaisers in der französischen Entschädigungsfrage und zum Verzichte auf Sonderverhandlungen mit den Vertretern Frankreichs ausdrücklich verpflichtet hatten [5]) — von Mändls Sendung an den kaiserlichen Hof und von deren Erfolge genaue Kenntnis erhalten hätten [6]).

Als nun die Baiern ihre Aufforderungen zu einem raschen Vorgehen gegenüber den Franzosen immer dringender wiederholten [7]), und nach Empfang der neuen Befehle ihres Herrn

1) M. an Tr. 28. III. 46. Cop. W. A. Fr. A. 50b.

2) M. an Hsl. u. Kr. 21. III. 46 (2), Ogl. M. A. schw. 324/6. Vgl. Jacob, S. 122.

3) M. an Hsl. u. Kr. 28. III. 46 (3). Ogl. M. A. schw. 324/6. Sehr ausführlicher Befehl zur Förderung der französischen Entschädigungsangelegenheit, aufs ernstlichste wiederholt in den Erlassen vom 4. u. 11. April.

4) Ksl. i. M. an Ksr. 20. III. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 52a. Volmar, S. 279. Hiernach ist Jacobs Angabe, S. 122, dass man schliesslich den Gedanken einer spanischen Spezialproposition habe fallen lassen, zu berichtigen.

5) Volmar, S. 280. Jacob, S. 123.

6) Volmar, S. 281 flg. Jacob, a. a. O. Odhner, S. 147.

7) Jacob, a. a. O.

in dessen Namen geradezu von Trauttmansdorff verlangten, die französische Entschädigungs-Angelegenheit dem Auftrage des Kaisers entsprechend binnen acht Tagen abzuschliessen, widrigenfalls „i. chfl. Dt. sich, so gut sie können, salviren und accomodiren wollen“ [1]), verfehlte diese Drohung, wie zu erwarten, ihren Eindruck nicht. Obendrein gelang es den Vertretern der Krone Frankreich, einen grossen Teil der in Münster versammelten Reichsstände ihren Forderungen günstig zu stimmen. Wie die kaiserlichen Gesandten in ihrem Berichte vom 10. April dem Kaiser klagten, wurde „sonderlich im fürstenrath der zuvor gefasste beschluss nit beliebt, sondern allerhandt limitationes eingeruckt.“

Unter solchen Verhältnissen gelangte Trauttmansdorff immer mehr zur Überzeugung, dass es nicht möglich sein werde, an dem anfänglich geplanten Vorgehen festzuhalten [2]).

Trotz der bitteren Vorwürfe und des entschiedenen Widerspruches der Spanier entschloss er sich, dem Zureden der Vermittler und dem Drängen Maximilians nachzugeben [3]).

Einige Wochen zuvor hatte ihm dieser geschrieben, dass sich, wie er erfahren, die französischen Bevollmächtigten dem Vorschlage der Vermittler nicht abgeneigt gezeigt hätten, bis zur völligen Vereinbarung des Friedens einen Waffenstillstand abzuschliessen [4]). Hatte sich Trauttmansdorff, seinem ganzen übrigen Benehmen entsprechend, im Anfange dieser Mitteilung gegenüber ablehnend verhalten, so griff er sie jetzt, während seine Mitgesandten in Osnabrück noch immer bei ihrer vorigen

1) Tr. an Ksr. 6. IV. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Vgl. Meiern III, S. 3 flg.

2) Sein allmähliches Zurückweichen ist nach den Berichten an den Kaiser vom 27. III. an bis zum 14. IV. 46 „offertum imperiale“, Cop. W. A. Fr. A. 52a, zu verfolgen. Zu beachten ist ferner: M. an Hsl. u. Kr. 4. IV. 46, 11. IV. 46. Ogl. M. A. schw. 324/6; ausserdem: Tr. an Leopold Wilhelm 10. IV. 46. Cpt. B. A. Cc. Vgl. endlich die ausführliche Darstellung bei Jacob, S. 127.

3) Über die Erbitterung der Spanier gegen den kaiserlichen Hof sowohl wie gegen Maximilian siehe Peñ. an Volmar 13. IV. 46. Doc. inéd. 82, S. 301, vgl. Volmar, S. 284. Zu beachten ferner Cont. an Nani 17. IV. 46 V. A. Senato III, secreta Fa. No. 4.

4) M. an Tr. 7. III. 46. Cop. W. A. Fr. A. 50b. Vgl. Cpt. M. A. schw. 327/7.

franzosenfeindlichen Haltung beharrten [1]), auf und nahm zur Verständigung mit Frankreich die Vermittlung von Maximilians Vertretern an. Im Namen der Kaiserlichen gaben diese am 13. April den Franzosen kund, dass, wenn sie sofort einen allgemeinen Waffenstillstand eingehen würden, man bereit sei, mit ihnen wegen Überlassung des ganzen Ober- und Unterelsasses samt dem Sundgau in aller Form zu verhandeln und nur in betreff der Festung Breisach noch weitere Entschliessungen des Kaisers abzuwarten [2]).

Die Franzosen wiesen dieses Anerbieten nicht zurück, sondern versprachen, auf die Dauer von vier Wochen einen Waffenstillstand einzugehen und auch die Schweden dafür zu gewinnen.

Sobald Trauttmansdorff diesen Bescheid erhalten hatte, kehrte er am 14. April [3]) nach Osnabrück zurück, um dort die Verhandlungen mit den Schweden und Protestanten abzuschliessen. Wenige Stunden nach seiner Abreise verfügten sich der Graf von Nassau und Volmar zu den Vermittlern und überreichten ihnen die neuen Anerbietungen an die Krone Frankreich [4]).

Sobald Kurfürst Maximilian durch seine Gesandten den Fortschritt des Friedenswerkes und dass dessen Gelingen nur mehr von der Abtretung Breisachs und des südlich davon gelegenen Städtchens Neuburg abzuhängen scheine, erfahren hatte, bat er den Kaiser durch einen Eilboten, „es endlich hieran nicht erwinden ..... zu lassen“ und nicht um dieser letzten Forderung der Franzosen willen den Frieden gänzlich in Frage zu stellen [5]).

Wie er ferner alsbald die nötigen Anordnungen hinsichtlich der Einhaltung des Waffenstillstands traf, [6]) so richtete er an

1) Ernst an Hsl. u. Kr. 9. IV. 46. Cpt. M. A. schw. 324/11.

2) Ksl. i. M. an Ksr. 13. IV. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 52a.

3) Volmar, S. 296. Hiernach dürfte die Angabe Jacobs S. 134 zu berichtigen sein.

4) Ksl. i. M. an Ksr. 17. IV. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 52a. Vgl. Volmar, a. a. O. Jacob, S. 135 ff.

5) M. an Ksr. 21. IV. 46, Cop. M. A. schw. 324/6. Vgl. Jacob, S. 144.

6) M. an Hsl. u. Kr. 25. IV. 46 (2).

Trauttmansdorff eine neue Mahnung zu rascher Beendigung seiner Verhandlungen mit den Franzosen und befahl auch Haslang und Krebs, beim Grafen in dieser Richtung zu wirken[1]).

Sein Misstrauen gegen die Kaiserlichen war indessen noch keineswegs gestillt. Ferdinand hatte ihm von seiner Entschliessung über die Forderungen der Krone Frankreich eine Abschrift gesandt, und dessen Bevollmächtigte hatten den Baiern in Münster eine Abschrift ihrer den französischen Vertretern abgegebenen Erklärung mitgeteilt. Beide Schriftstücke zeigten sich jedoch in vielen Punkten und besonders hinsichtlich der pfälzischen Frage nicht übereinstimmend. Maximilian befahl daher seinen Gesandten, den Grafen Trauttmansdorff in geschickter und schonender Weise über diese Abweichungen um Aufklärung zu bitten[2]).

Bei den weiteren Verhandlungen hoffte der Kurfürst nun eine überwiegend beobachtende Rolle spielen zu können. Er befahl seinen Gesandten, sich „ausser was zu incaminirung des werks und vorab in der pfälzischen sachen zu guter vorpauung ein und andern orts vonneten sein mechte,“ nicht voreilig zu äussern, sondern erst die Erklärungen der kaiserlichen, französischen und anderen Gesandten in den einzelnen Fällen abzuwarten[3]).

Bald sah er sich jedoch wieder zu nachdrücklichem Eingreifen genötigt, denn mit Eifer vertraten Trauttmansdorff und die anderen Bevollmächtigten des Kaisers auf dem Kongress die Ansicht, dass Breisach, der Schlüssel der südwestlichen Reichsgebiete auf dem rechten Rheinufer, vom Hause Osterreich unter allen Umständen behauptet werden müsse.

Trauttmansdorff glaubte nämlich auf Grund von Nachrichten, die er neuerdings erhalten hatte, für wahrscheinlich annehmen zu dürfen, dass die Franzosen ihre Ansprüche überhaupt ermässigen und vor allem auch auf Breisach verzichten würden; das letztere schien ihm um so gerechtfertigter zu sein, als

1) A. a. O.

2) Worin sie bestanden, ist nicht näher angegeben. M. an Hsl. u. Kr. 25. IV. 46 (1). Ogl. M. A. schw. 324/6.

3) A. a. O.

ihnen, wie bekannt, erst kürzlich von den Bevollmächtigten der Krone Spanien sehr annehmbare Entschädigungen aus deren eigenem Länderbesitz angeboten worden waren [1]).

Demzufolge erteilte er auch dem Grafen Servien bei einer Unterredung in Osnabrück am 25. April hinsichtlich Breisachs eine „ganz widrige Antwort“ [2]).

Um mit den Franzosen leichter fertig zu werden, nahm er, wie schon früher, so auch jetzt seine Zuflucht dazu, sich den Schweden entgegenkommend zu zeigen, und nachdem er sich ihrer am 6. Mai durch ein neues, wahrhaft glänzendes Anerbieten, das Vor- und Hinterpommern sowie Wismar nebst den Stiftern Bremen und Verden umfasste, versichert zu haben glaubte, kehrte er am 7. Mai von Osnabrück, wo er seit dem 14. April geweilt hatte, zu der Auseinandersetzung mit den Franzosen nach Münster zurück, worauf am 8. Mai die kaiserlichen Vertreter in Osnabrück den Schweden einen Trauttmansdorffs Vorschlägen entsprechenden Friedensentwurf überreichten [3]).

Den Franzosen hatten inzwischen die Bevollmächtigten Maximilians im Namen ihres Herrn auf das eifrigste zugeredet, um sie unter Hinweis auf die ihnen bereits angebotene Entschädigung zum Verzichte auf Breisach zu bewegen, aber sie hatten nicht den mindesten Erfolg erzielt [4]). Ebenso empfing Trauttmansdorff eine nachdrückliche Abweisung, als er sich nach seiner Rückkehr in gleicher Richtung bemühte [5]).

So trat im Friedenswerke abermals ein Stillstand ein, und es bedurfte eines neuen kräftigen Anstosses von Seiten Maximilians, um dasselbe wieder in Gang zu bringen. Nachdem ihm der Kaiser unter dem 27. April mitgeteilt hatte, dass er nicht auf Breisach zu verzichten gedenke [6]), hatte

1) Tr. an M. 23. IV. 46. Ogl. M. A. schw. 324/6. Vgl. oben.

2) Ernst an Hsl. u. Kr. 26. IV. 46. Ogl. M. A. schw. 324/11. Jacob, S. 142. Wie fest Tr. zur Behauptung Breisachs entschlossen war, ergiebt sich auch aus einer Angabe a. a. O. S. 145.

3) Odhner, S. 150.

4) M. an Ksr. 5. V. 46. Cop. M. A. schw. 324/6. Ksl. i. M. an Ksr. 11. V. 45 Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Vgl. Gärtner IX., S. 696 ff.

5) Nég. secr. III., S. 178 flg., Gärtner IX., S. 736 flg.

6) Vgl. Jacob, S. 144.

Maximilian den schon vorher erteilten Auftrag an Haslang und Krebs erneuert, zu versuchen, ob es nicht möglich wäre, die Festung ohne längeren gefährlichen Verzug oder gänzliches Scheitern der Friedensverhandlungen zu retten, oder ob sich die Franzosen wenigstens mit der angebotenen Schleifung der Festungswerke begnügen würden [1]).

Freilich war er sich, wie er dem Kaiser offen gestand, von Anfang an darüber klar, dass diese Bemühungen ganz nutzlos seien. Er richtete daher am 5. Mai [2]) nochmals an Ferdinand unter ausführlicher Darlegung der Notlage der katholischen Parteigenossen die flehentliche Bitte, sich den Forderungen der übermächtigen Feinde nicht länger zu widersetzen. Wie er es an eingehender Begründung seiner Vorstellungen in diesem Schreiben nicht fehlen liess, so gab er ihnen auch diesmal wieder Nachdruck durch die Drohung seines Abfalls.

Eine Abschrift dieses Briefes schickte der Kurfürst am 9. Mai [3]) an den Kongressgesandten nach Münster. Falls die französischen Bevollmächtigten die Weigerung des Kaisers in betreff Breisachs erfahren hätten und, darüber erbittert, willens wären, nicht nur den Interims-Waffenstillstand wieder zu kündigen, sondern womöglich die Friedensverhandlungon ganz abzubrechen, sollten Haslang und Krebs den Franzosen von jener Abschrift „omissis omittendis“ im Vertrauen Mitteilung machen und dabei dringend bitten, sich zu gedulden, bis Maximilian und die kaiserlichen Bevollmächtigten von Ferdinand einen weiteren Bescheid erhalten hätten; er werde sich nach allen Kräften in Frankreichs Interesse bemühen und hoffe zuversichtlich, den Kaiser in kurzer Zeit zu einer willfährigen Erklärung zu bewegen. Wenn dagegen die kaiserlichen Bevollmächtigten den Bescheid ihres Herrn den Vertretern Frankreichs noch nicht mitgeteilt hätten, so sollten auch die bairischen Gesandten gegen jene nichts davon erwähnen, sondern nur die Kaiserlichen von seinen ferneren Schritten bei Ferdinand in Kenntnis setzen und sich bei ihnen nach Kräften

1) M. an Hsl. u. Kr. 2. V. 46 P. S. Ogl. M. A. schw. 324/6. S. oben.
2) Cop. M. A. schw. 324/6. Vgl. Jacob, S. 150.
3) M. an Hsl. u. Kr. 9. V. 46. Ogl. M. A. schw. 324/6.

für eine baldige Berücksichtigung von Frankreichs Wünschen bemühen sowie sie ersuchen, den Franzosen gegenüber ebenfalls vorläufig Stillschweigen zu beobachten [1]).

Bald danach sah sich der Kurfürst durch „neue motiven und emergenzien“ veranlasst, abermals ein dringendes Mahnschreiben an den Kaiser zu richten. Wir wissen, in wie hohem Masse sein Friedensbedürfnis durch die bei dem kaiserlichen und dem eigenen Heere vorhandenen geradezu unhaltbaren Zustände bedingt wurden. Vom 20. bis 22. April hatte auf Maximilians Drängen eine Zusammenkunft kaiserlicher und bairischer Vertreter im Hauptquartier des Erzherzogs Leopold Wilhelm zu Staffelstein in Oberfranken stattgefunden, um die Möglichkeit einer ferneren Kriegführung zu erörtern. Maximilians Abgesandte hatten dort mit aller Entschiedenheit betont, „der frid müsse quocunque modo geschlossen werden, sintemal auf die waffen sich nichts mehr zu verlassen sei“ [2]), und an dieser Forderung hatten sie trotz aller Gegenvorstellungen des kaiserlichen Vertreters Ernst von Traun beharrlich festgehalten [3]). Wie von ihnen, wurde sie auch vom Kurfürsten selbst in seinen Briefen an den Kaiser vom 21. April und vom 5. Mai sowie auch in einem Schreiben an Trauttmansdorff vom 18. April [4]) mit allem Nachdrucke aufgestellt.

Jetzt erfuhr dieser, dass das von Torstenson geführte Hauptheer der Schweden, die dem im April geschlossenen vierwöchentlichen Waffenstillstande nicht beigetreten waren [5]), unversehens die Weser überschritten habe und erobernd im westfälischen Kreise vordringe [6]).

Durch diesen Einfall gerieten mehrere wichtige Mitglieder der katholischen Partei, vor allem aber Kurköln, in grosse Gefahr, und dringend wünschte Maximilian seine Truppen im Verein mit den kaiserlichen den Schweden zur Abwehr

1) Vgl. Jacob, S. 150.
2) Ksr. an Tr. 1. V. 46. Ogl. B. A. Bb 4.
3) A. a. O.
4) Cpt. M. A. schw. 327/7.
5) Nég. secr. III., S. 172. Gärtner IX., S. 617 flg.
6) M. an Ksr. 14. V. 46. Cop. M. A. schw. 324/6.

entgegenzuschicken, wozu auch Ferdinand und Leopold Wilhelm ihn aufforderten [1]).

Im Hinblick auf die bekannten Mängel im Fuhr- und Verpflegswesen sowie auf die tiefzerrütteten Zustände des eigenen und des kaiserlichen Heeres erklärte er jedoch am 11. Mai dem Erzherzoge, nur dann die begehrte Zusage geben zu können, wenn jener, wie Maximilian selbst angeboten hatte, ohne Säumen die nötigen Anordnungen hinsichtlich der Zufuhr treffen und der Kaiser die erforderlichen Geldunterstützungen rasch und sicher leisten werde [2]).

In gleichem Sinne richtete er am 14. Mai auch an den Kaiser ein Schreiben. Er wiederholte darin auf das dringendste die Bitte, dem Wunsche der Franzosen endlich zu entsprechen, damit nicht etwa nach Ablauf der Waffenruhe durch ihr Wiedereingreifen in den Kampf die ohnehin so traurige Lage der katholischen Partei sich noch verschlimmern möchte [3]). Eine Abschrift dieses Schreibens sandte der Kurfürst gleichzeitig seinen Bevollmächtigten in Münster, damit sie durch dessen Vorlage auf die übrigen Reichsstände und vor allem auf die drei geistlichen Kurfürsten, „weilen sie wegen des iezigen schwedischen marche und dissegni fürnemlich interessirt und wohl achtung auf sich zu geben haben,“ im Sinne seiner Politik einwirken und sie veranlassen könnten, auf die Kaiserlichen wegen Breisachs einen Druck auszuüben. Falls aber bei den Kaiserlichen alle Vorstellungen vergeblich und vor allem auch die Bevollmächtigten von Frankreich nicht dahin zu bringen sein würden, den Waffenstillstand bis zu einer ferneren Entschliessung des Kaisers zu verlängern, dann sollten die bairischen Gesandten mit den Franzosen über einen Sondervertrag in Verhandlungen treten [4]).

1) A. a. O.

2) M. an Leop. Wilh. 11. V. 46. Cop. M. A. schw. 324/6.

3) S. oben, vgl. Jacob S. 150. Ganz falsch berichtet Giustiniani am 12. V. 44 (Ogl. W. A. Disp. Sen. III., 91), M. habe dem Ksr. u. Leop. Wilh. vorgestellt, „che se l'arme cesaree si tratterrano in posto, habile ad accorrere alla diffesa de stati Bavari, contro l'impressioni della Francia, terrà egli ferma l'unione delle sue, con le truppe imperiali, mà quando ... trovi bene l'Archiduca d'allontanarsi da quei contorni, con la sola mira di far fronte a Suedesi, sara egli costretto di richiamare la sua gente“.....

4) Bef. wdh. im Erl. v. 23. V. 46, Ogl. M. A. schw. 324/6.

Diesen Schritt hatte er, wie wir wissen, immer als äusserstes Mittel im Auge behalten. In der Instruktion vom 16. Oktober 1645, die er ihnen durch Dr. Ernst zusandte[1]), hatte er befohlen, die Verhandlungen über einen Sonderwaffenstillstand, möchten die Franzosen auch noch so schwere Bedingungen stellen, nie abzubrechen, zugleich aber den allgemeinen Frieden mit Eifer zu betreiben. Er erkannte recht wohl, dass die Franzosen hofften, wenn sie nur ihn „aus dem spil bringen und von der gemainen reichsdefension separiren, das sy alsdan nit allein bei den gemainen fridenstractaten mit dem reich alles nach ihrem wunsch und begehren durchtringen, sonder auch sonst in ander weg desto eher zu ihrem zühl und end gelangen könnten“[2]). Anderseits täuschte er sich nicht darüber, wie wertvoll für ihn in der pfälzischen Frage gegenüber den Bemühungen der Schweden und ihres Anhanges[3]) die Unterstützung der Kaiserlichen und insbesondere Trauttmansdorffs sei, um die er sich daher auch unausgesetzt bemühte[4]). Deshalb waren dann auch, zumal die Franzosen sehr hohe Anforderungen stellten, die Verhandlungen über den Sonderstillstand trotz des Eifers der Baiern[5]) nie zum Abschlusse gediehen, und so ermahnte er denn seine Gesandten auch jetzt, den entscheidenden Schritt, wenn irgend möglich, zu unterlassen, „es sei dan sach, das die Kaiserlichen noch in iren tergiversationen verharren wollen“[6]).

Dass dies nicht geschehen werde, liess ihn das Verhalten der Kaiserlichen hoffen. Schon bald nachdem Trauttmansdorff

---

1) Ogl. M. A. schw. 324/1.

2) Instr.

3) Über diese Bemühungen M. an Hsl. u. Kr. 23. V. 46.

4) Hierfür kommen vor allem sein Briefwechsel mit dem Grafen und ausserdem auch noch seine Erlasse an die Kongressgesandten in Betracht. In den letzteren wie auch in der sonstigen uns vorliegenden diplomatischen Korrespondenz finden wir auch zahlreiche Belege für sein und seiner Gesandten unausgesetztes Bemühen, auch sonst die Schwierigkeiten für die Erfüllung seiner Wünsche in der pfälzischen Angelegenheit zu beseitigen.

5) Nég. secr. II., S. 162 flg. Gärtner VI., S. 338 flg., (vgl. weiter oben, vor allem die letzten Monate des Jahres 1645), ferner Korr. M.s mit seinen Gesandten aus derselben Zeit.

6) M. an Hsl. u. Kr. 23. V. 46.

von Osnabrück nach Münster zurückgekehrt war, erboten sie sich, die Festungswerke von Breisach zu schleifen[1]). Zu grösseren Zugeständnissen behaupteten sie allerdings keine Vollmacht zu haben, indes hielt Maximilian diese Versicherung mit Recht nur für einen Vorwand, um dadurch erträglichere Bedingungen zu erlangen. Hatte doch, wie ihm seine Gesandten berichteten, Trauttmansdorff geradezu gefragt, ob man denn, wenn man Breisach an Frankreich abtrete, auch auf dessen Beistand gegenüber den Forderungen der Protestanten rechnen dürfe. Von den französischen Bevollmächtigten war diese Frage gegenüber den bairischen gesprächsweise bejaht worden, und Maximilian gab daher am 23. Mai der Hoffnung Ausdruck, „es werde den Kaiserischen auf den lezten fal an genugsamen gewalt nit manglen," sondern inzwischen auch die Abtretung der Festung von ihnen den Franzosen zugesichert worden sein, zumal das Verlangen der letzteren nach Sitz und Stimme auf den Reichstagen den Berichten aus Münster zufolge bei der Gegenpartei keinen entschiedenen Widerspruch gefunden habe[2]).

Je günstiger sich nun die Aussichten auf Verständigung mit Frankreich gestalteten, um so eifriger suchte Maximilian die etwa noch vorhandenen Hindernisse zu beseitigen. Wie er den französischen Hof durch den Nuntius in Paris von der bevorstehenden Einwilligung des Kaisers in die Abtretung Breisachs in Kenntnis setzte[3]), so richtete er am 19. Mai wieder ein Schreiben an Ferdinand III., dem auch die Kurfürstin einen eigenhändigen Mahnbrief hinzufügte[4]), und legte gleichzeitig auch Trauttmansdorff die Förderung des Friedenswerkes aufs neue ans Herz[5]). Er unterliess dabei nicht, dem Grafen für seine „beständige gute affection" seine Anerkennung auszusprechen[6]).

---

1) Vgl. Jacob, S. 145.

2) A. a. O.

3) Nég. secr. III., S. 182. Gärtner IX., S. 828.

4) Beide Briefe in Abschr. B. A. Bb 4, als Beilagen eines ksl. Schreibens an Tr. v. 26. V. 46. Vgl. Jacob, S. 150.

5) M. an Tr. 16. V. 46, Cpt. M. A. schw. 326/7, vgl. Jacob a. a. O. Ds. an ds. 23. V. 46, Cop. M. A. schw. 324/6.

6) In dem letzteren Schreiben, nachdem ihm Tr. in einem Briefe vom 11. Mai eine willfährige Erklärung in der pfälzischen Frage gegeben hatte.

Ganz im Sinne ihres Herrn arbeiteten Haslang und Krebs mit unermüdlichem Eifer, indem sie, teils allein, teils auch gemeinsam mit anderen Mitgliedern der katholischen Partei „mit vast anzüglichen votis“ auf die Kaiserlichen eindrangen [1]) und Maximilians Befehlen entsprechend auch mit der Drohung eines bairisch-französischen Sondervertrages nicht zurückhielten [2]).

Die bange Sorge um den weiteren Fortgang des Friedenswerkes wurde dem Kurfürsten endlich genommen, indem er am 27. Mai ein Schreiben des Kaisers [3]) erhielt, worin ihn dieser von seinem Entschlusse in Kenntnis tetzte, Breisach an Frankreich abzutreten [4]).

Eine Abschrift dieses Briefes liess Maximilian durch einen Eilboten seinen Kongressgesandten zugehen und befahl ihnen, den Grafen Trauttmansdorff davon in Kenntnis zu setzen und, was ihnen dieser auch antworte, die Franzosen ebenfalls sobald als möglich von Ferdinands Entschliessung zu benachrichtigen. Sei Trauttmansdorff bereit, sofort im Sinne seines Herrn vorzugehen, so sollten die Gesandten die Franzosen um Verlängerung des Waffenstillstands bis zum Abschlusse des Friedens ersuchen; weigere sich der Graf dagegen, so sollten die ihm bereits angedrohten Verhandlungen mit den Vertretern Frankreichs über einen Sondervertrag ohne längeren Aufschub in Angriff genommen werden [5]).

1) Über die Missstimmung gegen die Politik des Kaisers, die bei einigen kath. Ständen zu Tage trat, siehe Nég. secr. III, S. 175, 181, Gärtner IX, S. 631 flg, 802. Ferner zu beachten: Bisch. von Bamberg an Kf. Max. 17. IV. 46. Cop. M. A. 324/6. Kf. Trier an s. Ges. 16. IV. 46. Cop. W. A. Fr. A. 50b. In betr. der Verhetzung der kath. Stände durch die Franzosen ist zu berücksichtigen der Bericht der Ksl. i. M. an Ksr. 15. V. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 52a, sowie Jacob, S. 148—149.

2) Tr. an Ksr. 11. V. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Vgl. Jacob, S. 146. Freilich liessen sie es gleichzeitig auch an Danksagungen für Tr.s Eifer um die Wahrung der bairischen Interessen nicht fehlen und scheinen dieselben sogar, aus einer etwas spöttischen Bemerkung Volmars, S. 311 (vgl. Jacob, S. 151) zu schliessen, mit einem Geschenke begleitet zu haben. Im übrigen kommen inbetreff ihres damaligen Verhaltens zahlreiche Stellen im diplomatischen Briefwechsel in Betracht.

3) Vom 23. (siehe oben).

4) B. A. Bb 4, Cop., a. a. O. auch Schreiben des Kaisers an die Kurfürstin vom 24. Mai.

5) M. an Ges. 27. V. 46, Ogl. M. A. schw. 326/4.

Inzwischen war der von Maximilian ersehnte Schritt bereits vollzogen. Obwohl die Franzosen mit der grössten Heftigkeit an ihrem Anspruche auf Breisach festhielten [1]), hatte Trauttmansdorff noch einige Zeit gezögert, denn er hatte von den Schweden die Zusicherung erhalten, sie würden bei den Bundesgenossen „zu zurücklass- oder demolirung dessen alle güete officia einwenden und verhofften, dieselbe dazu zu disponiren [2])“. Noch am 18. und 19. Mai blieben die unablässigen Vorstellungen der Baiern bei ihm erfolglos [3]); von neuem entschuldigte er sich damit, keine Vollmacht zu besitzen, und suchte die unbequemen Mahner durch den Hinweis auf die bedenklichen Folgen, die ein weiteres Entgegenkommen gegen Frankreich im besonderen auch für den Ausgang der pfälzischen Angelegenheit haben würde, abzuschrecken [4]). Am 22. Mai aber erklärten sich die Kaiserlichen zu weiteren Zugeständnissen bereit, wenn sie sich auch immer noch sträubten, Breisach aufzuopfern [5]). Die Vollmacht hierzu hatten sie, wie Maximilian ganz richtig vermutete, vom Kaiser erhalten; sie war ihnen sogar schon vor fast einem Monat erteilt worden, allerdings aber nur für den Fall, dass „alles nichts helfen wolte [6]).“ Sie glaubten daher nur den

1) Servien, berichtet Tr. dem Kaiser am 11. V. 46, Ogl. W. A. FrA. 50b, habe u. A. erklärt, „wan man ihnen die vestung nit lassen wolte, so weren sy entschlossen, iezt erst die protestantes (von Tr.s eigner Hand verbessert für: Ketzer) mit ihren praetensionibus alziren zu machen“. Vgl. Jacob, S. 147.

2) A. a. O.

3) Gleichzeitig wurde ihnen auch die erbetene Abschrift des letzten Anerbietens an die Schweden hartnäckig vorenthalten. (Korr. Ernsts mit Hsl. u. Kr. Mai 1646. M. A. schw. 324/11. Vgl. Ernst an M. 16. V. 46. Cpt. M. A. schw. 324/9).

4) Volmar, S. 311. Ksl. i. M. an Ksr. 18. V. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 52a. Vgl. Jacob, S. 151. Gärtner IX., S. 869 flg.

5) Ksl. i. M. an Ksr. 22. V. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 52a. Hsl. u. Kr. an M. 25. V. 46. M. A. schw. 324/7 Cpt.

6) Volmar, S. 313 flg. Vgl. Ksr. an Tr. 27. IV. 46. Ogl. B. A. Bb 4. Dem genannten Schreiben ist eine Abschr. des ksl. Bescheids an Kf. Maximilian v. 27. IV. 46 beigefügt (s. oben). Ferd. bemerkt dabei: „Werdet daraus finden, dass ich vor ein notturft gefunden, des Chf. Lbd. die rationes, warum Br. nit zuruck zu lassen .... nochmal zu rappresentiren und mich eines mehrern in beeden nit heraus zu lassen. Habt euch gleichwohl vor euer person an dieses nit zu keren, sonder denen euch bekanten rationen persuadendi zu gebrauchen und im ubri-

Wünschen ihres Herrn zu entsprechen, wenn sie sich dem Drängen der Baiern so lange als möglich widersetzten.

Die Kunde von Torstensons Vordringen in Westfalen führte sie nun endlich zur Erkenntnis, dass dem Interesse des Kaisers besser durch rechtzeitige Nachgiebigkeit als durch eine längere Ablehnung der Forderungen Frankreichs gedient werde, zumal die Truppen des Kaisers und seiner Verbündeten sich noch fern von den durch Torstenson bedrohten Gebieten befanden und diese den feinlichen Einfällen schutzlos preisgegeben waren [1]).

Dazu gesellten sich die ernsten Mahnungen der Franzosen und Vermittler sowie die heftigen Anklagen, die jetzt fast allgemein von den durch die schwedischen Kriegsoperationen geängstigten katholischen Reichsständen gegen die kaiserliche Politik erhoben wurden [2]). Vermehrt wurde endlich die Bedrängnis Trauttmansdorffs und seiner Mitgesandten durch die Haltung der schwedischen Bevollmächtigten. Die neuesten Erfolge hatten deren Mut noch mehr gehoben, und sie dachten nicht im entferntesten daran, den Kaiserlichen den versprochenen Beistand gegen Frankreichs Begehrlichkeit zu gewähren [3]), sondern erklärten im Gegenteil, sich auch mit dem neuesten Anerbietungen des Grafen Trauttmandorff nicht begnügen zu können [4]).

Unter solchen Umständen entschlossen sich die Kaiserlichen — auch dieses Mal unter dem heftigsten Widerspruche der Spanier [5]) — den Weg der Versöhnung einzuschlagen. Bereitwillig nahmen sie die Hilfe der Vermittler dafür an und gaben am 25. Mai [6]) ihrem Herrn gegenüber der Hoffnung Ausdruck, „es solle dise weitere tractation nit ohne frucht ablaufen."

---

gen dem ienigen nachzuleben, was meine eigenhendige schreiben auch in utroque mit mehreren zu seiner Zeit an die hand gegeben."

1) Volmar S. 312. Jacob, S. 152.

2) Ksl. i. M. an Ksr. 22. V. 46. Jacob S. 150. Vgl. im übr. weiter oben.

3) Jacob, a. a. O.

4) In betr. ihrer Haltung ist zu beachten: Ernst an M. 16. V. 46, 24. V. 46, Cpte. M. A. schw. 324/9. Vgl. Tr. an Ksr. 15. V. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 50b.

5) Bericht über die Konferenz zw. Tr. u. dem span. Ges. Bruin 23 V 46, Doc. inéd. Bd. 82, S. 336 flg., ferner dipl. Korr. Mai 1646.

6) Ogl. W. A. Fr. A. 52a.

Dritter Abschnitt.

Nachdem der Kaiser die Abtretung von Breisach und Neuburg bewilligt hatte, blieb, wie es schien, für die Verständigung mit der Krone Frankreich nur noch die Frage zu entscheiden übrig, in welcher Form das Elsass in deren Besitz übergehen solle, ob als Lehen des Reiches oder als freies Eigentum.

Von den französischen Bevollmächtigten in Münster wurde auf die erstere Form der Abtretung hingewirkt [1]), die Erfüllung ihres Wunsches stiess jedoch am kaiserlichen Hofe auf entschiedenen Widerstand [2]). Schon allein die Herausgabe des wertvollen altösterreichischen Besitzes an den Erbfeind seines Hauses empfand Ferdinand III., wie wir wissen, als eine tiefe Demütigung; noch weit bedenklicher aber erschien es ihm, ebenso wie seinen geheimen Räten und dem spanischen Gesandten an seinem Hofe, diesem Erbfeinde Sitz und Stimme im Fürstenrate des Reiches einzuräumen und ihm damit die Möglichkeit zu beständiger Einmischung in die Reichsangelegenheiten zu gewähren [3]), ganz abgesehen davon, dass man immer noch an der Hoffnung festhielt, durch den Verzicht auf die Oberlehenshoheit des Reiches über das Elsass Breisach retten zu können [4]).

Kurfürst Maximilian war jedoch anderer Ansicht und berief sich zur Begründung seines Standpunktes ebenso auf das Interesse des ganzen Reiches wie auf das der katholischen Partei.

---

1) Jacob S. 139.

2) Über des Kaisers anfängliche Geneigtheit dazu s. Jacob 176.

3) Jacob S. 178, 180, 181.

4) Jacob, S. 179.

In seinem Erlasse an Haslang und Krebs vom 30. Mai[1]) wies er, abgesehen von gewissen anderen minder wichtigen Bedenken, zunächst auf die innigen Beziehungen der protestantischen Reichsstände zur Krone Schweden hin. Gleichwie diese bei ihr „einen starken rücken zur stabilir- und behauptung irer intentionen in religionssachen suchten," fand Maximilian, dass auch die Katholiken ihrerseits „ursach über ursach hetten, ihnen bei der cron Frankreich als einem gleichwohl katholischen könig in den reichsconventen und consultationen einen appogio zu suchen." Frankreich, bemerkte er, werde den Beschützern des Protestantismus um so leichter die Wage halten können, als es nicht nur sehr mächtig, sondern nachgerade auch über die wahren Absichten der Schweden und ihrer Schutzbefohlenen im klaren sei. Ohne Zweifel aber war es dem Kurfürsten nicht nur um ein Gegengewicht gegen Schweden und die Protetanten, sondern zugleich um Schutz für sich gegen Spanien und um die Beseitigung des spanischen Einflusses auf die Reichsangelegenheiten zu thun. Die alten Wünsche, die er in dieser Richtung hegte, deutete er an, indem er in dem erwähnten Schreiben fortfuhr: an der Krone Spanien hätten die Katholiken keinen Rückhalt; entweder habe sie „auf andere maximas im reichsrath abgezilt, oder wegen der Niderlanden wol auch mit ihr selbsten zu thun gehabt, was für die Zukunft nur noch mehr als bisher zu besorgen sein werde". Ausserdem endlich fürchtete Maximilian, dass, wenn einmal mit der Abtretung des Elsasses der Rhein als Grenze zwischen Frankreich und dem Reiche festgesetzt wäre, jenes danach trachten würde, seinen Besitz durch die Einverleibung der auf dem linken Rheinufer gelegenen und an die dortigen Gebiete Habsburgs angrenzenden geistlichen Stifter „under dem praetext, das der Rhein das römische reich und Frankreich schaide," abzurunden [2]).

---

1) Ogl. M. A. schw. 324/6. Über die Thätigkeit, die er schon vorher für die Erfüllung von Frankreichs Wünschen entfaltet hatte, s. Jacob, S. 176 flg.

2) A. a. O. Von diesem Bedenken, bemerkte Maximilian dabei, solle man aber nur mit Vorsicht Gebrauch machen, damit die Protestanten „keine gelosia daraus schöpfen" oder auch „die franzosen selbst die augen allererst besser aufthun" und in der Hoffnung auf grösseren Vorteil ihren früheren Entschluss ändern möchten.

Wie Maximilian dringend wünschte, dass in dieser Frage [1]) seine Vorschläge nicht unbeachtet bleiben möchten, so war er auch mit dem grössten Eifer bestrebt, die Krone Frankreich jetzt, wo sie aller Wahrscheinlichkeit nach das Ziel ihrer Wünsche erreicht hatte, von der Fortsetzung des Kampfes fernzuhalten. Die Frist der Waffenruhe zwischen ihr und der katholischen Partei war mittlerweile beinahe abgelaufen, und den neuesten Nachrichten zufolge hatte der französische Marschall Turenne auf die Vorstellungen der Landgräfin von Hessen-Kassel einen Kurier an den Hof nach Paris geschickt mit der Anfrage, ob er die vereinten schwedisch-hessischen Truppen bei ihrem Angriffe auf Kurköln unterstützen solle.

Auf diese Kunde hin säumte Maximilian nicht, vor allem an Bagni zu schreiben und ihn zu bitten, das Vorhaben des Marschalls möglichst entschieden zu bekämpfen [2]). An demselben Tage, dem 6. Juni, befahl er auch seinen Gesandten in Münster, bei den Bevollmächtigten von Frankreich darauf zu dringen, dass sie Turenne von der Erneuerung der Feindseligkeiten gegen das kaiserliche und bairische Heer zurückhielten [3]).

Auf den Erfolg seiner Bemühungen glaubte Maximilian sicher zählen zu dürfen und hielt es deshalb auch nicht für notwendig, dass, wie d'Avaux empfahl, noch eine besondere Gesandtschaft der katholischen Reichsstände an den französischen Hof geschickt werde, um diesen zum Abschlusse des Friedens mit dem Reiche zu mahnen [4]), zumal er fürchtete, dass eine solche Gesandtschaft bei den Schweden und den protestantischen Reichsständen „neue gelosia erwecken würde [5]).“

Gerüchte von Umtrieben der Spanier gegen die Verständigung mit Frankreich, von denen Contarini seinen Gesandten Krebs vertraulich in Kenntnis gesetzt hatte [6]), beunruhigte ihn um so weniger, als soeben, am 13. Mai, in Linz die Gemahlin

---

1) Nach der hier auf Grund des Erlasses v. 30. V. gegebenen Darlegung seines Standpunktes in derselben ist Jacob S. 176 flg. zu ergänzen.

2) M. an Bagni 6. VI. 46. Cop. M. A. schw. 324/8.

3) Ogl. M. A. schw. 324/6, vgl. Chéruel II., S. 316.

4) M. an Hsl. u. Kr. 30. V. 46.

5) A. a. O.

6) A. a. O.

Ferdinands III., Kaiserin Maria, im Wochenbette gestorben war. An ihr, der Schwester des Königs von Spanien, hatten dessen Vertreter beim kaiserlichen Hofe, ebenso wie alle Parteigänger Spaniens in Ferdinands Umgebung, einen mächtigen Rückhalt besessen, und ihr Ableben liess nach der Ansicht Giustinianis erwarten, die Spanier würden von jetzt ab ihren Einfluss beim Kaiser nur noch auf Umwegen geltend machen können [1]).

Anderseits mehrte die Aussicht auf den Frieden Maximilians Sorgfalt, mit Frankreich auf gutem Fusse zu bleiben. Auf Erzherzog Leopold Wilhelms dringende Bitten hin hatte er sich kurz zuvor entschlossen, den durch Torstenson bedrängten Bundesgenossen in Niederdeutschland, vor allem seinem Bruder, eine Abteilung seines Heeres zu Hilfe zu senden [2]). Er unterliess nicht, sich wegen dieses Schrittes bei Bagni zu rechtfertigen. Wenn er ihn unternommen habe, bemerkte er, so sei doch seinem Heerführer durchaus nicht gestattet, sich mit Turenne in einen Kampf einzulassen, falls sich nicht dieser wirklich mit den schwedisch-hessischen Kriegsvölkern vereinige. Er seinerseits werde nicht einmal die Landgräfin angreifen, wenn sie sich auf die Verteidigung innerhalb ihres Landes beschränke, ja, er wolle dann sogar den Erzherzog Leopold Wilhelm zu dem nämlichen Verhalten bestimmen und der Landgräfin behilflich sein, die zwischen ihr und dem Hause Hessen-Darmstadt schwebenden Streitigkeiten zu schlichten.

Jählings wurde indessen Maximilian in seine alten Sorgen durch eine Eilbotschaft aus Münster zurückgeworfen. Wie er aus dieser entnahm, war wider Erwarten trotz des vom Kaiser gemachten Zugeständnisses die gehoffte Einigung zwischen seinen Bevollmächtigten und den französischen doch nicht zu stande gekommen, da sich jene ungeachtet der ausdrücklichen

---

1) Giust. an Dogen 2. VI. 46. Ogl. W. A. Disp. Sen. III, 91. „Ancorche quest' ambasciator spagnuolo et li partiali di quella corona s'affatichino quanto possono per .... dilongare l'aggiustamento con l'imperio; hora nondimeno, che manca l'Imperatrice Maria, li loro uffitii non faranno quella brechia que per l'addietro". Über die Wendung in der Stimmung der ksl. Gesandten seit dem Tode der Kaiserin siehe auch Peñaranda an Castelrodrigo 4. VI. 46, doc. inéd. tom. 82 S. 353. Vgl. ferner Nég. secr. III. S. 195, 209. Vgl. Gärtner IX., S. 978.

2) M. an Leop. Wilh. 22. V. 46, Cop. M. A. schw. 324/6.

Ermächtigung ihres Herrn und der geradezu verzweifelten Lage der katholischen Partei in unbegreiflicher Verblendung auch jetzt noch dagegen sträubten, rückhaltlos auf Breisach zu verzichten. Die Abtretung dieser Festung wollten sie wohl bewilligen, aber zunächst nur bis zur Mündigkeit des jungen Königs von Frankreich; sobald dieser die Zügel der Regierung selbst ergriffen habe, solle er verpflichtet sein, Breisach gleich im ersten Jahre gegen vier andere für die Franzosen viel weniger wichtige Orte, nämlich Benfeld, Zabern, Lauffenburg und Rheinfelden [1]), wieder an das Haus Österreich zurückzugeben [2]).

Schon durch diese eine Einschränkung, auf welche die Kaiserlichen nur im äussersten Notfalle zu verzichten beschlossen, musste der Wert ihres Anerbietens wesentlich verringert werden; geradezu vernichtet wurde er jedoch durch eine Reihe weiterer daran geknüpften Bedingungen [3]).

Wie die Franzosen diese Anerbietungen, die ihnen die Vermittler am 26. Mai 1646 eröffneten [4]), aufnehmen würden, war vorauszusehen. Kleinlaut berichteten die kaiserlichen Gesandten am Tage danach ihrem Herrn, „dass man sich einiger sicheren zuhaltung uber die bedingte vorbehält und conditiones sine quibus non im geringsten nichts, sondern viel mehr des geraden widerspils zu versehen und nichts anders zu gewarten, dan das sie nach erhaltener cession der vestung Preysach eine neüerung nach der andern, bis sie alles ad impossibilia getriben haben, suchen werden [5]).“ Für Trauttmansdorff war diese Haltung

1) Die beiden ersteren Orte im Unterelsass, die beiden letzteren am Oberrhein, oberhalb Basel, auf dem linken Ufer gelegen.

2) Volmar 316. Jacob S. 157.

3) Volmar 316 im einzelnen angeführt von: „So soll der Kron Frankreich iurisdictio territorialis“ etc. rechte Spalte, Z. 16 v. o.

4) A. a. O.

5) Ksl. i. M. an Ksr. 27. V. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 52a. Diese letzte Bemerkung bezog sich darauf, dass nach diesem Berichte der Ksl. die Franzosen, die früher versprochen hatten, keinen Reichsstand zu praeiudiciren, in ihrer Antwort auf die letzte kaiserliche Erklärung die Oberhoheit über die Reichsstädte im Elsass beanspruchten, eine Forderung, welche die Kaiserlichen befürchten liess, sie würden diesen Anspruch auch auf alle anderen Reichsstände im Elsass, geistliche und weltliche, ausdehnen wollen. Vgl. Volmar S. 317 flg.

der Franzosen um so peinlicher, als er nur auf die Annahme seiner Vorschläge gewartet hatte, um sich nach Osnabrück zurückzubegeben, wo sein Erscheinen von seinen Kollegen Lamberg und Crane ebenso wie von den Protestanten und Schweden dringend gewünscht wurde [1]).

Wir wissen, dass die letzteren trotz aller ihnen gegebenen Versprechungen immer noch unzufrieden waren [2]), und in der That befand sich auch die Frage ihrer Entschädigung nach wie vor in der Schwebe. Ihrer Lösung hatte sich vor allem ein Hindernis in den Weg gestellt, der Widerspruch des rechtmässigen Erben von Pommern, Kurfürst Friedrich Wilhelms von Brandenburg, der bei dem Ehrgeize, der hohen Begabung und der Thatkraft dieses jungen Fürsten noch ernste Kämpfe erwarten liess [3]). Trauttmansdorff legte daher um so höheren Wert auf einen baldigen und vollständigen Ausgleich mit den Franzosen. Durch gewisse günstige Nachrichten mit neuem Mute beseelt, liess er auch zunächst die Hoffnung auf eine Einigung mit diesen noch nicht sinken [4]).

Eifrige Unterstützung fand er, wie immer für das Friedenswerk, bei den Gesandten des Kurfürsten von Baiern, so sehr sie auch wieder inne werden mussten, wie undankbar ihre Aufgabe war.

Am 28. Mai erschienen die Franzosen bei Haslang und Krebs und teilten ihnen mit, dass ein Kurier von Turenne zu ihnen gekommen sei, der von ihnen Weisung erwarte, was für Operationen er vornehmen solle. Falls man mit den Verhandlungen am Kongress nicht vorrücke, müsse man es geschehen lassen, dass er mit dem Heere unternehme, was er könne.

Offenbar zielte diese Mitteilung darauf ab, die Baiern in Schrecken zu setzen und auf diese Weise neue Versprechungen

---

1) Ksl. i. M. an Ksr. 27. V. 46 (s. oben), 31. V. 46. In betr. der Protestanten ist z. B. der Bericht Ernsts an Hsl. u. Kr. 5. VI. 46. (Cpt. M. A. schw. 324/11) zu berücksichtigen.

2) Siehe weiter oben.

3) Über gewisse andere, minder bedeutende Hindernisse für die Lösung der schwed. Entschädigungsfrage, s. Odhner 150 flg.

4) Tr. an Ksr. 29. V. 46 Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Ksl. i. M. an Ksr. 29. V 46 Ogl. A. a. O.

von ihnen zu erpressen. Diese Berechnung schlug indessen fehl; die Gesandten Maximilians erwiderten unter Hinweis auf ihre bisherigen Bemühungen um den Frieden nur mit der eindringlichen Mahnung, das begonnene Werk nicht wieder durch unbillige neue Forderungen ins Stocken zu bringen. Ihre Bitten und Vorstellungen blieben nicht ganz ohne Eindruck: im weiteren Verlaufe des Gesprächs hielten die Gegner doch für gut, ihren Ton etwas zu mässigen und die Baiern über ihre Absichten zu beruhigen. Sie versprachen ihnen, die Schweden ebenfalls für einen Waffenstillstand mit der katholischen Partei zu gewinnen, sie stellten ihnen ferner die Wiederaufnahme ihrer Unterhandlungen mit den Kaiserlichen in Aussicht[1]) und kamen diesem Versprechen auch wirklich in den folgenden Tagen nach[2]). Ein Ergebnis wurde dadurch jedoch nicht erzielt; nichts vermochte Frankreichs Vertreter zur Ermässigung ihrer Ansprüche zu bewegen: umsonst setzten die Baiern ihre Vermittlungsversuche fort und gaben ihren festen Willen, den Abschluss eines dauernden Friedens nach allen Kräften zu beschleunigen, auch durch das kühl abweisende Verhalten zu erkennen, das sie gegenüber wiederholten Versuchen der französischen Gesandten, sie für einen Neutralitätsvertrag zu gewinnen, beobachteten[3]). Ebenso wirkungslos wie ihre Bemühungen blieb auch die Annäherung der Holländer an Spanien, die sich gerade damals vollzog und von der die Kaiserlichen hofften, dass sie den Ausgleich mit Frankreich erleichtern werde[4]).

Durch ihre Misserfolge entmutigt, kamen diese endlich am 7. Juni überein, dass Trauttmansdorff seine Abreise nicht

1) Hsl. u. Kr. an M. 31. V. 46. Cpt. M. A. schw. 327/7. Vgl. Volmar S. 318.

2) Volmar a. a. O. flg. Vgl. auch „Caesareorum declaratio ulterior“ 5. VI. 46. Gedr. bei Jacob, Anh. 6. S. 319.

3) S. über die frz. Anträge und ihren Misserfolg Nég. secr. III., S. 190 flg., 205 flg., 218 flg., 250 flg. Über ihre Bemühungen, statt dessen einen allgemeinen Waffenstillstand zu wege zu bringen, berichten sie an Tr. 12. VI. 46. Cpt. M. A. schw. 326/2.

4) Tr. an Ksr. 29. V. 46. Ksl. i. M. an Ksr. 29. V. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 52a.

länger aufschieben solle, und wenige Stunden später kehrte er nach Osnabrück zurück [1]).

Die neueste Wendung im Gange des Friedenswerkes rief, wie bei allen Mitgliedern der katholischen Partei [2]), so vor allem bei Kurfürst Maximilian tiefe Bestürzung hervor, und diese wurde bald noch durch die Nachricht gemehrt, dass Turenne bereits im Anmarsche gegen die zum Erzstifte Köln gehörige Stadt Andernach begriffen sei [3]), woraus zu entnehmen war, dass die Franzosen ihre Ziele aufs neue statt durch Verhandlungen mit den Waffen verfolgen wollten [4]).

Maximilian täuschte sich nicht über die Ursachen dieser Wandlung [5]). Hatte er schon früher die Besorgnis geäussert, dass das Zaudern und die Fehler des Kaisers und seiner Vertreter von den Franzosen zu ihrem Vorteile ausgenützt werden würden [6]), so erkannte er jetzt klar die verhängnisvollen Missgriffe, die von den kaiserlichen Bevollmächtigten in ihrer Erklärung vom 26. Mai begangen worden waren. Indem in dieser, meinte er, aus freien Stücken mehrere von den Gegnern gar nicht beanspruchte feste Plätze in Oberdeutschland angeboten worden seien, habe man unnötiger Weise ihre Begehrlichkeit erweckt, während die beigefügten Bedingungen und zwar vor allem das Verlangen der Aufnahme

1) Volmar S. 320. Nach dem Berichte der Baiern vom 7. Juni kam es vor seiner Abreise zwischen ihm und Servien noch zu einer scharfen Auseinandersetzung.

2) Hsl. u. Kr. an M. 7. VI. 46, Cpt. M. A. schw. 324/7.

3) Kurköln an M. 31. V. 46. Cop. M. A. schw. 324/6. M. an Hsl. u. Kr. 13. VI. 46 Ogl. A. a. O.

4) Auch Tr. sprach am 6. Juni dem Kaiser die Befürchtung aus, dass die Franzosen entschlossen seien, „alles auf den ausgang der heurigen campagna zu setzen." Ogl. W. A. Fr. A. 50b.

5) Tr. freilich gab den Baiern die Schuld daran. Aus seinen Berichten, schrieb er am 7. Juni an den Kaiser (a. a. O.), werde dieser entnommen haben, welche Übereilung die bairischen Gesandten bei den Verhandlungen begangen hätten und noch begingen, „also dass, wie ich die nachricht gehabt, wan man es underlassen, mit den französischen besser auszukommen."

6) Vollkommen geteilt wurde sie von Bagni, der M. am 1. VI. 46 (Cop. M. A. schw. 324/6) die Befürchtung aussprach, die Verzögerung der Antwort des Kaisers in Bezug auf Breisach könne grosses Unglück verursachen.

Spaniens in den Frieden, nur dazu dienen könnten, die Verständigung mit Frankreich zu erschweren [1]).

Des Kurfürsten Erbitterung über diese Fehler war um so lebhafter, als der kaiserliche Hof ihn von der beabsichtigten Gegenforderung nicht in Kenntnis gesetzt hatte [2]). Daher befahl er seinen Gesandten, den Bevollmächtigten des Kaisers, die anscheinend, „was sie mit ainer hand geben, mit der andern widerum zucken," über ihr Benehmen ernstliche Vorwürfe zu machen und insbesondere gemeinsam mit allen anderen Bevollmächtigten darauf hinzuwirken, dass auf die Spanier beim Frieden mit Frankreich keine Rücksicht mehr genommen werde [3]). Anderseits schärfte er ihnen ein, den Franzosen zu Gemüte zu führen, in welche peinliche Lage sie ihn selbst gegenüber den Kaiserlichen und den Reichsständen, vor allem den katholischen, versetzen würden, wenn sie die früher gegebenen Versprechungen nicht erfüllten [4]); liessen sie ihn in Stich, so werde er von seiner Vermittlerrolle nur Undank, Misstrauen, Spott und Vorwürfe ernten [5]). Noch an demselben Tage richtete er auch ein Schreiben an den Pariser Nuntius. Darin erging er sich in bitteren Klagen über die französische Politik und stellte Bagni zugleich mit beredten, ja überschwenglichen Worten vor, welch' ein gottgefälliges Werk er vollbringen werde, wenn er ihm zur Abwendung des drohenden Unheils Beistand leiste [6]).

---

1) Dieses letztere Verlangen ist bei Volmar, S. 316 flg., nicht besonders aufgeführt; dass es jedoch zu den Bedingungen der Ksl. v. 26. V. 46 gehörte, ergiebt sich aus: declaratio ulterior, XI. Jacob, S. 325. Zu beachten auch „Unterschiedliche conditiones, so der französischen satisfaction angehenkt worden" etc. Cop. W. A. Fr. A. 50b.

2) M. an Hsl. u. Kr. 6. VI. 46 P. S. Ogl. M. A. schw. 324/6.

3) A. a. O. Ebenda findet sich auch die Weisung, hinsichtlich der Einschliessung seines Vetters, des Herzogs von Lothringen, in den Frieden sich passiv zu verhalten. Siehe hierüber noch später. — Über den Umschwung in Ms. Stimmung, den die Spanier nach dieser neuesten Wendung der Verhandlungen erwarteten, siehe Peñ. an Castel Rodrigo 8. VI. 46, Doc. inéd. tom. 82, S. 348.

4) M. an Hsl. u. Kr. a. a. O.

5) A. a. O.

6) M. an Bagni 6. VI. 46 (2) Cop. M. A. schw. 324/6. „Vostra Serenita illusttrissima fara un'opera gratissima alla maestà di Dio, otterrà

Über des Kurfürsten Absichten hatte Bagni, wie er ihm versicherte, den Kardinal Mazarin bereits beruhigt und ihm vor allem den von Servien eingeflössten Argwohn zu benehmen gesucht, dass sich die Spanier und der Kaiser vielleicht nach Abschluss des Friedens unter dem Vorwande eines Kampfes gegen die Türken vereinigen könnten, um im Bunde mit Maximilian das Reich und seine Nebenländer mit Krieg zu überziehen [1]). Zu entsprechenden Versicherungen gegen die französischen Gesandten beauftragte der Kurfürst seine Vertreter in Münster.

Seine Besorgnis vor neuen Verwickelungen und Kämpfen wuchs, als er erfuhr, dass Schweden, dessen Bevollmächtigte nach Dr. Ernsts Bericht eine sehr drohende Sprache gegen die Kaiserlichen führten [2]), sich anschicke, sein Heer durch 7000 Mann aus der Heimat zu verstärken und diese ebenfalls unter Torstensons Oberbefehl zu stellen [3]). Maximilian meldete das alsbald, am 9. Juni, dem Kaiser und verband damit die bewegliche Bitte um möglichst raschen Abschluss der Friedensverhandlungen mit den Franzosen [4]). Zwei Tage später wiederholte er dies Ansuchen nicht weniger dringend und fügte die Abschrift eines inzwischen eingetroffenen Berichtes seiner Kongressgesandten in Münster hinzu, woraus zu entnehmen war, dass die Schwierigkeiten für ein Abkommen mit den Franzosen nicht unüberwindlich sein würden. Haslang und Krebs befahl er dann wieder, am 13. Juni [5]), dass den Franzosen mit Rücksicht auf ihre hohen Forderungen und ihre Unzuverlässigkeit

---

per la religione l'unico et ultimo sussidio, all' imperio la pace, alla persona sua eterna lode et obligo perpetuo di tutto il mondo, e di me stesso principalmente."

1) M. an B. 6. VI. 46 (1)

2) Ernst an M. 31. V. 46. Cpt. M. A. schw. 324/9. „ . . . Sie sagen, die Kaiserischen heten mit ihrem abgegebenen . . . proiecto pacis, welches doch weder in materia noch forma nichts tauge, ein österreichisch stückel zu practicirn vermeint, wolten ihnen aber einen septentrionalen griff dagegen weisen."

3) M. an Ksr. 9. VI. 46. Cop. M. A. schw. 324/6. Vgl. M. an Hsl. u. Kr. 13. VI. 46 Ogl. M. A. schw. 324/6.

4) M. an. Ksr. 9. VI. 46. S. oben.

5) Ogl. M. A. schw. 324/6. Hauptschreiben u. P. S.

von den Vertretern sämtlicher Reichstände, insbesondere derer, die an das Elsass angrenzten, ihr Unrecht zu Gemüte geführt werden möge. Hierüber sollten sie vorerst mit den Kurmainzern und Kurkölnern beraten, um sich bei ihren Bemühungen ihres Beistandes auch für die Zukunft zu versichern, da deren Herren hinsichtlich der Fortsetzung der französischen Entschädigungsverhandlungen den Vorschlägen Maximilians vollkommen beipflichteten und in diesem Sinne auf den Grafen eingewirkt hatten [1]. Auf die letzteren durfte er sich ja bekanntlich jederzeit verlassen, weit weniger dagegen auf Kurmainz. Um so willkommener war ihm daher dessen jetziges Verhalten, zumal ihm Trauttmansdorff erklärt hatte, dass er auf das mainzische Gutachten neben dem bairischen das meiste Gewicht lege [2].

Nach vorheriger Beratung mit den Kölnern und Mainzern sollten sich die Gesandten mit den Kaiserlichen in Verbindung setzen, damit den übrigen Reichsständen der Widerspruch zwischen den jetzigen Forderungen der Franzosen und ihren früheren Beteuerungen klar gemacht werde. Dabei könnte es nichts schaden, fügte Maximilian, um vielleicht noch ein ihm wichtiges Nebenziel zu erreichen, hinzu, wenn Haslang und Krebs den Nachbarständen des Elsasses, soweit sie Vertrauen zu ihnen hätten, vorstellten und ihnen ebenso wie den Kaiserlichen zu verstehen gäben, die Hauptursache aller dieser neuen Schwierigkeiten sei die, dass man den Franzosen das Elsass als Allod und nicht als Lehen angeboten habe [3]. Um die Beseitigung dieser Schwierigkeiten zu beschleunigen, trug er kein Bedenken, in seinem Schreiben an den Kaiser vom 9. Juni dessen Bitte um eine weitere Heeresverstärkung zu verweigern. Vor einiger Zeit hatte er noch dem Oberbefehlshaber des kaiserlichen Heeres 8000 Mann zur Verfügung gestellt. Jetzt begründete er seine Weigerung mit dem Hinweise auf die Gefahr, die sowohl infolge der Vermehrung der schwedischen Truppen, als auch wegen des immer noch zweifelhaften Aus-

1) A. a. O.
2) A. a. O.
3) A. a. O. Vgl. Jacob S. 169.

gleiches mit der Krone Frankreich, das obere Deutschland bedrohe [1]).

Dementsprechend gab er auch der Aufforderung Trauttmansdorffs, im Hinblick auf die spanisch-holländischen Verhandlungen die Schweden und Hessen mit gesamter Macht zu verfolgen, kein Gehör, wie günstige Aussichten auch der Graf auf den baldigen Abschluss jener Verhandlungen eröffnete [2]).

Damit aber gleichwohl der Wert seines Bündnisses sich nicht verringere, liess der Kurfürst nach schleuniger Voransendung jener 8000 Mann seine noch im Süden zurückgebliebenen Völker zusammenziehen und in aller Eile gegen den Neckar vorrücken, damit sie, wie er Trauttmansdorff schrieb, ohne grossen Zeitverlust nordwärts geschickt und mit den Kaiserlichen vereinigt werden könnten, sobald man in Oberdeutschland durch einen Frieden oder Waffenstillstand mit Frankreich freie Hand erhalten habe [3]).

Während er aber auf diese Weise den Kaiserlichen entgegentrat, suchte er doch anderseits stets mit ihnen gute Beziehungen zu pflegen und vor allem sie durch Artigkeiten zu fernerer Unterstützung seiner Ansprüche auf die Kurwürde und den Besitz der Oberpfalz zu gewinnen [4]), denn der Wider-

1) M. an Tr. 13. VI. 46. Cop. M. A. schw. 324/6. Giu. an Dogen 2. VI. 46. Ogl. W. A. Disp. sen. III. 91. Siehe auch Peñ. an Philipp IV. 11. VI. 46 u. 14. VI. 46. Doc. inéd. 82, S. 346, 366. Vgl. dagegen allerdings Leop. Wilh.s Mitteilung an Tr. 18. VI. 46 Ogl. B. A. Cc: „weil des herrn Chf. in Baiern Lbd. auf mein instendiges begern ihre ubrigen völker auch zu mir stossen zu lassen sich erklärt, so bin ich dern in wenig tagen gewertig, wie dan der veltzeugmeister freiherr von Reuschenberg mit selbigen albereit im anzug begriffen.“ ... D. Grossen Rottenbach. (Rodenbach b. Lohr am Main?)

2) M. an Tr. 13. VI. 46. Cop. M. A. 324/6, unter Beifügung einer Abschrift des Schreibens an den Kaiser vom 11. VI. 46.

3) M. an Tr. a. a. O. Vgl. Chéruel, II, S. 316.

4) Über die Bemühungen der Kaiserlichen in Maximilians Interesse und über dessen Erkenntlichkeit dafür siehe Volmar, ferner z. B. ein Dankschreiben des Kurfürsten an die kaiserlichen Gesandten insgesamt 13. VI. 46. Cop. M. A. schw. 324/6, ausserdem noch zahlreiche Äusserungen in der Dipl. Corr. M. A., W. A. B. A. und zwei Stellen im Diarium des Lampadius 30. V. 46, a. St. u. 9. VII. 46 a. St. Wb. A. Abgesehen von ihren Bemühungen in der pfälz. Frage suchten die Ksl. damals auch für Maxi-

stand, den die Gegner der Gewährung seiner Wünsche bereiteten, war so stark, dass er ihn nur im engsten Anschlusse an die Kaiserlichen zu überwinden hoffen durfte. Die Schweden beharrten hinsichtlich der Regelung der pfälzischen Angelegenheit noch immer auf ihrem schroff ablehnenden Standpunkte und waren mit Erfolg bemüht, die protestantischen Stände in dieser Sache gegen Baiern einzunehmen [1]. In bezeichnender Weise kam ihre Gesinnung zum Ausdrucke bei einer Unterredung, die am 28. Mai in Osnabrück zwischen dem dortigen Hauptgesandten des Kaisers, Grafen Lamberg, und dem schwedischen Bevollmächtigten Salvius stattfand. „Der pfälzischen sach, äusserte Salvius, sei in instrumento pacis gar schlecht gedacht worden, und gebe man dem pfalzgrafen gleich so viel, dass er etwo als ein edlman davon leben könte." Dass ferner Maximilian sich der ihm als Kriegskostenersatz zugesicherten dreizehn Millionen nur dann begeben wolle, wenn man ihm die Oberpfalz belasse, sei ein höchst ungerechtfertigter Anspruch. „Wan man mit dem herzogen in Baiern" — Salvius nannte ihn absichtlich während der ganzen Unterredung nicht anders — „solte rechnung halten, würde er nit viel zu praetendiren haben. Die braunschweigisch-lüneburgischen gesandten hätten ihm gesagt, er habe wol 8 mal 13 millionen allein aus den braunschweigischen landen bekommen. Man könte es nit glauben, dass der herzog . . . 13 millionen in der cassa gehabt habe, wie er den Krieg angefangen; habe dem Kaiser nur 1½ jahr assistirt." Überdies habe der Thaler damals bedeutend weniger als später gegolten. Etliche meinten, der Herzog werde zufrieden sein müssen, wenn man ihm für seine Geldforderung „ain particul von der obern pfalz, der sauwinkel genant" [2], überlasse. Habe denn das Haus Österreich keine Mittel, den Kurfürsten von der Krone Frankreich zu trennen, der er zum Schaden des Erzhauses diene? Woher komme nur diese Hin-

---

milian eine Entschädigung für die Herausgabe der Herrschaft Heidenheim in Schwaben an Württemberg zu erlangen. M. an Hsl. u. Kr. 22. VIII. 46.

1) Ernst an Hsl. u. Kr. Cpt. M. A. 324/11.

2) „Quod ironice dictum puto," wie Lamberg dazu bemerkt.

neigung Frankreichs zu Maximilian, nachdem es so oft von ihm „gute ohrfeigen“ empfangen? Und warum laufe Baiern den Franzosen so nach? Man habe bestimmte Kunde, dass es nicht nur in Münster, sondern auch in Paris abermals mit heimlichen Traktaten umgehe [1]). In gleichem Sinne wie Salvius sprach sich auch dessen Kollege Oxenstierna aus, was bei dem im übrigen durchaus nicht guten Einvernehmen zwischen beiden ganz besonders auffallen musste [2]).

Auf das angelegentlichste baten daher die bairischen Gesandten den Grafen Trauttmansdorff vor seiner Abreise von Münster am 7. Juni, in Osnabrück von den bairischen Ansprüchen unter keiner Bedingung etwas nachzulassen, wenn auch die Schweden

1) Lamberg an Tr. W. A. Fr. A. Vgl. Ernst an Hsl. u. Kr. A. a. O.

2) Über den Gegensatz der schwed. Bevollm. unter einander siehe ausführlich bei Odhner, S. 115 und später. Über Oxenstiernas Standpunkt inbetr. der pfälz. Frage siehe Lamp. Diar. 30. V. 46 a. St. Wb. A. u. ksl. Ges. (Osn.) au Ksr. 2. VII. 46 Ogl. W. A. Fr. A. 51b. Ox. erklärt diesem Schreiben nach, der Pfalzgraf müsse „völlig, sowohl quoad dignitatem electoralem als quoad provincias et terras restituiret werden, doch solte der herzog in Baiern ad dies vitae bei der administration der chur verbleiben, der seie kein rechter churfürst, noch auch iemals von dem chfl. collegio collegialiter dafür erkant, sondern bei dem mühlhausischen collegialtag nur pro administratore der chur beliebt worden; so seie derselb auch nit zu der chur dignitet |: gesezt, doch unbegeben, das der pfalzgraf vor sich und seine posteros dieselbe solte verwürkt haben: | sondern solches fals Pfalzneuburg als proximior agnatus darzu berechtigt; mit dem octavo electoratu wölle sich das werk nit richten lassen, seie contra fundamentalem imperii ordinationem et bullam auream, die protestirende stende wolten nit darvon hören, die cronen würden ihnen die schmach und nachred für der ganzen welt nit aufladen, das sie zu dergleichen inversion des status publici in imperio solten eingewilligt haben, es hetten die löblichen vorfahren nit ohne ursach den zahl der churfürsten auf siben und also auf einen ungleichen zahl gesetzt, muesse dabei bleiben, könten nit 8 electores sein, sondern ehender 9, 11, 13 und mehr, doch an der zahl ungleich. Wan der herzog in Baiern |: ist des Oxenstierna ordinari praedicat gewesen: | weit bringen würde, so möcht es etwo endlich zu der alternativa gelangen, dergestalt, dass nach des herzogs in Baiern absterben der pfalzgraf Carl Ludwig in electorali dignitate succedirte, er Ox. aber wolte es nit versehen, das mans dahin bringen werde.“ Ogl. W. A. Fr. A. 51b. Zu beachten ferner Contarini an Nani 3. VII. 1646, V. A. sen. III secreta Fa. No. 4. Ksl. i. M. an Ksr. 13. VII. 46 u. 17. VII. 46, Ogle. W. A. Fr. A. 52a, ferner Ksr. an Ges. in Osn. 8. VIII. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Vgl. oben hins. der Haltung der Baiern in der pf. Fr.

und ihre Parteigänger im Reiche noch so heftigen Einspruch dagegen erheben würden [1]). Es schien das um so notwendiger, als sich neuerdings auch die Franzosen, hauptsächlich auf Serviens Anstiften [2]), den Forderungen des Kurfürsten durchaus nicht günstig zeigten. In ihrer Erklärung vom 27. Mai, der Antwort auf das Anerbieten der Kaiserlichen, waren sie über die pfälzische Angelegenheit einfach mit Stillschweigen hinweggegangen, und vergeblich erbat sich Maximilian wiederholt bei ihnen Aufklärung hierüber [3]). Neue übelwollende Bemerkungen Serviens steigerten seine Besorgnis, und er erfuhr, dass dieser reichlich dazu beigetragen habe, die Schweden in ihrem Hasse gegen Baiern noch zu bestärken [4]).

Maximilian unterliess nicht, sich über ihn bei Bagni zu beklagen [5]), und erteilte gleichzeitig seinen Gesandten den Befehl, den Franzosen neben Vorstellungen wegen der pfälzischen Sache [6]) auch zu verstehen zu geben, dass ihm Serviens feindselige Äusserungen nicht unbekannt geblieben seien [7]). In ihren Urteilen über die neuen Forderungen machte er Haslang und Krebs eine gewisse Vorsicht zur Pflicht und wies sie an, „separatim nicht zu opponiren.“ Um die Vertreter Frankreichs zum Verzichte auf die kleinen Reichsgebiete im Elsass zu bewegen, die sie neuerdings noch gefordert hatten, befahl Maximilian, darauf hinzuweisen, dass ein solcher Verzicht dem französischen Hofe ja nicht schwer fallen könne, da er auch auf die Abtretung der drei dort gelegenen grösseren Reichsgebiete, der Bistümer Basel und Strassburg sowie der Reichsstadt Strassburg, keinen Anspruch erhebe. Er hoffte in dieser Hinsicht auf Erfolg, da er vernahm, dass Chigi seine Politik mit Nachdruck unterstütze und da Bagni ihm geschrieben hatte,

---

1) Hsl. u. Kr. an M. 7. VI. 46.

2) M. an Hsl. u. Kr. 13. VI. 46 P. S.

3) M. an Hsl. u. Kr. a. a. O., ds. an ds. 20. VI. 46 Ogl. M. A. schw. 324/6.

4) Nach dem Berichte der Ksl. i. M. an Ksr. v. 26. VI. 46 ogl. W. A. Fr. A. 50a hatte sich Chigi dahin ausgesprochen, Servien habe von Mazarin heimlich den Befehl bekommen, die Traktaten aufzuhalten.

5) M. an B. 13. VI. 46 Cop. M. A. schw. 324/6.

6) Siehe oben.

7) M. an Hsl. u. Kr. 13. VI. 46, 20. VI. 46.

dass der Pariser Hof den Frieden mit der Abtretung des Ober- und Unterelsasses sowie Breisachs als abgeschlossen betrachte [1]). Von dieser Mitteilung beauftragte er seine Gesandten [2]), die Kaiserlichen wie die Franzosen zu benachrichtigen. Er meinte, dass sie auf die letzteren nicht ohne Wirkung bleiben werde [3]).

Für den Fall, dass es wider Erwarten doch nicht gelingen sollte, sie zum Verzichte auf ihre Forderungen zu bewegen, glaubte Maximilian ein Mittel vorschlagen zu sollen, das, wie er meinte, auf den Pariser Hof ebenso wie auf dessen Vertreter in Münster einen gelinden Druck auszuüben vermöge. Er befahl nämlich seinen Bevollmächtigten, die Kurkölner in einer vertraulichen Beratung auf die grosse Unzufriedenheit, die das französische Volk infolge des auf ihm lastenden schweren Steuerdruckes erfülle, hinzuweisen. Nur dadurch, meinte er, habe man die Franzosen bisher zum geduldigen Ausharren bewogen, dass ihnen „von den französischen hohen ministern und der cron selbsten sonderbar imprimirt worden, selbige habe zu versicherung ihres estats der vestung Breisach eiserist vonnöthen". . . . . und „müste derentwegen den krieg nothwendig vortsetzen." Man möge daher den Kaiserlichen vorschlagen, „mit Spanien geheim dahin zu handeln, dass sie von den Niederlanden aus gedruckte manifesta under der gemein spargiren lassen wollen, an wem die fridens tractaten eigentlich haften" und wie willfährig sich die Kaiserlichen in Bezug auf Breisach gezeigt hätten. Aus den neuen Forderungen der Franzosen sei ihre Unlust zum Frieden klar zu erkennen. Zeigten die Kurkölner sich mit dem Plane dieses Manifestes einverstanden, so sollten sich die Gesandten mit ihnen über die Art und Weise vergleichen, wie es den Kaiserlichen am besten beigebracht werden könne, damit sie diesen Vorschlag nicht nur ganz geheim hielten, „sondern auch dem Spanier nit sagen, wer ihnen solchen an die hand geben." Noch viel weniger dürften die Kaiserlichen merken, dass er von Maximilian herrühre.

---

1) B. an M. 25. V. 46. Beilage zum Erlasse M.s an Hsl. u. Kr. v. 20. VI. 46.

2) 20. VI. 46.

3) A. a. O.

Auf diesen Gedanken kam der Kurfürst später wiederholt zurück[1]), doch gelangte er ebenso wenig zur Ausführung wie ein anderer Plan, den er eine Zeit lang eifrig betrieb. dass nämlich die geistlichen Reichsstände durch ein gemeinsames Schreiben den König von Frankreich als den allerchristlichsten König sowie Mazarin und andere Prälaten in Frankreich. wie namentlich Bagni als Vertreter der Kirche, um Schutz für die katholischen Interessen bitten sollten[2]).

Ausserdem hielt es Maximilian zur Förderung der Verhandlungen auch für ganz zweckmässig, dass die protestantischen Stände im Elsass auf die neuen Forderungen der Krone Frankreich und auf die schwere Gefahr aufmerksam gemacht würden, die ihrer Freiheit von deren Erfüllung drohe. Durch diesen Hinweis hoffte der Kurfürst, zwischen den Franzosen und der protestantischen Partei einen Zwiespalt hervorzurufen, der die ersteren zur Mässigung in ihren Ansprüchen bewegen werde[3]).

Ferner bemühte er sich, die Abtretung des Elsasses in der Form eines Reichslehens, die er so dringend wünschte, den Vertretern Frankreichs, die sich mit der Zeit dem Standpunkte der Kaiserlichen mehr und mehr genährt hatten, annehmbar zu machen, indem er ihnen empfahl, dass die Belehnung nicht auf das zur Zeit regierende Haus Bourbon beschränkt, sondern auf die Krone Frankreich überhaupt ausgedehnt werden möge[4]). In der Folge änderte er indessen seine Ansicht und liess seine ursprünglichen Bedenken gegen die Allodialabtretung des Elsasses fallen[5]).

Alle Bemühungen des Kurfürsten blieben indessen vergeblich. Die Franzosen glaubten nun einmal, die Kaiserlichen durch Waffengewalt zur Trennung von Spanien zwingen und sie sowie andere Gegner durch Steigerung ihrer Forderungen und durch übermütiges Auftreten gefügig machen zu müssen.

---

1) M. an Hsl. u. Kr. 11. VI. 46, 18. VII. 46, 25. VII. 46, 8. VIII. 46, 15. VIII. 46.

2) M. an Hsl. u. Kr. 18. VII. 46, 8. VIII. 46, 15. VIII. 46, 12. IX. 46.

3) M. an Hsl. u. Kr. 20. VI. 46.

4) A. a. O. Über die Sinnesänderung der Franzosen s. Jacob, S. 181 flg.

5) M. an Hsl. u. Kr. 11. VII. 46.

Turenne verharrte in seiner drohenden Haltung am linken Rheinufer, um allen Bitten und Vorstellungen Maximilians zum Trotze den Rhein schliesslich doch zu überschreiten[1]); die französischen Vertreter in Münster aber erklärten geradezu, es schicke sich nicht, dass in einer und derselben Provinz zwei Machthaber wie der Kaiser und der König von Frankreich herrschten. Entrüstet schrieb Maximilian an seinen Bruder, aus dieser Äusserung lasse sich entnehmen, wie es dereinst den drei Reichsständen im Elsass ergehen werde, die Frankreich vorläufig von der Einverleibung noch ausgenommen habe[2]). Er sah jedoch bei der Zerrüttung des kaiserlichen Heer- und Geldwesens und bei der Erschöpfung seiner eigenen Kräfte keine Möglichkeit, solchem Übermute mit den Waffen entgegenzutreten, und setzte daher seine Bemühungen um den Frieden in alter Weise fort[3]).

Seine Gesandten hielten auf seine Weisung den Franzosen rückhaltlos vor, dass ihr jetziges Verhalten ihren früher abgegebenen Erklärungen durchaus zuwiderlaufe[4]), und machten auch den anderen Gesandten gegenüber aus ihrem Grolle über das Vorgehen jener kein Hehl[5]). Dabei suchten sie jedoch die Fortdauer guter Beziehungen mit Frankreichs Vertretern zu sichern und deren Verständigung mit dem Kaiser zu fördern. Dem Grafen d'Avaux versprachen sie am 14. Juni, dahin zu wirken, dass neben Breisach noch die Festung Philippsburg[6]), die schon in der ersten Unterredung zwischen ihm und Haslang[7]) und seitdem immer aufs neue für Frankreich gefordert, von den Kaiserlichen

---

1) Hierüber weiter unten.

2) M. an Kurköln 20. VI. 46 cop. M. A. schw. 324/6. Vgl. Jacob, S. 170.

3) Hinsichtlich seiner Thätigkeit ist auf die Fortsetzung der diplomatischen Korrespondenz zu verweisen.

4) Ksl. i. M. an Ksr. 26. VI. 46 Ogl. W. A. Fr. A. 50a.

5) Cont. an Nani 19. VI. 46. Ogl. V. A. Sen. III. Secr. Fa. No. 4. „. . . li . . . ministri (sc. del duca di Baviera) dicono liberamente d'esser stati ingannati da Francesi, quali havendo loro dato parola, qui per lettere del noncio Bagni scritte al duca medesimo: promesso che quando la Francia havesse Brissach, tutto il resto saria commodato in due giorni".

6) In der Nähe des Rheins (auf dem rechten Ufer) zwischen Karlsruhe und Heidelberg gelegen.

7) Siehe Abschnitt I.

aber hartnäckig verweigert worden war[1]), an jenes abgetreten werden möge. D'Avaux versicherte ihnen auch im Vertrauen, Frankreich sei, wenn es Philippsburg erhalte, bereit, auf die Abtretung der zuletzt noch geforderten Reichsgebiete im Elsass zu verzichten[2]).

Wie mit d'Avaux, verhandelten die Baiern gleich darauf mit Longueville, versprachen ihm, sich nach Kräften um die Verständigung zwischen Frankreich und dem Kaiser zu bemühen und unterliessen auch nicht, die Wünsche der Franzosen noch an demselben Tage dem kaiserlichen Gesandten Volmar zur Berücksichtigung zu empfehlen[3]).

Trotz alles Eifers gelang es ihnen indessen nicht, die Verhandlungen mit den Vertretern Frankreichs zu dem gewünschten Ziele zu führen. In bitteren Worten gaben Haslang und Krebs in einem Berichte an den Kurfürsten vom 21. Juni[4]) ihren Unwillen gegen diese „spectatores des unterganges" zu erkennen, und in der That musste deren Verhalten katholischen Reichsgenossen um so empörender erscheinen, je tiefer sie die Rücksichtslosigkeit empfanden, mit welcher zu derselben Zeit in Osnabrück die Bedrängnis der katholischen Partei von den Schweden und deren Anhängern ausgenützt wurde.

Der Kurfürst teilte in vollstem Masse die Gefühle seiner Gesandten über den Übermut der fremden Mächte und die „exorbitanten" Forderungen der Protestanten, die, wie er in seiner Antwort vom 4. Juli[5]) bemerkte, teils das Reich auf einmal über den Haufen werfen, teils die katholische Religion ausrotten wollten. Indessen verzweifelte er nicht daran, dass endlich doch der Friede zu stande kommen werde. Man müsse, schrieb er[6]), auf Gott vertrauen, weil die Gegner trotz aller Mühe zu keinen billigen Friedensbedingungen gelangten. Gott werde das Friedenswerk auf andere Wege und dahin richten, dass die Feinde veranlasst würden, „bessere und schidlichere

1) Inbetr. der Verhandlungen über die Abtretung dieser Festung siehe im einzelnen Jacobs ausführliche Darstellung.

2) Hsl. u. Kr. an M. 14. VI. 46 Cpt. M. A. schw. 324/7.

3) A. a. O.

4) Cpt. M. A. schw. 324/7.

5) Ogl. M. A. schw. 324/8.

6) A. a. O.

consilia an hand zu nemen" und nicht alles auf die Spitze zu stellen [1]).

Neue Hoffnung schöpfte er aus der Nachricht von kriegerischen Vorteilen, die die Spanier in Italien und den Niederlanden über die Franzosen errungen hatten, und aus aufgefangenen Briefen vom französischen Hofe, worin sich entschiedene Neigung zum Frieden kundgab [2]). Alsbald eilte er zu neuen Bemühungen, um diesen zu fördern. Der Herzog von Longueville hatte vorgeschlagen, dass die Kaiserlichen und Franzosen im Beisein des Nuntius und des venetianischen Gesandten unmittelbar mit einander verhandeln sollten. Diesen Gedanken griff jetzt Maximilian auf und empfahl den seinigen, dessen Ausführung im Verein mit den anderen kurfürstlichen Gesandten zu fördern [3]).

Um das gewünschte Ziel zu erreichen, schien es ihm nicht empfehlenswert, dem Vorschlage Trauttmansdorffs gemäss den Abschluss eines Waffenstillstandes „an allerseits generales zu remittiren;" er befahl vielmehr seinen Gesandten, darauf hinzuwirken, dass ein solcher Vertrag in Münster unter Zuziehung aller Beteiligten festgestellt werde [4]).

Dass dabei für die Beobachtung des Waffenstillstandes die erforderlichen Bürgschaften gegeben würden, glaubte Maximilian besonders betonen zu müssen. Hatte doch während der soeben verflossenen Waffenruhe im Frühjahr der französische Kommandant von Breisach auf Befehl seines Vorgesetzten — allerdings vergeblich — versucht, einen festen Platz am Bodensee in seine Gewalt zu bringen [5]).

Wie die Förderung des Waffenstillstandes, schärfte Maximilian seinen Gesandten auch die Bemühungen um rasche Befriedigung der französischen Entschädigungsansprüche von neuem auf das ernstlichste ein und zeigte sich bereit, in das Verlangen der französischen Bevollmächtigten nach Abtretung Philippsburgs einzuwilligen, wie er denn aus demselben

---

1) Seiner Hoffnung auf Gottes Beistand gab er auch dem Bruder gegenüber Ausdruck. M. an Kurköln 20. VI. 46, siehe oben.

2) M. an Hsl. u. Kr. 27. VI. 46 Ogl. M. A. schw. 324/6.

3) A. a. O.

4) A. a. O.

5) A. a. O.

Grunde auch hinsichtlich der Forderungen der Landgräfin von Hessen-Kassel befahl, eine vorsichtige, vermittelnde Haltung zu beobachten [1]).

Bei allem Entgegenkommen in diesen Fragen war jedoch der Kurfürst nach wie vor fest entschlossen, in Bezug auf seine Sonderinteressen keinen Schritt zurückzuweichen. Wegen der Gesinnungen des französischen Hofes war er neuerdings durch Bagnis Mitteilungen wieder einigermassen beruhigt worden. Es musste ihm jedoch daran liegen, dass auch von Frankreichs Vertretern in Münster eine ihm günstige Erklärung im Sinne des Kardinals abgegeben werde. Er beauftragte seine Gesandten, jene dazu zu veranlassen und zwar sobald wie möglich, da binnen kurzem die Ankunft Oxenstiernas in Münster erwartet wurde und von einer in dessen Anwesenheit erfolgenden nachdrücklichen Äusserung der Franzosen Maximilian für sich grossen Vorteil nicht nur bei den Schweden selbst, sondern auch bei den Reichsständen erhoffte [2]).

Mitten unter diesen Bemühungen des Kurfürsten wurde nun von Trauttmansdorff ohne zwingenden Grund eine neue Frage zur Erwägung gestellt, wovon Maximilian eine wesentliche Erschwerung des Friedenswerkes befürchtete. Wie er durch seine Gesandten erfuhr, hatte Trauttmansdorff den Schweden, die er um jeden Preis zufriedenzustellen wünschte, nach allen übrigen Versprechungen noch eine beträchtliche Geldentschädigung für ihre Kriegsvölker in Aussicht gestellt. Der Kurfürst säumte nicht, beim Kaiser gegen das Vorgehen seines Bevollmächtigten entschieden Einspruch zu erheben. Wenn man an eine Zufriedenstellung der „Soldatesca“ denken wolle, erklärte Maximilian am 29. Juni dem Kaiser [3]), so sei vor allem die kaiserliche und die Reichsarmee zu berücksichtigen; die Entschädigung der fremden Truppen hingegen sei nach so reichlichen Gebietsabtretungen an die beiden Kronen „wider alle vernunft, billigkeit und rechtens.“ Übrigens bestehe die Mehrzahl dieser Truppen, bei den Franzosen wie bei den Schweden,

---

1) A. a. O. Siehe schon M. an Hsl. u. Kr. 13. VI. 46.
2) M. an Hsl. u. Kr. 18. VII. 46, Ogl. M. A. schw. 324/8.
3) Cop. M. A. schw. 324/8.

aus deutschen Völkern, die ihr eigenes Vaterland so übel zugerichtet hätten, dass sie eher Strafe als Lohn verdienten. Die Gewährung des letzteren werde nur ein böses Beispiel geben; ausserdem sei diese Frage auch viel zu früh aufgeworfen worden. Erst nach der Entscheidung des eigentlichen Hauptwerkes, bei der Vollziehung des Friedens, sei eine Erörterung derselben am Platze gewesen; jetzt werde die Nachricht von einem solchen Vorhaben nur dazu dienen, bei der Soldateska von Freund und Feind die Begehrlichkeit noch zu steigern. Mit Rücksicht auf dies alles sprach er die Hoffnung aus, der Kaiser werde Trauttmansdorff anweisen, die Schweden zum Verzichte auf diese Forderung zu bewegen und dafür zu sorgen, dass jede Partei selbst für die Löhnung ihrer Truppen aufkomme.

In gleichem Sinne hatte der Kurfürst schon drei Tage zuvor an seinen Bruder geschrieben. Seine Gesandten beauftragte er ausserdem, in Münster, wenn der Vorschlag den Schweden noch nicht bekannt sei, bei den Kaiserlichen, vor allem aber bei Trauttmansdorff, eifrig darauf hinzuwirken, dass gar nicht darüber verhandelt, sondern dên Franzosen und Schweden gegebenen Falles dessen Unbilligkeit in überzeugender Weise vor Augen geführt werde. Sollten aber die Schweden von dem Vorschlage schon Kenntnis haben und von ihrer Forderung nicht abweichen, so hätten Haslang und Krebs mit den Kurkölnern und den Vertretern anderer katholischer Stände vertraulich darüber zu beraten, wie diese Last vom Reiche abgewendet und auch den Forderungen der Schweden und Kaiserlichen begegnet werden könne [1]). Trauttmansdorff bekämpfte nun zwar Maximilians Meinung mit grossem Eifer, indem er demselben klar zu machen suchte, dass eine Ablehnung der schwedischen Ansprüche nicht möglich sein werde, doch beharrte der Kurfürst auch ihm gegenüber fest auf seinem Standpunkte [2]), und sogar der Kaiser stimmte ihm zu [3]).

Dieser Umstand konnte bei dem Grafen nur die Unlust vermehren, die ihn immer stärker erfasste, da alle seine Be-

1) A. a. O.

2) Korr. zw. M. u. Tr. 7/22. VIII. 46. Cop. M. A. schw. 324/8.

3) Ksr. an M. 10. VI. 46. Cop. B. A. Bb 3.

mühungen um einen dem Kaiser günstigen Abschluss des Friedens ohne Erfolg blieben und er an keiner der in Münster und Osnabrück anwesenden Parteien eine feste Stütze fand, sondern im Gegenteil von allen Seiten mit Beschwerden und Forderungen bestürmt wurde [1]).

Auch seine zunehmende Kränklichkeit und die beträchtlichen Ausgaben, die ihm aus seiner Stellung als erster Vertreter des Kaisers erwuchsen, verleideten ihm sein Thätigkeit [2]).

So erbat er sich denn am 3. August 1646 [3]) bei seinem Herrn die Erlaubnis zur Heimkehr, sofern bis zum 15. September der Frieden nicht zu stande gekommen wäre [4]).

Maximilian ersuchte, sobald er von Trauttmansdorffs Absicht erfuhr, den Kaiser, derselben entgegenzuwirken und zu dem

---

1) Dem Unbehagen, das ihn erfüllte, gab Trauttmansdorff seinem Herrn gegenüber offen Ausdruck in einem Schreiben aus Osnabrück vom 18. Juni, das die ganze Lage der Dinge am Kongress zu jener Zeit treffend kennzeichnet. Der Kaiser, heisst es darin, werde leicht ermessen, in welch' einer schwierigen Lage er sich befinde, „indem nit allein die franzosen sich beschweren, wan ich all zu lang alhie pleibe und mit den schweden tractire, die schweden vor ein vorhabende separation ausdeuten, wan ich zu lang zu Münster verpleibe, die protestirenden nit weniger fur ein parteilichkeit, wan ich ihnen in ihren harten postulatis nit recht gebe und die catholischen fur ein unbilligkeit ausschreien, wan ich sie auf die ietzige coniuncturas weise, gestalt sich um des fridens willen in diesem oder ienem zu uberwinden und dan auch die spanische plenipotentiarios erinnere, dass si nit weniger ihrerseits zu den tractaten mit frankreich thun und dieselbe befurdern wolten, hierzu etwas kraftige argumenta brauche und ihnen die auf dem verzug ligende gefahr und im widrigen fal besorgende separation des reichs vor augen stelle, mans gar violentias und gewaltthaten haissen thut, die churbairischen aber, ia i. chfl. Dt. selbsten, wan ich denen franzosen nicht straxs (was ich per gradus negotiiren soll) auf einmal gleichsam anbiete, mich grosser verantwortung beim römischen reich betrohen". Ogl. W. A. Fr. A. 50b.

2) Tr. an Ksr. 3. VIII. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 50b.

3) Ogl. W. A. Fr. A. 50b.

4) Er fügt dieser Bitte die folgenden, für die ernste Auffassung seiner Pflichten sehr bezeichnenden Worte hinzu: „Solte aber underdessen noch einige hoffnung zum frieden erscheinen, so will ich mir diese und eine lengere zeit uber das werk mit solchem ernst und eifer als meine selbst eigene seligkeit angelegen sein lassen, ich will auch ohne gutbefinden meiner collegarum und des spanischen oratoris conte Peñaranda nicht abraisen."

Ende seinen Einfluss geltend zu machen, damit die protestantischen Reichsstände von ihren unerfüllbaren Forderungen abliessen [1]. Auch seine Gesandten wies er an, den Grafen dringend von seinem Vorhaben abzumahnen [2]. Der Erfolg dieser Schritte dünkte ihm indessen so zweifelhaft, dass er ihnen befahl, sich schon jetzt mit den Vertretern Kurkölns und anderer katholischer Stände vertraulich darüber zu benehmen, wie auch nach Trauttmansdorffs Abreise das Friedenswerk fortzusetzen sei [3].

Sogar der Nuntius Chigi war jetzt der Ansicht, dass es nur noch durch eine kräftige Kriegführung gefördert werden könne [4], und Maximilian selbst meinte, dass die katholische Partei nicht „den Friedenstraktaten allein trauen", sondern gegenüber dem Übermute und der Treulosigkeit der Gegenpartei „eine tapfere resolution fassen" und den gefährlichen Anschlägen der Feinde aufs kräftigste begegnen müsse [5].

Er selbst fuhr in seinen Rüstungen fort und befahl am 25. Juli seinen Bevollmächtigten in Münster, von den Bemühungen um einen Waffenstillstand vorläufig abzusehen, da zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg vorhanden war [6].

Indessen hielt er doch die Gegner für viel zu mächtig, um nicht vor jeder Herausforderung derselben dringend zu warnen. Ganz besonders den Protestanten gegenüber schien ihm für den Augenblick die äuserste Vorsicht geboten. Wohl beharrte ein grosser Teil von ihnen, durch die Schweden aufgestachelt, noch immer in schroff abweisender Haltung gegen die katholische Partei [7], doch schien trotzdem eine Verständigung mit

1) M. an Ksr. 6. VII. 46. Beilage eines Briefes d. Ksrs. a. Tr. v. 21. VII. 46 Ogl. B. A. Bb. 3.

2) M. an Hsl. u. Kr. 4. VII. 46.

3) A. a. O.

4) M. an Hsl. u. Kr. 27. VI. 46.

5) M. an Ksr. 6. VII. 46. Vgl. Antw. d. Ksrs. 21. VII. 46 Cop. M. A. schw. 324/S.

6) Ogl. M. A. schw. 324/S. Inbetreff der Truppenverstärkung ist das ausführliche Schreiben des Kf. an d. Ksr. v. 3. VIII. 46 zu beachten. Cop. M. A. schw. 324/S.

7) Über Oxenstiernas gehässige Gesinnung gegen M. hinsichtlich der Regelung der pfälzischen Frage berichtet Ernst an Hsl. u. Kr. 2. VII. 46.

ihnen nicht ausgeschlossen, zumal ihnen erst eben jetzt, im Juni 1646, von katholischer Seite sehr weitgehende Anerbietungen gemacht worden waren [1]). Deshalb wünschte Maximilian, dass zunächst nur die angesehensten katholischen Stände „privatim in höchster geheim" sich über die Art der Gegenwehr besprechen „und dadurch alle praeparatoria machen thäten, wie man in pleno catholicorum davon berathen könte." Dass das letztere allzu bald geschehe, fand Maximilian durchaus nicht zweckmässig und war deshalb vollkommen damit einverstanden, dass ein hierauf abzielender Vorschlag der kurmainzischen Gesandten von den Parteigenossen verworfen wurde.

Eine behutsame Haltung in dieser Angelegenheit schien ihm deshalb geboten, weil nach den bisherigen Erfahrungen zu erwarten stand, dass die Kaiserlichen kriegerische Beschlüsse der katholischen Reichsstände für ihre eigene Politik ausnützen und wieder neue Hoffnung auf die Waffen setzen würden. Beantwortete doch auch der Kaiser Maximilians Mahnung vom 6. Juli durch die Aufforderung, sich „in sterkere postur ... zu stellen" und zu diesem Zwecke sich unter einander sowie mit den Spaniern noch fester als bisher zu verbinden [2]). Der Kurfürst fand es daher nötig, seinen Gesandten aufzutragen, dass sie die katholischen Reichsstände vor den Anschlägen der Kaiserlichen und Spanier warnen sollten [3]). Nicht minder mahnten Maximilian die Unzulänglichkeit der kaiserlichen und der eigenen Truppen sowie der bei ihnen herrschende Proviantmangel [4]) zur Vorsicht.

Da er nun trotz der wiederholten Versicherungen Bagnis nicht mehr auf die Friedensliebe Frankreichs rechnen mochte [5]),

---

Cpt. M. A. schw. 324/11. Die tiefe Entrüstung des Kurfürsten über „der cron Schweden und der protestirenden gar zu hoch gespanten und allein zu gänzlicher exstirpation der catholischen religion angesehenen postulaten" äussert sich M. an Hsl. u. Kr. 18. VII. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8.

1) Siehe Meiern III, S. 187 flg., Odhner, S. 156.

2) Ksr. an Tr. 21. VII. 46. Ogl. B. A. Bb 3.

3) M. an Hsl. u. Kr. 4. VII. 46.

4) Seinen Beschwerden darüber gab er in einem durch einen Eilboten beförderten Schreiben an den Kaiser vom 15. VII. 46 aufs neue Ausdruck, worauf ihm dieser auch sofort, am 18. VII. 46, Cop. M. A. schw. 324/8, baldige Abhilfe verhiess.

5) M. an Hsl. u. Kr. 11. VII. 46.

sah er sich gezwungen, dem Gedanken, Schweden und die deutschen Protestanten durch Zugeständnisse abzufinden, näher zu treten.

Die Forderungen derselben beunruhigten des Kurfürsten kirchliches Gewissen. Mit Entrüstung berichtete er am 11. Juli an Bagni [1]), dass von Oxenstierna und Salvius die Bistümer und anderen Kirchengüter, die Trauttmansdorff ihnen angeboten habe, als freie weltliche Fürstentümer für die Krone Schweden in Anspruch genommen würden, und von dem Friedensprojekte der Protestanten bemerkte er [2]), unter dessen fünfundfünzig Artikeln sei kein einziger, den man mit gutem Gewissen annehmen könne. Er wollte daher auch nicht die Verantwortung für einen Beschluss über die Religionsbeschwerden tragen und schärfte am 18. Juli seinen Gesandten ein, „in particulari nichts anzunehmen" und sich von den übrigen katholischen Ständen nicht zu trennen. Den Vorschlag einer „gesonderten conferenz mit etlichen wenigen catholischen", der von Volmar ausgegangen war, sollten sie „dextre decliniren" und immer darauf sehen, dass ihm, dem Kurfürsten, „die maiste verantwortung und offension, wohin der kaiserischen absehen vermutlich zilet, nit aufgetragen werde" [3]). Ebenso billigte er es auch, dass Haslang und Krebs auf das Anerbieten Serviens, das Schiedsgericht über die Forderungen der Reichsstände zu übernehmen, nicht eingegangen waren, sondern ihn damit an die Friedensvermittler gewiesen hatten, und wie er sie auch für die Zukunft hinsichtlich dieses Punktes zur Vorsicht mahnte [4]), so that er dies gleichzeitig in Bezug auf die in seinen Augen unberechtigten Ansprüche der Landgräfin von Hessen [5]). Anderseits aber befahl er seinen Gesandten mit Rücksicht auf die Notlage seiner Partei im Verein mit den Bevollmächtigten anderer katholischer Stände, vor allem mit den Kurkölnern, die Beschwerden der Protestanten einer ernstlichen Prüfung zu unterwerfen.

1) Cop. M. A. schw. 324/8 (Beilage d. Erlasses an Hsl u. Kr. v. gl. Datum).

2) A. a. O.

3) 18. VII. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8.

4) A. a. O.

5) A. a. O.

Zugleich wies er sie auch an, sich mit den Vertretern der Krone Schweden im Hinblicke auf ihr bevorstehendes Erscheinen in Münster persönlich in Verbindung zu setzen, um sich dann über die pfälzische Angelegenheit leichter mit ihnen verständigen zu können [1]).

Freilich war die Hoffnung, dieses Ziel zu erreichen, nach allem, was Maximilian seit lange und auch in der letzten Zeit wieder über die Gesinnung der Schweden gegen ihn vernommen hatte, nur sehr gering [2]). Er hielt es daher nach wie vor für notwendig, um die Geneigtheit Frankreichs zu werben, und liess sich in diesem Bestreben nicht einmal durch die Entdeckung eines neuen überaus dreisten Betruges des französischen Hofes irre machen, die ihm zugleich den Beweis lieferte, dass auch der Nuntius Bagni seines Vertrauens durchaus nicht würdig war [3]).

1) Er richtet an sie dabei die für ihn sehr bezeichnende Mahnung, sich bei den Verhandlungen mit den Schweden des „churfürstlichen praedicates wohl zu versichern".

2) M. an Hsl. u. Kr. 18. VII. 46.

3) Der Sachverhalt war folgender. Den bairischen Gesandten in Münster waren von den französischen zwei Schriftstücke, angeblich Abschriften in den Niederlanden aufgefangener Briefe Peñarandas übergeben worden, worin sich das eifrige Bestreben der Spanier kundgab, den Frieden auf jede Weise zu hindern, die kaiserliche und reichsständische Politik zu bekämpfen und im besonderen auch den Wünschen Baierns in der pfälzischen Angelegenheit entgegenzuarbeiten. Zwar erklärte Peñaranda, von den bairischen Gesandten darüber zur Rede gestellt, diese Briefe nicht geschrieben zu haben, doch schenkte ihm Maximilian keinen Glauben, da er von Bagni aus Paris einen Bericht erhalten hatte, demzufolge auch der spanische Gesandte in London durchaus im Sinne Peñarandas thätig war. Durch diesen Bericht ebenso wie durch die Kunde von gewissen sehr unfreundlichen Äusserungen des spanischen Gesandten Bruin gegenüber Haslang und Krebs erbittert, unterliess der Kurfürst nicht, diesen Bericht ebenso wie die vermeintlichen Abschriften von Peñarandas Briefen am 15. Juli an den Kaiser zu schicken mit dem Ersuchen, den spanischen Ränken entgegenzutreten. (Cop. M. A. schw. 324/8). Ferdinand äusserte sich jedoch in seiner Antwort vom 18. Juli (Cop. a. a. O.) sehr entschieden gegen die Echtheit der betreffenden Schriftstücke und gab auch seinem Misstrauen gegen Bagni Ausdruck, dessen Berichte seiner Ansicht nach darauf abzielten, die beiden Häuser Habsburg und Wittelsbach mit einander zu entzweien und im Einvernehmen mit Mazarin Maximilian und die katholischen Stände „grosser hilfe zu getrösten, um sie desto eher und vorderist e. Lbd. haus zu praecipitiren". Dass der Kur-

Indessen bemühte er sich nun auch, einflussreiche Mitglieder der protestantischen Partei für seine Ansprüche zu gewinnen. Auf das Haupt derselben, Kursachsen, konnte er mit einiger Sicherheit zählen[1]).

Wie mit dessen Bevollmächtigten, befahl er den seinigen auch, mit denen der Markgrafen von Brandenburg-Ansbach und Brandenburg-Kulmbach, die er seinen Wünschen geneigt gefunden, zu jeder Zeit „gute correspondenz" zu pflegen[2]).

Die genannten Reichsstände waren allerdings wohl die einzigen ihm wirklich wohl gesinnten Mitglieder der protestantischen Partei; im übrigen zeigten sich deren Vertreter seinen Forderungen, vor allem soweit sie die achte Kur betrafen, durchaus nicht günstig. Insbesondere machte einer der angesehensten unter ihnen, Jacob Lampadius, der begabte und gewandte Bevollmächtigte der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, seinen bedeutenden Einfluss bei den Schweden geltend, um sie ganz und gar gegen Baiern einzunehmen. Maximilian verhehlte sich nicht, wie viel Lampadius ihm zu schaden vermöge, und zeigte sich daher auf die Kunde von dessen Umtrieben hin nach Kräften bemüht, ihn selbst ebenso wie seinen Amtsgenossen Johann Langenbeck zu einer versöhnlicheren Haltung zu bewegen[3]).

Es galt jedoch nicht allein, den Widerstand der Schweden und eines grossen Teiles der Protestanten zu bekämpfen: auch

---

fürst in diesem Falle unzweifelhaft das Opfer einer Fälschung geworden war, wurde bald darauf auch, wie Maximilian am 3. August dem Kaiser mitteilte, seinen Vertretern von den Spaniern bewiesen. M. an Ksr. 3. VIII. 46. Cop. M. A. schw. 324/8. M. an Hsl. u. Kr. 18. VII. 46, 1. VIII. 46 u. flg. Erlasse. Vgl. Nég. secr. III., S. 317 flg.

1) M. an Hsl. u. Kr. 27. VI. 46. Allerdings war von den kursächsischen Vertretern, wie M. durch den Bischof von Osnabrück vernahm, der Vorschlag gemacht worden, dass M. mit dem Pfalzgrafen Karl Ludwig „in sedendo et votando alternire", eine Zumutung, wogegen sich jener natürlich entschieden verwahrte. Er hoffte jedoch, Kursachsen werde darauf nicht bestehen, nachdem es sich sonst „emphatice" zu seinen Gunsten und gegen den Pfgr. erklärt habe.

2) M. an Hsl. u. Kr. 25. VII. 46, 8. VIII. 46. Von gl. Datum: M. an Mgr. Christian v. Br. Culmb. Cop. M. A. schw. 324/8.

3) M. an Hsl. u. Kr. 25. VII. 46. Ogl. M. A. schw. 324/8.

ein Mitglied der katholischen Partei, Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg, Maximilians eigener Schwager, gehörte hinsichtlich der pfälzischen Angelegenheit zu seinen Gegnern und bereitete ihm durch seine „schlechte schwägerliche affection und nachbarschaft“ ernste Sorgen [1]).

Obendrein zeigten sich jetzt auch die Franzosen sehr unfreundlich und verweigerten trotz aller Bitten der Baiern eine Beeinflussung der Schweden zu Maximilians Gunsten [2]).

Um unter so schwierigen Verhältnissen seine Ansprüche ungeschmälert zu behaupten, war natürlich die ganze Art und Weise der öffentlichen Verhandlung für Maximilian von wesentlicher Bedeutung, und seine volle Zufriedenheit gab er daher seinen Gesandten in Münster zu erkennen, als er aus ihren Berichten vom 18. und 19. Juli ersah, dass sie auf Anregung der Kursachsen bei den Mainzern als den Vorsitzenden des Kurkollegs darauf gedrungen hatten, die pfälzische Frage und die den Kurpfälzern dabei gemachten Vermittlungsvorschläge zunächst in diesem Reichsrate zur Sprache zu bringen. Er befahl Haslang und Krebs, nötigen Falls noch ferner darauf hinzuarbeiten, denn nach den Zusicherungen, die ihm von den drei geistlichen Kurfürsten ebenso wie von Kursachsen gemacht worden waren, hoffte er im Kurfürstenrate sicher zum Ziele zu kommen. Um so mehr fürchtete er freilich in den beiden anderen Reichsräten den Widerspruch der protestantischen Mitglieder und hielt es deshalb für nötig, dass die pfälzische Frage in dem einen wie in dem anderen auf möglichst geschickte Weise vorgetragen werde. Er unterliess nicht, seinen Gesandten den bei den Beratungen zu wählenden Weg näher anzugeben. Noch vor deren Beginne befahl er ihnen, die pfälzische Sache bei den Ständen, die sich „alien“ erzeigten, „praeparatorie zu unterbauen“, sich von vornherein eine Stimmenmehrheit zu sichern und die Verhandlung selbst auch „mit dexteritet zu dirigiren“. Den Vorsitz dabei sollte von den beiden Direktoren

1) M. an Hsl. u. Kr. 25. VII. 46, 22. VIII. 46, 12. IX. 46. Ogle, M. A. schw. 324/S; ferner Tr. an Ksr. 6. VII. 46, Ogl. W. A. Fr. A. 50b sowie Lamp. Diar. 5. IX. 46 a. St.

2) M. an Hsl. u. Kr. 15. VIII. 46. Ogl. M. A. schw. 324/S.

des Fürstenrates, wenn möglich, nicht Salzburg, sondern das Haus Österreich führen [1]).

Befestigt in der Überzeugung, dass der Friede mit dem Auslande nur durch Herstellung der inneren Eintracht zu erreichen sei [2]), war er durchaus nicht einverstanden mit dem Vorschlage, den die Kaiserlichen neuerdings gemacht hatten, man solle, wenn die Gegenpartei nicht einlenke, mit dem Wegzuge drohen. Den Vertretern der letzteren, bemerkte Maximilian, werde diese Drohung nur zum willkommenen Anlasse dienen, um selbst von dannen zu ziehen, die Friedensverhandlungen abzubrechen und alles „zu völliger dissolution kommen zu lassen," die Verantwortung aber für diese Handlungsweise würde auf die Kaiserlichen und ihre Verbündeten fallen [3]).

Vor einer solchen Übereilung glaubte Maximilian um so mehr warnen zu sollen, als sich im Laufe des Monats August 1646 wider Erwarten günstige Aussicht auf baldige Verständigung der Glaubensparteien im Reiche eröffnete.

Die Verhandlungen zwischen ihren beiderseitigen Vertretern hatten, wie wir uns erinnern, schon wenige Wochen nach Trauttmansdorffs Ankunft am Kongress, im Dezember 1645, ihren Anfang genommen und waren durch sein unablässiges Bemühen endlich im Juli 1646 unter dem Beistande der Kursachsen soweit gefördert worden, dass sich ein Teil der protestantischen Stände nach langem, hartnäckigem Sträuben bereit erklärte, mit den dargebotenen Zugeständnissen sich zufrieden zu geben.

Dem Grafen waren dabei verschiedene Umstände zu Hilfe gekommen. Vor allem zogen die allgemeine Not und die Sehnsucht nach Frieden einen nicht geringen Teil der protestantischen Stände von den Schweden auf seine Seite hinüber, zumal

1) M. an Hsl. u. Kr. 1. VIII. 46.

2) Mit aller Entschiedenheit giebt er derselben Ausdruck in dem Erlasse an Hsl. u. Kr. v. 15. VIII., indem er schreibt: . . . „da sowohl aus der schwedischen plenipotentiarii als der mediatoren discursen zu entnehmen, dass, ehe im reich nicht andere und bessere zusammensezung mit den feindlichen cronen, nicht zum friden zu gelangen, ist soviel nöthiger, auf baldigste vereinigung aller stände zu dringen".

3) M. an Hsl. u. Kr. 15. VIII. 46.

seit die Waffen der letzteren nicht so glänzende Erfolge wie früher errangen [1]). Dazu kam ferner, dass ihrer Begehrlichkeit die Eifersucht Polens, Dänemarks und Hollands in den Weg trat, ein Umstand, der den Kurfürsten von Brandenburg in seinem Widerstreben gegen die Abtretung Pommerns an Schweden nur bestärken konnte [2]).

Diese Lockerung der schwedischen Partei kam auch Baiern zu gute. Am 9. August gelang es Ernst [3]), Lampadius, diesen einst so heftigen Widersacher seines Herrn, zu einer Erklärung zu bewegen, die an Versöhnlichkeit nichts zu wünschen übrig liess [4]).

Nicht minder günstig äusserte sich Lampadius, als er einige Tage später gemeinsam mit dem wolfenbüttelschen Gesandten Ernsts Besuch erwiderte. Er erklärte sich bei dieser Gelegenheit auch darin mit Maximilian einverstanden, dass die Zwistigkeiten zwischen Frankreich und Spanien mit den Reichssachen nicht vermengt werden dürften [5]). Etwa gleichzeitig hatte der würzburgische Gesandte Johann Philipp von Vorburg, dessen Herr schon von seinem Regierungsantritt an eine der bairischen ähnliche politische Richtung verfolgt hatte und mit der Zeit ein entschiedener Parteigänger Maximilians geworden war [6]), Unterredungen mit den Vertretern von Sachsen-Weimar und Sachsen-Altenburg, wobei sich diese in einem für Baierns Interessen sehr günstigen Sinne äusserten [7]). Auch sonst schien das Beispiel der Kursachsen allgemach immer mehr Nachahmung bei den protestantischen Ständen zu finden. Am 15. August 1646 konnte Maximilian bereits die Thatsache feststellen, dass

---

1) Odhner, S. 163.

2) A. a. O. S. 153 flg.

3) Für dessen Thätigkeit kommt insbesondere seine Korrespondenz mit dem Kurfürsten, M. A. schw. 324/9, und mit seinen Kollegen in Münster, M. A. schw. 324/11 in Betracht.

4) Lamp. Diar. 30. VII. 46 a. St. Ernst an Hsl. u. Kr. 9. VIII. 46 Cpt. M. A. schw. 324/11. Korr. zw. Ernst u. Max. 9. VIII. 46, 22. VIII. 46. M. A. schw. 324/9. Ogl. M. A. schw. 324/8.

5) Lamp. Diar. 5. VIII. 46 a. St.

6) Siehe über ihn die beiden schon erwähnten Arbeiten von Mentz und Wild, die auch über Vorburg und seine Thätigkeit auf dem Kongress nähere Auskunft geben. Vgl. Jacob S. 148.

7) Ernst an Hsl. u. Kr. 6. VIII. 46, 16. VIII. 46. Cpte. M. A. schw. 324/11.

die Abgeordneten der protestantischen Reichsstädte ebenso wie Graf Wittgenstein, der Hauptbevollmächtigte von Kurbrandenburg, den kaiserlichen Gesandten gegenüber sich anheischig gemacht hatten, ihre früheren Forderungen zu ermässigen und sich, wenn nötig, sogar von den Mitgliedern des Fürstenrates zu trennen [1]. Er entschloss sich daher, selbst in versöhnlichem Sinne an Herzog August von Braunschweig und an den Herzog von Württemberg zu schreiben, nachdem er schon vorher bei den Markgrafen von Ansbach und Kulmbach seine Mahnungen wiederholt hatte [2]. Ebenso wies er seine Gesandten in Münster und Osnabrück wiederholt zu angelegentlicher Einwirkung auf die Vertreter der protestantischen Stände an [3], und dem Kurfürsten von Sachsen dankte er in einem sehr verbindlichen Schreiben für seine Unterstützung in der pfälzischen Sache [4]. Eine vermittelnde Haltung machte er seinen Vertretern zur Pflicht gegenüber der Beschwerde der protestantischen Reichsstadt Lindau, durch deren Besetzung das Haus Österreich sich für den Verlust von Breisach schadlos zu halten wünschte; ferner erklärte er sich einverstanden damit, dass wegen der Ansprüche Kurbrandenburgs auf Pommern ein Fürschreiben an die Schweden gerichtet und dass über diese Angelegenheit im Fürsten- und Städterate verhandelt werde, doch wollte er, dass dieses Fürschreiben nicht eher abgehe, als bis der Ausgleich zwischen Katholiken und Protestanten zum mindesten gesichert erscheine und die Brandenburger ebenso wie die übrigen Mitglieder der protestantischen Partei auch ihrerseits den Ansprüchen der katholischen Stände im allgemeinen und den bairischen im besonderen gebührend Rechnung getragen hätten [5].

Mit Abneigung betrachtete dagegen Maximilian nach wie vor die Landgräfin-Witwe Amalie Elisabeth von Hessen-Kassel, die von Frankreich und Schweden besonders begünstigt wurde.

---

1) M. an Hsl. u. Kr. 15. VIII. 46.

2) Am 8. VIII. 46 Cop. M. A. schw. 324/8. Beilagen des Erlasses an Hsl. u. Kr. v. 15. VIII. 46.

3) M. an Hsl. u. Kr. 5. IX. 46. Ogl. M. A. schw. 324/8.

4) 31. VIII. 46 Cop. M. A. schw. 324/8.

5) A. a. O.

Namentlich ihre Forderung, dass ihrem Sohne die Koadjutorie im Bistum Paderborn zugesprochen werden solle, entrüstete ihn, und mit Unwillen erfüllte es ihn. dass die französischen Gesandten diese Forderung unterstützten, wie sie denn überhaupt seiner Meinung nach eine sehr unfreundliche Haltung gegen die geistlichen Reichsfürsten beobachteten [1]).

Der Argwohn und die Verstimmung gegen Frankreich und dessen Vertreter wuchsen bei ihm wie auch bei den Kurfürsten von Mainz und Köln immer mehr [2]), und in dem Masse, wie die Aussichten auf Versöhnung mit den Protestanten sich besserten, wurde das Auftreten des Kurfürsten gegenüber den mächtigen Feinden freier und zuversichtlicher. Er finde, schrieb er am 22. August an seine Gesandten auf ihre Mitteilung, dass die Kursachsen sie zu raschem Abschlusse der französischen Entschädigungsverhandlungen gemahnt hätten, die Sachen seien „dermalen so stark nicht zu urgiren, sonder damit noch etwas zu warten, bis man sieht, wie sich die Vergleichung der religions gravamina und vereinigung der stände weiter anlassen wurde.“ Ebenso könne auch die Danksagung

---

1) M. an Hsl. u. Kr. 15. VIII. 46.

2) Kurmainz an M. 9. VIII. 46. Cop. M. A. schw. 324/S. Hinsichtlich der französischen Entschädigung ist uns die Nachricht zugegangen, dass die Franzosen nicht allein Philippsburg behaupten wollen, „sondern von des herrn churfürsten von Trier Liebden denselben albereit auch eine ihm erwehrende (!) (soll jedenfalls heissen: immerwährende) guarnison, wie sie nur wollen und zu ihrer versicherung zu sein vermeinen, daselbsten zu halten eingewilligt worden“. Noch grössere Forderungen sind zu befürchten. D. Frkf. a/M. Kurköln an M. 12. VIII. 46 Cop. M. A. schw. 324/S. Hinsichtlich der pfälzischen Frage haben wir gern vernommen, dass nach Bericht der bairischen Gesandten an Kf. Maximilian die französischen Bevollmächtigten sich „so positiv gegen die mediatorn“ erklärt haben, und auch von anderer Seite haben wir dies vernommen, „nachdemmalen aber bei noch letzteren mir von Münster aus eingelangten diario zu ersehen, und diesem per extractum beigefügt, was disertwegen sowol mein gehaimer rath und paderpornischer canzler Puschman penetrirt, [als folgents auch die kaiserliche zu Osnabrück anwesende gesandte dem graven von Trautmannstorf zugeschrieben und derselbe gegen ermeltem canzlern Puschman erwidert und dan die umbstendigkeit der franzosen, wie e. Lbd. aus vorigem bewusstem correspondenzschreiben zu ersehen, nunmehr genugsam am tag ist, so will ich zwar bei diser sachen das beste verhofen, kann dannoch auch nicht allerdings trauen“.] Das Eingeklammerte ist chiffrirt. D. Bonn.

an die Franzosen wegen einer günstigen Erklärung in der pfälzischen Angelegenheit „beiieziger der sachen widriger bewandtnus unterlassen werden“ [1]).

In dieser Haltung wurde er bestärkt durch neue günstige Nachrichten über die Verhandlungen der Generalstaaten mit den Spaniern und Dänen sowie über das Missgeschick der französischen Waffen in Italien, Spanien und den Niederlanden.

Seine Politik gegenüber den Spaniern änderte er darum freilich nicht. Den Vorschlag des Kaisers, sich mit jenem näher zu verbinden, beantwortete er ablehnend [2]), und er billigte es, dass seine Gesandten auch neuerdings wieder, als ihnen die spanischen den Wunsch nach Miteinschliessung in den Reichsfrieden zu erkennen gaben, einer Zusage vorsichtig aus dem Wege gegangen waren [3]).

Dagegen näherte er sich naturgemäss wieder dem Kaiser und dem Grafen Trauttmansdorff. Mehr als je wünschte er daher dass dieser in Westfalen bleibe.

Als er erfuhr, dass der Graf in der letzten Zeit wieder ernstliche Anstalten zum Wegzuge getroffen habe, bot er alles auf, um ihn durch ein gemeinsames Vorgehen der angesehensten katholischen und der „fridfertigen“ protestantischen Stände von diesem Schritte abzuhalten [4]), und er suchte den Bemühungen seiner Bevollmächtigten in Münster durch ein Schreiben an den Grafen Nachdruck zu geben [5]), nachdem er schon drei Tage zuvor dem Präsidenten Mändl, der auch jetzt wieder am Linzer Hoflager weilte, die entsprechende Weisung erteilt hatte [6]).

Besonders auch wegen der pfälzischen Frage lag ihm Trauttmansdorffs Bleiben am Herzen. Noch immer weigerten sich die vertriebenen Pfalzgrafen, den ihnen angebotenen

1) A. a. O.

2) M. an Ksr. 3. VIII. 46. Cop. M. A. schw. 324/S.

3) M. an Hsl. u. Kr. 22. VIII. 46.

4) A. a. O.

5) M. an Tr. 22. VIII. 46. Cop. M. A. schw. 324/S.

6) M. an Hsl. u. Kr. 22. VIII. 46. Vgl. Tr.s Antw. v. 7. IX. 46 Cop. M. A. schw. 327/7 auf M.s Schreiben v. 22. VIII. 46. Über den Hauptzweck von Mändls Sendung siehe später.

Vergleich anzunehmen. Dr. Ernst war deshalb mit den braunschweigischen Gesandten übereingekommen, „es sei ... bei der pfalzischen deputirten widrigen bezeigung kein anders mitl, aus dieser sachen zu kommen, als das von i. ksl. Mt. und beeden cronen ..., auch von churfürsten und stenden mit uns tractiret und wie weit es zu bringen", den Pfälzern dann mit der ausdrücklichen Erklärung eröffnet werde, entweder die getroffene Vereinbarung anzuerkennen „oder in ihrem iezigen stande zu bleiben".

Diesem Übereinkommen erteilte Maximilian am 22. August seine Zustimmung und befahl zugleich, die Braunschweiger dahin zu bringen, in gleichem Sinne auch auf andere Protestanten einzuwirken. Er verlangte ferner, um die übrigen pfalzgräflichen Linien nicht gegen sich zu erbittern, für deren Bevollmächtigte Zulassung zu den Verhandlungen [1]).

Dass diese zu frühzeitig in Angriff genommen würden, lag durchaus nicht in seiner Absicht. Ein kleiner Aufschub derselben schien ihm vielmehr in seinem Interesse nützlicher, da er hoffte, dass die Protestanten, wenn sie ihrer Wünsche Erfüllung einmal erlangt hätten, mit ihren schon gegebenen günstigen Erklärungen „auch in publico consilio desto ehender und leichter abtrucken und sich hieran weiter keinen respect hindern lassen wurden" [2]). Übrigens hatte er auch die Überzeugung gewonnen, dass sich die Protestanten ohnehin in der pfälzischen Frage „ehender nichts gewissen in consilio herauslassen wollen," als bis man auch mit den schwedischen Bevollmächtigten ins reine gekommen wäre [3]), eine Annahme, die durch die Erklärungen dieser an Vorburg vollkommen bestätigt wurde [4]).

Die Aussichten für die Verständigung mit Schweden schien nach den neuesten Nachrichten nicht ungünstig. Wie Maximilian aus Ernsts Bericht vom 22. August [5]) ersah, hatte sich dieser auf den Rat der Bevollmächtigten von Braunschweig,

1) M. an Hsl. u. Kr. 5. IX. 46.
2) A. a. O.
3) A. a. O.
4) Ernst an Hsl. u. Kr. 23. VIII. 46. Cpt. M. A. schw. 329/11.
5) Cpt. M. A. schw. 324/9.

Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weimar sowie im Einvernehmen mit seinen Kollegen in Münster persönlich zu Salvius begeben[1]) und hatte, dank den vorausgegangenen Bemühungen von Lampadius, auch eine Aufnahme gefunden, die ihn zur Hoffnung auf einen baldigen Ausgleich berechtigte[2]).

Über den Inhalt der Unterredung hatte Salvius die weitere Meinungsäusserung der bairischen Gesandten in Münster gefordert, und seinem Wunsche entsprechend erteilte der Kurfürst diesen den Auftrag, sich nach Osnabrück zu begeben, wenn Oxenstierna von seinem Aufenthalte in Münster wieder dorthin zurückgekehrt sein würde; anderen Falls sollte sich Krebs wenigstens allein hinüber verfügen[3]).

In Osnabrück sollten die Verhandlungen mit den Schweden unter Mitwirkung von Ernst weitergeführt werden. Was deren Gegenstand betraf, so befahl Maximilian seinen Gesandten, die Schweden seiner versöhnlichen Gesinnung zu versichern, auf seine bisherigen Bemühungen um den Frieden hinzuweisen und sie beweglich darum zu bitten, ihn auch ihrerseits nicht weiter in die Länge zu ziehen. Den Ansprüchen der protestantischen Reichsstände zu genügen, sei nicht möglich, solange sie sich nicht mässigten. Der Kurfürst hoffe, dass auch die Schweden das ihrige thun würden, um die Glaubensgenossen im Reiche zum Einlenken zu bewegen, und dass sie auch auf ihren eigenen Forderungen nicht „stricte“ bestehen würden. Übrigens habe Maximilian ihre Entschädigung aller Orten befürwortet, wie er auch das Verlangen Trauttmansdorffs nach Einschliessung der Spanier in den Frieden ohne Unterlass bekämpft habe. Die pfälzische Sache sollten die bairischen Gesandten den Schweden dringend zur Berücksichtigung empfehlen und sie um deren Aufnahme in das schwedische Friedensprojekt angehen, sich aber „ja keine obligatio oder conditio sine qua non“ in diesem Punkte auferlegen lassen. Zum Schlusse schärfte ihnen der Kurfürst noch ein,

1) Vom Besuche bei Ox. nahm er Abstand, da dieser soeben seine Gattin verloren hatte und sich wegen der Trauer „retirat“ hielt. E. an Hsl. u. Kr. 9. VIII. 46. Cpt. M. A. schw. 324/11.

2) E. an Hsl. u. Kr. 13. VIII. 46. Cpt. M. A. schw. 324/11. E. an M. a. a. O.

3) M. an Hsl. u. Kr. 5. IX. 46.

bei den Verhandlungen mit den Schweden „publicum et commune bonum seinem particular interesse voranzustellen und das letztere nur per concomitantia zu negociiren," damit man nicht glaube, es sei ihm allein um dieses zu thun [1]).

Über dem Bemühen um die Aussöhnung mit den Schweden und den protestantischen Reichsständen glaubte Maximilian indessen trotz aller augenblicklichen Verstimmung doch auch den Ausgleich mit den Franzosen nicht ausser acht lassen zu dürfen, denn gegen Ende August waren ihm vom Kriegsschauplatze neue beängstigende Nachrichten zugegangen. Am 10. dieses Monats hatte Turenne den Rhein bei Wesel überschritten [2]). Bald darauf erreichte er in Hessen das schwedisch-hessische Heer unter Wrangel, und vereint eilten die beiden Heerführer hierauf zwischen den feindlichen Streitkräften hindurch nach Süden und bemächtigten sich des Mainübergangs bei Aschaffenburg [3]). Ungehindert rückten sie von hier aus nach kurzer Rast gegen Schwaben und Baiern vor. Schon am 30. August teilte Maximilian seinen Vertretern in Münster mit, dass sie mit der Belagerung der schwäbischen Reichsstadt Heilbronn begonnen hätten [4]).

Als der Kurfürst daher Anfang September erfuhr, die französischen Kongressgesandten wollten in ihren Forderungen über Philippsburg nicht hinausgehen und auf die Gebiete der Reichsstände im Elsass verzichten, richtete er sofort an den Kaiser durch einen Eilboten die dringende Mahnung, Trauttmansdorff zur Annahme des französischen Anerbietens zu veranlassen [5]).

Zwei Tage später schärfte er auch seinen Vertretern in Münster ein, bei dem Grafen und dessen Mitbevollmächtigten entsprechende Schritte zu thun; blieben diese erfolglos, so sollten Haslang und Krebs mit anderen Gesandten, katho-

---

1) A. a. O. In demselben Schreiben finden sich auch wieder gewisse für das Standesgefühl des Kurfürsten sehr bezeichnende Weisungen.

2) Chéruel II, S. 317. Jacob. S. 187.

3) Chéruel a. a. O. flg. Jacob. a. a. O. M. an Hsl. u. Kr. 29. VIII. 46. Ogl. M. A. schw. 324/8.

4) Ogl. a. a. O. Vgl. Chéruel II, S. 319.

5) M. an Ksr. 3. IX. 46. Cop. M. A. schw. 324/8. Vgl. B. A. Bb 3 Ogl. Ksr. an Tr. 10. IX. 46, ferner Tr. an M. 7. IX. 46, siehe oben.

lischen wie protestantischen, verhandeln und sie dahin bringen, in dieser Sache den Kaiserlichen vorzugreifen „und ungeachtet der kaiserischen commissarien tergiversationen[1]) sich gegen die franzosen selbsten willfärig zu erklären“. Die letzteren sollten seine Gesandten ferner ersuchen, ihrem Anerbieten entsprechend sämtlich nach Osnabrück zu gehen, um die Schweden „ebenso zu disponiren“ und, falls dies nicht gelinge, sich von den Verbündeten zu trennen, um mit dem Reiche für sich allein Frieden zu schliessen, sowie Turenne zur Lösung seiner Verbindung mit dem schwedischen Heerführer zu veranlassen[2]).

Die Kunde vom Kriegsschauplatze, die den Kurfürsten zu diesen Befehlen veranlasst hatte, war inzwischen auch bereits an die Kongressorte gedrungen, und ihr Eindruck auf die dort versammelten Vertreter des Kaisers und der katholischen Stände war um so tiefer, als ihnen gleichzeitig auch bei den Friedensverhandlungen selbst wieder eine recht unangenehme Überraschung bereitet wurde. Zur Vereinbarung einer Enderklärung über die Religionsbeschwerden hatte nämlich kurz zuvor, am 26. August, zwischen den in Osnabrück wie in Münster tagenden Mitgliedern der protestantischen Partei eine Zusammenkunft in Lengerich stattgefunden[3]), und bei dieser Gelegenheit hatten die Schweden, durch die neuesten Kriegsnachrichten ermutigt, ohne Rücksicht auf alle der katholischen Partei gegebenen Versicherungen ihrer Friedensliebe ihren ganzen Einfluss bei den Glaubensgenossen aufgeboten, um deren Aussöhnung mit den Katholiken zu hintertreiben. Ihre Bemühungen blieben nicht

1) Was die letzteren betrifft, so wurde selbst von protestantischer Seite den Kaiserlichen ebenso wie den Vertretern des Hauses Österreich im Fürstenrate und den Mainzern vorgeworfen, die rasche Erledigung der pfälz. Angelegenheit nicht zu begünstigen und zwar mit Rücksicht auf den franz.-span. Frieden, weil sie befürchteten, Maximilian werde, wenn seine Wünsche erfüllt seien, nicht dazu helfen, dass wegen der franz.-span. Händel der Frieden in Deutschland länger verzögert werde. Ernst an Hsl. u. Kr. 16. VIII. 46 Cpt. M. A. schw. 324/11. Von Ernst wie von Vorburg wurde dieser Argwohn geteilt (a. a. O.), nicht aber von Hsl. u. Kr. Siehe ihre Antw. an Ernst 20. VIII. 46. Cpt. M. A. schw. 324/11.

2) M. an Hsl. u. Kr. 5. IX. 46.

3) Meiern III, S. 330 flg. Vgl. Urkunden u. Akten IV, S. 155.

ohne Erfolg: in einer „ganz unverhofften" Erklärung [1]) wurden Trauttmansdorffs Vermittlungsvorschläge verworfen und die früheren Forderungen mit drohenden Worten aufrecht erhalten.

Der Ausgang der Lengericher Verhandlungen war insbesondere auch für Baiern verhängnisvoll, denn er machte neben anderen Hoffnungen auch die auf Verständigung in der pfälzischen Frage zu nichte, nachdem Dr. Ernst schon mehrere Tage zuvor bei einer zweiten Unterredung mit Salvius von diesem einen weniger befriedigenden Bescheid hinsichtlich der Interessen seines Herrn erhalten hatte [2]).

Zur Rettung aus dieser neuen schweren Gefahr, die Kurfürst Maximilian und seine Parteigenossen bedrohte, sahen die bairischen Gesandten nur einen Ausweg: die schleunige Verständigung mit den Franzosen. Rasch entschlossen gingen sie ans Werk, und als der Befehl ihres Herrn vom 5. September in ihre Hände gelangte, war das ersehnte Ziel schon erreicht. Durch eine ebenso umsichtige als rührige Thätigkeit nach den verschiedensten Seiten hin [3]) trugen sie, neben den Vermittlern [4]), wesentlich dazu bei, die Kaiserlichen dahin zu bringen, den Franzosen ein Friedensanerbieten zu machen, das, frei von den abschwächenden Vorbehalten des Schriftstükes vom 26. Mai, den Ansprüchen der begehrlichen Feinde in vollem Umfange gerecht wurde [5]).

Die Franzosen erklärten sich in der That bereit, den Vertrag anzunehmen und gaben als wichtigste Gegenleistung für die ihnen gewährten Zugeständnisse das Versprechen, sich persönlich nach Osnabrück zu verfügen, um ihre Verbündeten zur Annahme der Friedensvorschläge der katholischen Partei zu bestimmen.

---

1) M. an Ernst 12. IX. 46. Ogl. M. A. schw. 324/9.

2) E. an M. 30. VIII. 46. Cpt. M. A. schw. 324/9. E. an Hsl. u. Kr. 27. VIII. 46 Cpt. M. A. schw. 324/11.

3) M. an Hsl. u. Kr. 12. IX. 46. Vgl. anerkennendes Urteil der franz. Ges. über die Baiern in dem Berichte an Brienne vom 17. IX. 46, Nég. secr. III, S. 299. In demselben Bande finden sich auch mehrere sehr günstige Äusserungen Mazarins über Maximilians Bemühungen in Frankreichs Interesse.

4) Über deren Thätigkeit siehe ausführl. bei Jacob, S. 189 flg.

5) Nähere Angaben bei Odhner, S. 159 flg.

Vierter Abschnitt.

Die Kunde von dem „mit gewisser mass verglichenen friden" zwischen den kaiserlichen und französischen Kongressgesandten traf am 25. September beim Kurfürsten Maximilian ein. So erwünscht sie ihm auch sein mochte [1]), so wurde seine Freude darüber doch sehr getrübt durch schwere Sorgen, die ihn im Augenblicke bedrückten. Unaufhaltsam drangen die Franzosen und Schweden im September 1646 nach Süden vor. Das kaiserliche und bairische Hauptheer unter dem Oberbefehle Leopold Wilhelms vermochte, da ihm die Feinde in Hessen den Vorsprung abgewonnen hatten, nicht, ihnen rechtzeitig in den Weg zu treten. Fast ungehindert konnten diese daher die Donau überschreiten, und sengend und brennend fielen sie in dem ohnehin schon schwer heimgesuchten Lande des Kurfürsten ein [2]). Beinahe ganz Oberbaiern links der Isar fiel in ihre Hände, nur München und Ingolstadt vermochten sich zu halten, der Landesherr aber musste in das Städtchen Wasserburg am Inn flüchten und sah sich genötigt, den ganzen Winter über dort zu bleiben [3]).

1) M. an Hsl. u. Kr. 25. IX. 46. Ogl. M. A. schw. 324/8.

2) Chéruel II, S. 319 flg. Zahlreiche Beschwerden M.s bei den frz. u. auch bei den schwed. Kongressgesandten über die vom Heere angerichteten Verwüstungen M. an Hsl. u. Kr. 25. IX. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8, 4. X. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8, 19. X. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8, 26. X. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8. M. an Ernst 19. X. 46 Ogl. M. A. schw. 324/9. Über den Erfolg der Beschwerden s. Nég. secr. III., S. 340.

3) Chéruel a. a. O. Über Maximilians Bedrängnis s. Doc. inéd. tom. 82, S. 417. Peñ. an Phil. IV. Zu beachten auch: M. an Hsl u. Kr. 25. IX. 46.

Diese Notlage trieb ihn, alle Kräfte anzuspannen, um sobald als möglich das Friedenswerk vollends zu Ende zu führen. Infolge des Abkommens vom 13. September war der Schwerpunkt der Verhandlungen nach Osnabrück verlegt. Maximilian sah es als selbstverständlich an, dass nach dem Beispiele der französischen Bevollmächtigten, die sich schon am 17. September an den anderen Kongressort begeben hatten, auch seine eigenen Gesandten ohne Zögern dahin übersiedelten[1], und dies schien ihm um so notwendiger, als er nach den bisherigen Erfahrungen allen Grund hatte, trotz aller Versprechungen der Franzosen nicht ihnen allein die Förderung seiner Hausinteressen anzuvertrauen[2]. Auch hatten ja die Schweden das Erscheinen der bairischen Bevollmächtigten ausdrücklich verlangt und beansprucht, dass diese mit ihnen ebenso wie mit den Franzosen unmittelbar verhandeln möchten[3], welchem Wunsche der mächtigen Gegner nachzukommen Maximilian schon am 5. September befohlen hatte. Sehr ungehalten war er daher, als er aus einem Berichte der Gesandten vom 20. September ersah, dass sie in Münster geblieben waren und sich darauf beschränkt hatten, den Franzosen neben dem allgemeinen Frieden auch sein Interesse in der pfälzischen Frage nochmals zur Berücksichtigung zu empfehlen[4]. Am 4. Oktober ermahnte er sie von neuem auf das ernstlichste, alsbald aufzubrechen und nicht erst den Verlauf der Verhandlungen zwischen den Franzosen und Schweden abzuwarten[5].

Hohen Wert legte er ferner darauf, dass auch der Bevollmächtigte von Venedig, der sein besonderes Vertrauen genoss, dorthin ginge und mit seinem vielvermögenden Einflusse bei den Bevollmächtigten der beiden Kronen, sowie je nach Erfordernis auch bei den Protestanten zu vermitteln suche, „zumal ihrer und besonders der französischen gesandten intentiones niemand besser als er penetriren kann“[6].

---

1) M. an Hsl. u. Kr. 25. IX. 46, 4. X. 46.
2) M. an Hsl. u. Kr. 25. IX. 46.
3) Siehe vor. Abschnitt, vgl. M. an Hsl. u. Kr. a. a. O.
4) M. an Hsl. u. Kr. 4. X. 46.
5) A. a. O.
6) A. a. O.

Dass ihm gemeldet wurde, Trauttmansdorff gedenke den Kongress nicht zu verlassen, solange noch Aussicht auf Frieden vorhanden sei, war ihm sehr willkommen [1]), und er richtete auch jetzt wieder an seine Gesandten die dringende Mahnung, alles zu thun, um den Grafen, der gerade damals wieder von einem neuen, sehr ernsten Anfalle seines Leidens heimgesucht wurde [2]), zu fernerem Bleiben zu bewegen. Es schien ihm dies auch deshalb notwendig, weil sich im Laufe des Monats Oktober 1646 das Kriegsglück dem Kaiser und seinen Verbündeten wieder zuwendete. War Erzherzog Leopold Wilhelm im September nicht im stande gewesen, das Eindringen der Feinde über die Donau nach Baiern zu hindern, so war er ihnen doch durch Thüringen, Franken und die Oberpfalz dorthin gefolgt. Durch Hilfstruppen verstärkt, rückte er nun von Straubing aus in südwestlicher Richtung [3]) gegen das vom Feinde belagerte Augsburg vor und brachte es am 12. Oktober nach hartem Kampfe dahin, die Stadt zu entsetzen [4]). Kurfürst Max schärfte schon vor dem Eintreffen der Kunde von diesem Waffenerfolge seinen Gesandten ein, auch bei einem günstigen Ausgange des Unternehmens die Kongressverhandlungen mit dem gleichen Eifer wie bisher fortzusetzen und die Parteigenossen auf das ernstlichste davor zu warnen, die Feinde durch neue Verschleppungen des Friedenswerkes zu fernerem Widerstande aufzureizen. Das ganze römische Reich, bemerkte er in Geheimschrift an einer Stelle seines Erlasses vom 12. Oktober, sei aufs äusserste erschöpft; es sei unmöglich, den Krieg länger fortzusetzen. Nach seinen bisherigen Erfahrungen befürchtete er nämlich, dass ein neuer Erfolg der katholischen Waffen die Vertreter des Hauses Österreich ermutigen würde, ihre Zugeständnisse an Frankreich zurückzunehmen, sowie sich im Verein mit

1) Tr. an M. 7. IX. 46 S. vor. Abschnitt.

2) Hierüber siehe Doc. inéd. tom. 82, S. 410 flg., 441 flg., 454 flg.: Peñ. an Castelrodrigo 20. IX. 46, Peñ. an Terranova 21. IX. 46, Peñ. an Phil. IV. 12. XI. 46, Peñ. an Coloma 23. XII. 46, ferner: Hsl. u. Kr. an Kf. 21. X. 46, 29. X. 46, Cpt. M. A. schw. 324/10. M. an Hsl. u. Kr. 25. IX. 46, 4. X. 46, 12. X. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8.

3) M. an Hsl. u. Kr. 4. X. 46, 12. X. 46.

4) M. an Hsl. u. Kr. 19. X. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8, vgl. Chéruel II, S. 320 flg.

anderen Mitgliedern der katholischen Partei den Forderungen der Verbündeten Frankreichs zu widersetzen [1]). Nach dem Eintreffen der Siegesnachricht wiederholte er, in Erlassen vom 19. und 26. Oktober [2]), seinen Befehl, den Frieden in jeder Beziehung mit dem grössten Eifer zu fördern, und erneuerte seine Vorstellungen beim Kaiser [3]), den er erst am 23. September unter Hinweis auf den Ernst der politischen Lage eindringlich zu eifrigerer Förderung des Friedens ermahnt hatte [4]), weil Ferdinand kurz zuvor zu seiner grossen Unzufriedenheit von Linz nach Pressburg gereist war, um dort den ungarischen Reichstag zu eröffnen.

Trotz des Entsatzes von Augsburg gewann er doch von Tage zu Tage mehr die Überzeugung, dass eine längere Fortsetzung des Krieges unmöglich sei, anderseits aber entsprachen die Fortschritte der Kongressverhandlungen durchaus nicht seinen Wünschen.

Zunächst blieben die Besprechungen in Osnabrück zwischen den Schweden und Franzosen ohne jedes Ergebnis und kehrten letztere schon am 28. September von dort nach Münster zurück; ja, es gewann immer mehr den Anschein, als seien die Verhandlungen auch jetzt „pur lautere elusiones,“ um den Frieden in die Länge zu ziehen, ein Vorwurf, der augenblicklich zwar nicht den Franzosen [5]), um so mehr aber den Schweden gegenüber seine volle Berechtigung hatte [6]).

Die gleiche Abneigung gegen den Frieden wie diese legte ferner jetzt ebenso wie früher ein Teil der protestantischen Stände an den Tag [7]), und auch bei den katholischen gab sich

---

1) M. an Hsl. u. Kr. 12. X. 46.

2) Der letztere Ogl. M. A. schw. 324/8.

3) Hierüber a. a. O.

4) Doc. inéd. tom. 82, S. 412. (Spanische Übersetzung).

5) Über Frankreichs damalige Neigung zum Frieden siehe Nég. secr. III S. 322 Korr. zw. frz. Kongressges. u. frz. Hofe aus jener Zeit. Beachtenswert auch Tr. an Ksr. 12. X. 46 Ogl. W. A. Fr. A. 50b.

6) Inbetr. der Schweden s. Nég. secr. a. a. O., ferner Korr. v. Hsl. u. Kr. mit Ernst, M. A. schw. 324/9, 324/11, sowie Berichte der Ges. an Kf. M. A. schw. 324/10 Cpte, dann Kr. an Richel 26. X. 46 Ogl. M. A. schw. 327/8. Vgl. M. an Hsl. u. Kr. 26. X. 46.

7) M. an Hsl. u. Kr. a. a. O.

verminderter Eifer kund. Selbst die bairischen Gesandten hegten im stillen tiefen Widerwillen gegen die Fortsetzung der Friedensverhandlungen. Zwar wagten sie nicht, sich den Befehlen ihres Herrn zu widersetzen, sondern standen nach wie vor „bei tag und nacht in laboribus," um die Verhandlungen zu fördern, wiewohl Haslangs Gesundheit bei der angestrengten Arbeit „nit wenig abgenommen" [1]). Mit der Politik des Kurfürsten waren sie jedoch gleichwohl auch jetzt durchaus nicht einverstanden. „Ich vermerke", schreibt Krebs am 2. November an den Kanzler Richel [2]), „das man bei hof das principium führet, es müsten die tractaten und nicht die waffen helfen; wir aber hingegen, die wir alle tag mit diesen leuten negotiiren, befinden wahrhaftig, man gebe ihnen, was man wolle, das sie dennoch nicht begehren, friden zu machen; bei den herrn mediatoren und uns ermanglet es nicht, wir haben bis dato das werk uf das eusserist angetrieben, werden es also auch eiferig continuiren, aber so wahr gott lebet, erhalten wir den friden nicht, wan die adversarii nicht können anderst necessitirt oder fortgetrieben werden".

Eben deshalb hatten sie gezögert, nach Osnabrück überzusiedeln, zumal es einer unmittelbaren Verhandlung mit den Schweden im Wege stand, dass diese Maximilian noch immer den Kurfürstentitel vorenthielten, dessen Gewährung er als unerlässliche Voraussetzung jeder Verhandlung betrachtete. Auf die gemessenen Weisungen ihres Herrn hin verliess nun allerdings Krebs am 14. Oktober Münster, während Haslang die Titelfrage zum Vorwande nahm, um dort zu verharren [3]). Die Behandlung aber, die jenem in Osnabrück von Seiten der Schweden widerfuhr, konnte ihn in seinem Urteile über deren Gesinnung nur befestigen [4]). Mit Oxenstierna kam er überhaupt gar nicht

---

1) Hsl. an M. 18. X. 46. Cpt. M. A. schw. 324/10. Über d. Bem. der bair. Ges. siehe auch Korr. unter einander, M. A. schw. 324/9, 324/11, sowie Berichte an den Kf. 324/9 (Ernst an M. nebst Antworten) 324/10, 324/12, dann ferner Lamp. Diar. 1. X. 46, 12. X. 46.

2) Ogl. M. A. schw. 327/8.

3) Hsl. u. Kr. an Ernst 9. X. 46 Cpt. M. A. schw. 324/11.

4) Über den Hass der Schweden gegen M. siehe Nég. secr. III., S. 345, 353. IV., S. 35.

in persönliche Berührung, da dieser durch nichts zu bewegen war, Maximilian als Kurfürsten anzuerkennen[1]); Krebs musste noch froh sein, wenigstens von dem zweiten Vertreter Schwedens, der sich infolge des gespannten Verhältnisses zu seinem Kollegen von vornherein etwas entgegenkommender zeigte, gemeinsam mit Dr. Ernst empfangen zu werden. Auch mit Salvius indessen vermochten die bairischen Gesandten nicht zum gewünschten Ziele zu kommen, denn er verlangte von ihnen sogleich eine Ermässigung der Entschädigungsansprüche Maximilians und speiste sie im übrigen mit zwar freundlichen, aber nichtssagenden Redensarten und allgemeinen Versprechungen ab. Er habe es, klagte Krebs, „mit argen listigen leuten zu thun, welche gute worte geben, bis sie überall meister[2]).“

Je mehr ihn aber das Benehmen der Schweden in seiner Überzeugung bestärkte, dass nicht durch Verhandlungen, sondern „nur ... durch die waffen den adversariis der friden abgezwungen werden könne,“[3]) um so tiefer wirkte auf ihn der Jubel seiner Parteigenossen über die Befreiung von Augsburg, der ihn bei seiner Rückkehr nach Münster am 25. Oktober empfing. Den Anschauungen der Zeit entsprechend, glaubte er in diesem Ereignisse geradezu einen Fingerzeig Gottes erblicken zu müssen und legte ihm um so höhere Bedeutung bei, als der Tag des Entsatzes zugleich der Namenstag seines Kurfürsten gewesen war. „Habe an der hülf gottes und unserer lieben frauen patrocinio nicht gezweifelt“ ...., schrieb er am

---

1) Über Lampadius' Bemühungen bei den Schweden zu Gunsten der Baiern s. Ernsts Berichte an Hsl. aus jenen Tagen M. A. schw. 324/11 Cpte., sowie Lamp. Diar. 4. X. 46 flg. (a. St.). Bemerkenswert inbetr. der Haltung v. Ox. ist auch die Klage d'Avauxs gegenüber den bair. Bevollmächtigten. Ox. sei, versichert d'Av., immer für die Fortsetzung des Kampfes gewesen, ausserdem sei er zu Osnabrück so beschaffen, „dass er sich alle tag vol trinke und daher stets furios“; lege bei den Verhandlungen wenig Ehre ein, denn er sei hochmütig, ergehe sich in Wiederholungen, dabei sei er auch unverständig und thue, als hänge alles von ihm ab. Hsl. u. Kr. an Kf. 29. X. 46 Cpt. M. A. schw. 324/10. Vgl. Nég. secr. III., S. 370, frz. Ges. an frz. Hof 19. XI. 46.

2) Kr. an R. 18. X. 46 Ogl. M. A. schw. 327/8. Vgl. Ksl. (Osn.) an Ksr. 15. X. 46, 18. X. 46, 22. X. 46, Ogle. W. A., Fr. A. 51b, sowie Lamp. Diar. 7. X. 46 a. St.

3) Kr. an Richel 26. X. 46. Ogl. M. A. schw. 327/8.

26. Oktober an Richel, ... „dem ewigen gott sei lob und dank, unser gnediger Churfürst und herr immortalisiret seinen hohen ruem und kan wohl pro protectore imperii praediciret werden [1]).

Wenn Maximilian selbst im Gegensatze zu dieser Siegeszuversicht seines Bevollmächtigten [2]) auch jetzt noch den Ausgang des Feldzugs als ungewiss betrachtete, so sollte er seine Zweifel bald genug gerechtfertigt sehen, denn durch das überaus ungeschickte Verhalten, das Leopold Wilhelm und dessen Unterbefehlshaber nach der Befreiung Augsburgs, im Widerspruche mit den Ratschlägen des Kurfürsten wie mit den Wünschen des Kaisers, beobachteten [3]), gingen alle Früchte des Sieges wieder verloren, und bald gestaltete sich zu Maximilians tiefem Unwillen seine eigene Lage ebenso wie die des kaiserlichen und bairischen Heeres wieder so ungünstig wie zuvor [4]).

Infolge davon entschloss sich der Kurfürst, in einen Vorschlag der Gegenpartei zu willigen, gegen den er selbst ebenso wie der Kaiser zuerst eine entschiedene Abneigung empfunden hatte. Im Namen der schwedischen und französischen Vertreter am Kongress war zu Anfang Oktober 1646 den Kaiserlichen von den Vermittlern eröffnet worden, dass die beiden Verbündeten Willens seien, ihre Heerführer durch Abgesandte zu ermahnen, „die sachen zu keinen extremiteten kommen

---

1) In das Lob des Kurfürsten stimmt unter Hinweis auf die Erringung dieses Erfolges selbst einer seiner entschiedensten Widersacher, Graf Peñaranda, mit Worten der höchsten Bewunderung ein. Peñ. an Phil. IV. 12. XI. 46. Doc. inéd. tom. 82. S. 441.

2) Siehe hierüber noch in d. Schrbn. v. Kr. an Richel 15. XI. 46, Ogl. M. A. schw. 327/8.

3) M. an Hsl. u. Kr. 9. XI. 46, 16. XI. 46. Oglc. M. A. schw. 324/8. Ksr. an Tr. 9. XI. 46. Ogl. B. A. Bb. 3, nebst beiliegenden Briefen des Kaisers an M. u. Leop. Wilh. Giust. an Dogen 7. XII. 46. Ogl. W. A. Disp. Sen. III. 91.

4) M. an Hsl u. Kr. 16. XI. 46. Über die schlechte kaiserl. Heeresleitung und deren Fehler nach dem Entsatze Augsburgs s. Peñ. an Phil. IV. 12. XI. 46. Doc. inéd. tom. 82, S. 441. Vgl. ferner abfälliges Urteil Tr.s gegenüber den bairischen Gesandten über die neuesten Unglücksfälle und über die Führer der Kaiserlichen und Reichsarmee. Hsl. u. Kr. an M. 22. XI. 46. Cpt. M. A. schw. 324/10. „... aus dem event sei genugsam zu ersehen, dass der feind mit besserer generalitet versehen als ksl. Mt und das reich."

zlassen, sondern einen anstand der waffen, wie sie sich mit dem gegenthail werden vergleichen mögen, einzuwilligen [1]."

Misstrauisch nahm der Kaiser die Vorschläge der Feinde auf, denn sie schienen ihm mit Recht nichts anderes als eine neue Verzögerung des Friedenswerkes zu bezwecken. Er hielt es deshalb, wie er am 30. Oktober seinem Bruder schrieb, für notwendig, sich hierauf „weider nicht, als die kriegsoperationes leiden und zugeben werden, einzulassen." Demgemäss befahl er dem Erzherzoge, in betreff der Waffenstillstandshandlung zunächst die Anträge der Gegenpartei abzuwarten und sich erst dann auf weitere Besprechungen mit ihnen einzulassen. Über den Inhalt aller etwaigen Verhandlungen sollte Leopold Wilhelm ihm, dem Kaiser, zu weiterer Erwägung Bericht erstatten, zugleich auch einen Abgeordneten an den für die Verhandlungen bestimmten Ort absenden und sich inzwischen keine Gelegenheit entgehen lassen, um den Feinden Abbruch zu thun. Der Kaiser wolle dann einige Bevollmächtigte von seinem Hofe mit genügenden Weisungen zu der Tagfahrt entsenden, und das Gleiche solle auch von Seiten des Kurfürsten von Baiern geschehen [2]).

Von dem letzteren wurde der Kaiser in seiner Abneigung gegen die Vorschläge der Feinde bestärkt [3]), denn auch er fand dieselben sehr verdächtig und gab seinem alten Misstrauen gegen die Verbündeten dem Kaiser und dem Erzherzoge gegenüber offenen Ausdruck. Er empfahl auch, man solle den Vorteil, der durch das Vordringen Leopold Wilhelms in Schwaben und durch den Entsatz von Augsburg errungen worden sei, nach Kräften ausnützen und den Feind mit vereinter Macht angreifen und so rasch als möglich zurücktreiben, ehe noch die zum Abschlusse des Waffenstillstandes ernannten Bevollmächtigten abgesendet wären. So hoffte er, die Quartiere im fränkischen und schwäbischen Kreise zu behaupten, die Feinde

1) Ksl. i. M. an Ksr. 5. X. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 52a.

2) Ksr. an Leop. Wilh. 30. X. 46. Cop. M. A. schw. 324/8. Vgl. die beiden Schreiben desselben an denselben v. 22. X. 46. Cop. a. a. O.

3) Ksr. an M. 31. X. 46. Cop. B. A. Bb. 3.

auch ferner zu verfolgen und, wenn möglich, durch eine glückliche Waffenthat das Friedenswerk zu fördern [1]).

Demgemäss hatte er am 26. Oktober und 9. November [2]) auch seinen Gesandten in Münster befohlen, den Vertretern der beiden Kronen gegenüber hinsichtlich des Waffenstillstandes kühle Zurückhaltung zu beobachten und den Gegnern bestimmt zu erklären, nur dann werde er einen Vertrag mit ihnen abschliessen, wenn von den feindlichen Truppen der bairische, schwäbische und fränkische Kreis geräumt werde. Zugleich hatte er sie angewiesen, vor allem darauf zu dringen, dass die Verhandlungen über den Frieden nicht ins Stocken kämen, wie denn ja doch die Franzosen früher, wo man dem Frieden noch lange nicht so nahe gewesen sei als jetzt, selbst immer auf dessen Beschleunigung gedrungen hätten. Seine Zurückhaltung in dieser Frage ward aber wie die des Kaisers wesentlich bedingt durch die Hoffnung auf eine neue Belebung der Friedensverhandlungen, die er an den Kriegserfolg Leopold Wilhelms knüpfte. Als diese nicht in Erfüllung gingen, sah er sich, ebenso wie der Kaiser, doch genötigt, in die Waffenstillstandsverhandlung mit den Gegnern einzutreten. Auch jetzt wiederholte er jedoch seinen Bevollmächtigten in Münster und Osnabrück die Mahnung [3]), durch die rasche Förderung des Friedenswerkes die drohende Gefahr wo möglich noch rechtzeitig abzuwenden. Seit dem 13. September war dieses um keinen Schritt weiter vorwärts gerückt. Den Grund hierfür sah der Kurfürst in der Haltung der Schweden, und auf deren Befriedigung hinzuarbeiten, betrachtete er seit dem Abkommen mit Frankreich als eine der nächsten Aufgaben seiner Politik [4]), obgleich er noch immer keinen Anlass hatte, die Krone Schweden als seinen Sonderinteressen geneigt zu glauben. Hörte er doch eben jetzt, dass von

---

1) M. an Ksr. 25. X. 46. Nicht vorhanden, jedoch erwähnt in F.s Antwort v. 31. X. 46, Cop. M. A. schw. 324/8.

2) Ogl. M. A. schw. 324/8.

3) M. an Hsl. u. Kr. 9. XI. 46, 16. XI. 46.

4) Wie sehr sie ihm am Herzen lag, ergiebt sich z. B. aus den Erlassen des Kurfürsten an Ernst vom 16. XI. 46 und vom 23. XI. 46 Ogle. M. A. schw. 324/9. Vgl. ferner über seine Bemühungen, sie zu beschleunigen, M. an Hsl. u. Kr. 16. XI. 46.

einem ausserordentlichen Abgesandten derselben in Paris, dem Grafen Magnus de la Gardie, beim dortigen Hofe seinen Hausinteressen in jeder Weise entgegen gearbeitet werde. Er befahl Krebs, sich bei Salvius, wenn dieser, wie man erwartete, von Osnabrück nach Münster herüberkäme, über die Umtriebe jenes Gesandten auf das nachdrücklichste zu beschweren und dem Schweden dabei seine erst eben in Osnabrück gegebenen tröstlichen Versicherungen ins Gedächtnis zurückzurufen [1]. Auch beauftragte er seine Vertreter, den Bevollmächtigten des Kaisers und Frankreichs diese Angelegenheit nochmals dringend zu empfehlen [2] und die letzteren zugleich um wirksame Unterstützung der bairischen Ansprüche auf die Kurwürde und die Oberpfalz bei den Schweden zu bitten. Nichtsdestoweniger aber änderte er seine Haltung gegenüber schwedischen Forderungen nicht, und auch ihren Schützlingen, den protestantischen Reichsständen suchte er, soweit dies ohne Verletzung der bestehenden Reichsverfassung möglich war, entgegenzukommen [3]. Als er erfuhr, dass die Protestanten im Begriffe seien, zur Verhandlung über die Religionsbeschwerden zwei Vertreter nach Münster zu entsenden, wies er Haslang und Krebs an, mit Hilfe der Vermittler und der katholischen Reichsstände bei den kaiserlichen Bevollmächtigten auf Beschleunigung des Friedens zu dringen sowie denselben die neuen Misserfolge im Felde, von denen sie keine richtige Vorstellung hätten und deren Ursache, die Unfähigkeit der kaiserlichen Heeresleitung, der Wahrheit gemäss vor Augen zu führen und sie ganz besonders auf die Not Baierns sowie auf die Gefahr, die auch den Erblanden des Kaisers drohe, zu verweisen [4]. Zugleich befahl er seinen Gesandten, über die

1) M. an Hsl. u. Kr. 9. XI. 46. Vgl. M. an Ernst Ogl. M. A. schw. 324/9. Mit Beilagen.

2) M. an Hsl. u. Kr. 9. XI. 46. Vgl. ds. an ds. 16. XII. 46, Ogl. M. A. schw. 324/8.

3) A. a. O. Vgl. M. an Hsl. u. Kr. 14. XII. 46. Ogl. M. A. schw. 324/8.

4) M. an Hsl. u. Kr. 16. XI. 46, Ogl. M. A. schw. 324/8. Es sei, schreibt Maximilian in diesem Erlasse, keine Zeit zu verlieren, denn obzwar vielleicht die kaiserlichen Kommissare und ein Teil der katholischen Stände „ihre reflexion uf die heroben verhoffend kriegs success gestelt haben möchten, so ist jedoch der status militiae disserseits in

endgültigen Ansprüche der Krone Schweden, mit denen Salvius immer noch zurückhielt, ebenso wie über den Stand der Verhandlungen zwischen ihr und dem Kurfürsten von Brandenburg genaue Nachrichten einzuziehen [1]).

Eine Hauptursache der Verschleppung der brandenburgischen Verhandlungen durch den kaiserlichen Hof und seine Vertreter vermutete Maximilian darin, dass jene besorgten, man könne den Habsburgern zumuten, den Kurfürsten für den Verzicht auf ganz Pommern oder einen Teil dieses Landes durch Bestandteile ihres eigenen Hausbesitzes zu entschädigen. Deshalb hielt er es für notwendig, dass sowohl die katholischen als diejenigen protestantischen Stände, „die diesfalls wohl intentionirt seien und wegen Churbrandenburg kein respect oder interesse hätten,“ fest zusammenhielten, um gemeinsam durch Abgeordnete die Kaiserlichen zu bestimmen, die Erledigung der Angelegenheit, selbst wenn sie ein Opfer an Land und Leuten kosten solle, nicht länger aufzuschieben, sondern nötigen Falles selbst gegen den Willen des Kurfürsten von Brandenburg zu regeln [2]).

Inzwischen kamen am 1. November Salvius und die meisten Vertreter der protestantischen Reichsstände von Osnabrück nach Münster [3]), und zunächst wurde nun mit Eifer über die noch unentschiedenen Fragen verhandelt. Schon am 9. November konnte Krebs an Richel berichten, Trauttmansdorff hoffe, „wan kein betrug dabei, in wenig tagen zu schliessen [4]).“

---

solchen beschwerlich und geferlichen terminis begriffen, das sich uf einige erspriessliche operationes wenig zu verlassen“. Nachdem sich der Kurfürst im weiteren Verlaufe des Schreibens eingehend über die schlechte kaiserliche Kriegführung und über die dadurch verschuldete Not Baierns und Gefahr der kaiserlichen Erblande geäussert hat, befiehlt er seinen Gesandten, den Kaiserlichen, wenn sie Abhilfe versprechen sollten, zu entgegnen, „dass es aller orten an taugsamen subiectis ..... welche gegen solchen listigen feinden bastant, ermangle“.

1) A. a. O.

2) A. a. O.

3) Hsl. u. Kr. an M. 1. XI. 46 Cpt. M. A. schw. 324/10, S. XI. 46 Cpt. a. a. O. Kr. an Richel 9. XI. 46 Ogl. M. A. schw. 327/8. Ernst an M. 15. XI. 46. 22. XI. 46.

4) Vgl. die von Tr. abweichende Ansicht Peñarandas in seinen damaligen Berichten und die wiederholten Äusserungen seines Unwillens über die Vertrauensseligkeit des Grafen. Doc. inéd. tom. 82, S. 420 flg.

Die Bemühungen des Grafen wurden von den Baiern aufs angelegentlichste unterstützt[1]), während fast alle übrigen Gesandten der Reichsstände unthätig blieben und nicht nur nicht mit Vorschlägen zu helfen suchten, sondern sich auch der Meinungsäusserung enthielten, weil sie von ihren Herren selten Weisungen empfingen und sogar die Gesandten des Kurfürsten von Trier sieben Wochen lang ohne solche blieben[2]). Die Baiern spornte nicht nur das immer erneute Drängen ihres Herrn, sondern auch die sie gleich Trauttmansdorff erfüllende Hoffnung auf Erfolg. Schon erbaten sie vom Kurfürsten die Erlaubnis, sofort heimkehren zu dürfen, wenn der Friede zum Abschlusse gekommen sei, da dann auch Longueville, Trauttmansdorff und die meisten übrigen Gesandten abzureisen gedächten[3]).

Ihre Zuversicht wuchs, als am 14. November auch Oxenstierna, der sich zuerst infolge der immer zunehmenden Zwietracht mit seinem Amtsgenossen nicht hatte entschliessen können, Osnabrück zu verlassen, in Münster erschien. „Wan den cronen recht ernst", schrieb Krebs Tags darauf an Richel, „würd das facit bald heraus kommen." Selbst der geringste Waffenerfolg der katholischen Partei, glaubte er, werde genügen, um das Werk zum ersehnten Abschlusse zu führen[4]).

Bald genug sahen sich jedoch Krebs und seine Mitgesandten in ihren Erwartungen wieder gründlich getäuscht. Offenbar hatten die Kaiserlichen durch übertriebene Schilderungen von Leopold Wilhelms Waffenerfolge wie durch absichtlich lauten Jubel bei der Kunde von demselben[5]) die Siegeszuversicht der

1) Kr. an Richel 15. XI. 46 Ogl. M. A. schw. 327/8. Corr. der Ges. unter einander (s. oben), Berichte an Kf. Cpte. M. A. schw. 324/10. Ferner Peñ. an Phil. IV. 14. XII. 46. Zufriedenheit des Kf. mit dem Eifer seiner Bevollmächtigten 9. XI. 46.

2) Hsl. u. Kr. an M. 21. XII. 46. Cpt. M. A. schw. 324/10.

3) Hsl. u. Kr. an Kf. 8. XI. 46. Cpt. M. A. schw. 324/10, 12. XI. 46 Cpt. M. A. schw. 324/8. Vgl. Kr. an Rich. 9. XI. 46. Ogl. M. A. schw. 327/8, 7. XII. 46. Ogl. M. A. schw. 327/8.

4) Kr. an R. 15. XI. 46 s. o. Vgl. Korr. d. Kgrges. unter einander 11. XI.—13. XI. 46, Cpt. Ogl. M. A. schw. 324/11.

5) Gleichzeitig mit der Nachricht von seinem Siege erteilte der Erzherzog dem Grafen Trauttmansdorff die Weisung, ihn „bei denen gegen-

der Feinde zu dämpfen und sie etwas versöhnlicher zu stimmen gewusst. Auf die Dauer konnte ihnen freilich weder über jenes Ereignis selbst noch auch über die darauf folgenden Kriegsläufte die Wahrheit verborgen bleiben, und es musste nun der Rückschlag erfolgen. Schon seinem so hoffnungsvollen Briefe an Richel vom 15. November hatte Krebs die kleinlaute Nachschrift hinzufügen müssen: „alhie ist heut bei den adversariis grosses frolocken gewesen, ob solten unsere armaden etwas gelitten haben.“ In seinem nächsten Schreiben sah er sich zu der bittern Bemerkung veranlasst, die Gegner „procedirten also politisch und falsch alhier, das der arme Macchiavellus von seinen discipulis müste lectiones nehmen, wan er wider kommen solte [1]).“

Seine Klage bezog sich vor allem auf die Haltung der Schweden in der pfälzischen Frage, denn ohne Rücksicht auf die im ganzen doch beruhigenden Zusicherungen, die Salvius einen Monat vorher in Osnabrück den Vertretern Maximilians gegeben hatte, trug er, durch den glücklichen Verlauf des Feldzugs in Baiern und Schwaben ermutigt, kein Bedenken, jetzt geradezu die Herausgabe der ganzen Oberpfalz an deren frühere Eigentümer zu verlangen und zwar, wie er mit der den Vertretern der siegreichen Partei eigenen Frivolität dem kaiserlichen Gesandten Volmar auseinandersetzte, aus keinem anderen Grunde, als weil es das Interesse des Reiches erheische. „Als ein civis imperii,“ bemerkte er, könne die Krone Schweden nicht dulden, dass die Franzosen dem Hause Österreich in Kurbaiern, „einen perpetuum aemulum im reich pflanzten [2])“.

In ihrem Übermute, der sich auch sonst bei den Verhandlungen nach jeder Richtung bemerkbar machte [3]), konnten sich aber die Schweden nur bestärkt fühlen durch die Unterstützung,

---

theilischen plenipotentiariis und abgesandten mit mehrerm zu exagerirn ..... damit solches zu desto mehrer befurderung des friedens geraichen möge.“ L. W. an Tr. 15. X. 46 Ogl. B. A. Cc. Dass diese Weisung nicht unbeachtet blieb, scheint aus der obenangeführten Schilderung von Krebs unzweifelhaft hervorzugehen.

1) Kr. an Rich. 30. XI. 46 Ogl. M. A. schw. 327/8. Hsl. u. Kr. an M. 30. XI. 46. Cpt. M. A. schw. 324/10.

2) Volmar S. 373.

3) Odhner, S. 171.

die ihnen von den Vertretern der Krone Frankreich zu teil wurde. Eine Zeit lang waren diese, friedlich gestimmt infolge ihres Abkommens mit den Kaiserlichen und überdies auch selbst beunruhigt durch die immer wachsenden Ansprüche ihrer Verbündeten, denselben in Übereinstimmung mit ihren Auftraggebern mit ernsten Mahnungen zur Beschleunigung des Friedens entgegengetreten [1]); in jüngster Zeit gaben aber auch sie ebenso wie ihr Hof wieder eine starke Abneigung gegen die Beendigung des Krieges kund, und zwar teils infolge der letzten Kriegsnachrichten, teils weil das kurz zuvor erfolgte Ableben des spanischen Thronfolgers die von Frankreich gefürchtete Vereinigung des gesamten habsburgischen Hausbesitzes in einer Hand von neuem in Aussicht stellte [2]).

Auf die Vertreter Maximilians musste die veränderte Haltung der Franzosen natürlich sehr entmutigend wirken, doch ermatteten sie gleichwohl nicht in ihrem Eifer, und wenn der Kurfürst sie unter Hinweis auf seine früheren Befehle immer wieder darin bestärkte [3]), so liess er es ihnen auch an Zeugnissen seiner Zufriedenheit nicht fehlen [4]).

Angesichts der neuen Unfälle im Kriege sandte er auch jetzt wieder Johann Mändl zum Kaiser und liess diesen auf das dringendste zum Abschlusse des Friedens ermahnen, da die katholischen Parteigenossen von allen Mitteln zur Fortsetzung des Krieges entblösst seien und auch auf ausländische Hilfe nicht die geringste Aussicht bestehe. An seine Vorstellungen knüpfte er auch dieses Mal die Drohung, im Notfalle einen Sondervertrag mit den Feinden abzuschliessen.

Ferdinand warnte darauf den bairischen Abgesandten zwar sehr ernstlich vor dem angedrohten Abfalle, gab ihm jedoch die beruhigende Zusicherung, dass seine Bevollmächtigten durchaus im Sinne des Kurfürsten zur Förderung des Friedens angewiesen seien. Dieses Bescheides bediente sich nun Maximilian ohne Zögern gegenüber den kaiserlichen Kongressgesandten in

1) Nég. secr. III. s. oben.
2) A. a. O. S. 343, 373.
3) M. an Hsl. u. Kr. 30. XI. 46, 7. XII. 46 Ogle. M. A. schw. 324/8.
4) z. B. in dem Erlasse v. 30. XI. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8.

Münster [1]). Dem Grafen Trauttmansdorff liess er zugleich im tiefsten Vertrauen die Abschrift eines soeben mit dem Erzherzoge Leopold Wilhelm geführten Briefwechsels sowie eines Berichtes des letzteren an den Kaiser mitteilen, woraus hervorging, wie verzweifelt die Dinge auf dem Kriegsschauplatze für die katholischen Parteigenossen standen [2]).

Zur Förderung seiner Pläne entschloss er sich sogar, in der pfälzischen Frage einen Beweis des Entgegenkommens zu geben. Es bestand — bezeichnend genug für seine kirchlichen Anschauungen — in dem Anerbieten, dem einen der Söhne des Winterkönigs, dem Pfalzgrafen Eduard, der zur römischen Kirche übergetreten war, ein Jahrgeld von 4000 Thl. auszubezahlen. Frankreich zu Ehren, bemerkte er zu diesem Entschlusse [3]), wolle er trotz alles Schadens, der ihm aus den Verwüstungen der Oberpfalz erwachsen sei, dieses Opfer bringen, „aber aus keiner schuldigkeit, sondern „aus lauterem gutem willen" und unter der Voraussetzung, dass er dann wegen des Besitzes der Oberpfalz nicht weiter angefochten werde [4]).

Je länger desto mehr schwand indes infolge des ungünstigen Verlaufs der Kriegsunternehmungen seine Hoffnung auf einen Erfolg der Kongressverhandlungen. Am 21. Dezember sprach er das bereits offen gegen seine Gesandten aus und befahl

1) M. an Hsl. u. Kr. 23. XI. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8. Mändls Werbung und deren Ergebnis ist sonst auch erwähnt in dem Erlasse M.s an Hsl. u. Kr. v. 16 XI. 46.

2) Leop. W. an M. 23. XI. 46. Leop. W. an Ksr. 11. XI. 46. M. an Leop. W. 27. XI. 46. Leop. W. an M. 25. XI. 46. M. an Leop. W. 27. XI. 46. sämtl. Cop. M. A. schw. 324/8, ferner Giu. an Dogen 9. XI. 46 (zwei Berichte), Ksr. an Tr. 9. XI. 46, B. A. Bb. Ogl. chiffrirt. Tr. an Ksr. (Antw.) 24. XI. 46 Ogl. W. A. Fr. A. 50b.

3) M. an Hsl. u. Kr. 7. XII. 46. Ogl. M. A. schw. 324/8.

4) Das später von den Franzosen gestellte Ansinnen, statt dieses Jahrgeldes eine ganze Million fl. für die sämtlichen jungen Pfalzgrafen aus der Heidelberger Linie zu bezahlen, wurde vom Kf. rund abgeschlagen. M. an Hsl. u. Kr. 14. XII. 46. Ogl. M. A. schw. 324/8. Ein anderer der pfalzgräfl. Brüder, Robert, der sich damals in Paris aufhielt, hatte sich, wie dem Kf. durch Longueville im Vertrauen mitgeteilt wurde, erboten, zur römischen Kirche überzutreten, wenn man ihm die achte Kur und die Unterpfalz übertrage für den Fall, dass sich Karl Ludwig nicht damit begnügen wolle. Hsl. u. Kr. an M. 28. IX. 46. Cpt. M. A. schw. 326/3.

ihnen, wenn in der That auch die eifrigsten Bemühungen um den Frieden nicht zum ersehnten Ziele führen sollten, in seinem Namen einen entscheidenden Schritt zu thun, damit seiner Not ein Ziel gesetzt werde. Sie sollten nämlich in diesem Falle die Bevollmächtigten von Frankreich an ihre wiederholten früheren Anerbietungen eines Sondervertrages mit ihm erinnern und sie um nähere Auskunft darüber ersuchen, unter welchen Bedingungen die Krone Frankreich gesonnen sei, einen solchen abzuschliessen. Über die Forderungen, die Maximilian seinerseits zu stellen beabsichtige, sollten sich Haslang und Krebs des näheren nicht auslassen und überhaupt, bei allem Entgegenkommen, in ihren Erklärungen nicht ins einzelne gehen [1]). Nur sollten sie, falls die Franzosen zur Sonderverhandlung geneigt und ermächtigt seien, darauf hinwirken, dass auch Kurköln in den Vertrag aufgenommen werde. Äusserten die Franzosen aus freien Stücken den Wunsch, ihn auch noch auf andere Reichsstände auszudehnen, so sollten die Gesandten erwidern, der Kurfürst habe ihres Wissens dagegen nichts einzuwenden. Den kölnischen wie auch den anderen Kongressgesandten sollten Haslang und Krebs von ihrer Werbung nichts mitteilen und auch die Franzosen ersuchen, sie gegen jedermann geheim zu halten, bis vom Kurfürsten weitere Befehle eingetroffen seien und die Handlung „ad effectum“ komme. Überhaupt ermahnte Maximilian seine Vertreter, bei diesem wichtigen Werke „das rechte tempo wohl in acht zu nehmen“ und weder zu früh damit vorzugehen noch zu lange damit zu zaudern. Nicht nur sei es ihm, bemerkte er, nicht möglich, sein Heer noch länger unter den Waffen zu halten, sondern dessen Untergang werde auch, wie zu besorgen, ihn einerseits aller Aussichten auf einen Sondervertrag berauben, anderseits dazu dienen, die Schwierigkeiten für den allgemeinen Frieden noch mehr zu erhöhen.

Noch war indes dieses Schreiben nicht abgesandt, als Maximilian zwei Berichte aus Münster vom 4. und 11. Dezember erhielt, die ihm auf das Zustandekommen des Friedens noch einmal Hoffnung einflössten [2]). Ihnen zufolge handelte es sich

1) M. an Hsl. u. Kr. 21. XII. 46. Ogl. M. A. schw. 324/8.
2) Cpte. M. A. schw. 324/10.

zur völligen Einigung der streitenden Parteien, abgesehen von der Lösung der schwedischen Entschädigungsfrage, nur noch um die Begleichung der Streitigkeiten zwischen den katholischen und protestantischen Reichsständen, und hatte Trauttmansdorff nach den neuesten Meldungen der bairischen Gesandten wiederum zuversichtich erklärt, „dass er in zween tägen damit an ein end zu kommen verhoffte“ [1]), so war es natürlich, dass Maximilian, wie er in einem zweiten Schreiben an Haslang und Krebs vom 21. Dezember bemerkte, das Ergebnis der Verhandlungen über diesen Punkt schon im nächsten Berichte erwartete. Für den Fall, dass es beim Eintreffen seines Erlasses noch nicht erreicht sei, befahl er seinen Bevollmächtigten, das Werk auch fernerhin, aber nur „in generalibus, allerorten zu recommendiren.“

Nicht minder machte er ihnen die eifrigsten Bemühungen um die Lösung der anderen noch nicht völlig entschiedenen Hauptfrage zur Pflicht. Auch deren Austrag glaubte er nach den letzten Meldungen vom Kongress nahe gerückt, falls man nur die Verhandlungen mit dem nötigen Nachdrucke fortsetzen würde. Trauttmansdorff hatte versichert, er werde, sobald man mit den Protestanten ganz einig sei, seinen Kollegen Volmar zu weiterer Abhandlung der schwedischen Entschädigung nach Osnabrück hinüberschicken, und die französischen Bevollmächtigten hatten ihm ihre persönliche Mitwirkung an Ort und Stelle versprochen. Ebenso hatte Contarini sich zur Verfügung gestellt, falls die Schweden gegen seine Mitwirkung keinen Einspruch erheben würden. Maximilian befahl nun seinen Gesandten, sich eifrig zu bemühen, dass mit der Ausführung dieses ganzen Planes keine Zeit versäumt, sondern die schwedische Entschädigungsangelegenheit zum völligen Abschlusse gebracht werde, ehe die beiden Kronen etwa neue Kriegsrüstungen für den künftigen Feldzug vornähmen [2]).

Er begrüsste es ferner mit Freude, dass die Kaiserlichen und Franzosen nochmals eine besondere Abordnung an den im Haag weilenden jungen Kurfürsten von Brandenburg gesendet

1) M. an Hsl. u. Kr. 21. XII. 46.
2) A. a. O.

hatten, um ihn wegen der schwedischen Entschädigung nachgiebiger zu stimmen. Für den Fall aber, dass ihr Zureden auch jetzt erfolglos bleiben sollte, beauftragte er Haslang und Krebs, ihren früheren Weisungen nach bei den Kaiserlichen und auch an anderen Orten zu mahnen, dass man mit dem Brandenburger „länger kein gebräng“ machen und um seinetwillen das Reich nicht zu Grunde gehen lassen, sondern beschliessen solle, was die Notdurft erheische.

Falls man endlich mit den schwedischen und protestantischen Bevollmächtigten wider Erwarten nicht bald zum gewünschten Ziele gelangen sollte, machte er seinen Gesandten zur Pflicht, bei den Kaiserlichen und Franzosen darauf zu dringen, dass wenigstens Frankreich für sich allein mit dem Reiche Frieden schliessen möchte, wie das nach dem Berichte von Haslang und Krebs die französischen Gesandten alle drei dem Grafen Trauttmansdorff vor den Vermittlern feierlich in die Hand versprochen hatten [1]). Auf die Aufrichtigkeit dieser ihrer Zusage setzte Maximilian allerdings nicht allzuviel Vertrauen [2]), doch glaubte er immerhin in seiner jetzigen Lage, wenn einmal ein allgemeiner Friede nicht zu stande komme, den Sonderfrieden zwischen Frankreich und dem Reiche anstreben zu müssen. Durch einen solchen hoffte er nicht allein, einen Druck auf die Schweden ausüben, sondern auch eine andere Gefahr abwenden zu können, durch die er sich je länger, desto mehr beunruhigt fühlte: nämlich den Waffenstillstand, zu dem Frankreich ihn und den Kaiser eingeladen hatte.

Die Verhandlungen über diesen sollten, wie die beteiligten Parteien inzwischen übereingekommen waren, demnächst in Ulm beginnen. Die Besorgnis, womit ihnen Maximilian entgegensah, wurde aber neuerdings noch gesteigert, da der eine Bevollmächtigte des Pariser Hofes bei der bevorstehenden Tagfahrt, Alexandre de Prouville Tracy, kürzlich dem bairischen Generalwachtmeister Mariamont erklärt hatte, man werde „des armistitii halben zu keinem accord gelangen,“ es sei denn, dass

1) Hsl. u. Kr. an M. 11. XII. 46. Cpt. M. A. schw. 324/10. „Gleichsam stipulata manu.“ Kr. u. Ernst an M. 27. I. 47. Cpt. M. A. schw. 324/12.
2) M. an Hsl. u. Kr. 21. XII. 46 (2.)

die Donau „pro termino" zwischen den Quartieren der beiderseitigen Heere gesetzt werde. Diese Bedingung erschien ihm bei dem geringen Umfange und wahrhaft trostlosen Zustande seines erst eben wieder von den Feinden mit Absicht grauenhaft verwüsteten Landes nicht ohne den schwersten Schaden seines Heeres wie seiner Unterthanen erfüllbar [1]).

Die neuen Hoffnungen Maximilians unterstützte eine Meldung Ernsts aus Osnabrück vom 13. Dezember, derzufolge sich auch der dortige Resident der Krone Frankreich hinsichtlich der pfälzischen Frage günstig erklärt hatte und die Begehrlichkeit des Brandenburgers von den protestantischen Bevollmächtigten abfällig beurteilt wurde.

Rasch folgte jedoch neue Enttäuschung. Ein Bericht seiner münsterschen Gesandten von 14. Dezember zeigte, dass die Friedensverhandlungen nach keiner Richtung hin Fortschritte gemacht hatten [2]). Und gleichzeitig drangen die Schweden und Franzosen „ohn einigen widerstand" von Tage zu Tage weiter vor, während die Kaiserlichen, die ihren Waffenerfolg vom 12. Oktober nicht im mindesten ausgenützt hatten, schon seit zwei Monaten unthätig in Baiern lagerten und dort in einer Weise hausten, „dergleichen," wie Maximilian am 28. Dezember klagte, „wir von dem feind nicht zu gewarten haben" [3]).

Schon am 12. November hatte sich der Kurfürst über das unmenschliche Gebahren der Kaiserlichen bei Ferdinand III. unter Androhung des Abfalles beschwert. Abhilfe war nicht erfolgt, und für die Zukunft hatte Maximilian sowohl von seinen Verbündeten wie von den Feinden nur noch Schlimmeres zu erwarten, da er vernahm, dass Erzherzog Leopold Wilhelm entschlossen und im Begriffe sei, die Heeresleitung niederzulegen, um die Statthalterschaft über die spanischen Niederlande zu übernehmen, und dass auch dessen Unterfeldherr, Graf Hatzfeld, beabsichtige, das Heer zu verlassen, während über die Ankunft des Grafen Gallas, der an Leopold Wilhelms Statt den Oberbefehl

---

1) M. an Hsl. u. Kr. a. a. O.

2) M. an Hsl. u. Kr. 28. XII. 46. (No. 1) Ogl. M. A. schw. 324/8.

3) A. a. O. Zu beachten auch M. an Hsl. an Kr. v. gl. Datum No. 3. Ogl. M. A. schw. 324/8.

übernehmen sollte, noch nichts verlautete und mithin in Aussicht stand, dass das Heer ganz ohne Führer sein werde [1]).

Was dies für Baiern bedeutete, konnte Maximilian aus dem bisherigen „ibelhausen" der Kaiserlichen leicht ermessen; von dessen Fortdauer befürchtete er geradezu ein „schedliche rotta" mit seinen eigenen Truppen [2]). War ja nach seinem Urteile das unglückliche Land von den Kaiserlichen im Verein mit den Feinden in den letzten vier Monaten so zugerichtet worden, dass dessen Bevölkerung selbst nichts mehr zu leben hatte [3]).

Unter diesen Umständen sah Maximilian nur noch ein einziges Mittel übrig, um sich und sein Land vor gänzlichem Untergange zu bewahren: die Trennung vom Kaiser und den Abschluss des Waffenstillstandes mit den auswärtigen Mächten, und zu ihm seine Zuflucht zu nehmen, fühle er sich um so mehr „vor Gott schuldig," als die Kaiserlichen nicht einmal den Waffenstillstand herbeizuführen suchten, sondern die vom Kaiser für die Verhandlungen in Ulm ernannten Vertreter den Beginn derselben von einer Zeit zur anderen hinausschoben, „ein ohnnötige difficultet iber die andere movirten" und die Angelegenheit in einer Weise behandelten, „das kaiserlicher seits kein rechter ernst dazu zu verspüren ist [4])."

Fest entschlossen, sich in der Ausführung seines Vorsatzes nicht beirren zu lassen, erteilte Maximilian gegen Ende Dezember [5]) seinen eigenen Abgeordneten für die Waffenstillstandshandlung, dem Generalfeldzeugmeister Johann Freiherrn von Reuschenberg [6]) und den Kriegsräten Johann Küttner und Johann Barthelme Schäffer [7]), den Befehl, ohne auf die Kaiserlichen zu warten, nach

1) M. an Hsl. u. Kr. 28. XII. 46 (1) Hsl. u. Kr. an M. 28. XII. 46 Cpt. M. A. schw. 324/10. In beiden Schreiben ist die Rede von L. W.s Abreise und deren üblen Folgen. Zeugnis von L. W.s Mutlosigkeit infolge seines Missgeschicks giebt sein Schreiben an Tr. 28. XII. 46. Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Über die Verzögerung von Gallas' Abreise auch Giu. an Dogen 30. XII. 46. Ogl. W. A. Disp. Sen. III, 91.

2) M. an Hsl. u. Kr. 23. XII. 46 Ogl. M. A. schw. 324/8.

3) M. an Hsl. u. Kr. 28. XII. 46 (3).

4) M an Hsl. u. Kr. 28. XII. 46 (3).

5) M. an. Hsl. u. Kr. 28. XII. 46 (1).

6) Näheres über ihn Allg. d. Biogr.

7) Über diese beiden siehe Wild, S. 87 flg., über den ersteren von beiden s. Abschn. II. Einer wichtigen früheren Sendung desselben an den

Ulm zu reisen, die Verhandlungen zu beginnen und sich im Notfalle auch für sich allein mit den Gegnern zu verständigen.

Gleichzeitig befahl er seinen Gesandten in Münster, Trauttmansdorff über die Grösse der Baiern von den Feinden drohenden Gefahr, die derselbe nach seinen Äusserungen gegen Haslang und Krebs weit unterschätzte, aufzuklären [1]) und ihn mit Hinweis auf das unaufhaltsame Vorrücken der feindlichen Heere aufs dringendste zur Förderung des Friedenswerkes zu mahnen [2]). Wäre aber dieses nicht bereits beendet oder doch dem Abschlusse unmittelbar nahe [3]), dann sollten sie den Befehl vom 21. zum Beginne der Sonderverhandlungen ohne Säumen vollziehen. Ehe dieser entscheidende Schritt geschehe, sollten sie ihn bei Trauttmansdorff eingehend rechtfertigen, zu seiner Begründung auf die Notlage des Kurfürsten hinweisen und auch hervorheben, wie wesentlich er zu demselben durch die Unthätigkeit der kaiserlichen Generale und das Hausen ihrer Kriegsvölker in Baiern bewogen worden sei. Im übrigen sollten sie den Grafen ebenso wie auch diejenigen kurfürstlichen und fürstlichen Kongressgesandten, die etwa von diesen Sonderverhandlungen Kentnis erhalten würden, wegen der Lauterkeit seiner Absichten beruhigen und seines unermüdlichen Eifers für den Frieden versichern [4]).

Auch den Franzosen gegenüber sollten sie ihres Herrn Friedenssehnsucht mit allem Nachdrucke betonen und bemerken, dass er die nämliche Stimmung auch bei jenen voraussetze

französischen Hof erwähnt Fagniez, Le Père Joseph et Richelieu (Paris 1894), Bd. I, S. 576.

1) M. an Hsl. u. Kr. 28. XII. 46 (1). Zu beachten auch Hsl. u. Kr. an M. Cpt. M. A. schw. 324/10.

2) A. a. O.

3) M. an Hsl. u. Kr. 28. XII. 46 (3) P. S. Die Gesandten sollen nicht nur auf Tr.s Worte gehen, sondern auch bei den Vermittlern und franz. Gesandten und auch sonst zu ergründen suchen, ob und was für Hoffnung auf den Frieden besteht, um sich desto besser entschliessen zu können, zur rechten Zeit mit den Franzosen anzubinden. Von hier aus, fährt der Kurfürst fort, können wir deshalber nichts Gewisses vorschreiben, „sondern ihr müsst darunter aus der handlung selbst und wie man pflegt zu sagen, *in arena* ein gewisse resolution schöpfen, was zu thun oder zu lassen das rathsamste und sicherste sei“.

4) A. a. O. Hauptschreiben.

und zur Lösung der noch schwebenden Fragen beim Kongress auf deren Mitwirkung zähle. Zeigten sich die Franzosen mit dem vorgeschlagenen Sondervertrage einverstanden und gäben sie Mittel und Wege dazu an, so sollten die Gesandten von ihnen begehren, den Marschall Turenne — bei dem der Kurfürst schon unmittelbar, durch einen besonderen Abgesandten, der Erfüllung seiner Zwecke vorgearbeitet hatte — im Hinblicke auf die bevorstehende Ulmer Zusammenkunft zu ersuchen, dass er, falls ein allgemeiner Waffenstillstand nicht erzielt werden könne, mit den bairischen Abgeordneten einen Sondervertrag schliesse und zwar unter der Bedingung, dass zwischen den französischen und schwedischen Kriegsvölkern einerseits und Maximilians Truppen anderseits alle Feindseligkeiten eingestellt werden, sowie auch des Kurfürsten Lande von weiteren Einfällen verschont bleiben sollten [1]. Ausserdem befahl er den Gesandten, sich angelegentlich zu bemühen, damit auch ausserhalb Baierns seinen Truppen „etliche erkleckliche quartier in Franken und Schwaben" von den Franzosen und Schweden eingeräumt würden. Wenn die letzteren, bemerkte er weiter, etwa trotz der Befriedigung ihrer eigenen Wünsche ihre Anhänger im Reiche, statt sie zur Mässigung zu bewegen, in ihren Forderungen noch unterstützten, so sei das ein sicherer Beweis dafür, dass sie den Frieden vorsätzlich in die Länge zu ziehen suchten. In diesem Falle sollten darum Haslang und Krebs, seiner früheren Weisung entsprechend, dahin wirken, dass Frankreichs Vertreter die Schweden von ihrem Beginnen abzuhalten suchten und nötigen Falls allein mit dem Reiche Frieden machten. Lasse aber die Hartnäckigkeit der Schweden den Franzosen keine andere Wahl, so sollten Haslang und Krebs ohne Verzug auch mit ihnen in Verhandlung treten [2].

Die nächsten Berichte seiner Gesandten (vom 5., 10. und 11. Januar 1647) eröffneten bessere Aussichten auf den Abschluss des Friedens. Dafür gestalteten sich aber die Verhältnisse in Oberdeutschland immer ungünstiger. Allerdings

---

1) A. a. O.

2) „Sonst aber mit den particular verhandlungen etwas an euch halten, damit nicht uns die schuld beigemessen werde, wenn die Schweden und Protestirenden wegen dieses Abkommens auf ihren Forderungen beharren und womöglich das schon bewilligte revociren"... A. a. O. P. S.

reisten die Bevollmächtigten Maximilians in den ersten Tagen des Jahres nach Ulm ab [1]) und brachen auf die Nachricht hiervon auch die Vertreter des Kaisers, Georg Niclas von Rosenberg und Otto Ludwig von Wachenheim, dorthin auf. Inzwischen waren jedoch die Feinde bis an den Bodensee und nach Vorarlberg vorgedrungen, und, um sich zu befestigen und auszubreiten, suchten nun Turenne und Wrangel unter dem Vorwande einer nichtigen Formfrage den Beginn der Ulmer Verhandlungen hinauszuschieben [2]). Erst eine volle Woche nach den Baiern und den Kaiserlichen trafen am 27. Januar auch die Vertreter der Gegner dort ein [3]).

Über die Forderungen, die er zu stellen gedachte, hatte der Kaiser Maximilian schon im Dezember 1646 unterrichtet. Dieser hatte eine Reihe derselben für höchst bedenklich erachtet und alsbald seinen Oberstkämmerer Grafen Maximilian Kurtz [4]) an den General Gallas, der inzwischen den Oberbefehl übernommen hatte, entsendet, um ihm vorzustellen, dass die Gegner jene Forderungen „für eine elusion" erklären und sie als willkommenen Vorwand benutzen würden, um die Versammlung zu sprengen und dadurch neue unsägliche Leiden über die katholische Partei und das ganze Reich heraufzubeschwören.

Höchst gefährlich fand er es zunächst, dass der Kaiser einen allgemeinen Waffenstillstand mit Einschluss des Herzogs von Lothringen und des der Krone Spanien gehörigen niederburgundischen Kreises verlangen wollte. Die einzige Möglichkeit, mit den auswärtigen Mächten zum Ziele zu gelangen, sah er in der Beschränkung der Waffenruhe auf die kriegführenden Parteien, das heisst, den Kaiser, Baiern und die westfälischen Kreisstände einerseits, Frankreich, Schweden und die Landgräfin von Hessen-Kassel anderseits. Wäre zwischen diesen der Waffenstillstand verglichen, so hätten, bemerkte er, „eo ipso" sämtliche übrigen Reichsstände, die sich dazu verstehen wollten, desselben ebenmässig zu geniessen und vom Feinde nichts zu befürchten, da die Waffen im ganzen Reiche ruhen müssten und die ausser

1) M. an Hsl. u. Kr. 4. I. 47 (1) Ogl. M. A. schw. 324/13.
2) M. an Hsl. u. Kr. 25. I. 47, Ogl. a. a. O.
3) Wachenheim u. Rosenberg an Gallas Ogl. W. A. Fr. A. 54e.
4) Bruder des Reichsvicekanzlers.

den kriegführenden Parteien vom Kaiser bezeichneten Reichsstände entweder neutral seien oder aus freien Stücken sich in die Hand der Feinde begeben oder auch durch Sonderverträge sich vorher schon gesichert hätten.

Weiter hielt es der Kurfürst für zweifellos, dass die Feinde nicht, wie der Kaiser begehrte, einwilligen würden, die von ihnen besetzten ihm gehörigen Gebiete und festen Plätze zu räumen und vor jeder Verhandlung oder doch sogleich bei deren Beginne den Gegnern die Quartiere, die von den Kaiserlichen und den Baiern während des Stillstandes besetzt gehalten werden sollten, im einzelnen zu bezeichnen.

Endlich meinte er, dass die kaiserliche Forderung, den Waffenstillstand nur auf vier Monate auszudehnen, bei den Gegnern den Argwohn wachrufen werde, „dass man mit ihnen eben disen winter hindurch ein anstand machen, interim die armaden mehrers versterken und alsdan die auf künftig früeling mit noch grosserer macht angreifen wölle.“ Auch werde man, wenn man eine bestimmte Zeit festsetze, „super numero lang disputirn und damit vil zeit verlieren, underdessen im reich alles noch in einen gefehrlichern zustand gerathen.“ Man möge daher den Vertrag bis zur Erlangung des völligen Friedens abschliessen [1]).

Gallas hatte sich beeilt, Maximilians Einwendungen an Ferdinand zu berichten [2]). Dieser hatte jedoch dem Kurfürsten am 15. Januar geschrieben [3]), dass er sich nicht veranlasst sehe, dessen Ratschläge irgendwie zu berücksichtigen, sondern nach wie vor an seinen bisherigen Weisungen festhalte [4]).

Maximilian erwiderte darauf am 25. Januar [5]), einen längeren Aufschub könne er bei seiner unhaltbaren Lage vor Gott nicht verantworten, sondern müsse unverzüglich danach trachten, sich und sein Land durch einen Waffenstillstand, oder, wenn ein solcher nicht zu erreichen sein sollte, auf anderem Wege bis zum Abschlusse des Friedens so gut als möglich vor gänzlichem

---

1) M. an Kurtz 28. XII. 46. Auszug W. A. Fr. A. 54e.
2) G. an Ksr. 1. I. 47. Cop. W. A. Fr. A. 54e.
3) Cop. a. a. O.
4) Dementsprechend auch Bescheid an Gallas 9. I. 47 Cop. A. a. O.
5) Ogl. a. a. O.

Untergange zu bewahren. Sollte daher der allgemeine Waffenstillstand an den Forderungen des Kaisers oder an anderen Ursachen scheitern, so seien seine Abgeordneten beauftragt, über einen besonderen Vertrag für ihn, seine Lande und sein Heer zu verhandeln und ihn, so gut sie könnten, abzuschliessen. Dieser Erklärung entsprechend liess er auch noch an demselben Tage an seine Vertreter in Ulm die erforderlichen Weisungen ergehen [1]).

In seinem Entschlusse musste es ihn bestärken, dass Ernst und Krebs am 16. und 17. Januar aus Osnabrück [2]) berichteten, dass die Verständigung mit Schweden immer noch nicht völlig gelungen sei [3]), und dass ihm Haslang am 17. Januar aus Münster meldete [4]), der Herzog von Longueville, der zur Zeit ebenfalls allein dort weilte [5]), habe sich freiwillig zur Vereinbarung eines Sonderfriedens der Krone Frankreich und ihrer Verbündeten mit Maximilian angeboten und angedeutet, der französische Hof sei auch bereit, Kurköln und andere von Maximilian „compraesentirte“ Reichsstände in den Frieden einzuschliessen.

Für einen derartigen Vertrag hatte der Kurfürst bereits an 15. Januar eingehende Weisungen erteilt [6]). Er beauftragte nun Haslang und Krebs, auf den Vorschlag Longuevilles alsbald einzugehen und sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen. Bei den Verhandlungen sollten sie dann, „weil die Franzosen sich bisher etwas variabel und unbestendig erzeigt,“ dahin wirken, dass die beiderseitigen Erklärungen schriftlich ausgetauscht würden. Was aber die Aufnahme anderer Reichsstände in den Vertrag betreffe, so sollten sie es, wenn irgend möglich, dahin zu bringen suchen, „das . . . nit allein unsers herrn bruders Lbd., wie sy solches vor disem selbst an uns

1) M. an Hsl u. Kr. 25. I. 47 Ogl. M. A. schw. 324/13.

2) Kr. hatte sich am 9. I. 47 zur Wahrung von M.s Sonderinteressen und zur Förderung des allgemeinen Friedens dorthin begeben. Über seine dortige Thätigkeit in Gemeinschaft mit Ernst siehe weiter unten.

3) Hierüber M. an Hsl. u. Kr. 1 II. 47. Ogl. M. A. schw. 324/13.

4) Antwort von M. 1. II. 47 Ogl. a. a. O.

5) Servien hatte sich in einer diplomatischen Sendung in den Haag, d'Avaux dagegen ebenfalls nach Osnabrück begeben.

6) Betreffender Erlass nicht vorhanden. Bezugnahme darauf in dem vom 1. II. 47.

begehrt", mit eingeschlossen werden, sondern auch anderen Kurfürsten und Ständen auf Wunsch der Beitritt vorbehalten bleiben möge. Von den Verhandlungen sollte Trauttmansdorff verständigt werden, im übrigen aber sollten die Gesandten bis auf weiteres niemandem über Maximilians Vorhaben das Geringste mitteilen und ebenso auch die Franzosen ersuchen, die Verhandlungen bis zu ihrem Abschlusse geheimzuhalten [1]). Um den letzteren nicht zu erschweren, befahl Maximilian seinen Gesandten, an die Frage des Ausgleichs mit den Protestanten nicht eher heranzutreten, als bis „die übrige politische puncten", vor allem die pfälzische Frage, endgültig entschieden wären. Ebenso sollten sie dahin wirken, dass ihnen von den französischen Bevollmächtigten unmittelbare Verhandlungen mit den Schweden nicht zugemutet würden; zum mindesten sollten ihnen jene „den weg bei den schwedischen vor praepariren" und die letzteren von vorn herein für Maximilians Wünsche willfährig stimmen [2]). Damit die Franzosen seine ernsten Absichten um so deutlicher erkennen möchten, bemerkte der Kurfürst am Schlusse seines Erlasses, beabsichtige er demnächst einige seiner vertrauten Räte nach Paris abzuordnen, „um i. kgl. Mt. und dero vornehmsten ministris unsere intention sincere und offenherzig zu eröffnen." In dem Verlangen, auf diesem Wege eine Annäherung an den französischen Hof zu erzielen, konnte er sich nur bestärkt fühlen einerseits durch die Mitteilung Bagnis, dass man ihn bei Mazarin fälschlich beschuldigt habe, „als hette er neue handlung in geheim mit den Spaniern getroffen [3]), anderseits durch den vor kurzem eingegangenen Bericht eines Abgesandten von Kurtrier und Würzburg in Paris, Wilderichs von Walderdorf, dem gegenüber der Kardinal Baierns Ernst und Aufrichtigkeit gegenüber Frankreich in Zweifel gezogen hatte [4]). Auf ihrer Hinreise nach Paris sollten diese Gesandten in Münster vorsprechen, um sich bei Frankreichs dortigen Vertretern Pässe und sonstige Empfehlungen zu erbitten.

1) A. a. O.

2) A. a. O.

3) M. an Maz. u. an Bagni 11. I. 47. Übersetzungen M. A. schw. 326/4.

4) Wild, Joh. Phil. v. Schönborn S. 89 flg.

Gleich nach Ausfertigung dieses Befehls erhielt der Kurfürst von seinen Gesandten in Ulm die Meldung, dass infolge der Abneigung Schwedens gegen einen Waffenstillstand zu besorgen sei, dieser werde nur für die kurze Zeit von zwei Monaten zum Abschlusse kommen, und dass nach der Erklärung der französischen Bevollmächtigten in Ulm die Verlängerung bis zum Friedensschlusse nur durch die Vertreter Frankreichs beim Kongress erwirkt werden könne. Daher erteilte er sofort Haslang und Krebs auch noch den Auftrag, Longuevilles und d'Avauxs Vermittlung anzurufen [1]).

In Ulm erklärten sich die Schweden erst am 31. Januar auf Andringen der Franzosen bereit, Maximilians Abgeordnete als Gleichberechtigte zu den Verhandlungen zuzulassen. Sie verlangten aber, dass die Kaiserlichen und die Baiern ihre Vorschläge zuerst überreichen sollten. Sich so als Bittende hinzustellen, lehnten die Kaiserlichen unter Hinweis auf ihre Instruktion hartnäckig ab, und es war infolgedessen nach Ansicht der bairischen Bevollmächtigten ernstlich zu befürchten, dass die Gegner von Ulm unverrichteter Dinge wieder abreisen oder die Verzögerung der Verhandlungen als willkommenen Anlass zu neuen gefährlichen kriegerischen Unternehmungen gegen die bairischen und kaiserlichen Truppen benutzen würden.

Dieses Unheil zu verhüten, beeilten sich die Baiern, den Weisungen des Kurfürsten entsprechend, für die Franzosen in lateinischer, für die Schweden in deutscher Sprache die gewünschte Proposition aufzusetzen, und zwar thaten sie es, um die Verständigung zu erleichtern, zugleich im Namen der kaiserlichen Bevollmächtigten. Als sie jedoch diese am 1. Februar um ihre Einwilligung zur Übergabe der gemeinsamen Friedensvorschläge ersuchten, sahen sie sich in schroffer Weise zurückgewiesen. „Derentwegen," erklärte ihnen am 1. Februar Georg Niclas von Rosenberg, „seien die kaiserischen vorhanden," und sie würden den Franzosen wie den Schweden sagen lassen, dass sie sich mit der bairischen Proposition, soweit sie den Kaiser betreffe, nicht einverstanden erklären könnten, sondern dagegen Einspruch erheben müssten.

1) M. an Hsl. u. Kr. 1. II. 47.

An demselben Vormittage hatten die Schweden Maximilians Gesandte um Vorlage ihrer Legitimation und Vollmacht zu den Verhandlungen ersucht und dagegen ihnen auch ihrerseits die entsprechenden Schriftstücke in Aussicht gestellt. Unverzüglich kamen die Baiern dem Wunsche der Schweden nach und beschlossen, da die Kaiserlichen „je nit anders wolten," am nächsten Tage beiden Kronen ihre Vorschläge zuzustellen und, wenn die Gegner „uf der kaiserischen protestation mit uns und zugleich forderist für i. ksl. Mt. kein generale armistitium tractirn wöllen," ihren Aufträgen gemäss für sich allein mit den beiden Kronen zu verhandeln und, „wan es sein kan, ufs böste" abzuschliessen.

In diesem Vorhaben konnten sie sich nur bestärkt fühlen, da Tags darauf, am 2. Februar, auch ein weiterer Versuch zur Verständigung mit den Kaiserlichen, den sie „zu allem iberfluss" machten, fehlschlug.

Während ihrer Besprechung mit jenen kam zunächst Sebastian Mehl, ein Abgesandter des Bischofs von Würzburg, der schon im Jahre zuvor Neutralitätsverträge mit den beiden Kronen abgeschlossen hatte [1]) und sich jetzt, einem am französischen Hofe gegebenen Versprechen gemäss, schon seit einiger Zeit eifrig bemühte, auch der Verständigung Maximilians mit ihnen die Wege zu ebnen [2]). Nach Mehl erschien auch der eine Vertreter Frankreichs, Marsilly, bei den Kaiserlichen. Beide unterstützten nach Kräften die Vorstellungen der Baiern, wurden jedoch von den Kaiserlichen „rotunde" abgewiesen. Maximilians Vertreter erklärten schliesslich, nachdem Marsilly sich entfernt hatte, sie würden ihre Proposition für sich allein am folgenden Tage in der den Kaiserlichen vorgelesenen Fassung der Gegenpartei übermitteln und nötigen Falles mit dieser im Namen ihres Kurfürsten und des Kurfürsten von Köln einen Sondervertrag abschliessen. „Was ungelegenhaiten dan," fügten sie hinzu, „i. Mt. und dem allgemainen reichs- und generalfridenwesen daraus erwachsen weren, hätten sie, die kaiserlichen, zu verantworten [3])."

---

1) Mentz, S. 29. Wild, S. 96.

2) Mentz, S. 46. Wild, S. 88 flg.

3) Über diese Verhandlungen siehe den ausführl. Bericht der bair. Abg. an M. 2. II. 47.

Von der Ausführung dieses Entschlusses liessen sie sich auch durch ein ernstes Abmahnungsschreiben Wachenheims und Rosenbergs vom folgenden Tage nicht abhalten [1]), zumal die Schweden ihnen wie den Kaiserlichen durch den Würzburger Gesandten für den Fall weiteren Verzuges ihre sofortige Abreise in Aussicht stellten und Gerüchte über beunruhigende Bewegungen des schwedischen Heeres einliefen. Am 4. Februar übergaben sie den Vertretern der beiden Kronen im Namen ihres Herrn, sowohl für ihn, wie auch für den Kaiser, das kaiserliche Heer und die „adhaerirende" Stände die verlangte Proposition [2]).

Damit war die Trennung der beiden bisherigen Verbündeten endgültig vollzogen, und ihr Zwist kam auch den Abgeordneten der auswärtigen Mächte gegenüber alsbald von neuem deutlich zum Ausdrucke in der überaus schroffen Antwort, welche die Kaiserlichen dem würzburgischen Gesandten auf dessen Werbung vom 3. Februar erteilten [3]). Die Franzosen und Schweden liessen darauf am fünften Maximilians Vertretern durch Mehl eröffnen, bei dem Benehmen der Kaiserlichen sei es ihnen unmöglich, auf Grund der ihnen am Tage vorher übergebenen Proposition zu unterhandeln, und sie könnten überhaupt nur dann noch länger in Ulm verweilen und die Verhandlungen fortsetzen, wenn die Baiern „absonderlich etwas tractiren wolten und dessen genugsam befelcht weren." Wollten nun diese nicht auf den Waffenstillstand verzichten, so mussten sie auf die Sonderverhandlungen eingehen. Ihren Befehlen gemäss erklärten sie sich dazu bereit und baten nur, dass man unmittelbar mit ihnen verhandeln möchte, da so leichter eine Verständigung zu erzielen sein werde.

So hatten nun die Franzosen erreicht, was sie erstrebt hatten. Baiern war nicht nur vom Kaiser getrennt, sondern auch zu einem Sondervertrage mit dessen Gegnern bereit. Die Schweden benutzten indessen die Sachlage, um den Waffen-

1) Cop. a. a. O. fol. 164. Antw. Cop. a. a. O. fol. 166.

2) Bair. Abg. an M. 3. II. 47. Cop. M. A. schw. 324/13.

3) Hierüber siehe Ksl. an bair. Abg. 5. II. 47 Cop. a. a. O. Bair. Abg. an M. 5. II. 47 Cop. a. a. O.

stillstand noch zu Gunsten ihrer Kriegsunternehmungen hinauszuziehen, und liessen den Baiern am 6. Februar durch Mehl eröffnen, sie hätten vom General Wrangel soeben den Befehl erhalten, unverzüglich zur Armee zu reisen, wenn die Kaiserlichen wider Erwarten ihre Vorschläge noch nicht übergeben hätten. In wenigen Tagen würden jedoch sie selbst oder an ihrer Stelle andere Bevollmächtigte Wrangels wieder nach Ulm kommen oder sich auch gegen die Baiern schriftlich erklären, denn für diese Sonderverhandlungen seien sie nicht genügend mit Weisungen versehen [1]).

Das übermütige Zögern der Schweden, die sich alsbald von Ulm hinwegbegaben, nahm Maximilian mit bitterer Ungeduld hin. Er hatte das Verhalten seiner Gesandten völlig gebilligt und sie eben am 6. Februar durch Eilboten zu schleunigstem Abschlusse des Vertrages angewiesen und zu einer Reihe von Zugeständnissen ermächtigt [2]). Auf die Einschliessung Kurkölns in den Vertrag sollten sie fürs erste verzichten, wenn dadurch etwa dessen Abschluss erschwert oder auch nur in die Länge gezogen würde [3]).

Er fürchtete die Kriegslust der Schweden, und seine Sorge war noch gesteigert worden durch ein zu seiner Kenntnis gelangtes Schreiben, das ein Mitglied der katholischen Partei in Osnabrück, vermutlich einer der dortigen Vertreter des Kaisers, unter dem 24. Januar an Rosenberg gerichtet hatte. Er ver-

1) Bair. Abg. an M. 6. II. 47 Cop. a. a. O.

2) Zur Kennzeichnug der damaligen Lage des bairischen Hofes sei ein vertrauliches Geständnis des bair. Oberstkämmerers an seinen Bruder, den Reichsvicekanzler, vom 4. Februar 1647 mitgeteilt. Cop. B. A. Z. 4, No. 53. Man habe, antwortete er jenem auf seine Warnung vor dem Abfalle des Kurfürsten vom Kaiser. am bairischen Hofe „den ultimo sforzo .... aniezt also aufgezehret, und mit dem credit den unwillen der soldatesca, der nunmehr laider auch ausgebrochen, in dem sie bei Weisenburg (am Sand, der fränkischen Reichsstadt, die zu jener Zeit von ksl. und bair. Truppen belagert wurde. Der Belagerung erwähnt M. an Ges. 25. I. 45) nicht recht fechten wollen, nicht stillen können“.

3) M. erklärte sich hierbei bereit, „wan die französische, schwedische und hessen-casselische nur an hand geben, wie sie darfir halten. das hernegst mit Curcölns Lbd. ein gleichmessiges armistitium zu treffen, das wir uns gern interponirn und sonderbar bemiehet sein wollen, damit die sachen mit i. Lbd. auch ohne allen verzug auf billiche und leidenliche mitel aiustirt werden“.

sicherte, die auswärtigen Mächte hätten trotz aller Friedenshoffnungen, die sie in den katholischen Parteigenossen zu erwecken suchten, doch in Wahrheit kein anderes Ziel als die Erneuerung des Kampfes im Auge. Eine schwere Täuschung sei es daher, wenn die bairischen Gesandten, wie man sage, erst jüngst ihrem Herrn berichtet hätten, dass der Frieden in wenigen Tagen erfolgen werde, „dessen sich meniglich verwundert, das sich die leut also verblenden lassen und allen falschen sachen glauben beimessen“ [1]).

Maximilian nahm von diesen Äusserungen Anlass, seine Gesandten in Münster, wie er das schon vorher ununterbrochen gethan hatte, in einer Reihe von Erlassen zur Betreibung des Friedensschlusses anzuspornen [2]). Er befahl ihnen zugleich, alles aufzubieten, damit von seinen Parteigenossen und insbesondere von den Kaiserlichen keine unnötigen Einwände erhoben werden möchten gegen die von den Franzosen begehrte sogenannte Assecuration, d. h. die Erteilung des Versprechens, dass, wenn Frankreich mit Kaiser und Reich Frieden geschlossen habe, mit Spanien aber sich noch im Kriege befinde, dem letzteren weder vom Reiche noch von Seiten Deutschhabsburgs irgend welcher Beistand geleistet werde.

Zugleich suchte er die Schweden von ihrem Widerstreben gegen seine Ansprüche in der pfälzischen Frage abzubringen, indem er seinen Gesandten befahl, der Bewilligung einer Geld-

---

1) „Sie wollen“, heisst es weiter, „den friden per forza und an ihre interesse nichts hindern lassen, sondern alles behaubten, ob aber dieses der rechte weg ist, solche intentiones zu erhalten, ist billig zu bezweifeln“.

2) M. an Hsl. u. Kr. 5. II. 47, 8. II. 47, 8. II. 47 P. S., 10. II. 47, 12. II. 47, sämtlich Ogle M. A. schw. 324/13. Bezeichnend für seine Stimmung in den ersten Monaten des Jahres 1647 ist folgender eigenhändiger Zusatz zu seinem Erlasse v. 5. II. 47: „Es ist zeit, oberzeit, wollen wür anderst unsere land und leut vor weiteren genzlichen ruin erretten, mit den particular tractaten zu verfaren, auch derwegen unser ernstlicher gemessener befelch hiemit, woferr der frid zu ankonft dis unsers befelchs nit albereit geschlossen ist, das ihr damit kein einige stund mehr verliern, sonder alles, was wür euch derenthalben in disem und vorigem unsern schreiben anbefolchen, ohne einigen auch den geringsten weiteren verzug verrichten und euch kein bedenken und vorsorg, welche euch selbst beifallen, oder andere machen mochten, daran hindern lassen sollet. Deswegen wür disen expressen corrier abfertigen lassen“.

entschädigung an die schwedische Soldateska nicht länger zu widerstreben [1]) und Salvius ein Geldgeschenk zu versprechen [2]).

Die Friedensaussichten schienen sich jetzt wieder günstiger zu gestalten. Den Absichten Maximilians gemäss hatte Krebs gleich nach seiner Ankunft in Osnabrück, das seit dem Beginne des Jahres 1647 wiederum der Mittelpunkt der Kongressverhandlungen geworden war, gemeinsam mit Ernst unter der Drohung des Abfalls seines Herrn die Kaiserlichen zur Beschleunigung der noch schwebenden Verhandlungen aufgefordert, und da er standhaft bei seiner Haltung beharrte, so verfehlte sie ihre Wirkung nicht [3]).

Wie er und Ernst am 31. Januar ihrem Herrn berichteten, war es zu dieser Zeit endlich gelungen, zwischen Schweden und Brandenburg einen Ausgleich herbeizuführen [4]), und im Laufe der nächsten Wochen erfolgte, allerdings nur unter grossen Schwierigkeiten, die völlige Lösung der brandenburgischen Entschädigungsfrage [5]). Ebenso gelang es, die Verhandlungen über den Beschwerdepunkt und auch die übrigen noch unentschiedenen Fragen soweit zu fördern, dass in kurzer Frist auf deren Abschluss zu hoffen war und das Zustandekommen des Friedens mithin als gesichert erscheinen konnte [6]).

Gleich auf den Bericht vom 31. Januar hin erteilte Maximilian, der inzwischen auch vom Pariser Hofe aufs neue das Versprechen des fortdauernden Schutzes seiner Hausinteressen

---

1) M. an Hsl. u. Kr. 8. II. 47 P. S. sowie 14. II. 47.

2) M. an Hsl. u. Kr. 14. II. 47.

3) Hinsichtlich des Auftretens von M.s Bevollmächtigten in O. kommt ausser ihrer Korrespondenz mit dem Kurfürsten zunächst die des Grafen Trauttmansdorff mit dem Ksr. in Betracht. 10. I. 47 Tr. an Ksr. Ogl. W. A. Fr. A. 50b. Antw. Ksr. an Tr. 26. I. 47 Ogl. B. A. Bb. 2. Tr. an Ksr. 7. II. 47 Ogl. W. A. Fr. A. 50b; ferner anonymes Schreiben, Cop. W. A. Fr. A. 54e, dann auch Peñ. an Phil. IV. 9. I. 47. Doc. inéd. tom. 82 S. 486 flg. Vgl. auch Urkunden u. Akten II., S. 489 flg., 496, 513 flg., 537.

4) M. an Hsl. u. Kr. 10. II. 47. Vgl. Odhner, S. 186.

5) M. an Hsl. u. Kr. 1. III. 47. Ogl. M. A. schw. 324/13.

6) A. a. O. Ferner günstige Nachrichten von Tr. an Ksr. 25. II. 47 Ogl. W. A. Fr. A. 50b.

erhalten hatte[1]), am 10. Februar seinen Gesandten den Auftrag — auf den er dann in den darauf folgenden Erlassen regelmässig wieder zurückkam[2]) — in Anbetracht der günstigen Friedensaussichten mit der Vollziehung seines Befehls betreffend den Sondervertrag noch innezuhalten, wenn die Verhandlung darüber nicht schon begonnen oder der Abschluss des Friedens etwa eine neue Verzögerung erfahren habe.

Gleichwohl beharrte er aber auf dem Vorsatze, für sich allein einen Stillstand mit Frankreich und Schweden zu schliessen. Die Verhandlungen in Ulm schritten inzwischen nur langsam weiter. Zwar kehrten die beiden schwedischen Abgesandten Mortaigne und Douglas am 15. Februar nach Ulm zurück, und am folgenden Nachmittage fand zwischen ihnen und Maximilians Abgeordneten wieder eine Besprechung statt. Aber sie erklärten nun, vor der Beantwortung der bairischen Proposition erst wieder an Wrangel berichten zu müssen.

Obwohl sich hierin die Abneigung der Schweden gegen den Waffenstillstand von neuem deutlich kundgab, hoffte Maximilian doch, die Gegner „zu einem besseren zu disponiren," weil auf dem Kongress die schwedische Entschädigungsangelegenheit inzwischen auch in Ordnung gebracht worden war und die dortigen Gesandten der beiden Kronen einem allgemeinen Waffenstillstande nicht abgeneigt zu sein schienen[3]).

Der Abschluss des Sondervertrages sollte indessen noch grösseren Schwierigkeiten begegnen, als er erwartete. Wie bescheiden er auch durch die Not in seinen Ansprüchen geworden war, so meinte er doch immer noch, wenigstens auf Grund des augenblicklichen Besitzstandes der beiden Parteien eine Einigung erzielen zu können[4]), wie dies denn auch auf dem Kongress

---

1) Bagni an M. 21. I. 47. Extr. M. A. schw. 326/4, worauf M. der Königin in einem durch besonderen Boten („exprès") übersandten Schreiben vom 15. II. 47 dankte und sie bat, ihm auch bei der endgültigen Lösung der pfälzischen Frage behilflich zu sein. Cop. M. A. schw. 326/4.

2) 12. II. 47 (s. o.), 14. II. 47, 22. II. 47, 1. III. 47 (2), sämtl. Ogle. M. A. schw. 324/13.

3) M. an Hsl. u. Kr. 1. III. 47 (1) Ogl. M. A. schw. 324/13. Vgl. M. an Abg. in Ulm 5. III. 46. Cop. a. a. O.

4) „Uti possidetis, ita possideatis" (M. an Abg. in Ulm 5. III. 47).

bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand vorgeschlagen worden war [1]).

Am 2. März eröffnete jedoch Georg Snoilsky, der dritte Vertreter Wrangels in Ulm, den bairischen Abgeordneten, dass die schwedischen Heerführer verlangten, der Kurfürst solle ihnen die Reichsstädte Memmingen und Überlingen alsbald herausgeben, nach der Unterzeichnung des Vertrages die Stadt Augsburg für neutral erklären und seine Truppen daraus abführen, ferner das Herzogtum Württemberg, soweit seine Truppen es besetzt hielten, seinem rechtmässigen Herrn wieder einräumen, endlich, gleichfalls nach der Unterzeichnung des Vertrages, seine Kriegsvölker aus Heilbronn, Rottweil, Offenburg und Freiburg im Breisgau entfernen und auch zur Neutralerklärung dieser Orte seine Zustimmung geben. Willige er in alle diese Bedingungen ein, so seien die Schweden beauftragt, sogleich mit ihm abzuschliessen und auch ihrerseits alles herauszugeben, was sie von Maximilians Landen in Besitz hätten. „Und sei dises ihrer der Schwöden aigentliche erclärung und antwort, darauf sy bestehen wollen und werden.“ Die Baiern aber möchten sich doch bald darauf erklären „dan sie sich nit gern lenger vergeblich aufhalten wolten.“

Bei dem schroffen Zwiespalte, der zwischen diesen Forderungen und ihren eigenen Vollmachten bestand, wagten Maximilians Abgeordnete nicht, Snoilsky die Entschliessungen ihres Herrn „überschriebener massen also absolute“ zu eröffnen, denn sie besorgten, dass die Schweden sonst, wie sie schon in den vorhergehenden Tagen gedroht hatten, gleich die Verhandlungen abbrechen würden. Auch wünschten die Baiern dem Befehle ihres Herrn entsprechend vorerst noch mit dem französischen Abgeordneten Marsilly Rücksprache zu nehmen. Sie baten daher Snoilsky um Geduld bis zum Eintreffen des endgültigen Bescheides ihres Herrn, den sie in nächster Zeit erwarteten. Ihr Bemühen war jedoch vergeblich; trotz der beweglichsten Vorstellungen beharrte der Schwede mit drohenden Worten auf seiner Erklärung.

In ihrer Verlegenheit begaben sich Maximilians Vertreter

1) A. a. O.

darauf eilends zu Marsilly, um diesen um Rat und Hülfe zu bitten. Auch hier blieben jedoch ihre Bemühungen erfolglos. Er wolle gern helfen, versicherte ihnen der Franzose, doch habe er sich neulich um des Kurfürsten willen mit den Schweden „gar entzweit“; ohne die Versöhnung mit diesen sei aber weder etwas auszurichten, noch könne der Kurfürst die nötigen Sicherheiten erhalten und seinem Wunsche entsprechend später mit Frankreich in ein Freundschaftsverhältnis treten, „wan nicht vorhero durch dieses particular armistitium von E. chfl. Dt. landen und grenzen die Schweden fortgebracht wurden.“ Wohl erkannte Marsilly die Gründe, die Maximilians Vertreter gegen die Annahme der schwedischen Forderungen geltend machten, als berechtigt an und liess es auch sonst an schönen Worten für den Kurfürsten nicht fehlen, doch blieb er dabei, die Franzosen müssten zur Zeit den Schweden etwas nachsehen und dürften mit ihnen nicht brechen. Auch mahnte er die Baiern, nicht ausser acht zu lassen, wie sehr ihnen die Schweden an Macht überlegen seien und wie hartnäckig sie auf ihrem Willen beständen [1]).

In gleichem Sinne wie Marsilly äusserte sich dessen Mitgesandter Tracy und empfahl auch seinerseits schleunigste Verständigung mit den Schweden.

Infolgedessen richteten Maximilians Bevollmächtigte noch an demselben Tage an ihren Herrn die Bitte, eiligst einen Entschluss zu fassen, ehe es zu spät wäre. Inzwischen erboten sie sich, das Ihrige zu thun, um die Schweden aufzuhalten.

In der Überzeugung, dass ein fernerer Widerstand nichts helfen werde, sahen sie sich dann noch bestärkt durch weitere Unterredungen mit Snoilsky und den Franzosen, die am Abend des 2. März stattfanden. Tracy sagte ihnen dabei unter anderem frei heraus, „weil sy nun mit den Schweden annoch coniungirt sein und bleiben, so werde Frankreich einseitig mit e. chfl.

1) Über Marsillys Ansichten betreffend die schwedischen Ansprüche und die Notwendigkeit, auf sie gewisse Rücksichten zu nehmen, siehe auch seine von d'Avaux mit Randbemerkungen versehene Denkschrift Nég. secr. IV, S. 46 flg.; a. a. O. auch über die Bemühungen der franz. Kongressgesandten, vor allem des Grafen d'Avaux, zu Gunsten des Kurfürsten von Baiern, besonders in der Waffenstillstandsfrage. S. 31, 33, 39, 41, 45.

Dt. auch das armistitium und consequenter kein particularfriden tractirn können, wie voriges jahr .... beschehen ... mögen." Dazu kam, dass an demselben Abend die Schweden sich von Reuschenberg einen Pass ausbaten, um am anderen Morgen zwei Reiter mit Briefen an Wrangel abgehen zu lassen.

Noch ehe der Bericht über diese Vorgänge [1]) in Maximilians Hände gelangte, hatte er am 4. März mit Rücksicht auf die ihm genugsam bekannte schwierige Haltung der Schweden sich bereit erklärt, jenen einige weitere sehr bedeutende Opfer zu bringen [2]). Seine Hoffnung, damit zum Ziele zu kommen, war teils auf den günstigen Stand der Kongressverhandlungen, teils darauf gegründet, dass, wie er aus einem Berichte seiner Ulmer Abgeordneten und ebenso auch aus anderen Schreiben ersehen hatte, „die gelosia und misstrauen," zwischen den französischen und schwedischen Bevollmächtigten immer mehr zunehme. Diesen Umstand ermahnte er seine Gesandten nicht ungenützt zu lassen, sondern, wenn die Schweden seine billigen Vorschläge nicht annehmen würden, zu versuchen, die Franzosen durch vorteilhafte Anerbietungen von ihren Verbündeten zu trennen und auf seine Seite herüberzuziehen.

Kaum hatte der Kurfürst diesen Erlass abgesandt, als der Bericht aus Ulm vom 2. März bei ihm eintraf. Trotz aller Drohungen der Schweden liess jedoch Maximilian die Hoffnung auf die Berücksichtigung seiner Wünsche auch jetzt noch nicht ganz sinken, sondern schärfte seinen Gesandten in zwei Erlassen vom 5. und 7. März [3]) aufs neue ein, soweit es irgend

1) Abg. an M. 2. III. 47 s. oben.

2) M. an Abg. 4. III. 47. Extr. M. A. schw. 324/13. Sollten, wie Marsilly besorgt, die Schweden auf Memmingen und Überlingen bestehen, so habt ihr, „wann inmittels auch auf unsern letzten befehl die handlung nit ohne das in einen bessern stand albereit gebracht worden were", auch die Schweden nicht zu einem andern zu bewegen wären, „zu dem ieztvolgenten andern grade zu schreiten und wie wir zuvor schon darauf gedacht gewesen, auch des Marsilly mainung nach dahin zu resolviren, das wan uns Rhain, Thonauwörth und andere uns aigenthomlich zugehörige, gleichwol sonst ganz nicht importirende ort abgetreten werden, wir alsdan aus Memingen unser guarnison, iedoch alsdan erst, wan die königliche resolution von Stockholm eingelangt sein würde, abfiehren lassen wöllen".

3) Cop. a. a. O.

ohne Bruch der Verhandlungen möglich sei, über die Grenzen ihrer Vollmachten nicht hinauszugehen. Einmal hoffte er, die in seinem letzten Schreiben gemachten Anerbietungen würden ihre Wirkung nicht verfehlt haben [1]), dann aber sah er auch mit Rücksicht auf die neuesten so günstigen Nachrichten vom Friedenskongress für die nächsten Tage einer bestimmten Meldung hinsichtlich des Abschlusses des allgemeinen Waffenstillstandes entgegen. Je nach dessen Beschaffenheit, meinte er, könne man in Ulm um so sicherer zu Werke gehen, und daher hielt er ein allzufrühes Nachgeben durchaus nicht für ratsam. Er war aber doch vorsichtig genug, seine Gesandten für den Fall, dass die Schweden sie wirklich „noch mehr pressirn und die handlung ganz aufstossen wolten," zur Einwilligung in deren Forderungen, selbst in die ihm widerwärtigste, nämlich die Herausgabe der katholischen Reichsstadt Überlingen, zu ermächtigen, da er seine Lande durch den Waffenstillstand allein noch retten könne. Nur den einen Vorbehalt machte er auch jetzt noch, dass ihm die Erhaltung des katholischen Glaubens in Überlingen, die „Assecuration" seiner Lande und die Herausgabe der ihm gehörigen Orte, die die Feinde besetzt hielten, verbürgt werden müsse [2]).

Nachdem sie am 7. März das Schreiben ihres Herrn vom fünften erhalten hatten, erneuerten die bairischen Gesandten ihre Bemühungen um mildere Bedingungen. Wie aber die Schweden nicht um ein Haar breit von ihren Forderungen zurückwichen, so gaben auch die Franzosen, deren Beistand die Baiern nochmals anriefen, ihnen kein Gehör, sondern mahnten sie, wie schon einige Tage früher, dringend zur Nachgiebigkeit, indem sie auf Maximilians hilflose Lage, auf die Vorteile, die der Vertrag ihm gewähre und auf die Abneigung des französischen und des schwedischen Heerführers gegen den Vertrag, durch die dessen Abschluss sehr gefährdet werde, mit Nachdruck hinwiesen. Zugleich versprachen die Franzosen, wenn sie in die schwedischen Forderungen einwilligten, im weitesten Umfange für entsprechende Gegenleistungen sorgen zu wollen, und sie

1) M. an Abg. 5. III. 47.

2) A. a. O.

zeigten sich auch nicht abgeneigt, den Wunsch des Kurfürsten zu berücksichtigen, „das, wan vor einlangung der königlichen ratification der general friden“ — dessen baldiges Zustandekommen übrigens die Franzosen ebenso wie die Schweden nicht für wahrscheinlich hielten — „sein richtigkeit haben oder ein armistitium generale von Münster heraufkommen wurde, das dises particular armistitium demselben nichts praeuidicire, sondern als dan dem general armistitium nachgelebt werden solle [1]).“

Das ernste Zureden der Franzosen blieb auf die Dauer nicht ohne Wirkung, zumal sie sich, um die Baiern noch mehr in Verlegenheit zu bringen, mit Hinweis auf eine bestimmte Nachricht aus Münster den Anschein gaben zu argwöhnen, als seien die bairischen Abgeordneten gegen sie nicht völlig aufrichtig, sondern bestrebt, sie, die Franzosen, vor dem Pariser Hofe und seinen Vertretern in Münster als Betrüger hinzustellen [2]). In einer zweiten Unterredung mit den Vertretern Frankreichs machten sich daher die Baiern anheischig, der eine von ihnen, Johann Küttner, solle sich nach Wasserburg zu Maximilian begeben und für die Ansprüche der Feinde dessen Genehmigung einholen. Dieser Vorschlag ward angenommen und bald darauf den bairischen Abgeordneten von den Franzosen ein auf Grund der schwedischen Forderungen ausgearbeiteter Vertragsentwurf übergeben, damit sie ihn durchsehen und ihre Zusätze dazu machen könnten [3]). Nach eingehender Beratung, worin Reuschenbergs Bedenken von Küttner und Schäffer zurückgedrängt wurden [4]),

1) Abg. an M. 8. III. 47 Cop. M. A. schw. 324/13. Die Schweden aber, berichten die Abgeordneten weiter, setzen „expresse“ hinzu, ohne Spezialbefehl der Königin werde Wrangel sich nach den Abmachungen in Münster nicht richten und mit den Kaiserlichen keinen Waffenstillstand eingehen.

2) Abg. an M. 8. III. 47 u. Antwort 11. III. 47. Beides Cop. a. a. O. Zu beachten ist ferner M. an Hsl. 11. III. 47 Ogl. M. A. schw. 324/13.

3) Als Zeitpunkt der Übergabe war nach dem Berichte der bair. Abg. der 9. März festgesetzt worden (Abg. an M. 8. III. 47); ob er genau eingehalten wurde, lässt sich aus den vorhandenen Akten nicht ermitteln.

4) Über R.s Abneigung gegen die Trennung von den Kaiserlichen und den Abschluss eines Sonderwaffenstillstandes geben vor allem Aufschluss zwei Briefe desselben an Gallas 26. II. 47 u. 8. III. 47, beide Ogle. W. A. Fr. A. 54e. „Für mein person“, heisst es in dem letzteren Schreiben, „möchte wünschen, dass ein anderer an meiner stell zu disen tractaten

beschlossen darauf die Baiern, die inzwischen auch das durch einen Eilboten überbrachte Schreiben des Kurfürsten vom 7. März empfangen hatten [1]), den Entwurf unter den von ihrem Herrn gemachten Vorbehalten zu unterzeichnen, einmal, um Zeit zu gewinnen und die Schweden in Ulm festzuhalten, dann aber auch in der Erwägung, dass der Kurfürst, wenn kein allgemeiner Waffenstillstand folgen oder der allgemeine Frieden sich verzögern sollte, „ausser dises armistitii nit salvirt" werden könne [2]).

Zur selben Zeit erschien an Maximilians Hoflager ein Abgesandter des Kaisers, um den Kurfürsten am Abfalle zu verhindern. Auf die Kunde von den Vorgängen, die sich in Ulm am 1. und 2. Februar zutrugen, hatte Maximilian sofort, am vierten, dem Kaiser eröffnet, dass er unter allen Umständen an seinem Entschlusse festhalte, sich mit den beiden Kronen, nötigen Falls auch durch einen Sondervertrag, zu verständigen [3]). Diese Erklärung rief, obwohl sie nicht überraschen konnte [4]), am Pressburger Hoflager tiefe Bestürzung hervor [5]).

Ferdinand beschloss, durch seinen geheimen Rat Johann Lindenspür neue, entgegenkommendere Vorschläge nach Ulm

---

were deputirt worden". Über die politische Richtung Küttners und Schäffers giebt Wild S. 87 flg. interessante Aufschlüsse. Vgl. oben.

1) Wachenheim u. Rosenberg an Gallas Ogl. a. a. O.

2) M. an Gebhard 20. III. 47 (s. unten).

3) Cop. B. A. Z. 4, No. 53. Antw. auf F.s Schreiben v. 31. I. 47 (Cop. a. a. O.)

4) Vor der Gefahr einer Absonderung M.s vom Kaiser war dieser schon mehrere Monate zuvor in verschiedenen Gutachten seiner geheimen Räte (28. X. 46 Ogl. W. A. Fr. A. 51b, 9. XI. 46 Ogl. W. A. Fr. A. 51b, sowie auch durch seine Gesandten in Osnabrück gewarnt worden (Ogl. a. a. O.) Das hierdurch erregte Misstrauen Ferdinands kommt zum Ausdrucke in dem Schreiben an ksl. Ges. in Osn. v. 8. XI. 46. Ogl. a. a. O., sowie auch in den Verdächtigungen des Kurfürsten bei den Franzosen von Seiten des Wiener Hofes. Nég. secr. III, S. 376.

5) Giust. an Dogen 24. II. 47. Ogl. W. A. Disp. sen. III, 91. Zu beachten ist auch das Schreiben des Ksrs. an Tr. 9. III. 47. Cpt. W. A. Fr. A. 50a. Ihren Widerhall findet die Stimmung des Kaisers in den bitteren Vorwürfen Tr.s gegenüber Krebs. Tr. an Ksr. 20. I. 47. Cop. B. A. Z. 4. No. 53.

gelangen zu lassen [1]), und ordnete dorthin sofort den Reichshofrat Justus von Gebhard mit der Weisung ab [2]), unterwegs Maximilian in Wasserburg aufzusuchen und diesen inständigst von der geplanten Lossagung abzumahnen. Vor allem sollte Gebhard dem Kurfürsten vorstellen, dass, wie dem Friedenswerke selbst nichts Schädlicheres als die Spaltung zwischen den Häusern Österreich und Baiern widerfahren könne, so auch die ganze Waffenstillstandshandlung durch nichts in höherem Masse gefährdet werde, als wenn die Feinde sich einredeten, „dass wir und i. Lbd. separabiles wären," und welche schwere Verantwortung der Kurfürst sich selbst und seinen Nachkommen wie auch dem Reiche und der katholischen Sache gegenüber durch seinen Abfall auf sich laden werde. Für den Fall aber, dass Maximilian nicht mehr zurückkönne, sollte Gebhard ihm die Erwartung aussprechen, er werde alles, was eine derartige „Extremität" nach sich ziehen müsse, möglichst verhüten und dem Kaiser im Vertrauen eröffnen, ob noch ein Mittel, und welches, übrig sei, um dem Übel, das aus der Trennung beider Fürstenhäuser entstehen müsse, möglichst vorzubeugen [3]).

In seinem Bemühen, das drohende Verhängnis abzuwenden, sah sich der Kaiser auf das eifrigste von Wachenheim und Rosenberg unterstützt, die, bei einem nochmaligen Versuche, an den Verhandlungen in Ulm sich zu beteiligen, von den

---

1) Wachenheim u. Rosenberg an Lindenspür 17. II. 47. Ogl. W. A. Fr. A. 54/e. L.s Eintreffen in Ulm und seine Thätigkeit an diesem Orte wird in den Akten nirgends erwähnt; er ist also wohl nicht mehr dahin abgereist.

2) Bereits 1635 als kaiserlicher Vertreter bei den Prager Friedensverhandlungen thätig. Siehe Brockhaus, Kurfürstentag zu Nürnberg S. 5,7.

3) Ksr. an Gebhard. Instruktion 18. II. 47. Cpt. W. A. Fr. A. 54/e. Kurz nach deren Abfassung wurde dem Kaiser „von unbenanntem ort" berichtet, dass die Ulmer Verhandlungen „nit allein ad simplicem cessationem armorum, sondern gar auf eine neutralität gerichtet und dieselbe gleich ins werk gericht sein solle:" eine Kunde, die ihn veranlasste, am 22. Februar die Mahnung um genaue Befolgung seiner Befehle und genauen Bericht über den Verlauf seiner Werbung an ihn zu wiederholen (Cpt. W. A. Fr. A. 54/e). Zugleich befahl der Kaiser Trauttmansdorff, dafür zu sorgen, dass durch eine rasche Förderung der Waffenstillstandshandlung am Kongress „die mittel zu particular tractaten umsoviel mehr abgeschnitten werden." Ksr. an Tr. 23. II. 47. Ogl. B. A. Bb 2. In gl. Sinne auch Mahnung d. Ksrs. an Tr. 2. III. 47. Ogl. a. a. O. Bb 1.

Baiern ebenso wie von den Schweden und Franzosen zurückgewiesen worden waren [1]) und das Eintreffen neuer kaiserlicher Entschliessungen mit Sehnsucht erwarteten [2]).

Wiederholt schickten die beiden in den Tagen, wo in Ulm die entscheidenden Verhandlungen zwischen den Vertretern Maximilians und denen der beiden Kronen stattfanden, Boten nach Wasserburg, um Gebhard von dem Stande der Dinge genau in Kenntnis zu setzen [3]) und ihn zu benachrichtigen, wie sehr Maximilians Abgeordnete von den Schweden, die sie unter Androhung ihrer Abreise zur Entscheidung drängten, geängstigt würden, während gleichzeitig die schwedischen Kriegsvölker, scheinbar zum Einmarsche nach Baiern, zusammengezogen wurden [4]).

Es schien ihnen ein rasches, geschicktes und zugleich thatkräftiges Vorgehen Gebhards in Wasserburg um so mehr erforderlich, als ihnen nicht unbekannt war, dass Maximilian in der Hoffnung auf einen baldigen glücklichen Abschluss des Friedenskongresses nach Ulm die Weisung erteilt hatte, mit der Bewilligung der schwedischen Forderungen „etwas sich innen zu halten und nicht so blos zu geben [5]).“ Sollte es Gebhard nicht möglich sein, die Baiern ganz und gar am Abschlusse eines Sondervertrages zu hindern, so sollte er nach der Meinung der Ulmer Bevollmächtigten doch versuchen, „aufs weinigst sovil aufzuziehen, damit under dessen der argwohn (gegen Maximilian) bei den gegentheilischen umsomehr erwachse“ [6]), und diese wo-

1) Bair. Abg. an M. 16. II. 47. Cop. B. A. Bb 1. W. u. R. an Gallas 18. II. 47. Cop. B. A. Bb 1. Von den Franzosen wurde den Ksl. allerdings später wieder etwas Hoffnung gemacht. W. u. R. an G. 44. II. 47. Cop. B. A. Bb 1. Ksr. an Tr. 8. III. 47 Ogl. a a. O., erwähnt auch der vergeblichen Werbung eines von Gallas an Reuschenberg geschickten ksl. Hauptmanns Sesslin.

2) W. u. R. an Lindenspür 17. II. 47 Ogl. W. A. Fr. A. 54 e. Siehe oben.

3) W. u. R. an Ksr. 6. III. 47 P. S. Ogl. W. A. Fr. A. 54 e. Dieselben an Gallas 9. III. 47. Ogl. a. a. O. Gebhards Werbung betreffend ist auch zu beachten ihr Schreiben an Gallas v. 2. III. 47 Cpt. W. A. Fr. A. 54 e.

4) W. u. R. an Ksr. 6. III. 47. W. u. R. an Gallas 24. II. 47. Siehe oben.

5) W. u. R. an Ksr. 6. III. 47. Vgl. ds. an Gallas 9. III. 47.

6) W. u. R. an Ksr. a. a. O.

möglich noch vor dem Eintreffen der Entschliessung des Kurfürsten Ulm verliessen [1]).

Indessen Tag um Tag verrann, ohne dass ihnen aus Wasserburg die Ankunft Gebhards gemeldet wurde, während die bairischen Vertreter in Ulm den brieflichen Verkehr mit ihrem Herrn ebenso eifrig wie die Verhandlungen mit den Gegnern weiterführten [2]). Erst am 9. März brachte den Kaiserlichen ihr von Wasserburg zurückkehrender Sekretär Gattermayr die Kunde, zwei Tage zuvor sei Gebhard dort angekommen und auch sofort vom Kurfürsten empfangen worden [3]).

Dass seine Werbung bei diesem keinen Erfolg haben werde, war vorauszusehen. Maximilian liess ihn, auch durch ein entschieden zu Gunsten des Vertrages lautendes theologisches Gutachten in seinem Vorhaben bestärkt [4]), auf sein Befragen nach dem Stande der Ulmer Verhandlungen über die gefassten Beschlüsse nicht im Zweifel, sondern teilte ihm, „sovil ratsam und thunlich war, mit“ [5]).

Auf diese Erklärungen erwiderte der Abgeordnete seinen Weisungen gemäss, er wolle die bairischen Sonderverhandlungen nicht hindern, zumal es damit so weit gekommen, sondern nur dahin sehen, ob und wie er bei den Franzosen entweder einen allgemeinen Waffenstillstand, oder, falls dies nicht möglich, für den Kaiser „in andere weg ein mehrere salvation erhalten möcht.“ Auch sprach er, bevor er am neunten von Wasserburg abreiste, dem Kurfürsten infolge eines ihm soeben zugegangenen Befehls des Kaisers die Erwartung aus, dass jener wenigstens die ihm auf sein Begehren anvertrauten, „reichs- und oesterreichische pläze dem feind nicht abtreten oder gegen die ihrige auswechseln würde.“ Darauf liess ihm Maximilian die beruhigende Antwort erteilen, dass dies nicht geschehen solle und dass er auch seinen Abgeordneten in Ulm befohlen habe, den Vertretern der beiden

---

1) W. u. R. an G. a. a. O.

2) W. u. R. an G. a. a. O.

3) A. a. O. P. S. 5.

4) Iudicium theologicum super confoederatione regis Galliae et electoris Bavariae. Cop. M. A. schw. 327/11.

5) M. an Abg. in Ulm. 11. III. 47. Cop. M. A. schw. 324/13.

Kronen anzuzeigen, er könne und wolle dies aus beweglichen Ursachen nicht thun [1]).

Wir wissen, wie wenig das der Wahrheit entsprach. „Aus sonderbarem Bedenken“ schrieb der Kurfürst am 11. März an die Abgeordneten in Ulm, habe er Gebhard von seinen Zugeständnissen hinsichtlich der Abführung seiner Truppen aus Memmingen, Überlingen und Heilbronn nichts mitgeteilt, sondern nur bedeuten lassen, er sei aus vielen erheblichen Ursachen entschlossen und wolle die Abgeordneten zu der Erklärung befehligen, dass er den Franzosen und Schweden „obgemelte und andere reichsstätt nit abtreten ... könde.“ In diesen „terminis“ sollten die Gesandten verbleiben und den Unterschied zwischen der Abführung der Garnisonen aus diesen Städten und deren wirklicher Einräumung an die Feinde wohl in acht nehmen.

Wenn Maximilian sich scheute, dem kaiserlichen Abgesandten den wahren Sachverhalt einzugestehen, so lag der Grund dafür in seiner Besorgnis, dass Gebhard in Ulm „etwas practicire, wodurch das particular armistitium gar aufgestossen oder in die Länge gezogen oder ihm selbst ebenso wie Kurköln erschwert werde“ [2]).

Als Gebhard am 14. März Ulm erreichte [3]), hatten jedoch die kurfürstlichen Abgeordneten die Waffenstillstandsverträge mit den Vertretern der beiden Kronen soeben unterzeichnet.

Wir erinnern uns, wie die Baiern am 8. März im Drange der Not sich entschlossen, wenn es nicht anders ginge, schon

1) „Die mir,“ bemerkt Gebh. „auch zum theil in specie benent“ Gebh. an einen nicht genannten Adressaten in Augsburg, 14. III. 47 (Ulm) Cop. W. A. Fr. A. 54/e.

2) M. an Abg. 11. III. 47.

3) Seine Ankunft dort ist erwähnt in einem Schreiben von Wachenheim u. Rosenberg an Gallas v. 15. III. 47. Ogl. W. A. Fr. A. 54/e. Vor seiner Abreise von Wasserburg wurde ihm von der im Grunde gut kaiserlich gesinnten Gemahlin Maximilians (s. über sie Wild S. 87) ein in Eile niedergeschriebener Brief an den Kaiser eingehändigt, worin sie das Verhalten ihres Gemahls zu rechtfertigen suchte. Ogl. W. A. Fr. A. 54/e. Wahrscheinlich vom 9. III. 47. Das Datum ist, ebenso wie das ganze Schreiben, äusserst unleserlich geschrieben, worüber die Kurfürstin in der Nachschrift selbst bemerkt: „ich hab wohl eine ursach. mich zu entschuldigen, das ich disen prief nit sauber gesreim hab; ich habs im uberlessen feler erst gesehen und hab nit zeit es abzusreim, dan der Gebhart wart auf disen prief“.

vor dem Eintreffen von Maximilians Bescheid, unter Vorbehalt seiner Genehmigung zur wirklichen Abtretung und Einräumung der vielumstrittenen Festungen an die Feinde, in deren Forderungen einzuwilligen. Diesem Uebereinkommen entsprechend brachten sie, nachdem inzwischen die feindlichen Heere immer näher an Ulm herangerückt waren und am 13. März schon in Erbach, zwei Stunden von der Stadt, ihr Hauptquartier genommen hatten [1]), am folgenden Tage die Verträge mit den Schweden und den Franzosen zum Abschluss. Dass dies noch vor Gebhards Ankunft geschah, wird in einem Schreiben des Kurfürsten an ihn vom 20. März ausdrücklich bezeugt [2]). Nach Unterzeichnung der beiden Schriftstücke begab sich Küttner, der ursprünglich schon am zehnten hatte abreisen sollen [3]), ohne Säumen nach Wasserburg [4]).

Als äusserste Zeitgrenze für die Übergabe von Maximilians Zustimmung hatten die schwedischen und französischen Bevollmächtigten dem Kurfürsten den 26. März angesetzt [5]).

Wie nutzlos jedoch der Versuch auch erscheinen musste, das abgeschlossene Werk noch jetzt zum Scheitern zu bringen, gaben doch die Kaiserlichen ihr Spiel noch nicht verloren. Sowohl Wachenheim und Rosenberg wie auch Gebhard, der am 14. März in Ulm eintraf, bemühten sich bei den Bevollmächtigten Maximilians und bei diesem selbst, die Unterzeichnung des Vertrages zu hintertreiben [6]). Sie erreichten jedoch nichts. Maximilian betonte immer wieder die verzweifelte Lage, in der er sich befinde, und gestand auch die am 11. März geleugnete Übergabe der schwäbischen Festungen zu [7]). Gleichzeitig aber

1) W. u. R. an Gallas 15. III. 47 Ogl. W. A. Fr. A. 54/e.

2) Cop. M. A. schw. 324/13.

3) Abg. an M. 8. III. 47.

4) Nach einem Berichte W.s u. R.s an Ksr. vom 15. III. sollte er an diesem Tage abreisen. Ogl. W. A. Fr. A. 54/e.

5) M. an Gebh. 20. III. 47 s. o.

6) W. u. R. an Gallas 15. III. 47 s. o. Gebh. an M. 14. III. 47. Ferner sind einige von den ksl. Abgeordneten herrührende, zum Teil unvollständige Berichte aus jenen Tagen zu berücksichtigen. W. A. Fr. A. 54/e.

7) M. an Gebh. 20. III. 47. s. o. Hinsichtlich der ablehnenden Haltung des Kurfürsten ist auch der Bericht des Sekretärs der ksl. Subdelegirten in Ulm, Gattermayr, an den Reichsvicekanzler Kurtz 19. III. 47, Cop. B. A. Bb. zu beachten.

fertigte er Küttner mit seiner Unterschrift nach Ulm ab, wo dieser am 23. März anlangte [1]). Da kurz darauf auch die entsprechenden Erklärungen Turennes und Wrangels dort eintrafen [2]), konnten die Vertragsurkunden noch vor Ende März ausgetauscht werden, und die Sonderverhandlungen des Kurfürsten von Baiern mit den auswärtigen Mächten hatten somit endlich ihr Ziel erreicht [3]).

Von den Zugeständnissen, die Frankreich und Schweden als Unterpfand für den Abschluss des Waffenstillstandes mit Baiern gefordert und erhalten hatten, sind uns die wichtigsten schon bekannt. Unter den übrigen Verpflichtungen, die Maximilian übernahm, ist zunächst die hervorzuheben, dass er, zugleich im Namen seines Bruders, versprach, für die Dauer dieser Verträge weder den Kaiser noch auch andere Feinde der beiden Kronen in irgend welcher Weise zu unterstützen. Frankreich gegenüber verpflichtete er sich noch im besonderen dazu, auch, falls dieses nach dem Abschlusse des deutschen Friedens den Krieg gegen die Spanier und deren Anhang fortsetzen würde, den letzteren weder unmittelbar noch mittelbar zu Hilfe zu kommen. Ein ferneres nicht unbedeutendes Zugeständnis gewährte der Kurfürst den mächtigen Gegnern, indem er ihnen, allerdings nur gegen das bestimmte Versprechen der „verhütung aller unglegenheit", das Recht einräumte, während der Dauer des Waffenstillstands, wenn es sich nicht anders einrichten lasse, mit ihren Heeren durch seine jenseits der Donau und des Lechs gelegenen Lande hindurch zu marschieren. Er versprach weiterhin auch, wenn er etwa einen Teil seiner eigenen Truppen abdanken würde, diejenigen Führer des französischen und schwedischen Heeres, die ihm am nächsten wären, zuvor von seiner Absicht zu benachrichtigen und den Eintritt seiner Truppen in den Dienst der beiden Kronen nicht

1) Gebh. an Ksr. 24. III. 47. Cop. W. A. Fr. A. 54 e.

2) Beide dd. 25. III. 47. Cop. M. A. schw. 324/13. Die von Turenne ist datirt von Ehingen, die Wrangels v. Delmensingen, zwei Ortschaften im würt. Donaukreise nicht weit von Ulm gelegen.

3) Am 28. 47. richtete Maximilian noch ein ausführliches Rechtfertigungsschreiben an Ksr. Cop. W. A. Fr. A. 54/e, auf dessen neues Abmahnungsschreiben vom 19. d. M.

zu hindern, sie deren Feinden jedoch weder gegenwärtig noch künftig zu überlassen. Wenn er der Republik Venedig einen Teil derselben zur Verfügung stellte, was deren Wünschen ebenso wie seinen eigenen Absichten entsprach [1]), so durfte dies nur unter der Bedingung geschehen, dass sie gegen keinen anderen Feind als die Türken Verwendung fänden.

Als Gegenleistung für Maximilians Versprechungen war von Frankreich und Schweden vor allem die Räumung seines Länderbesitzes von feindlichen Völkern und dessen Verschonung mit Truppendurchmärschen, allerdings unter dem neben erwähnten Vorbehalte, in Aussicht gestellt. Abgesehen von einigen weiteren sehr unbedeutenden Zugeständnissen wurde ferner auf Maximilians dringenden Wunsch den katholischen Einwohnern von Ueberlingen die freie Ausübung ihres Bekenntnisses zugesichert und dem Kurfürsten versprochen, dass, wenn etwa in Münster der allgemeine Waffenstillstand nach dem Grundsatze „uti possidetis, ita possideatis", oder wenn gar der allgemeine Frieden zu stande käme, diesen Verträgen durch die in Ulm getroffene Vereinbarung nicht vorgegriffen werden solle. Endlich verpflichteten sich die beiden Kronen noch, dem Kurfürsten die von ihnen besetzten ihm gehörigen festen Plätze — in den Händen der Schweden befanden sich Donauwörth und das nahegelegene Rain, ferner Wemding und Mindelheim, in denen der Franzosen dagegen die würtembergischen Besitzungen des Kurfürsten Heidenheim und Wiesensteig — zurückzugeben [2]).

Was Maximilian zu teil wurde, entsprach bei weitem nicht den Hoffnungen, mit welchen er in die Ulmer Verhandlungen eingetreten war. Wenn er trotzdem diese Verträge genehmigte, so that er es im Drange der Not, nachdem alle seine Bemühungen um mildere Bedingungen der Gegner gescheitert waren, um sein

1) Siehe hierüber verschiedene Bemerkungen in seinen Erlassen an die Kongressgesandten. Vgl. Contarini an Nani Cop. V. A. Sen. III. secreta Fa. No. 5: „Li ministri Bavari sono stati espresamente in nome dell' Elettore ad offerir mi quelle truppe" etc., ferner Mändl an Giust. 18. XII. 46 Ogl. W. A. Disp. Sen. III 91. ds. an ds. a. a. O. 18. II. 47; beide Schreiben italienisch. A. a. O. auch Giust. an Dogen 24. II. 47.

2) Wörtliche Abschrift der Vertragsurkunden M. A. schw. 324/13. Vgl. Chéruel, II S. 327.

Haus und sein unglückliches Land, für deren Zukunft er sich bei seinem hohen Alter um so mehr ängstigen musste, vor gänzlichem Verderben zu retten [1]) und zugleich den ersehnten Abschluss der Kongressverhandlungen zu beschleunigen [2]).

Hinsichtlich der letzteren sah er sich freilich in seinen Erwartungen bitter getäuscht. Es schien, als habe er vergeblich acht Jahre hindurch in rastloser Thätigkeit und mit eiserner Ausdauer für den Frieden gearbeitet. Anstatt den schon so nahe bevorstehenden Abschluss desselben zu beschleunigen, diente sein Ausscheiden aus dem Kampfe, wie er bald gewahr wurde, nur dazu, beim Kongress die protestantische Partei im Reiche und deren Beschützer, Frankreich und Schweden, zu einer weiteren Steigerung ihrer ohnehin schon masslosen Ansprüche zu ermutigen und hierdurch alles bereits Errungene wieder in Frage zu stellen.

Die Verhältnisse im Reiche hatten es, im Vereine mit der Lässigkeit und Ungeschicklichkeit der kaiserlichen Politik, gefügt, dass Baiern zur Rolle einer europäischen Macht erhoben wurde; auf die Dauer vermochte es jedoch diese neben wirklichen Grossmächten nicht zu behaupten, und Maximilians Versuch, zwischen ihnen eine selbständige Stellung einzunehmen, indem er sich von Österreich lossagte, führte nur dazu, dass er den Zwecken der Gegner desselben dienstbar wurde. Einen massgebenden Einfluss auf die Friedensverhandlungen konnte er nur in Verbindung mit den anderen Ständen des Reiches ausüben, und als er zu Ende des Jahres 1647 das Bündnis mit ihnen suchte und fand, erreichte er, was er durch den Ulmer Vertrag erfolglos angestrebt hatte: den Frieden.

---

1) Bezeichnend für die Stimmung des Kurfürsten während der letzten Jahre ist u. a. auch ein von Wild, S. 87, erzählter Vorgang am bairischen Hofe.

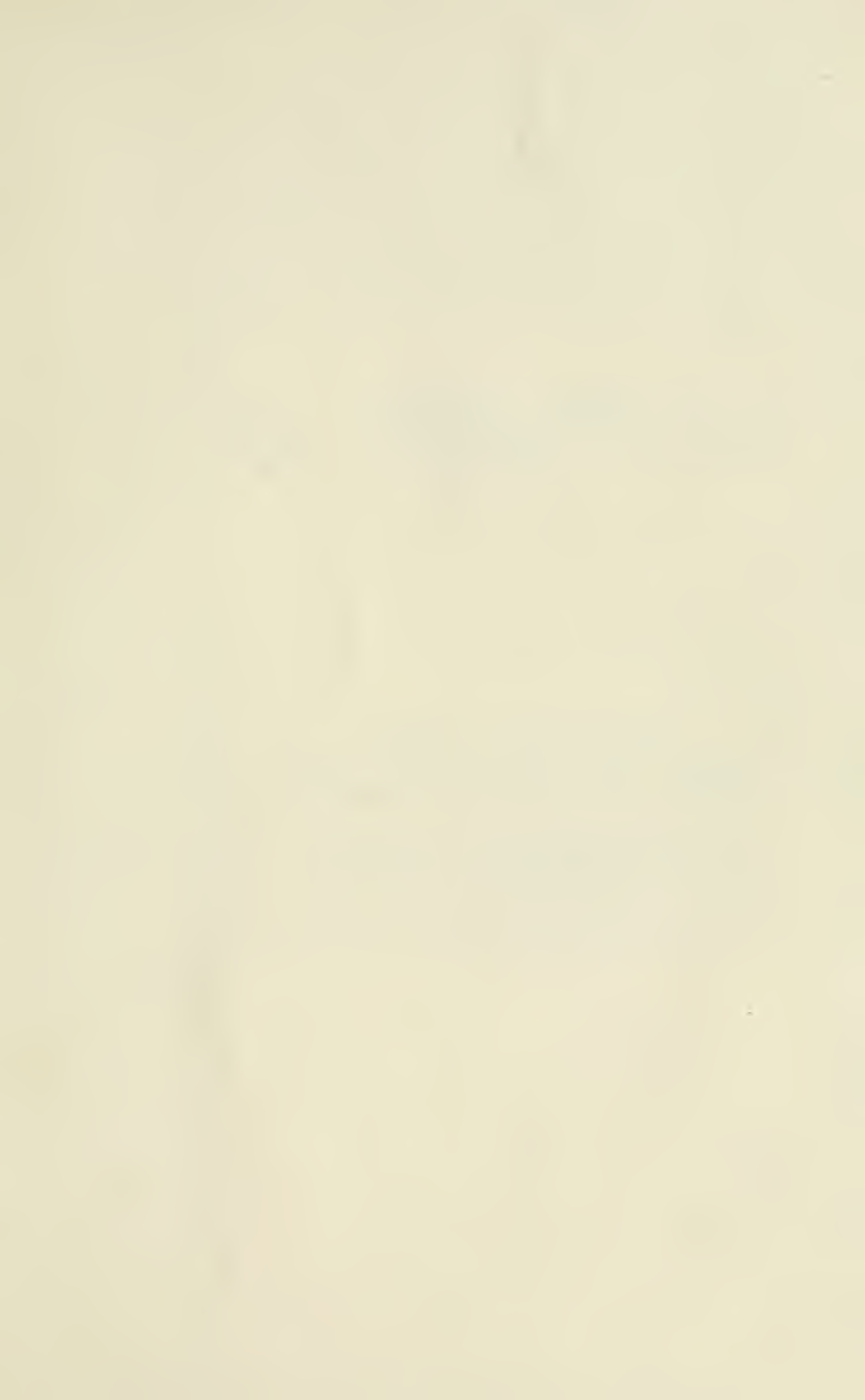
2) Noch am 11. März hatte er seinen Abgeordneten in der Nachschrift seines Erlasses befohlen, ihre Vorstellungen bei den Franzosen zu erneuern und dabei an ihr Gewissen zu appellieren. Cop. M. A. schw. 326/4. Dieses Schreiben sandte er zugleich mit anderen verwandten Schriftstücken zwei Tage später durch einen Eilboten an die Kongressgesandten in Münster mit dem Befehle, die dortigen Vertreter Frankreichs von dem wahren Sachverhalte der Ulmer Verhandlungen in Kenntnis zu setzen und ihren Schutz gegenüber den Abgeordneten der beiden Kronen in Ulm anzurufen. M. an Hsl. u. Kr. 13. III. 47. Ogl. M. A. schw. 326/4.

Register.

Bei Stellen, die sich in einer Anmerkung befinden, ist deren Nummer der Seitenzahl als Exponent hinzugefügt.

—

Druck von August Pries in Leipzig






UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 12 20 06 08 018 5